

Ich darf also abschließend sagen: Ich glaube, daß wir in der Steiermark mit dieser guten Zusammenarbeit aller Kräfte, Beirat, Rechtsabteilung 14, politische Parteien, durchaus gut gefahren sind und daß wir uns mit all diesen Dingen schon auf dem rechten Weg befinden. Ich hoffe daher und bitte Sie, den Ansätzen dieser Gruppe auch Ihre Zustimmung zu geben. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Zu Worte gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Ing. Turek. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Ing. Turek: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Daß die Wohnbaupolitik einer Reform zugeführt werden muß, ist uns allen klar, weil wir gerade in der heutigen Situation feststellen, daß wir in irgendeine Sackgasse gelangt sind. Allerdings hat einer meiner Vorredner zu Recht gesagt: den Stein der Weisen hat auch noch niemand gefunden. Aber es ist schon sehr wertvoll, daß sich Menschen in verschiedensten Gruppierungen, seien es Techniker, seien es Politiker, seien es Wirtschaftler, seien es sonstige Fachleute, Gedanken machen, welche Veränderungen in positivem Sinne in nächster Zeit zu erfolgen hätten. Ich habe vor kurzem eine Analyse gelesen. Da hat man soziologische Untersuchungen gemacht und da hat man festgestellt, daß nach wie vor bei den Menschen unseres Landes und vornehmlich bei den jungen Menschen neben der Gesundheit, neben dem Einkommen die Wohnsituation einen ganz hohen Stellenwert, was die Lebenszufriedenheit anbelangt, einnimmt, nämlich bei 90 Prozent der Befragten war die Wohnzufriedenheit an vorderster Stelle. Besonders kraß ausgeprägt ist das natürlich bei den jungen Menschen, für die die eigene Wohnung ja im Sinne des Wortes ein Schlüsselerlebnis ist. Wenn sie den eigenen Schlüssel bekommen, ist das wirklich auch ein Schlüsselerlebnis für ihr Leben. Mit dieser Wohnung treffen die Menschen, die sich eine Wohnung kaufen, auch recht weittragende, finanziell wirksame Entscheidungen. Daß es ein gewisses Unbehagen im sozialen Wohnbau gibt, ist ja schon hinlänglich auch von meinen Vorrednern hier gesagt worden. Wir haben uns in dem Haus schon unterhalten, man hat sich hier in Beiräten beraten und auch dort sind sicher Ansätze zum Positiven gekommen. Bisher hat der soziale Wohnbau allerdings durchaus Erfolge, das möchten wir hier auch sagen. Der soziale Wohnbau ist weitestgehend durch die Genossenschaften getragen und bitte, die Vorkommnisse, wie wir sie vor 10, 15 Jahren gehabt haben, die gibt es doch in den letzten Jahren nicht mehr und es hat sich das Verhältnis, das geht auch aus dieser soziologischen Untersuchung hervor, zwischen dem Wohnungswerber oder dem Mieter zu seiner Genossenschaft zusehends geändert. So etwas gibt es heute überhaupt nicht mehr, daß eine Wohnbaugenossenschaft sich es leisten würde, den Wohnungswerber oder Wohnungskäufer nicht Einsicht in die Abrechnungen nehmen zu lassen. Das hat es einmal gegeben. Das mag natürlich auch deshalb eingetreten sein, weil manche Dinge in der Öffentlichkeit diskutiert wurden und heute würde es sich kein Wohnbaumanager nachsagen

lassen, daß er irgend etwas verdeckt, wenn er hier nicht freimütig Einsicht gewährt. Es ist ihm ja jetzt rechtlich auch schon diese Möglichkeit gegeben, nicht nur Einsicht in die Baukosten, sondern Einsicht — was ja Konfliktstoff darstellt — in die Betriebskosten, da wird jedes Jahr darum gerauft, zu nehmen. Ich möchte hier schon ein bißchen die Genossenschaften, die immerhin trotz verschiedener negativer Auswüchse die Träger des sozialen Wohnbaues sind — bis zu einem gewissen Grad natürlich — auch in Schutz nehmen. Zwei Zahlen, meine Damen und Herren. Wir haben in Österreich 2,624.000 Privathaushalte und wir haben 2,936.000 Wohnungen. Wenn man das errechnet, haben wir eigentlich einen Wohnungsüberhang von 300.000 Wohnungen und man könnte sagen, daß eigentlich der quantitative Fehlbestand gedeckt ist. Wenn wir die Meldungen sehen und wissen, wieviele Menschen sich um eine Wohnung bewerben, dann fragen wir uns, na, wo sind die Wohnungen. Zum Teil sind es Zweitwohnungen, zum Teil werden sie sich in den nächsten Jahren in der Form erledigen, daß sie nicht mehr bewohnt werden, weil auch feststeht, daß der Zug — und hier hat der Herr Kollege aus Murau das bedauert, ich bedaure das auch — auf Grund der Arbeitsmarktsituation zum Ballungsraum besteht, weil im Ballungsraum die besseren Arbeitsplatzmöglichkeiten sind und weil dort die verschiedenen Angebote natürlich auch besser sind. So wird am Land draußen im Laufe der Zeit Wohnraum frei werden und in den Ballungsräumen werden wir nach wie vor in den nächsten Jahren einen Wohnungsfehlbestand haben. Deswegen ist es trügerisch und deswegen stimmt es auch nicht — es stimmt nur theoretisch —, daß wir genug Wohnungen haben, aber in der Praxis ist es so, daß sie uns natürlich noch abgehen.

Zum Unbehagen in der Wohnbaupolitik gibt es gewisse zentrale Überlegungen. Es ist einfach so, daß die Wohnbaupolitik natürlich einen sehr bedeutenden wirtschaftlichen Faktor darstellt, heute kann man sagen, einen volkswirtschaftlichen Faktor, nicht isoliert als Wohnbau selbst, sondern der Wohnbau ist in größeren Zusammenhängen zu sehen. Es ist natürlich auch immer wieder zu betonen, daß der Wohnbau ein Teil der Sozialpolitik ist und daß der derzeitige Zustand — wenn ich hier von einem Unbehagen gesprochen habe — den Gerechtigkeitsvorstellungen vornehmlich einmal vieler Menschen unseres Landes nicht entspricht. Hauptsächlich die jungen Menschen haben das Gefühl, daß hier die Gerechtigkeit nicht sehr groß geschrieben wird. Ich glaube, daß es falsch ist, und es hat auch zu katastrophalen Folgen geführt, daß bei uns Wohnungen entsprechend den ursprünglichen Herstellungskosten vermietet oder anders in Benützung gegeben werden können. Das heißt — und wir wissen das —, daß natürlich die Kosten einer Wohnung vor 15 oder 20 Jahren wesentlich geringer waren, aber Ansatz für die weitere Nutzung sind die Baukosten von ehemals, so daß wir feststellen müssen, daß sich das Nettoentgelt für die geförderte Wohnung in den letzten Jahren — und hier habe ich Ziffern —, und zwar seit dem Jahre 1966, sehr wesentlich geändert hat. Im Jahre 1966 hat man für eine in diesem Jahr

errichtete Wohnung zirka 5,60 bis 8,60 Schilling bezahlt, 1970 waren es 5,50 bis 11,10 Schilling, 1974 waren es 11,70 bis 18,50 Schilling, 1978 waren es schon 18,10 bis 21,10 Schilling. Das war eine durchschnittliche Statistik, und heute geht es bereits in die 30 bis 40 Schilling. Aber 30 Schilling sind heute durchaus — (Abg. Kanduth: „Es sind 25 Schilling!“) 25 Schilling. Also der sicher versiertere Kollege sagt 25 Schilling, aber es geht doch in die Richtung 30 Schilling. Einigen wir uns. (Abg. Kanduth: „Zinssatzerhöhung!“) Zinssatz! Ich habe hier gelesen, in Richtung 30 Schilling. Wenn du sagt 25 Schilling, dann werden wir halt, leider Gottes, nächstes oder übernächstes Jahr 30 Schilling erreicht haben. Der Trend sieht so aus, daß alle acht Jahre eine Verdoppelung der Miete für eine Neubauwohnung eintritt. Der derzeitige Zustand schaut also so aus, daß in den billigen Wohnungen heute eigentlich schon wirtschaftlich saturierte Leute wohnen, die vor 15 oder 20 Jahren ja einen selbstverständlichen Anspruch auf eine Sozialwohnung hatten, aber heute — ich weiß nicht, wir haben ja großzügige Förderungsrichtlinien, wir Abgeordneten werden, glaube ich, nicht hineinfallen, die Einkommensgrenze ist aber relativ hoch (Abg. Dipl.-Ing. Schaller: „Ich würde da hineinfallen!“) — Sie würden noch hineinfallen? Ich weiß nicht — haben Sie weniger als ich? Ich weiß das nicht, Herr Kollege Dipl.-Ing. Schaller! — (Abg. Dipl.-Ing. Schaller: „Mit mehr Kindern!“) Mit drei Kindern vielleicht, ich habe nur zwei! — und ein durchschnittlicher Einkommensbezieher fällt heute sicher in diese Grenze hinein — könnten sie sich natürlich die Wohnung leicht leisten und leicht kaufen. Sie sitzen allerdings in der billigen Wohnung — das ist ja auch menschlich und ist ja auch kein Vorwurf, bitte. Klopfen wir uns alle an die Brust, wer zieht aus einer billigen Wohnung aus und geht freiwillig her und will in eine teurere Wohnung einziehen. Aber es ist ein Übelstand, der hier zur Unzufriedenheit Anlaß gibt. Das wird als eine extreme Ungerechtigkeit und Ungleichheit aufgefaßt. Deswegen sind wir auch der Meinung — und ich habe das in meiner Generalrede schon gesagt, das war eine brandneue Meldung von der Frau Staatssekretär Dr. Eypeltauer und wir finden das auch sehr positiv —, daß man hier entsprechend der finanziellen Leistungsfähigkeit eine gestaffelte schnellere Rückzahlungsmöglichkeit — wie das im Detail dann ausschauen wird, darüber kann man ja noch reden — einführt, daß derjenige, der es sich leisten kann — und das ist etwas, was ja auch rein ideologisch unserer Auffassung entspricht —, einen erhöhten Beitrag zahlen soll. Es zeigt sich auch etwas — und das habe ich auch aus dieser Untersuchung —, daß der, der jetzt in einer Wohnung lebt, die ihn 600 bis 700 Schilling kostet, nicht bereit ist, obwohl er es sich vielleicht leisten könnte, aber weil er halt inzwischen auch andere Konsumwünsche hat, für eine etwa gleichwertige Wohnung, die auf Grund des heutigen Standards vielleicht etwas moderner ist, den Sprung von 700 Schilling auf 4000 Schilling oder 5000 Schilling zu machen. Das will er nicht. Es zeigt sich die groteske Situation, daß er den kleineren Sprung — das ist noch nicht grotesk — auf 1500 oder 2000 Schilling

machen würde. Es wäre jetzt ein theoretisches Modell, wobei ich aber sagen muß, daß es politisch sicher nicht gut verkaufbar ist, daß man eigentlich die fördern sollte, die man nicht fördern braucht, damit man die billige Wohnung für den frei bekommt, der gefördert werden sollte. Das klingt theoretisch sehr gut, nur wissen wir alle, daß es politisch nicht verkaufbar ist. Aber das ist auch interessanterweise Inhalt einer soziologischen Untersuchung. Man sollte vielleicht diese Mentalität nicht ganz außer acht lassen, sagen wir so und einigen wir uns auf das. Von der Eigentumswohnung zur Mietwohnung ginge es vielleicht leichter. Ich gebe es schon zu, allerdings tut mir das wieder weh, weil ich mich mehr zur Eigentumswohnung bekenne und weniger zur Mietwohnung. Das möchte ich hier auch sagen.

Wenn wir jetzt schon darüber reden, ich habe das Modell Steiermark, ich sage immer das „Traumbuch der Steiermark“, angeschaut, hier ist von einer Überführung von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen nichts mehr drinnen. Ich weiß nicht, ist die OVP von dem abgegangen, ich weiß nur, daß vor kurzem noch diesbezüglich — (Abg. Dipl.-Ing. Schaller: „Schlecht studiert!“) Es ist nichts mehr drinnen, bitte! Ich habe Euer Traumbuch gut studiert. Da dürfte die OVP mit der Vergangenheit ein bißchen gebrochen haben. Ein kleiner Ausflug. Ich habe es gelesen, es ist nichts mehr von der Überleitung von Mietwohnungen zu Eigentumswohnungen drinnen. Das war lange Zeit eine Forderung, zumindest eine Forderung der Österreichischen Volkspartei. (Abg. Kanduth: „Das wurde überlesen!“) Es ist so dick, man kann es vielleicht überlesen. Aber ich glaube nicht, daß ich es überlesen habe.

In diesem Zusammenhang stehen natürlich die Fragen der Wohnqualität. Ich gehe davon aus, daß ich sage, welche Anreize können wir schaffen, daß der, der es sich heute leisten kann, aus der billigen Wohnung auszieht. Ich glaube, es wäre sicher ein Problem, wenn man ihn dazu bewegen könnte. Hier sind natürlich Fragen der Wohnqualität sicher von ausschlaggebender Bedeutung.

Wir haben in der Steiermark ja schon verkehrssichere Lagen und es ist zu begrüßen, daß es so ist, daß man versucht, Lagen auszusuchen, die keineswegs durch Immissionen, sei es Schall oder sonstige Dinge aus der Luft, beeinträchtigt sind. Die moderne Bauphysik ist bei uns in der Steiermark mit den Vorschriften, was die Wärmedämmung und den Schallschutz anbelangt, wirklich beispielgebend, das muß man sagen.

Zu den Fragen der Wohnqualität gehören natürlich die Fragen der mangelhaften Infrastruktur, die natürlich dort und da zu wünschen übrig läßt. Ich glaube, daß man jetzt in Zukunft gerade den Städten ein erhöhtes Augenmerk zuwenden muß. Ich denke nur an den Grazer Bereich. Sie wissen alle, was ich meine, daß eine ganze Wohnsiedlung in die grüne Wiese gesetzt wird, die Infrastruktur nicht da ist, dann muß die öffentliche Hand tief in die Tasche greifen, um das nachzuholen. Diese Dinge muß man natürlich vorher überlegen. Dann gibt es noch etwas, den sogenannten

Expertenstreit um die beste Wohnform, und hier stellt sich auch heraus, daß das keine, ich muß beinahe sagen, keine ideologische Frage ist. Das wird von den Experten oft so hingestellt. Die einen sagen, der Geschosßwohnbau ist das beste, und die anderen sagen, der verdichtete Flachbau ist das beste. Die eindeutige Präferenz geht weder in die eine noch in die andere Richtung, sondern die Leute wollen anständig wohnen. Sie wollen eine schöne Wohnung haben, sie wollen eine Wohnqualität haben, sie wollen eine Infrastruktur haben, Freizeiteinrichtungen, dann wohnt man genauso in einem höheren Haus wie in einem Flachbau. Gerade was die Wohnqualität anlangt, natürlich ist die größte Liebe und das größte Ziel das Einfamilienhaus. Wir wissen, daß wir einer gewissen Grundstückbewirtschaftung unterliegen, und Grund und Boden sind nicht vermehrbar. Es stellt sich aber auch heraus, wenn ich im Einfamilienhaus ähnliche Qualität anbiete, das wird nicht ganz gehen, dann ist man auch bereit, vom Einfamilienhaus abzugeben und ist auch bereit, in einen Wohnblock oder eine Siedlung einzuziehen. Wie gesagt, Freizeiteinrichtungen sind sehr wichtig; sie sind nicht nur für den Bewohner selbst wichtig, und da komme ich auf das zurück, wovon ich meine, daß es im gesamtwirtschaftlichen Zusammenhang sehr wichtig ist. Dieser Überhang an Wohnraum, der aus der Statistik hervorgeht, die ich hier zitiert habe, diese 300.000, ist natürlich zum Teil auch zurückzuführen auf die Zweitwohnungen. Das Problem der Zweitwohnungen ist ja bekannt. Es ist halt so, wenn ich hier als Städter spreche, wenn ich hier anschau, was sich am Freitag nachmittag und abend abspielt, die Schlange und Kolonne aus der Stadt hinaus, der Bewohner flieht die Stadt, weil er hier keine entsprechenden Lebensbedingungen vorfindet. Ich muß mich bemühen, ihm hier etwas anzubieten. Und zwar volkswirtschaftlich gesehen im Zusammenhang deshalb, weil wir uns natürlich über den Umweg bei den steigenden Energiekosten am Energieverbrauch etwas sparen, weil wir uns an Straßenbauten etwas sparen und weil wir uns, was vielleicht das Wichtigste ist, an Zersiedelung unserer Landschaft etwas sparen. Deswegen ist es sicher wichtig, auch hier in Richtung Wohnqualität zu gehen.

Eines möchte ich noch zum Schluß sagen, das sind die Fragen der Stadterneuerung beziehungsweise Stadterweiterung. Wir haben bisher eigentlich eine Wohnbaupolitik überwiegend in die Richtung betrieben, die Stadterweiterung gebracht hat. Die Städte zerfließen, Graz zerfließt. Nehmen wir gleich unsere Landeshauptstadt her. Wir haben in der Innenstadt einen Kern, der entsiedelt wird. Natürlich haben wir uns auch bemüht und es gibt ja auch gesetzliche Normen dafür, daß wir diese Altstadt in Graz vitalisieren. Aber wir haben nicht nur in der Altstadt selbst, wie es im Altstadterhaltungsgesetz umschrieben ist, sondern überhaupt in den größeren Städten, nicht nur in Graz, einen Altwohnungsbestand, der nicht mehr den heutigen Anforderungen entspricht. Hier ist es natürlich auch wichtig, in die Richtung vermehrtes Augenmerk zu lenken, allerdings auch wieder in die Richtung

gehend, daß man auch zur Wohnqualität jene Freizeiteinrichtungen mitschafft. Das ist in einem Stadtkern natürlich nicht einfach, aber läßt sich auf dem Wege von Kommunikationszentren von irgend welchen gemeinschaftlichen Räumen auch machen. Der soziale Aspekt, nachdem in diesem Kapitel natürlich die Sozialfrage behandelt wird, ist, wenn die Leute mehr zu Hause bleiben, wenn sie sich zu Hause wohl fühlen, wenn sie ihre Freizeiteinrichtungen, irgend welche kommunikative Einrichtungen vorfinden, kommen sie auch zusammen. Ich brauche nicht zum Nachbarn in die Wohnung gehen, ich treffe ihn vielleicht im Schwimmbad, in der Sauna, im Garten. Das führt auch wieder dorthin, was wir ja heute schon einige Male gesagt haben, zu jener Erleichterung der Nachbarschaftshilfe. Wie gesagt, meine Damen und Herren, ich habe es am Anfang gesagt, es ist sicher auch kein Stein der Weisen, aber ein Diskussionsbeitrag, daß man sich sagt: Wenn sich in den nächsten Jahren viele Gedanken machen, Techniker, Politiker und sonstige Fachleute, ist es doch möglich, daß es zu einer Entwicklung kommen kann, die einen befriedigenden Status erarbeitet, als es heute der Fall ist. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Zdarsky: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Heidinger. Ich erteile ihm das Wort!

Abg. Dr. Heidinger: Frau Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Der Kollege Loidl hat es sich in einem Punkt ein bißchen leicht gemacht. Es gehört fast heute zum guten Ton, die Banken „abzuwatschen“. Wir sind es gewohnt, die „Watschenmänner der Nation“ zu sein. Aber um der sachlichen Darstellung willen — und Kollege Loidl, du bist sicher interessiert daran — möchte ich kurz festhalten: Kollege Loidl hat also gemeint, das hohe Zinsniveau sei die Schuld der Banken, das hohe Zinsniveau ist klarerweise dann auch Schuld an zusätzlichen Finanzierungskosten und damit an der Steigerung der Quadratmeterpreise. Zum ersten Vorwurf: Das hohe Zinsniveau bedauert niemand mehr als wir. Das ist keine billige rhetorische Retourkutsche, sondern es ist meine ehrliche Überzeugung. Wir haben dieses Zinsniveau auch nicht verursacht, sondern es ist a) eine internationale Erscheinung, und b) eine Folge der harten Währungspolitik, die die Notenbank führt, und ich zitiere nur die Meinung verschiedener Volkswirte, der ich mich allerdings anschließe, nachdem in Österreich aus bekannten Gründen im Moment Wirtschaftspolitik nicht gemacht wird. Das wird sich ja vermutlich mit dem Abgang des Herrn Vizekanzlers wieder ändern, daß die Notenbank die einzige Stelle im Lande ist, die versucht, Wirtschaftspolitik zu betreiben, und das kann sie nur mit ihren sehr unzulänglichen Instrumenten der Geldpolitik. Und das heißt knappes Geld, knappes Geld heißt teures Geld, und teures Geld heißt dann natürlich ein Raufen der Kreditinstitute um die Einlagen, was noch dazu führt, daß die Einlagen über die Maßen teuer sind. Ich möchte aber ebenso sagen, daß der Vorschlag, nun jedem Kreditinstitut sozusagen eine Zwangstranche

der Finanzierung im Wohnbau zuzuteilen, zur totalen Kreditlenkung führt. Wir haben heute bereits — und das erschwert ja die Notenbankpolitik und macht dann das Durchschlagen in gewisse Bereiche, wo überhaupt der Zins noch beweglich ist, so fürchterlich, wobei der Wohnbau noch zu den privilegierten Bereichen gehört, Kollege Loidl, sondern diejenigen, die jetzt als erste unter die Räder kommen, sind die Privatkreditnehmer, die heute schon Zinssätze von 15, 16 Prozent im Regelfall zahlen, da kann man noch sagen, das ist volkswirtschaftlich erwünscht, Konsumdrosselung. Nur wird das der betreffende Jungverheiratete, der sich mit einem Kredit seine Wohnung einrichten muß und will, auch nicht so empfinden. Also, die individuelle Einstellung und die generelle Einstellung sind da etwas verschieden. Die zweiten, die unter die Zinsräder kommen, sind die Kleingewerbetreibenden und die Wirtschaft, die heute im Regelfall Zinssätze von 13 und 14 Prozent zahlen. Und dann kommt der Wohnbau, wo die Zinssätze heute noch immer in einer solchen Höhe liegen, daß wir durchaus von Großeinlegern Einlagen hereinnehmen müssen die mindestens gleich viel kosten wie im Wohnbau die Darlehenszinsen, die jetzt etwa bei 10½, 11 Prozent liegen. Und wer die Großeinleger sind, die Kollege Loidl apostrophiert hat, bitte, darüber kann man, ohne das Bankgeheimnis zu verletzen, auch etwas sagen, das ist nämlich die andere Seite des Kollegen Loidl, das sind die Sozialversicherungsträger, die Gewerkschaften, die Kammern, also halböffentliche und öffentliche Einrichtungen. Die Wirtschaft hat keine großen Einlagen mehr, die hat nur große Schulden. Das heißt also, es ist ja ganz legitim, wenn die Ware teuer ist — das habe ich ja gesagt — dann, wenn die Ware knapp ist, wird sie teuer. Und wer viel flüssige Mittel hat, ist jetzt günstig dran. Aber bitte, nicht die Banken sind die Bösen. Und wir — und auch das sage ich ganz offen, und jetzt sage ich das als Sparkassenleiter und nicht als reiner Banker — haben immer für den sozialen Wohnbau besonders viele Ausleihungen herausgegeben und wir haben dabei immer Ertragseinbußen in Kauf genommen. Die Institute, die besonders stark im Wohnbau veranlagt sind, werden im heurigen und sicher auch im nächsten Jahr besondere Probleme mit ihrer Ertragslage haben. Ich möchte also da gar nicht jammern und nicht weiter in die Details gehen, ich möchte nur zusammenfassend feststellen: Die Hochzinspolitik ist nicht von den Banken verursacht worden, sondern ist eine allgemein volkswirtschaftliche Erscheinung, die wir sehr bedauern, die aber sicher aus gesamtwirtschaftlichen Gründen, Inflationsbekämpfung und so weiter, notwendig ist. Wir hoffen, daß sie nicht mehr lange notwendig ist. Wir haben zweitens versucht, im Kontakt mit den Wohnbauträgern für den einzelnen die Zinsverteuerung im Moment nicht spürbar zu machen, und zwar durch Verlängerung der Laufzeiten. Das geht nicht in allen Fällen, aber es ist ja — der Herr Kollege Ing. Turek hat sehr darauf hingewiesen — sowieso eine große Problematik, daß immer die laufenden Baukosten dann eben abgezahlt werden müssen. Warum ist der junge Mann von heute verpflichtet, das Dreifache von

dem zu zahlen, was der Junge, der eine Wohnung vor 10 oder 12 Jahren bezogen hat, bezahlt? Aber das ist ein anderes Problem, mit dem ich mich nicht mehr auseinandersetzen möchte.

Und das dritte ist, daß wir die Idee einer speziellen Wohnbaubank oder eines Zwangsveranlagungsteiles im Wohnbau wirklich ablehnen müssen, weil wir dann überhaupt aufhören, eine marktwirtschaftliche Ordnung im Geldwesen zu haben. Dann kommen wir zur totalen Zwangsbewirtschaftung, dann, bitte, auch keine Konkurrenz unter den Kreditinstituten, die gerade vom Kreditwesengesetz, das unter einer SPO-Bundesregierung beschlossen wurde, als Hauptpostulat eine Rolle spielt, weil man der sicher richtigen Annahme ist, daß im Konkurrenzkampf die Zinsen für die Einleger möglichst günstig und für die Darlehensnehmer auch besonders günstig sind, weil man sich anstrengen muß, am Markt nicht unterzugehen. Aber sonst kommen wir zur Einheitsbank und ich glaube, das wollen Sie nicht und das wollen wir auch nicht. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Zdarsky: Zum Worte gemeldet hat sich der Herr Landesrat Ing. Koiner. Ich erteile es ihm.

Landesrat Ing. Koiner: Frau Präsident! Meine Damen und Herren!

Es ist eigentlich eine sehr angenehme Aufgabe für einen Neuling als Landesrat, ich möchte nicht sagen als Lehrbub, zumindest in diesem Referat, nach eigentlichen Vollprofis traditionsgemäß noch etwas zu dem Kapitel sagen zu können. Ich bin sehr dankbar, meine Herren Abgeordneten, daß zwei Dinge herausgekommen sind, und zwar aus allen Richtungen.

Das erste ist, daß es eine verhältnismäßig hohe Summe ist, die wir jährlich im Wohnbau zur Verfügung stellen können. Das ist unverkennbar. Ich nehme das auch nicht für mich in Anspruch. Wir haben hier einen Weg der Finanzierung, der günstiger ist, zumindest vom Referenten aus gesehen, als in anderen Bereichen. Wir bekommen für diese Angelegenheit die Zweckzuschüsse des Bundes, wir haben die Landesmittel dazuzulegen und wir legen dann natürlich auch noch freiwillige Leistungen in Form der landestypischen Wohnbauförderung dazu, aber insgesamt — und das ist zum Ausdruck gekommen — etwa über 2,6 Milliarden Schilling im Wohnbau pro Jahr geben zu können, ist doch eine ganz gewaltige Summe, und ich glaube, es ist auch sehr deutlich zum Ausdruck gekommen, daß damit eigentlich ein Recht darauf besteht, von dieser Summe aus zu erwarten, daß einiges Positives in dieser Hinsicht geschieht.

Nun, meine Damen und Herren, ich brauche nicht auf das einzugehen, was die Herren Abgeordneten gesagt haben, ich möchte nur folgendes zur Illustration sagen:

Es ist zu erwähnen, daß auf dem Geschoßbau-sektor derzeit 711 Baustellen mit insgesamt doch über 15.000, fast 16.000 Wohnungen in Abwicklung sind. Davon sind bei zirka 3500 Wohneinheiten erst maximal 25 Prozent des Bautenstan-

des erreicht. Bei weiteren 1700 Wohneinheiten ist der Bautenstand bis 50 Prozent gediehen. Das gibt also dann auch in der Abrechnung pro Jahr nicht unbedingt sehr genaue Zahlen, wenn man sie mit anderen Jahren vergleicht. Ich glaube, das ist einfach zu beachten.

Ein Wort zu den Vorgriffen, die sicherlich in den vergangenen Jahren gemacht worden sind: Wir haben errechnet, daß sie etwa bis 1982 doch stufenweise abgebaut werden können. Da gibt es einen positiven und einen negativen Effekt. Ich brauche nicht sehr darauf einzugehen, so sehr das vor allem auch erwünscht ist. Leider Gottes sind ja die Anforderungen immer größer als die Mittel, die wir zur Verfügung stellen können. Wenn man also nun einmal Vorgriffe macht, so ist auch sehr zu beachten, daß das in einigen Jahren danach einfach auch seine Auswirkungen hat und ich bin eigentlich der Meinung — und ich habe darüber auch mit dem Herrn Kollegen Loidl geredet —, daß wir vor allem in der jetzigen Situation gut daran tun, vorbereitet zu sein, daß wir bei einem Rückgang der Konjunktur auf dem Bausektor auch noch Reserven haben. Wenn wir also die Vorgriffe hier zu weit treiben, dann können wir hier nicht reagieren oder wir können Vorgriffe machen — und das ist ja das Problem der Rechtsabteilung 14 auch —, aber es kann dann der Fall eintreten, daß Wohnbauvereinigungen fertig sind, im Bauzustand so weit gediehen sind, daß sie Anspruch auf die Auszahlung der Förderungsmittel haben und wenn wir zuviel vorbewilligt haben, muß die Rechtsabteilung 14 dann sagen, es tut mir leid, ihr müßt warten, momentan ist das Geld nicht da, und das muß mit Zwischenfinanzierung bei doch sehr hohen Kreditkosten natürlich dann auch negativ zu Buch schlagen. Das ist das Problem, das also in der Vorschau zu bewältigen ist. Das ist oft gar nicht so einfach, aber ich bin doch der Meinung, daß wir gut daran tun, hier ein bißchen Reserve zu haben, für den Fall, daß wir hier auch aus nicht nur wohnungswerbemäßigen Gründen, sondern im Hinblick auf die Bedeutung der Bauwirtschaft auch als Konjunkturträger von der Wohnbauseite auch ein bißchen beweglich bleiben.

Eines möchte ich auch dazu sagen, es ist aber schon zum Ausdruck gekommen: Ich würde dankbar sein, wenn in bezug auf die Subjektförderung und damit in bezug auf die Wohnbeihilfe auch eine sehr klare Meinung hier zum Ausdruck kommt. Sie wird teilweise wirklich überschätzt, und ich glaube, sie ist auch selbst in den Anfängen zuerst überschätzt worden. Wir stellen also fest, daß etwa im Jahre 1980 bis dato 102 Millionen Schilling ausbezahlt worden sind und daß sich das durchaus nicht in dem Ausmaß steigert, daß man sagen kann, diese Subjektförderung würde so stark zu Buch schlagen, daß sie wirklich ganz beträchtliche Mittel zur Neuschaffung von Wohnungen oder von Eigenheimen verhindern würde. Ich glaube, das muß man auch dazu sagen.

Es wurde auch gesagt — und ich bin dafür dankbar —, daß wir nun eher in die qualitätsmäßigen Anforderungen auf dem Wohnbausektor kommen, daß wir auch einige ganz gute Dinge gemacht

haben, wobei vielleicht zu dem einen Punkt zu sagen ist — und das ist ein bißchen negativ —, daß die Prüfung der Schall- und Wärmeschutzwerte Anlaß ist, dort wieder einmal stärker nachzuschauen. Das ist ein Hinweis darauf, daß auch hier Kontrolle einfach unerlässlich ist und daß es da und dort Hinweise gibt, daß wir uns hier stärker um diese Dinge annehmen müssen.

Ja, noch etwas: Herr Kollege Ofner, es ist richtig, daß die Vierer mehr kostet — und der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Schaller hat darauf hingewiesen —, aber wer sich heute ausrechnet, wie die Heizkosten exorbitant, und zwar viel stärker als die Wohnbaukosten, steigen, der muß zur Erkenntnis kommen, daß das eine gute Investition ist. Ich bin ja manchmal fast entsetzt, daß es gerade in einer anderen Angelegenheit, etwa der Anmietung von Räumen für die landwirtschaftlichen Fachschulen, heute so ist, daß die Anmietung je Quadratmeter, also die Abgeltung der Wohnfläche, billiger berechnet werden muß, als die Heizkosten; eine abenteuerliche Geschichte. Und es ist abzusehen — ich glaube, auch das ist völlig klar —, daß das kein Status quo ist, sondern, daß es sich eher in die Richtung weiterentwickeln wird. Ich glaube, daß das doch vertretbar ist, wenn wir hier etwa diese zwei Prozent hinein investieren. Trotz dieser, ich glaube auch anerkannten Förderungsleistungen, bin ich nicht unfroh darüber, daß wir nun in die Diskussion hineingehen, sehr stark und eigentlich auch sehr breit, was können wir denn in der Bewegung dieser ganzen Angelegenheit verbessern. Was ist unbedingt verbesserungswürdig.

Ohne Übertreibung, am Wohnbausektor, im sozialen Wohnbau, gibt es eine doch sehr weitgehende Übereinstimmung über alle Parteigrenzen hinweg. Sehr weit sind wir hier nicht einmal von Vorschlägen und Meinungen in Wien auseinander. Ich möchte dies auch erwähnen. Ich sehe durchaus die Möglichkeiten, daß wir hier zu Rande kommen, auch mit der Änderung in bezug auf die Förderung.

Ein Wort noch zur Frage der Verteilung der Mittel in den einzelnen Bereichen. Es ist auch unübersehbar, das muß jeder beachten, der mit dem Referat zu tun hat, daß der wirkliche Wunsch — und das ist ein Umfrageergebnis — nach dem Eigenheim besteht. Ich gebe Ihnen völlig recht, Herr Kollege Turek, daß das keine Ideologiefraße ist, sondern ich vermute fast, daß es eine Frage der Zufriedenheit ist. Und die ist natürlich weitgehend abhängig, je unabhängiger und freier ich mich in meiner Wohnung bewegen kann. Und das ist mit dem Eigenheim gegeben. Ich selbst wäre, sehr glücklich, jetzt von der reinen Förderungsseite her, wenn man diesem überwiegenden Wunsch Rechnung tragen könnte und sagen könnte, bitte, dann nur mehr Förderung Eigenheim, jetzt sehr übertrieben gesagt. Weil von der Förderungsseite her ja das ein sehr immenser Erfolg wäre. Ich könnte faktisch gegenüber dem Geschoßbau wahrscheinlich viermal bis viereinhalbmal soviel fördern. Ja, ungefähr auch, bitte. Das ist also unverkennbar, aber jeder in dem Haus weiß natürlich

auch, daß das nicht in allen Bereichen geht. Und ich würde hier bitten, etwa die Frage des Bodenverbrauchs nicht überzubewerten, zumindest nicht in jenen Regionen und jenen Gemeinden, wo nach einer sinnvollen Überlegung — wo kann man denn bauen, wo sind die sinnvollen Flächen, wo kann man das tun, solche Flächen zur Verfügung stehen. Dort würde ich es nicht für so kritisch erachten. In Ordnung, dort soll man diesen Weg gehen. Wir haben ja diese eher geschlossene Form dann gewählt und hier auch verdichteter Flachbau — wie wir es nennen. Und hier noch eine Meinung, die ich mir in der kurzen Zeit gebildet habe. Wir haben in der Variante 1 des verdichteten Flachbaues wahrscheinlich als Ersatz für den Geschößbau — und als solcher ist er gedacht — eine sehr hohe Qualität, die aber in der Förderungshöhe ausufert, exorbitant hoch wird, und es ist für mich eine Frage der Gerechtigkeit, ob ich also eine so hohe Qualität auch mit Förderungsmitteln gleich abdecken muß oder soll, wie das im Geschößbau der Fall ist. Ich glaube, das ist eine Sache der Gerechtigkeit. Ich habe nichts dagegen, wenn so hohe Qualitäten gebaut werden, aber ich glaube, wir müssen uns überlegen — und auch hier werden wir Übereinstimmung finden können —, daß wir dann oben am Plafond ein Limit einziehen. Es soll niemand gehindert werden, qualitativ noch höher zu bauen, aber bitte, dann darf er eben keine Förderungsmittel dafür in Anspruch nehmen, sondern er muß sich auf dem Plafond einpendeln, den wir für vertretbar finden. Das möchte ich sagen im Hinblick auch darauf, daß man verschiedene Erwartungen in dieser Hinsicht hat und daß das gut ist, sich danach zu richten, weil ich glaube, hier wird es im Wohnungsbeirat und über die Parteien hinweg eine verhältnismäßig große einheitliche Auffassung geben.

Nun, ich möchte nicht mehr, was die Kollegen schon getan haben, auf den Tätigkeitsbericht der Sachverständigenkommission eingehen. Ich glaube, man kann doch feststellen, daß hier verhältnismäßig schnell reagiert worden ist, und daß wir an und für sich den Punkten, die dort gefordert worden sind, bis auf Dinge, die nicht in unserem Bereich liegen, verhältnismäßig sehr schnell nachgekommen sind. Eines macht mir Sorgen, das ist die Bauaufsicht. Sie ist auch erwähnt worden. Wir werden uns hier sicherlich auch im Wohnungsbeirat darüber Gedanken machen, wie wir sie entsprechend gestalten können. Ich habe gestern auch mit dir, Herr Kollege, darüber geredet. Ich meine, das ist erwähnt worden, wir haben die Wohnbauträger, die Genossenschaften und Gemeinschaften aufgefordert, uns zu melden, wer Bauaufsicht führt und in welcher Form. Ich glaube aber, daß es durchaus sinnvoll wäre, hier von der Basis her etwa auf der Mietervereinigung eine Kontrolle durchzuführen, ob diese Kontrolle draußen wirklich gemacht wird. Denn dort beginnen die großen Mißtrauensvorschüsse, passieren auch Dinge, die dann kaschiert werden, und dort fängt — leider Gottes — das Mißtrauen der zukünftigen Wohnungsbesitzer an. Dies sollte man vermeiden. Sicherlich nicht in allen Bereichen, das gilt immer,

aber das wird eine Sache sein, die wir zu lösen haben werden.

Im Hinblick auf das, was auf der Bundesebene bevorsteht, glaube ich, ist auch genug gesprochen worden. Ich möchte von der Sicht des Wohnungsreferenten her natürlich nicht unglücklich darüber sein, wenn wir Mehrwertsteuergeschichten aus der Wohnbaugeschichte wegbringen, also Befreiung. Sehr real beurteile ich, daß dies ein sehr schwerer Brocken sein wird. Weil mir auch klar ist, selbst bei einem neuen Finanzminister genauso wie beim alten, er braucht nicht nur das Geld, sondern bei der Mehrwertsteuer macht ja jeder Finanzminister deswegen so eine Mauer, denn wenn da einmal ein Loch ist, dann kann er sich ausrechnen, wer noch alles kommt. Also bitte, so wünschenswert dies wäre, real ist es wirklich ein Problem, das durchzusetzen.

Ja, die Zinsengeschichte tut weh, tut wirklich weh. Es sind jetzt schon bis zu drei Schilling je Quadratmeter und Wohnung, was einfach diese Zinsenerhöhungen ausmachen. Und das ist natürlich spürbar, wenngleich ich natürlich auch der Meinung bin, daß man das nicht nur aus der Sicht — wo haben wir irgendwen, dem man dies herausreißen kann — sehen kann. Schön wäre es, wenn uns einer einfällt, dem dies nicht weh tut und der sagt, ihr habt ja recht. Aber bitte, real würde dies auch nicht sein. (Abg. Ing. Turek: „Der Onkel aus Amerika!“) Ja, dies wäre eine glänzende Idee. Aber der ist manchmal auch nicht so, daß er doch der alte Onkel ist.

Eine letzte Bemerkung noch. Der Herr Kollege Loidl hat, glaube ich, in der vorjährigen Budgetdebatte den Wunsch geäußert, einmal vielleicht vorzuchecken, wie denn das aussieht, in bezug auf die Befürchtung, die Wohnbauhilfe läuft uns davon, wenn wir in der Direktmittelförderung von 60 auf 70 Prozent gehen. Es hat die Abteilung das auch unter bestimmten Annahmen vorgoutiert. Etwa unter der Annahme, daß man im Jahr ungefähr 12.000 Schilling Wohnbeihilfe je Fall gibt, dann schaut das so aus, daß wir, wenn wir in der Änderung des Direktdarlehens von 60 Prozent auf 70 Prozent gehen würden, uns bei der Wohnbeihilfe 35 Millionen Schilling ersparen würden, beim Annuitätenzuschuß 9 Millionen Schilling, also insgesamt doch eine beträchtliche Zahl, daß aber der Mehraufwand beim Direktdarlehen 160 Millionen Schilling bedeuten würde. Das ist für ein Jahr berechnet. Es sagt nicht sehr viel aus. Es ist auch sehr schwierig, weil es unter der fiktiven Annahme einer durchschnittlichen Wohnbeihilfe von 1000 Schilling je Monat gemacht worden ist, aber das ist ungefähr etwa das Eingehen auf diese Überlegung des Herrn Kollegen Loidl. Ich möchte damit zum Abschluß kommen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es wird sicher in der nächsten Zeit auf dem Wohnbausektor einiges zu tun sein. Ich hoffe sehr, daß wir das für alle doch sehr wichtige Gebiet der Wohnbauförderung wie bisher aus kleinlichem Tages- und Parteienstreit heraushalten können, wie bisher auch. (Abg. Feldgrill: „So soll es auch bleiben!“)

Ich möchte das ausdrücklich sagen, und daß wir ein optimales Ergebnis auch mit Wien zusammen, das gerade in der Richtung bestimmend ist, ein optimales Ergebnis zum Wohl unserer steirischen Bevölkerung erreichen. Was an mir als Referent liegt, werde ich gerne dazu beitragen. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Zdarsky: Es liegt keine weitere Wortmeldung zur Gruppe 4 vor. Ich frage die Frau Abgeordnete Bischof als Berichterstatterin, ob sie das Schlußwort wünscht.

Abg. Bischof: Frau Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Ich wiederhole meinen Antrag und bitte, den Ansätzen der Gruppe 4, Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung, die Zustimmung zu geben.

Präsident Zdarsky: Sie haben den Antrag der Frau Berichterstatterin gehört. Wenn Sie damit einverstanden sind, mögen Sie zum Zeichen der Annahme die Hand erheben.

Die Gruppe 4 ist angenommen.

Gruppe 5, Gesundheit. Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Alfred Sponer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Sponer: Frau Präsident, meine Damen und Herren!

Die Gruppe 5, Gesundheit, ist, die Ausgaben betreffend, die größte Gruppe. Sie dient der Erhaltung der Gesundheit der Bevölkerung in diesem Lande und umfaßt Gesundheitsdienst, Familienberatung, medizinische Beratung und Betreuung, Röntgenzug, Umweltschutz, Krankenpflegedienst, Sanitätsdienst, Krankenanstalten, Heilvorkommen und Kurorte sowie die Veterinärmedizin. Die Einnahmen in der Gruppe 5 für das Jahr 1981 sind mit 2 Milliarden 719 Millionen 229 Tausend Schilling, und die Ausgaben mit 3 Milliarden 379 Millionen 876 Tausend Schilling vorgesehen. Die im Vorschlag aufgezeigten Ansätze wurden im Finanzausschuß beraten. Namens des Finanz-Ausschusses ersuche ich die Damen und Herren des Hohen Hauses, der Gruppe 5 ihre Zustimmung zu geben.

Präsident Zdarsky: Zum Worte gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Loidl. Ich erteile es ihm.

Abg. Loidl: Frau Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Zuerst muß ich Ihnen, Frau Abgeordnete Jamnegg, in aller Öffentlichkeit sagen, daß Ihr Vorschlag und Ihre Bereitschaft, sich mit mir zusammenzutun, eine, wie ich aus den Bemerkungen erkennen konnte, beträchtliche Eifersucht bei Ihren Kollegen ausgelöst hat. Wir dürfen gar nicht sagen, wo wir uns schon überall zusammengetan haben. Bei der Gebietskrankenkasse und vor allem auch dort, wovon Sie vorhin gesprochen haben, beim Verein für Hauskrankenpflege. Wenn ich ganz kurz etwas dazu sagen darf, so ist es uns völlig

klar, daß die Hauskrankenpflege um vieles, vieles billiger ist als ein Spitalsaufenthalt. Wir wissen auch, daß sehr viele Menschen, die heute im Spital sind, an sich nicht im Spital sein müßten, wenn sie eine entsprechende Hauskrankenpflege hätten. Wir sind uns in der Gebietskrankenkasse alle völlig im klaren darüber, daß wir sofort die Hauskrankenpflege finanziell unterstützen, unter der Voraussetzung, daß damit gleichzeitig die Anzahl der Spitalsverpflegstage zurückgeht. Das ist in der Praxis, wie wir das jetzt wissen, nur dann möglich, wenn die Spitalsbetten aus den Spitälern herausgenommen werden. Solange sie drinnen stehen, sind sie belegt. Die Gebietskrankenkasse und die Krankenkassen überhaupt sind, das wissen Sie auch, nicht in der Lage, mehr als 3 Prozent ihrer gesamten Einnahmen für die Spitalpflege zur Verfügung zu stellen, denn die Ausgaben gliedern sich im wesentlichen in die Spitalpflege mit 30 Prozent, die Kosten für die Ärzte 27 bis 28 Prozent, 17 oder 18 Prozent für die Medikamente, so daß überhaupt kein Spielraum mehr für etwas anderes übrig bleibt. Ich möchte sagen, daß eine absolut positive Einstellung der Funktionäre der Gebietskrankenkasse, das wird mir der Herr Präsident Ileschitz bestätigen, im grundsätzlichen vorhanden ist, aber natürlich unter dieser praktisch aus finanziellen Gründen erzwungenen Voraussetzung.

Und nun, meine Damen und Herren, zum Thema. Es gibt ein internationales Übereinkommen, welches auch von Österreich ratifiziert wurde, in dem es heißt: Gesundheit ist ein Zustand vollkommenen psychischen, sozialen und geistigen Wohlbefindens, nicht bloß das Fehlen von Krankheit und Gebrechen. Diesen Zustand für möglichst viele Menschen zu erreichen oder zu erhalten, muß also die Zielsetzung aller gesundheitspolitischen Maßnahmen sein. In letzter Zeit haben wir zwei Schwerpunkte, welche im hohen Maße diesem Ziele dienen, behandelt. Zuerst die Versorgung unserer Bevölkerung mit Krankenhäusern, und dann die Betreuung mit praktischen und Fachärzten. Die damit zusammenhängenden Probleme, Mängel und Schwierigkeiten, aber auch die realen Chancen und Möglichkeiten weiterer Verbesserungen wurden aufgezeigt und die dafür notwendigen gesetzlichen Regelungen hier in diesem Haus beschlossen. Nun gilt es, die vorgesehenen Verordnungen zu erlassen. Wie es scheint, wird der Herr Landesrat Heidinger der Unterstützung aller bedürfen, welche den Inhalt des neuen Krankenanstaltengesetzes wirklich bejahen. Einige Vorkommnisse haben das irgendwie signalisiert. Im allgemeinen aber, glaube ich, besteht eine Vorliebe für die kurative Medizin. Bei den Ärzten wohl deswegen, weil mit der Behandlung und Heilung bereits eingetretener Krankheiten einfach ein Erfolgserlebnis verbunden ist und bei uns gewöhnlich Sterblichen genauso einfach, weil wir am liebsten, solange uns nichts wehtut, an das Wort Krankheit überhaupt nicht erinnert werden wollen. Und so ist es im Laufe der Entwicklung unseres Gesundheitswesens zu dem gekommen, was der Präsident Piaty in der letzten Sitzung aufgezeigt hat. Nämlich, daß wir eigentlich zu viele und immer teurer werdende Spitalsbetten

unterhalten müssen. Das in einem Ausmaß, wie ich persönlich glaube und Dr. Piaty nicht zu unrecht meinte, daß sogar die Finanzierung einer ausreichenden Primärversorgung durch praktische und Fachärzte eines Tages in Frage gestellt werden könnte. Meine Damen und Herren, wir wissen natürlich alle, daß vorbeugen besser und billiger wäre, als heilen. Es wird seit Jahren vieles versucht, der Präventivmedizin und allem, was damit zusammenhängt, mehr Raum und mehr Geltung zu verschaffen. Angefangen von der gesetzlichen Verankerung der Gesundenuntersuchung über den Mutter-Kind-Paß bis hin zu den Bemühungen, das Gesundheitsbewußtsein des einzelnen Menschen zu heben. Wenn wir ehrlich sind, allzu erfolgreich war dies alles bisher leider nicht. Erstens gibt es zu wenig Ärzte, die sich wirklich dafür einsetzen, und zweitens, was vielleicht noch schwerer wiegt, ist eben die alte Volksweisheit, daß der Mensch erst durch Schaden klug wird, und das nicht immer. Gewiß, viele Menschen treiben unverantwortlichen Raubbau an ihrer Gesundheit.

Meine Damen und Herren, ich möchte aber auf der anderen Seite auf einen geradezu schockierenden Beweis aufmerksam machen, wie teuer unser materieller Wohlstand, der ja weitgehend auf die sogenannten modernen Produktionsmethoden zurückzuführen ist, eigentlich erkaufte wird. Von der Pensionsversicherung der Arbeiter, Landesstelle Graz, das ist der Bereich Steiermark und Kärnten, werden rund 88.000 Direktpensionen ausbezahlt. Direktpensionen sind solche, welche der Versicherte selbst erworben hat, das andere sind dann die Witwen- und die Waisenspensionen. Und von diesen 88.000 Pensionen sind nicht weniger als 45.000 Invaliditätspensionen. Das heißt, meine Damen und Herren, daß jeder zweite Arbeiter oder Arbeiterin infolge Krankheit oder Gebrechen vor Erreichung des normalen Pensionsanspruches die Arbeitsfähigkeit verliert. Wenn man sich dies, auf den ersten Blick wohl Unglaubliche, überlegt, dann war die Chance, aus dem letzten Krieg unverseht zurückzukommen, viel größer, als heute als Arbeiterin oder als Arbeiter das Berufsleben nicht vorzeitig als Invalide beenden zu müssen. Übrigens müssen monatlich rund 190 Millionen Schilling für diese 45.000 Invaliditätspensionen aufgewendet werden, obwohl die Durchschnittspension etwas unter 4000 Schilling liegt. Und, meine Damen und Herren, natürlich muß man angesichts solcher sozial und wirtschaftlich im höchsten Maße bedenklich und unhaltbaren Zustände nach den Ursachen fragen und was man dagegen tun könnte. Die Ursachen sind bekannt, der Lärm, der Staub, die Hitze, Akkord, Fließbandarbeit, Monotonie, Isolation und so weiter. Eben die Arbeitsbedingungen in der modernen Produktion, oft nicht zu unrecht als Arbeitsleid bezeichnet. Die Therapie wird unter dem Schlagwort Humanisierung des Arbeitsplatzes zusammengefaßt. Kein Zweifel, dieses Problem ist ungemein vielschichtig, und zielführende Lösungen sind nicht einfach und zunächst auch kostspielig, was sich aber in der Folge, von sozialen und humanitären Gesichtspunkten ganz abgesehen, auch wirtschaftlich bald bezahlt machen würde.

Meine Damen und Herren, ich möchte in diesem Zusammenhang auf einen Bereich aufmerksam machen, der bisher sträflichst vernachlässigt wurde, nämlich auf die Arbeitsmedizin. Infolge massivster Bemühungen durch die Arbeiterkammer und durch die Gewerkschaften ist die öffentliche Diskussion darüber in Fluß gekommen, und auch der Gesetzgeber beschäftigt sich derzeit mit dieser Frage. Das Betriebsärztewesen ist in der Gegenwart, von wenigen Ausnahmen abgesehen, auf Alibihandlungen reduziert. Von 16.000 Ärzten in Österreich weisen nur 356, das sind 2,3 Prozent, betriebsärztliche Arbeit als sonstige Tätigkeit aus. Diese besteht, wie wir wissen, meistens nur darin, für einige Stunden pro Woche die Ordination in einen Betrieb von mehr als 750 Beschäftigten zu verlegen, um dort in der Regel Medikamente zu verschreiben. Es gibt keine spezifische Ausbildung zum Betriebsarzt, natürlich auch keinen Facharzt für Arbeitsmedizin. Es gibt lediglich zwei Lehrgänge zu je 14 Tagen, und wer diese absolviert hat, bekommt ohne Prüfung ein Zertifikat. Ich glaube, daß kein Facharbeiter in unserem Lande so ausgebildet wird. Aber jedenfalls, meine Damen und Herren, ist diese Frage — wie schon gesagt — in Diskussion, sie ist in vollem Gange. Die Ausbildung muß geklärt werden, die Position des Betriebsarztes, sein Aufgabenbereich, vor allem seine Unabhängigkeit, seine finanzielle Absicherung, die Zusammenarbeit mit allen anderen Einrichtungen des Gesundheitswesens bis hin zum frei praktizierenden Arzt. Es muß gelingen, ein arbeitsmedizinisches Netz nach und nach aufzubauen. Vor allem, meine Damen und Herren, müssen die medizinischen Erkenntnisse, die ja vorhanden sind, über Vorbeugen und über Verhüten durch die Arbeitsmediziner an den Arbeitsplatz direkt herangebracht und in die Tat umgesetzt werden. Und der Betriebsarzt muß finanziell und wirtschaftlich so unabhängig sein, daß er auch um diese Ziele kämpfen kann. Nicht selten sind nämlich Gedankenlosigkeit und Bequemlichkeit auf allen Ebenen schuld. Ich gebe es ganz offen zu, selbst Gewerkschaften sind noch immer bereit, auch technisch vermeidbare gesundheitsschädigende Arbeiten durch Erschwerniszulagen abgelden zu lassen, und da schließe ich meine eigene Gewerkschaft nicht ganz aus. Meine Damen und Herren, was die Kosten eines umfassenden arbeitsmedizinischen Dienstes betrifft, so glaube ich, daß wir nirgendwo sonst mit so großer Gewißheit annehmen können, daß diese, wenn die Aufgabe wirksam betrieben wird, so schnell und vielfach sich amortisieren. Allein wenn es gelänge, die Invaliditätsrate zu senken, die Arbeitskraft oft sehr erfahrener und gut ausgebildeter Arbeitskräfte noch mehrere Jahre zu erhalten und, damit verbunden, menschliches Leid zu vermeiden, wäre schon ungeheuer viel erreicht. Unzählige Krankenstände, Arztbesuche, Spitalsaufenthalte könnten vermieden werden. Mit einem Wort, es käme endlich das zum Durchbruch, was niemand bestreitet und so oft gesagt wurde, und auch von mir eingangs, nämlich, daß Vorbeugen und Verhüten besser und billiger sind, als heilen. Man muß es nur tun. Meine Damen und Herren, alle, die in Bund und Land dafür zuständig sind, zu gewinnen, daß man

nun von der Diskussion, oder bald von der Diskussion, zur Tat kommt, wäre ein wichtiger Beitrag zur Verbesserung unseres Gesundheitswesens, vor allem in einem so erfolgversprechenden Bereich wie es der Auf- und Ausbau einer arbeitsmedizinischen Betreuung aller Beschäftigten in unserem Lande wäre. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Zdarsky: Die nächste Wortmeldung ist die des Herrn Abg. DDr. Stepantschitz. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. DDr. Stepantschitz: Sehr geehrte Frau Präsident, meine Damen und Herren!

Ich darf meinem Vorredner sehr herzlich danken, daß er mit so viel Vertrauen zu den Ärzten gesprochen hat, und daß er festgestellt hat, daß es nur leider noch nicht möglich ist, sie überall einzusetzen. Wir stimmen da völlig überein. Es gibt sicher noch sehr, sehr viele Mängel, auch in unserem Gesundheitssystem, es gibt auch sehr, sehr viele Statistiken, die sagen, das und das stimmt nicht. Ich darf nur sagen, letztlich maßgeblich für die Beurteilung, ob wir richtig liegen oder nicht, ist die durchschnittliche Lebenserwartung, und die ist bei uns ziemlich in Ordnung. Grundsätzlich können wir mit den Leistungen, die hier in diesem Lande erbracht worden sind, zufrieden sein. Auch was die Jugend betrifft. Wenn gesagt wurde, daß etwa 10 Prozent unserer Jugendlichen als behindert anzusehen sind, ist das auch wieder eine Frage, wo das Normmaß ist. Darüber ist man sich nicht ganz einig. Die Medizin ist keine absolut exakte Wissenschaft, an der man alles messen und wägen kann. Ich darf aber sagen, daß Untersuchungen, wie etwa Landesrat Fuchs sie angeführt hat, in seinen Berufsschulen ergeben haben, daß doch praktisch die Masse der Jugendlichen gesund ist, ich darf sagen, auch auf Grund eigener Erfahrung, daß die Einstellungsuntersuchungen beim Bundesheer, die sehr genau durchgeführt werden, mit sehr modernen Erkenntnissen der Wissenschaft, der Diagnosestraße, doch ergeben, daß wir im allgemeinen zufrieden sein müssen. Ich darf hier nur eines einschieben, eine Randbemerkung, was die Untersuchung bei der Einstellung zum Bundesheer betrifft, da müssen wir bitte sehr, sehr darauf achten im Interesse unserer Jugend, daß hier korrekt und nach genauen Maßstäben vorgegangen wird. Was da passiert ist bei einem gewissen Mann, der bis vor einigen Jahren Runden gedreht hat, bis er darauf gekommen ist, daß das eigentlich ein Unsinn ist, das ist nicht dazu angetan, um die Wehrge-sinnung unserer Jugend zu heben. Das darf ich eindeutig feststellen. (Allgemeiner Beifall.) Wir haben, wenn wir auch sagen, daß Organkrankheiten zurückgegangen sind, doch auf der anderen Seite feststellen müssen, daß es andere Krankheiten gibt, die uns beschäftigen, und auch bei der Einstellung beim Bundesheer jener, die untauglich sind, die Mehrzahl aus psychischen Gründen. Das ist ja leider die Begleiterscheinung unserer sogenannten Wohlfahrtsgesellschaft, die sich verlagert hat vom Körper zum Geist. Das müssen wir zur Kenntnis nehmen, und da muß man auch versuchen, das bestmögliche zu tun. Wir haben das Problem der

Drogenkrankheit, ein ganz neues Problem. Wenn man sagt, das ist irgendein Gesindel, die soll man einsperren, dann glaube ich nicht, daß das der richtige Weg ist. Es handelt sich hier ganz eindeutig um kranke Menschen. Und wenn der Gesundheitsminister festgestellt hat, daß er in Österreich 200 Betten errichten will, in denen auch diese kranken Jugendlichen behandelt werden, so sagen wir ihm mit sehr herzlichem Dank, daß wir ihn dabei gerne unterstützen, und wir erwarten sehr hoffnungsvoll seine Initiativen in diesem Land. Das gleiche gilt auch für die Behandlung von psychischen Erkrankungen in den sogenannten gemeindenahen psychiatrischen Zentren; wir haben ein solches auch in Graz. Nur da komme ich schon dem Kollegen Loidl etwas entgegen. Als man das eingerichtet hat, hieß es, dafür werden wir uns im Feldhof draußen Betten ersparen. Das ist bisher leider nicht passiert. Aber, ich muß auch einschränken, es ist halt im Feldhof so, daß ganze Abteilungen praktisch ein Altersheim sind und keine Psychiatrie mehr, das muß man auch bedenken. Zum anderen ist, glaube ich, die Anlaufzeit noch zu kurz. Ich glaube, auch dieses Experiment dürfen wir trotz des bisher nicht ganz befriedigenden Ergebnisses nicht beiseiteschieben. Wir haben in der letzten Sitzung des Landtages festgestellt, daß sich die ärztliche Versorgung in diesem Land gebessert hat, daß mehr Ärzte da sind, und daß man noch mehr Ärzte braucht und daß man weniger Betten haben soll. Es ist so, daß ein Abkommen besteht zwischen Kammer und Kassa. Leider dauert es 10 Jahre, bis mehr Ärzte in der Praxis sein werden. Dafür können die Spitalserhalter nichts. Wir werden gerne in dem Maß, in dem mehr Ärzte in die Praxis gehen, auch die Betten reduzieren. Anfänge sind gemacht. Wir haben in Graz die Bettenzahl nicht bedeutend, aber doch um etwa drei Prozent im vergangenen Jahr reduzieren können. Wir haben konkrete Vorschläge, auf diesem Weg weiterzugehen. Wir kommen ihnen also entgegen. Es ist das selbstverständlich eine Frage der Finanzierung. Wir wissen das. Ein Krankenhausbett ist die teuerste Form einer Behandlung. Wir müssen versuchen, hier weiterzukommen und das ganze auf eine tragbare Basis zu stellen.

Nur unbestritten blieb also auch in der letzten Diskussion, daß auf lange Zeit noch zu wenig Zahnärzte da sein werden. Man kann Zahnärzte so ausbilden oder so ausbilden, da ausbilden oder dort ausbilden. Nur, immer ist das Bundessache! Immer ist das Bundessache! Und wenn wir im Krankenhaus Graz die aufgelassene zweite Lungenabteilung, Bettenreduzierung bitte, der Zahnklinik zur Verfügung stellen, und wenn dort wieder 16 neue Ausbildungsstellen geschaffen wurden, ist das ein sehr wesentlicher und sehr teurer Beitrag des Landes Steiermark. Nur, jetzt bin ich sehr neugierig, wer dort arbeiten wird, ich meine jetzt nicht die Studenten, sondern das begleitende Personal, die Assistentinnen und was man sonst halt noch braucht. Das ist bei uns im Stellenplan nicht vorgesehen. Da hieß es, das wird der Bund machen. Ich freue mich sehr darauf. Ich bin sehr neugierig, ob das wirklich passiert. Das ist eine Aufgabe, die uns

an sich nicht zusteht, denn hier werden nicht Zahnärzte für die Steiermark ausgebildet, sondern für ein Drittel von Österreich. Bitte da, glaube ich, muß ich schon darauf aufmerksam machen, daß wir hier vom Bund entsprechende Hilfe auch wirklich bekommen müssen. Aber auf den Bund komme ich noch zu sprechen, und zwar gleich jetzt.

Man kann, glaube ich, im heurigen Jahr nicht eine Krankenhausdebatte abführen, ohne vom AKH zu reden. Haben Sie bitte keine Angst, ich rede jetzt nicht von der Korruption, und ich rede nicht darüber, ob der Androsch jetzt deswegen oder deswegen gehen muß, das ist ein anderes Kapitel, das geht uns hier sicher nichts an. Ich rede davon, wie dieses Krankenhaus konstruiert wurde. Schauen Sie, es ist sehr ehrenwert für uns, da der Biomediziner des Krankenhauses Graz jetzt vom Herrn Kandutsch, der die Beaufsichtigung des Baues übernommen hat, als Berater beigezogen wird. Das spricht dafür, daß es in Graz scheinbar ganz gut zugeht. Wir haben in Graz einen ausgezeichneten Professor für Biomedizin, Professor Schuy, der bereits auch in Wien eingeschaltet wurde und das Haus durchleuchtet hat. Wenn ich Ihnen jetzt erzähle, was er als Ergebnis mit nach Hause gebracht hat, dann müßte man die Diskussion noch auf zwei, drei Tage weiter ausdehnen, es wäre alles sehr interessant, aber es wird ja alles einmal publik werden. Nur ganz kurz. Im AKH Wien ist ein Strombedarf im Jahr von 182.500 Megawattstunden vorgesehen. Das ist der Bedarf für eine Stadt von 40.000 Einwohnern. 40.000 Einwohner brauchen den gleichen Strom, samt Heizen, Waschmaschine und allem, wie etwa 2000 Patienten. Dann sehen Sie schon rein daran die Dimension, um die es dabei geht, und wie gearbeitet wurde, von der Planung her, nicht von der Korruption. Man hat die Intensivstation über der Röntgenstation gebaut. Eine riesige Intensivstation, eine riesige Röntgenstation. Und als die Hauptinstallationen fertig waren, ist man angeblich daraufgekommen, daß das ja nicht geht, weil die Apparate der Intensivstation nicht reagieren, wenn unten Röntgen gearbeitet wird. Da mußten also bei 36 Trafostationen, so viele gibt es dort, nachträglich Verkapselungen durchgeführt werden. Das hat 60 Millionen Schilling gekostet. Da mußten alle Zuleitungen abgeschirmt werden, das hat 20 Millionen Schilling gekostet. Das sind 80 Millionen Schilling, die man echt beim Fenster hinausgeschmissen hat, sollte man glauben, ist aber nicht so, denn ich bin ganz sicher, die Firma die das geplant hat, hat schon gewußt, was noch kommt. Es hat ja die gleiche Firma die nachträglichen Verbauungen vorgenommen, die geplant hat und die zuerst gebaut hat. Ich kann nicht glauben, daß das nur ein Unsinn ist. Ich darf Ihnen noch etwas sagen, in allen Zimmern des AKH in Wien ist vorgesehen, daß man am Bett EEG-Untersuchungen machen kann. Ich kann Ihnen keinen Unterricht über das EEG halten. Es ist eine Untersuchung, die notwendig ist, um die Epilepsie zu erkennen, sonst ist die Indikation schon weitgehend eingeschränkt. Epileptiker gibt es 0,0 und so viel Prozent — außerdem eine Krankheit, wo es nicht eilig ist. Man hat nicht vorgesehen, daß man den

dorthin führt, wie das bei uns ist, und ihn dort untersucht, wo der Apparat steht, auch dieser Apparat gehört überall hingestellt. Natürlich ein sehr, sehr schöner Gewinn und schöner Verdienst für diese Firma, die das alles macht. Ich könnte noch X Sachen nennen, aber ich glaube, es genügen ein paar Zahlen für alle. Diese technischen Gegebenheiten, diese technischen Vorsorgen, die sicher sehr firmenbedingt waren, haben zur Folge, daß ein Krankenhausbett in Wien etwa bei der Rudolfstiftung eine Million Schilling kostet, bei uns ist das etwas höher, aber durchaus in einem erträglichen Rahmen. Etwas höher deshalb, weil wir gewisse Sondereinrichtungen bei den Betten dabei haben. In einem ganz modernen Klinikzentrum in Großhadern bei München, das ist anerkannt das modernste, das derzeit in Europa besteht, auch eine Anstalt mit etwa 2000 Betten und 22 Abteilungen, sehr kleinen Abteilungen, kostet ein Bett 3,4 Millionen Schilling. In Wien ist man schon über 20 Millionen, dabei ist noch nicht abzusehen, wo das enden wird. Das sind, meine Damen, glaube ich, doch Beträge, wo man sich sagen muß, irgend etwas stimmt da nicht. (Abg. Dr. Dorfer: „Sehr viel stimmt da nicht!“) Man hat dieses Krankenhaus von Wien, dieses AKH, immer wieder verglichen mit dem Turm zu Babel, ein Vergleich, der etwas hinkt, weil das Haus wird nicht einstürzen, da ist soviel Eisen und Beton drinnen, das wird schon halten. Diese Häuser, wenn man die Skyline von Wien jetzt ansieht, wie zwei Käseglocken, stört dies das Bild und es ist nur die Frage, ob man das noch als Krankenhaus bezeichnen kann. Denn in einem Haus ist man zu Hause, fühlt man sich zu Hause, das hat so irgendetwas Ansprechendes. Und auch ein Krankenhaus sollte ein Ort sein, wo man sich zwar nicht zu Hause fühlt, wie daheim, weil so schön kann es nicht sein, aber man sich doch nicht fremd fühlt. Ich glaube, dieses Krankenhaus, das AKH, das wird nur so genannt. In Wahrheit wird das als technisches Museum in die Geschichte eingehen und nicht als ein Zentrum, wo die Menschlichkeit wirksam werden kann. Nun, das ist bitte passiert, wir müssen das zur Kenntnis nehmen. Wir sind darüber auch nicht glücklich, weil das ja letztlich Geld ist, das auch uns abgeht. Es sind ja doch sehr viele Bundesmittel dabei, aber ich glaube, wir müssen sehr wohl auch aus all dem, was in Wien passiert ist, lernen. Denn eines darf ich sagen, die gleiche Firma, die in Wien plant, liefert, korrigiert, ist auch bei uns tätig als Planer, als Lieferant und möchte auch ganz gern korrigieren. Ich darf eines sagen, erstens verstehe ich das überhaupt nicht, wie man eine Firma, die die Geräte erzeugt, für die Planung des ganzen Krankenhauses heranzieht. Wir haben, glaube ich, in der Steiermark genug Leute, die wissen, wie man ein Krankenhaus plant. Und natürlich wird dann von der Firma so ausgeschrieben, daß man nur den Apparat verwenden kann, der gerade zu den Ausführungsbestimmungen paßt. Da geht es um zwei Zentimeter, um drei Zentimeter oder sonst was. (Abg. Ing. Turek: „Das wird in Deutschlandsberg auch passieren!“) Das wird, Herr Kollege Turek, in Deutschlandsberg deshalb nicht passieren, weil wir das rechtzeitig überzogen haben, und weil

diese Überschreibung von Herrn Professor Schuy überprüft wurde, dank auch der Mitarbeit des Herrn Landesrates Heidinger, der sich da gleich am Anfang sehr bewährt hat. Ich möchte dies gleich feststellen, damit nicht ein falscher Eindruck entsteht, wenn ich jetzt darüber weiterrede. Das wird also dort nicht passieren. Aber auch dort waren Geräte vorgesehen, die man überhaupt nicht braucht. Und das, was besonders mir so sympathisch erscheint, sympathisch im Sinne meiner Kritik, auch in Deutschlandsberg ist vorgesehen, daß die Intensivstation über dem Röntgen liegt. Und da wird man, Herr Landesrat, noch sehr über die Planung reden müssen. Da wird man sehr schauen müssen, daß dort nicht auch das wieder passiert, daß dann die gleiche Firma wieder kommt. Und jetzt muß ich aber abschirmen. Wir haben Deutschlandsberg soweit — glaube ich — im Griff. Wir werden sicher dafür sorgen, daß dort nicht auch ein Skandal passiert. Und das ist, meiner Meinung nach, der wahre Skandal, diese Fehlplanung, diese Überdimensionierung, woran nicht nur Politiker schuld sind, das sage ich auch gleich. Aber es gehören auch Kontrollinstanzen her, die das halbwegs in Griff bekommen. Wir werden also dafür sorgen, daß in Deutschlandsberg das nicht passiert, und ich habe früher mit Kollegen Loidl gesprochen. Er hat gesagt, er wettet. Ich wette nie, aber es bestehen ganz konkrete Pläne, wie man dafür sorgen wird, daß in dem Zeitpunkt, in dem Deutschlandsberg eröffnet wird, diese 200 Betten anderswo eingespart werden. Es wird dies sicher passieren, weil wir auch wissen, daß das passieren muß, und weil das möglich ist. Und nun komme ich weiter. Wie wollen wir das einsparen? Wir haben vor sechs Jahren einen Spitalsplan hier in diesem Haus nicht beschlossen, sondern nur als vorläufig angenommen. Seither ist wieder Ruhe. Nun, schauen Sie, es stört mich an sich nicht, denn wenn wir ihn damals auch so beschlossen hätten, wie wir uns das vorgestellt hätten, er wäre auch schon überholt. Denn, das wissen wir alle, auf dem Gebiet des Gesundheitswesens ist die Entwicklung so rasant und so rasch, daß man mit Plänen gar nicht mehr nachkommt.

Wir haben ein neues Problem seither. Das Problem der Anästhesie. Es ist darüber schon gesprochen worden. Wir sind vom Gesetz her nun verpflichtet, dafür zu sorgen, daß in jedem Krankenhaus durch Anästhesisten die Narkose durchgeführt werden kann. Das ist ein Problem, das uns sehr, sehr große Aufgabe bereiten wird. Wenn wir also in einem kleinen Krankenhaus mit etwa 80 Betten — auch das gibt es — dafür sorgen wollten, daß dort immer ein Anästhesist ist, müßten wir dort vier oder viereinhalb Personen anstellen. Das wird also sicher nicht gehen. Es wird gerade von der Forderung nach Anästhesisten her notwendig sein, das Spitalskonzept in Steiermark von Grund auf neu zu überdenken. Dafür zu sorgen, daß dort, wo gearbeitet wird, wo operiert wird, auch ein Anästhesist vorhanden ist. Und daß dort, wo er nicht vorhanden ist, man eben auf Grund der Organisation dafür sorgt, daß das woanders geschehen kann. Ich persönlich sehe keine andere Möglichkeit. Wir werden sicher noch sehr lang

und sehr viel darüber reden müssen und dafür sorgen, daß die Operationen auch bei uns, in unserem Lande, so durchgeführt werden, daß der Patient die größtmögliche Sicherheit hat, daß er wieder aufwacht, wenn ihn jemand eingeschläfert hat. Wir werden also Schwerpunkte bilden müssen, wir werden gemeinsam mit einigen Krankenhäusern die Organisation treffen müssen. Wir werden dafür sorgen müssen, daß nicht überall alles gemacht wird. Das geht nicht, meine Damen und Herren. Niemand kann neben seinem Schlafzimmer eine Intensivstation haben für den Fall, daß in der Nacht etwas passiert. Niemand kann das haben. Wir müssen aber sorgen, daß die Schwerpunkte so eingerichtet sind, daß doch im Ernstfall jeder erreicht werden kann oder beziehungsweise, daß der Schwerpunkt erreichbar ist.

Wir werden auf dem Gebiet der Unfallchirurgie dafür sorgen müssen, daß die entsprechenden Einrichtungen so über das Land verteilt werden, daß es sinnvoll ist. Ich bekenne mich dazu, daß sicher im oberen Murtal eine Unfallstation errichtet werden muß. Und wir werden also auch bei der Errichtung der Gebärkrankenhäuser dafür sorgen müssen, daß möglichst überall entbunden werden kann. Daß vor allem aber dort, wo entbunden wird, sicher entbunden wird. Das sind zwei Forderungen, die sich nicht leicht vereinbaren lassen. Das wird sehr viel guten Willens bedürfen, um hier zu einer Lösung zu kommen, die eine echt befriedigende ist. Und wenn ich gesprochen habe von der Erreichbarkeit des Krankenhauses, wir haben im Krankenhaus Graz jetzt einmal einen Notfallrettungswagen eingerichtet. Vorwiegend bezahlt vom Land Steiermark mit Hilfe der Stadt Graz. Das ist ein Anfang, der sich sehr, sehr bewährt hat, und wir werden auch hier dafür sorgen müssen, daß so ein Notfallwagen für alle Steirer zur Verfügung steht. Es ist auch möglich durch entsprechende organisatorische Maßnahmen, wenn man Intensivstationen so verteilt, daß es wirklich sinnvoll ist. Und es wird in letzter Zeit immer wieder geredet von der Flugrettung. Eine sehr segensreiche Einrichtung, dort, wo es sie gibt. Ich habe mich sehr interessiert dafür und sehr bemüht, daß auch in der Steiermark etwas weitergeht. Wir haben uns dort und da die Sachen angesehen. Es fängt jetzt die Unfallkrankenkasse in Salzburg an, ein Modell durchzuführen, leider nicht in Graz. Wir haben uns bemüht, auch hier etwas von ihnen zu bekommen, es ist uns nicht gelungen. Nur eines darf ich bitte feststellen auf Grund der Untersuchung, die wir gemacht haben. Eine Flugrettung in allen europäischen Staaten geht nur dann, wenn die Wehrmacht mit daran beteiligt ist. Es ist sonst sicher völlig ausgeschlossen, daß ein Krankenhaus etwa zwei Flugzeuge hat, ständig vier Ärzte hat, zwei Piloten hat und so weiter. Vor allem sind die Piloten nicht bezahlbar und auch gar nicht zu bekommen. In Deutschland macht das der Bundesgrenzschutz, und kostet trotzdem noch sehr viel. Aber ohne Mithilfe des Bundesministeriums für Landesverteidigung wird das nie gehen. Wobei ich bei der Gelegenheit feststelle, daß wir bisher eine Versorgung mit Hubschraubern haben. Aber diese bringen nur die Ärzte hin und können die Patienten nicht holen. Diese

Versorgung mit Hubschraubern wird im wesentlichen von der Gendarmerie betrieben und ist sehr segensreich wirksam.

Ja, das Budget, ich soll ja zum Budget reden! Das ist ja das schwierigste daran. Fordern kann man ja leicht, nicht wahr? Wir haben vorgesehen im Sparbudget für das nächste Jahr, Abgang von 600 Millionen Schilling. Ein Riesenbetrag, sagen alle, nur bitte, voriges Jahr waren es 700 Millionen Schilling. Was es heuer ist, wissen wir noch nicht ganz. Und wie dies weniger werden soll im nächsten Jahr, hat mir eigentlich noch niemand genau sagen können. Trotzdem, wir sehen das als Auftrag an, und wir müssen uns bemühen, irgendwo doch zu recht zu kommen. Wobei natürlich eines feststeht, zusperrern können wir nicht, es muß ja weiter gehen. Wir können sparen, an dem allein wird es nicht liegen. Wir werden im wesentlichen dafür sorgen müssen, daß wir mehr Einnahmen bekommen. Wir haben in den vergangenen Jahren mehr Einnahmen gehabt durch den Zusammenarbeitsfonds, sonst wäre es heuer überhaupt nicht mehr gegangen. Eine Einrichtung, die sich für die Steiermark durchaus bewährt. Andere Bundesländer zahlen dabei drauf, und die sind jetzt böse und wollen wieder aussteigen. Es wird also sehr wesentlich sein, meine Damen und Herren, daß da unsere maßgeblichen Herren entsprechend geschickt und auch durchschlagskräftig verhandeln, daß dieser Zusammenarbeitsfonds nicht nur nicht aufgelassen, sondern ausgebaut wird. Wir können mehr Einnahmen haben, dadurch, Herr Kollege Loidl, daß man die Gebühren entsprechend anhebt, von Zeit zu Zeit, da sind Sie nämlich hinten, aber das wird der Herr Landesrat ja künftig tun. Bei den Ambulanzgebühren ist da schon einiges drinnen. Da müssen wir noch reden. Wir können dafür sorgen, daß auch die Ambulanzen, die von uns betrieben werden, entsprechend einnahmesträftig gestaltet werden.

Und hier ein offenes Wort zu dem, was geschrieben und gesagt worden ist in letzter Zeit über die Frage der Pathologie. Es ist dort bitte nichts gestohlen worden, das möchte ich rundweg feststellen, so wie sich das jetzt uns darbietet. Es ist dort nur so, daß in einem Bundesinstitut eine Ambulanz betrieben wird mit sehr wesentlichen Mitteln des Landes Steiermark, und daß wir davon bisher nichts bekommen haben. In allen Bundesländern gibt es eine Ambulanzregelung. Die Pathologen bei uns sind auch willig, einer solchen Regelung beizutreten, und ich darf annehmen, daß hier im nächsten Jahr Mehreinnahmen zu erwarten sind. Aber es gibt eine sehr wesentliche Quelle wie man Mehreinnahmen bekommen könnte für das Krankenhaus, das ist alles das, was der Bund zu zahlen hat für den Betrieb von Kliniken. Das gliedert sich in verschiedene Gruppen. Im großen und ganzen wird es der klinische Mehraufwand genannt. Ein unerhört schwieriges Kapitel, und da in diesem Dickicht durchzukommen in Wien, das ist bei Gott nicht leicht.

Wir haben einige Abgeordnete gebeten, da einmal etwas zu tun und nachzufragen. Sie sind in jedem Ministerium abgeblitzt. Dann kam Gott sei Dank ein Rechnungshofbericht und in diesem Rech-

nungshofbericht, die Herren waren ja auch in Graz, und wir haben sie entsprechend lieb behandelt, steht drinnen, daß Graz gegenüber Wien und Innsbruck weit benachteiligt ist. Konkret mit Zahlen; ich habe das ganze Material drüben liegen. Wenn es interessiert, kann es haben. Ich darf nur kurz sagen, es geht um die Jahre 1975 bis 1977, das ist die Zeit, die der Rechnungshof überprüft hat, jetzt bekommen wir keine Zahlen. Wir werden sie schon bekommen im Laufe der Verhandlungen, die jetzt laufen. Der Bund hat in diesem Zeitraum pro Student im Jahr 117.000 Schilling der Klinik gezahlt. Danach hätte Graz in dieser Zeit 332,5 Millionen Schilling bekommen müssen; de facto bekommen haben wir nur 267,9 Millionen Schilling. Das heißt, 64 Millionen Schilling im ganzen zu wenig oder 21,5 Millionen Schilling pro Jahr zu wenig. Damals. Es ist natürlich mehr geworden in letzter Zeit. Ein anderer Beitrag, den der Bund für die Kliniken leistet, das ist der Beitrag zu den Bauten. Wir dürfen an sich nicht schimpfen, es ist die Universitätsklinik für Chirurgie ausgebaut, sehr groß, sehr aufwendig. Wenn wir analog etwas bekommen wollen, wie der Bund das jetzt in Wien beim AKH zahlt, dann werden auch die jungen Herrschaften dort hinten nicht mehr erleben, bis wir da gleichgezogen haben. Vor allem völlig uneinsichtig ist, daß in Wien der Bund 50 Prozent beiträgt, in der Steiermark 40 Prozent. Das ist die sogenannte Mehrbegünstigungsklausel für Wien. Die muß weg, und wenn wir noch so energisch gegen Wien vorgehen. Ich glaube, da sind wir uns wohl alle einig. Es gibt da noch einen Mehraufwand, der sich durch das Personal ausdrückt. Es geht darum, wieviel Assistenten vom Bund bezahlt werden und wieviel wissenschaftliches Personal. Hören Sie bitte zu: In Wien 99 Prozent, in Innsbruck 69 Prozent, in Graz 53 Prozent. Und wenn ich das überschlage, was das im Laufe des Jahres ausmacht, was der Bund eigentlich zu zahlen hätte, damit wir das gleiche Niveau haben können wie Wien und Innsbruck, dann geht das so ungefähr um 50 Millionen Schilling, das ist, glaube ich, ein ganz schöner Betrag. Wir sind sehr dankbar, daß der Herr Landeshauptmann Dr. Krainer und auch der Herr Landesrat Heidinger, gleich nachdem sie ihr jeweiliges Amt angetreten haben, sehr eindrucksvoll offenbar mit der Frau Minister gesprochen haben. Sie hat bereits reagiert. Es sind Beamtenverhandlungen angelaufen, ich war selbst dabei, und ich muß sagen, unsere Argumente sind so drückend, daß da einfach etwas heraus schauen muß. Jedenfalls glaube ich, sehr spät aber doch fangen wir an, zu kapieren, was dort eigentlich los ist und was drinnen ist. Das war das, wie man mehr einnehmen kann.

Zum Sparen darf ich Ihnen nur eines sagen. Wir haben eine sehr gute Schwesternschule im Bereich des Landeskrankenhauses Graz. Die Schwestern, die dort ausgebildet werden, sind begehrt, weit und breit, aus Deutschland kommen immer wieder Anfragen, ob man nicht welche bekommen könnte. Diese Schwestern müssen auf Grund des Gesetzes internatsmäßig untergebracht werden, in drei Jahrgängen, nicht in vier. Es gibt aber Ausnahmen. Wir haben erstens einmal im Landes-

internat 545 Betten für Mädchen, davon sind derzeit 65 frei. Wir haben daneben noch den Deutschen Bund für 90 Mädchen, auch nicht voll. (Abg. Zdarsky: „Der erste Jahrgang!“) Kommt noch. Wir könnten also durch Zusammenlegen schon fast auskommen. Wir könnten vor allem alle jene Mädchen, die Grazerinnen sind und zu Hause wohnen wollen, nach Hause lassen. Denn ich sehe das bitte wirklich nicht ein, warum gerade eine Schwesternschülerin vier Jahre kaserniert sein muß, zu einer Zeit, wo man aus der Kaserne die Soldaten schon nach Hause schlafen schickt. Das ist sicher eine Bestimmung, die schon überholt ist und die auch zu nichts führt, außer zu Streitereien. Der erste Jahrgang von dem Sie gesprochen haben, sehr geehrte Frau Präsident, der ist gesetzlich überhaupt nicht internatsmäßig unterzubringen. Das ist eine freiwillige Leistung des Landes. Nur weiß ich auch nicht, warum man zu dieser freiwilligen Leistung die Mädchen zwingt. Auch hier wird man sich überlegen müssen, ob man es nicht besser und wesentlich billiger machen kann. Denn bitte sehr, für den Deutschen Bund, den wir uns ohne weiteres einsparen könnten, haben wir voriges Jahr drei Millionen Schilling für die Instandhaltung verwendet. Die Beamten des Bauamtes sagen mir, daß für nächstes Jahr die Einrichtung der Teeküche um drei Millionen Schilling vorgesehen ist. Ich glaube, da haben wir wichtigeres zu tun. Wenn ich daran erinnere, daß bei einigen wichtigen Kliniken bei uns die Fassade herunterfällt. Ich glaube, da kann man, ohne irgendjemand zu schaden, im Gegenteil, wir würden den Mädchen ja nur nützen, wirklich einsparen, und wenn ich dann die Begründung höre, ja man kann die ja nicht zu Hause schlafen lassen, weil sonst ist ja das Internat leer, dann liegt man sicher schief. Denn auch hier geht es, glaube ich, darum, was für die Mädchen das beste ist, und nicht, wie man eine Fehlplanung nachträglich noch rechtfertigen kann. Ich kann mich gut erinnern, wie der Herr Landesrat Bammer, als er sein Amt angetreten hat — es war gerade die Dachgleiche beim Schwesterninternat — sich das angeschaut hat und meinte: „Na servas, wer wird denn da wohnen, brauchen wir denn das?“ Das hat man von außen feststellen können, daß da irgend etwas passiert ist, was nicht unbedingt notwendig ist.

Meine Damen und Herren, ganz zum Schluß, das Krankenanstaltengesetz, auch angezogen worden von meinem Vorredner, haben wir beschlossen, nach jahrelangem Überlegen. Ein Kompromiß, wie jedes Gesetz; letztlich haben wir es einstimmig beschlossen. Wenn man jetzt nach Wien kommt, ins Bundeskanzleramt, ins Unterrichtsministerium oder ins Gesundheitsministerium, heißt es, ja das Gesetz, das ihr da gemacht habt, das wird man beeinspruchen müssen, und sogar Leute aus der Steiermark waren dort, man soll es beeinspruchen, es gefällt ihnen nicht. Das gibt es alles. Es ist, glaube ich, meine Damen und Herren, eben ein steirisches Gesetz. Wir wollten nicht ein Gesetz für die Wiener machen, sondern für uns. (Landesrat Heidinger: „Nur protestieren tun die Steirer dagegen!“) Es ist, glaube ich, ein originelles Gesetz, das die Leistung nicht verhindert. Es ist ein Gesetz, wo niemand verhungern wird, es braucht

sich niemand fürchten. Es werden auch die weiterleben können, die heute am meisten Angst haben. Es wird dazu führen, daß gewisse Abteilungen kleiner werden. Schauen Sie, da habe ich ein Weihnachtsgeschenk für Sie, Kollege Loidl, das habe ich gerade heute gehört. Ein Klinikchef, der noch vor einer Woche bei mir gejammert hat, daß die Krankenzimmer noch nicht voll ausgerüstet sind und voll renoviert sind, hat gesagt, eigentlich braucht er nur 150 Betten; das wären um 50 weniger. Ich will nicht sagen, wer das war, aber es wirkt schon anregend, dieses Gesetz, muß ich sagen, in einem Sinn, den wir ja wollen. Ich glaube, wir werden irgendetwas beeinsprucht bekommen und irgendetwas auch korrigieren müssen. Im wesentlichen, glaube ich, werden wir ein Gesetz haben, und ich sage das noch einmal, ich habe es schon gesagt anläßlich des Gesetzesbeschlusses, das eine Besserung herbeiführt und das meiner Meinung nach ein Programm ist, wie es noch besser werden kann. Denn kein Gesetz kann abschließend schon alles regeln. Es ist ein Gesetz, das ein Gesetz für die Steirer ist, wir haben das gesehen, und wir wollen auch weiterhin und in Zukunft eine Gesundheitspolitik für alle Steirer machen. Danke. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Feldgrill: Zum Worte gemeldet hat sich Frau Präsident Zdarsky. Ich erteile es ihr.

Abg. Zdarsky: Herr Präsident, Hohes Haus!

Ich will nicht zum Krankenhausbauen sprechen, sondern zum Leben im Krankenhaus. Und da kann ich vielleicht gleich dem Herrn Abgeordneten Stepanitschitz ein bißchen Antwort geben bezüglich Einsparung Internatsunterbringung der Schwesternschülerinnen. Sicher ist es für den ersten Jahrgang nicht gesetzlich vorgeschrieben, daß sie im Internat untergebracht sind. Aber man muß bedenken, daß ja aus der ganzen Steiermark dort die Mädchen zusammenkommen, und ich könnte mir nicht vorstellen, wie ein Mädchen von Liezen oder von Radkersburg nach Graz pendelt. Abgesehen davon möchte ich sagen, in ganz Europa, sogar in Amerika sind die Schwesternschulen internatsmäßig gebunden. Und das hat schon einen tieferen Sinn, ich möchte sagen, Internat muß nicht Kaserne sein. Das ist ein großer Unterschied. Aber das Internat hat einen ganz bestimmten Sinn, denn der Schwesternberuf soll auch heute noch mehr sein als nur ein Beruf. Und dazu gehört eine gewisse Erziehung. Und die hat man nur dort, weil man in der praktischen Ausbildung ist und in der theoretischen Ausbildung und die Mädchen eigentlich nie in Gemeinschaft sonst zusammen sind wie eben im Internat. Und Sie können mir das wirklich glauben, daß das zum Wohle der Mädchen und vor allem aber zum Wohl der Pflege ist, wenn die Ausbildung so gebunden ist. Nur möchte ich ein zweites Mal betonen, Internat muß nicht Kaserne sein. Sehr geehrte Damen und Herren, es ist eine Tatsache, wie Sie alle wissen, daß die Kosten für sämtliche medizinischen Dienstleistungen in den letzten zwanzig Jahren sehr stark gestiegen sind und weiter im Steigen begriffen sind. Aber dies ist überall so. Die meisten Spitäler in Europa können mit dem

Tempo dieser Kostensteigerung nicht Schritt halten. Sie sind gezwungen, immer höhere Zuschüsse von der öffentlichen Hand zu verlangen, um die außerordentlich hohen Defizite decken zu können. Nur ein Teil dieser gewaltigen Kostensteigerung wurde dem Patienten in Form erhöhter Tagsätze beziehungsweise erhöhter Versicherungskosten angelastet. Aber die Gesamtausgaben für die Krankenanstalten haben schon Größenordnungen erreicht, wir hören und sehen es ja immer wieder, die ein Überdenken der Organisationsformen im Gesundheitswesen angezeigt erscheinen lassen. Es wären dies gute Gründe, dem System in unseren Spitälern vermehrte Aufmerksamkeit zukommen zu lassen. Wenn sich nun das neue Krankenanstaltenlandesgesetz eingeführt hat und wenn sich dadurch manches ändert, die inneren Strukturen sind aber eher festgefahren, und eine Auflockerung auch im Sinne einer Rationalisierung ist fast nicht möglich, zumindest scheint es mir fast nicht möglich. Dazu kommt, daß Verwaltung und Personalmanagement zum Teil bürokratisch und wenig flexibel sind. So ist zum Beispiel die Elektronische Datenverarbeitung im Informationsdienst der medizinischen Bereiche und der täglichen Arbeit fast überhaupt noch nicht eingebaut. Die Dokumentation würde dadurch besser genützt werden. Die Krankenhausaufenthalte könnten verkürzt werden. Der ganze Informationsaufwand ist zur Zeit doch sehr kostspielig, da er personal- und zeitaufwendig ist. Technische Innovationen beherrschen heute das Krankenhaus, verändern aber zugleich die Atmosphäre. Auf der anderen Seite steht die Dominanz von Tradition und Bürokratismus. Der Mensch fühlt sich scheinbar preisgegeben und so beeinflusst, daß er sich teils passiv und teils aktiv dem Geschehen im Spital hingibt.

Sehr geehrte Damen und Herren! Von unserem Spitalsreferenten, Herrn Landesrat Heidinger, wissen wir, wie viele Wünsche nach neuen und verbesserten Krankenanstalten in der Steiermark bei ihm vorliegen. Es wäre auch sicherlich notwendig, die meisten rasch zu erfüllen. Aber der öffentliche Geldbeutel reicht dafür nicht aus. Trotzdem möchte ich ein paar Überlegungen in den Raum stellen, bei denen es sich nicht um lebensnotwendige Dinge handelt und für die keine Finanzierungsmöglichkeit gegeben ist. Aber gerade, weil die Personalkosten der Spitäler oft betont werden, sollte man auch diese Seite bedenken. Und ich möchte jetzt das bringen, die andere Seite, also von der Seite derjenigen, die die Kosten in dem Sinne verursachen. Gute Bezahlung und sichere Arbeitsplätze bedeuten viel. Gerade in einer Zeit, in der dies nicht mehr als selbstverständlich angesehen werden kann. Die Bediensteten der Spitäler sind zufrieden und bereit, ihr Bestes zu geben. Aber manchmal erscheint dies zu wenig und es wird dann sofort von der Humanisierung der Krankenhäuser gesprochen. Aber Humanisierung der Spitäler ist auch kostspielig. Es ist sehr kostenaufwendig, und Geld ist knapp. Nehmen Sie nun die größte Krankenanstalt unseres Landes, das Krankenhaus Graz. Der Chef dieses Krankenhauses sitzt hier und kann das sicher bestätigen. Im Jahre 1979 waren 3139 systemisierte Betten, also ohne Notbetten, mit 71.500

Patienten belegt. Es waren 1.022.913 Verpflegungstage. In diesem Krankenhaus sind 4685 Bedienstete, und dazu kommen noch 1246 in Ausbildung stehende Schüler und Schülerinnen. Das sind also zirka 8700 Menschen, die dort ihren Wirkungskreis und oft auch ihren Lebenskreis haben. Und zumindest sich zeitweise dort aufhalten, wenn man die Patienten nimmt, die sind aber nicht in dieser Zahl enthalten. Dazu kommen noch unzählige Besucher. Es ergibt sich also eine Einwohnerzahl, die einer Stadt nahekommt. Aber in jeder Stadt solcher Größenordnung gibt es demokratische Einrichtungen, gibt es Sporteinrichtungen, Kommunikationsstätten, Einkaufsmöglichkeiten. Das LKH Graz ist aber eine Stadt in einer Stadt und man möchte fast sagen, ein Getto, denn Graz scheint das Krankenhaus auszuschließen. Und das Leben in einem Krankenhaus ist eben ein eigenes. Es verändert schon durch die Tätigkeit den Menschen, vermittelt ihm ein eigenes Denken und eine eigene Bindung zum Leben. Im LKH Graz gibt es für die vielen Bediensteten, die zum Großteil keine durchlaufende Dienstzeit haben, oft auch eine längere Anfahrtszeit dazurechnen müssen, erst seit kurzer Zeit eine kleine Cafeteria, angeschlossen an einen wirklich schönen Speisesaal, auf den aber viele Jahre gewartet wurde. Es gibt kein Schwimmbad, keinen Tennisplatz, keine Hobbyräume und nicht einmal eine ordentliche Bibliothek. Und da meine ich, zumindest die Stadtgemeinde Graz hätte dort wenigstens eine kleine Bibliothek oder eine kleine Leihbibliothek installieren können. Aber Graz kümmert sich anscheinend um das Krankenhaus Graz nicht sehr, sondern überläßt es dem Land. Das Land hat sehr viele Aufgaben. All die vielen Wünsche, die beim Spitalsreferenten deponiert sind, sind eben wirklich vordringlicher, sehe ich ein. Aber es fehlen echte Begegnungsstätten, in denen die Beschäftigten der einzelnen Kliniken Kontakte miteinander pflegen könnten. Ein Betriebszugehörigkeitsgefühl könnte damit vertieft werden, und das wäre, wenn man an die Bereitschaft und die Einsatzwilligkeit denkt, sehr wichtig. Man muß daran denken, daß Menschen, die dort arbeiten und einen Großteil ihres Daseins dort verbringen, viel von ihrer Persönlichkeit geben sollen. Sie sollen ja mehr leisten im Dienste der Mitmenschen, nicht nur bloße Arbeit. Das kann man aber nicht auf Dauer, wenn man nicht auch persönlich einen Zugewinn oder zumindest eine Stärkung der eigenen Persönlichkeit erhält. Nur das kann man weitergeben, was man besitzt. Gleichgültigkeit und Abstumpfung werden das Krankenhaus nicht humaner machen. Diese Umstände müßte man auch bedenken. Aber auch für den Patienten fehlen diesbezügliche Einrichtungen. Beschäftigungstherapiestätten fehlen. Sie sind ja eigentlich nicht nur für die Patienten der Nervenklinik bestimmt. In den skandinavischen Staaten sind Beschäftigungstherapiestätten usus. Arbeitstherapie oder Basteln können oft begleitend die Krankheit leichter und den Aufenthalt im Krankenhaus zu einem positiven Erlebnis machen. Dazu kommt, da der Dienstpostenplan so knapp berechnet ist, Herr Landeshauptmann, das wissen Sie, Sparsamkeit beim Dienstpostenplan, er ist so knapp berechnet, es wird nach Minuten gerechnet, wieviel Minuten zum

Waschen, Grundpflege, berechnet werden kann. Wo bleibt da die Zeit für die psychische Betreuung. Es kommt auch dazu, daß die Altersstruktur des Patienten eigentlich nicht beachtet wird. Bei Kindern geschieht dies meist. Aber gerade viele ältere Menschen suchen viel öfters das Krankenhaus auf, nicht nur weil sie krank sind, sondern weil sie niemanden zu Hause haben, der sie pflegen würde. Für diese älteren Menschen ist ein Krankenhausaufenthalt immer mit Angst verbunden. Eine psychische Betreuung würde ihnen sehr viel geben, und dafür ist heute keine Zeit. Es ist heute das Pflegen fast nur ein Versorgen. Es könnte auch für die Bildung und Kultur etwas getan werden. Das, meine sehr geehrten Damen und Herren, würde dem Land gar nichts kosten. Warum müssen Ausstellungen, Vernissagen und so weiter immer nur in Museen, in Sparkassen oder in renommierten Gaststätten gemacht werden. Ich glaube, sie könnten genauso gut in den Krankenhäusern stattfinden. (Allgemeiner Beifall.) Es wäre eine Bildungsquelle, oder, das geht an den Herrn Präsidenten Piaty, Vorträge über Gesundheitsvorsorge würden gerade im Krankenhaus interessierte Zuhörer finden. Warum wird nicht daran gedacht, daß die Prophylaxe auch dort beginnen könnte. Mein wiederholter Wunsch nach Sprechstunden auf den Stationen und Einrichtung eines Ombudsmannes oder einer Stelle, die indifferent das verfolgen könnte, im Krankenhaus, das würde das Spital menschlicher machen. Fragebögen kommen nicht an, sondern sie werden nur ausgefüllt.

Sehr geehrte Damen und Herren, sicher würden auch Sie manche Gedanken zur Verbesserung finden. Die Realisierung des einen oder anderen Gedankens würde aber dazu beitragen, daß ein großes Krankenhaus für die Patienten nicht als unliebsamer Zwangsaufenthalt und für die Bediensteten als unpersönliche Arbeitsstätte gilt. Überall machen die zwischenmenschlichen Beziehungen das Leben freundlicher. Helfen wir mit, die Voraussetzungen dafür so zu schaffen, zumindest dort, wo es ohne große Geldaufwendung möglich ist, und springen wir hiebei einmal über die Parteigrenzen hinweg. Dieses Mascherl würde sich auf jedem Christbaum schön ausmachen. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Feldgrill: Zum Worte gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Lackner. Ich erteile es ihm.

Abg. Lackner: Herr Präsident, meine Kolleginnen und Kollegen!

Gehen wir jetzt vielleicht wieder einmal vom Krankenhaus weg, hinaus in die frische Luft (Abg. Brandl: „Das ist gut!“), damit wir nicht immer da drinnen bleiben müssen. Aber ganz zuerst möchte ich gerne, wenn es gestattet ist, noch einmal, nur ein Wort, zu der Katastrophengeschichte von Radkersburg reden. Es ist zwar schon ein anderes Kapitel. Ich weiß nicht, ob ich darf. Nur ein Wort. Ich habe heute das erste Mal etwas davon gehört. Das ist ja auch naheliegend, weil ich in der entgegengesetzten Richtung, im Bezirk Liezen, zu

Hause bin, und das dringt nicht bis Radkersburg durch. Ich habe beim Zuhören gedacht, wieso sich eigentlich ein Eisenbahner so sehr mit den Dingen beschäftigt. (Abg. Zinkanell: „Er ist Nebenerwerbslandwirt und Abgeordneter!“) Nichts gegen die Eisenbahner, das ist ein ehrenwerter Beruf. Den gibt es schon seit der Kaiser Franz ...

Weiß ich. Aber, das habe ich mir nur gedacht. Im Frühjahr sind Bauernkammerwahlen, und ob nicht jetzt der Eisenbahner schon anfangt mit dem Weichenstellen. Das habe ich mir nur gedacht. (Abg. Zinkanell: „Du hast ein Glück, daß der Landesrat nicht da ist, sonst würdest du auch eine Rüge bekommen, wie der Turek!“)

Ich habe das so aufgefaßt. Gestern haben die Herren Generalredner quer durch die Parteien zu Beginn ihrer Ansprache sehr deutlich die großen wirtschaftlichen Sorgen, die uns alle miteinander bewegen, in den Vordergrund gestellt und es sind eine Reihe von Vorschlägen gemacht worden, wie man es anders oder besser machen sollte. Da hat zum Beispiel der Herr Kollege Horvatek einen sehr humanen Ausspruch getan. Er hat gesagt, man könnte anstatt des Erzeugens von Kampfflugzeugen unzählige Apotheken mit Medikamenten in unterentwickelten Gebieten herstellen. Das ist ein wunderbarer Vorschlag, aber man sieht, wie schwierig die Situation ist, um so etwas zu verwirklichen. Was würden wir mit den Arbeitern in der Flugzeugfabrik tun? (Abg. Preamsberger: „Haben wir leider keine!“) Die können wir nicht gut umschulen zu Apothekern. Das sind halt die Schwierigkeiten, wenn man irgend etwas gut meint, daß etwas anderes daherkommt. Und der Herr Kollege Schaller hat sehr treffend gesagt, wie schwierig es immer wieder in der Landwirtschaft ist, wie sehr die Landwirtschaft immer wieder bedrängt wird. Durch den Bau von Straßen, Autobahnen, Industrieanlagen, Wohnanlagen wird immer weniger wertvolles Bauernland, das man ja nicht vermehren, sondern nur bewahren kann. Die Bauern werden immer mehr an den Hang oder ins Bergland verdrängt. Auf der einen Seite gibt es immer mehr Wünsche nach Schaffung von Naturschutzgebieten und Nationalparks. Es wird zwar behauptet, daß die Landwirtschaft von Naturschutzgebieten und Nationalparks ausgeklammert ist. Es stimmt nur nicht. Seit Mai gibt es im Parlament einen Gesetzesentwurf für die Schaffung eines neuen Nationalparkgesetzes und da sind eine Reihe von Einschränkungen und Verboten auch für die Landwirtschaft beinhaltet. Die Bauern sind natürlich begeistert vom Schutz der Kulturlandschaft, die Bauern sind aber mit dem, wie man das macht, nicht einverstanden. Unser Alpenland ist nicht nur deswegen so schön, weil der Herrgott gerade bei der Erschaffung gut aufgelegt gewesen ist, sondern weil in diesem Raum seit Jahrtausenden Menschen leben, die dieses Land einst gerodet, urbar gemacht, besiedelt und ein Kulturland gemacht haben und wo sie bis heute noch geblieben sind. Die alpinen Vereine haben sich für den Tourismus mit der Erschließung der Alpen, mit der Erbauung von Schutzhütten große Verdienste erworben. Das ist gar keine Frage. Aber es hat uns schockiert, daß

man jetzt darangeht, Unterschriften zu sammeln, und Menschen in den Städten befragt, wollt ihr einen Nationalpark Niedere oder Schladminger Tauern. Nein, wird der Städter sagen, natürlich will er den. Er hat ja in der Stadt jede Bequemlichkeit, die er braucht und hat gerne einmal irgendwo 14 Tage einen Urlaub, wo es recht romantisch ist oder wo die Zeit stehen geblieben ist. Er hat ja auch nicht die Beziehung zu den Menschen, die dort ihr Leben lang leben müssen, für die das Existenz ist. Die können wir nicht einschränken. Es hätte auch gar keinen Sinn, wenn man die Bauern durch ständiges Einschränken oder durch Verbote mit der Zeit vertreibt. Wir brauchen lebendige Nationalparks, lebendige Naturschutzgebiete. Wir brauchen lebensnahe, wirtschafts- und eigentumsnahe Gebiete. Daß dies möglich ist und daß es geht, dafür gibt es ein lebendiges Beispiel. Wir haben, das heißt die Landesregierung hat erst vor kurzem beschlossen, die Klafferkesseln der Schladminger Tauern zum Naturschutzgebiet zu erklären. Damit ist ein großer Fortschritt erfolgt. Und wenn dies erfolgt ist, dann deshalb, weil wir uns zusammengesetzt haben, weil mit den Grundbesitzern geredet worden ist, mit der Bauernkammer, mit dem Kammersekretär. Der Herr Landesrat Jungwirth, der Herr Kollege Schaller haben sich eingeschaltet. Und im gemeinsamen Gespräch ist dies möglich geworden, und es soll auch so weitergehen. Es muß mit den Grundbesitzern gesprochen und verhandelt werden. Und ich möchte stellvertretend heute für die Ennstaler sagen, selbstverständlich sind wir begeistert, wenn auf diesem Gebiet weiter gearbeitet wird. Verhandelt aber wird nur mit Menschen, die noch Achtung und Respekt haben vor den schwer arbeitenden Bergbauern, die noch Respekt haben vor dem Eigentum. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Feldgrill: Ich erteile dem Abgeordneten Brandl das Wort!

Abg. Brandl: Hoher Landtag! Sehr geehrte Damen und Herren!

Das Problem des Umweltschutzes in seiner vielfältigen Form steht heute viel stärker als in der Vergangenheit im Blicklicht der Öffentlichkeit. Der Umweltschutz beschäftigt uns in Politik und Wirtschaft und er beeinflusst große und grundsätzliche Entscheidungen, wie dies beispielsweise bei Voitsberg derzeit der Fall ist. Ein Großteil der Umweltschutzmaßnahmen ist ja in der Gruppe 5 vorgesehen. Lediglich die Abwasserbeseitigung ist in der Gruppe 6, und ich bitte um Verständnis, wenn ich diese miteinbeziehe bei meinen Betrachtungen. Wir haben für den Umweltschutz eine Fülle von Gesetzen auf der Landesebene geschaffen. Ich glaube, wir könnten im großen und ganzen sagen, eine ausreichende Anzahl von Gesetzen. Doch wir müssen auf der anderen Seite zur Kenntnis nehmen, daß der Umweltschutz keine Grenzen kennt, weder Gemeindegrenzen, noch Landesgrenzen und — es gibt auch vereinzelte Fälle — keine Staatsgrenzen, weil auch dort die Probleme darübergehen und nur großräumig gelöst werden können.

Es ist daher, meine sehr geehrten Damen und Herren, durchaus gerechtfertigt, wenn der Bund verstärkte Umweltschutzkompetenzen für sich beansprucht und es ist ja auch derzeit so, daß bei der Behandlung des Forderungspaketes der Länder die Frage des Umweltschutzes in die Verhandlungen dieser Kommission mit einbezogen wird. Wir können nur hoffen und wünschen, daß es zu einer vernünftigen Regelung, zu einer vernünftigen Abstimmung darüber kommt, was Bundesinteresse ist, was von dorthier im allgemeinen besser gemacht werden kann und was andererseits wieder regional in den Ländern besser verwirklicht werden kann. Wir haben, meine sehr geehrten Damen und Herren, eine enorme Veränderung der Einstellung zu den Umweltproblemen im letzten Jahrzehnt erlebt. Zu Beginn der siebziger Jahre, noch besser vielleicht, zu Ende der sechziger Jahre war ja das Wirtschaftswachstum die oberste Parole und niemand hat damals ernstlich daran gedacht, daß ein unbegrenztes Wachstum auch gewisse negative Folgen haben kann. Das, was der Abgeordnete Kollege Schaller mit Recht in seiner Rede angeführt hat, daß die Aussagen des Klubs von Rom damals nicht ernst genommen wurden, das gilt ebenso für das erste Humanprogramm, das die Sozialistische Partei vorgelegt hat, wo sie ebenfalls auf diese großen grundsätzlichen Probleme hingewiesen hat und wo es uns gleich gegangen ist wie den Wissenschaftlern in Rom.

Heute, meine sehr geehrten Damen und Herren, haben wir eine völlig andere, eine gewandelte Einstellung. Man müßte eigentlich sagen, eine fast umgekehrte Entwicklung. Heute entstehen uns Probleme aus teils übertriebenem Umweltbewußtsein, wie wir dies in einzelnen Fällen ja erleben. Und wir wissen sehr genau, daß uns auch daraus Schwierigkeiten entstehen können, daß finanzielle Belastungen entstehen können, die wir ganz einfach in einer wirtschaftlichen Entwicklung, die nicht mehr in dem Ausmaß zunimmt, als das in den vergangenen Jahren der Fall gewesen ist, nicht mehr so leicht verkraften können. Die wichtigsten Bereiche — ich sehe sie so — im Umweltschutz sind ja die Müllbeseitigung, Abwasserbeseitigung, das sind die großen entscheidenden Probleme. Für die Müllbeseitigung in der Steiermark kann man sagen, daß hier die Voraussetzungen von seiten des Landes getroffen sind. Das Land ist in 13 Zonen eingeteilt. Vielleicht werden es noch ein paar mehr, das ist durchaus denkbar, ist aber im Prinzip kein Problem, wenn man entsprechende Regelungen trifft. Wir haben einige vorbildliche Anlagen, das muß man auch sagen. Aber die Gesamtentwicklung im Zusammenschluß der Gemeinden zu Müllbeseitigungsverbänden geht allerdings sehr langsam. Auch das muß offen ausgesprochen werden. Es ist in der Regel immer wieder der Streit um den Standort, der eigentlich das Tempo bestimmt. Es dauert die Auseinandersetzung darüber, wo eine Müllbeseitigungsanlage für eine Region hingebaut wird, einfach zu lange, weil man sich mit diesen Dingen sehr, sehr gründlich auseinandersetzen muß. Die Abwasserbeseitigung, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist wohl eines der schwierigsten

Umweltschutzprobleme, weil sie vor allem einen ganz gewaltigen, enorm finanziellen Aufwand sowohl für die Gemeinden, die in erster Linie diese Maßnahme zu tragen haben, darüberhinaus selbstverständlich für das Land und natürlich auch für den Bund im Wasserwirtschaftsfonds erfordert. Es werden Maßnahmen der Abwasserbeseitigung besonders dann schwierig, wenn die Gemeinden durch verschiedene Umstände gezwungen sind, Vorfinanzierungen durchzuführen — und das ist in weiten Bereichen der Fall —, weil sie ja bei den derzeitigen Zinsen dadurch enorme zusätzliche Belastungen zu tragen haben. Es ist auch hier, wie bei vielen anderen Fragen, das entscheidende Problem, daß wir ganz einfach zu wenig Mittel haben. Und ich glaube, es besteht Einverständnis hier im Hohen Hause, in den Diskussionen längst immer wieder von allen politischen Parteien zum Ausdruck gebracht, daß vernünftiger, sinnvoller Umweltschutz, ganz einfach Geld kostet. Darüber kommen wir nicht hinweg, und wir werden uns klar darüber sein müssen, daß wir zusätzliche Mittel aufbringen müssen, wenn wir in dieser wichtigen Frage etwas rascher vorankommen wollen und daß neue Überlegungen für Finanzierungen notwendig sein werden. Wir haben in dieser Landtagssitzung als Sozialisten auch einen Antrag eingebracht, der Auskunft geben soll, allen Abgeordneten . . . (Abg. Ing. Turek: „Die Alten sind Sozialisten!“ — Abg. Dr. Heidinger: „Was bist du, ein Sozialist oder ein Sozialdemokrat?“ — Landesrat Heidinger: „Beides gut!“) Es ist beides möglich, Herr Kollege. Ich würde sagen, sozialdemokratisch in dem Fall noch besser. (Abg. Dr. Schlicher: „Dann müßt Ihr Euch umtaufen!“) Wir haben einen Antrag eingebracht, in dem wir verlangen, daß seitens der Regierung, der zuständigen Abteilung, ein Bericht vorgelegt wird, welche genehmigten Projekte über Abwasserbeseitigung derzeit im Lande bearbeitet werden, und in dem wir die Höhe der Förderungszusagen und einige andere Auskünfte hier verlangen. Wir wollen vor allem, daß wir endlich als Abgeordnete eine klare Übersicht über diese grundsätzlich entscheidenden Maßnahmen bekommen, weil wir ein Recht haben, daß wir durch entsprechende Information in die Lage versetzt werden, auch für uns klarere Schlüsse für die Zukunft zu ziehen.

Und zum Abschluß, meine sehr geehrten Damen und Herren, noch ein spezielles örtliches Problem, über das ich Sie informieren wollte. Und zwar hat in diesem Hohen Hause einige Male die Frage der Reinhaltung des Erlaufsees an der steirisch-niederösterreichischen Grenze eine entscheidende Rolle gespielt. Wir haben einen jahrzehntelangen Kampf in der nördlichsten Gemeinde der Steiermark, an der Grenze von Niederösterreich geführt, und ich kann nun sagen, daß dieser Kampf zu Ende ist, wir haben uns mit Niederösterreich geeinigt. Wir haben auch die Niederöreicher davon überzeugen können, daß dieses Kleinod des Erlaufsees im Mariazeller Gebiet auch für die Zukunft erhalten werden muß, und es wird mit dem Bau begonnen. Es wird eine Ringleitung errichtet. Ich danke an dieser Stelle den zuständigen Herren der

Landesregierung, die uns im Rahmen ihrer Möglichkeiten sehr unterstützt haben. Natürlich ist Graz verhältnismäßig weit weg von unserem Gebiet, aber wir bringen selbst auch noch ein bißchen was zustande. Aber das alles zusammen hat dann doch auch die Niederöreicher überzeugt. Also herzlichen Dank. Es ist eine, wenn auch nur kleine, Lösung unserer Umweltschutzprobleme. Sie sehen daraus, daß alles zusammen ein sehr langer und schwieriger und mühsamer Weg ist, und wir sollten diesen Weg, wenn wir für die Zukunft Erfolg haben wollen, konsequent fortsetzen. Danke. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Feldgrill: Zum Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Jamnegg. Ich erteile es ihr.

Abg. Jamnegg: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich möchte an sich zu einigen Spezialfragen der Spitäler sprechen. Aber zuerst doch ein Wort zum Herrn Abgeordneten Brandl. Herr Abgeordneter, mit Ihrer Anregung für den Umweltschutz, Landeskompetenzen an den Bund abzugeben, bin ich nicht einverstanden. Ich finde das eher problematisch. Ich glaube nämlich, daß die Länder in ihrem überschaubaren Bereich die Fragen des Umweltschutzes sicher besser regeln können als eine zentrale Steuerung durch den Bund. (Abg. Brandl: „Es gibt einen Grenzbereich, Frau Kollegin!“) Sicher, Herr Abgeordneter Brandl, in überregionalen Umweltfragen sollte es zu einer vollen Abstimmung zwischen den Bundesländern kommen. Ich glaube, was die Kompetenzen anlangt, wäre der Herr Bundesminister Salcher schon froh, wenn alle Bundeskompetenzen einmal in seinem Ministerium vereinigt werden. Grundsätzlich aber, glaube ich, sollten wir in den Fragen des Umweltschutzes näher beim Bürger bleiben, und das geht über die Länder sicher viel effizienter als über den Bund. Das wollte ich zu dieser Ihrer Anregung angemerkt haben.

Und nun, meine Damen und Herren, möchte ich bei der Gruppe 5 auch ausnahmsweise einmal mit einem Dank beginnen (Abg. Ing. Turek: „Ausnahmsweise!“), mit einem Dank an die Landesregierung und an das zuständige Ressort. Da der Bau des Strahlentherapiezentrum am Landeskrankenhaus Graz langjährig gefordert wurde, freue ich mich, daß jetzt wirklich mit dem Bau begonnen wird. Es hat ja ohnehin lange Zeit gebraucht, bis es so weit war. Ich glaube aber, meine Damen und Herren, heute sind sich alle darüber einig, daß dieser Bau im Interesse der Patienten dringend notwendig ist, weil die derzeitigen Verhältnisse und Gegebenheiten am Zentralröntgeninstitut keineswegs ausreichend sind, um den Anforderungen voll zu entsprechen. Das Projekt wird auch mit stationären Betten ausgestattet. Wenn der Bau einmal fertig sein wird, wird es zweifellos zu einer fühlbaren Entlastung im Zentralröntgeninstitut kommen, das heute ja total überlastet ist. Praktisch wird, das wissen wir ja, das Strahlentherapiezentrum ein zweites Röntgen bringen, was sicher richtig ist, auch aus der Sicht, daß das Transportproblem bei-

spielsweise ja noch immer nicht gelöst ist und wahrscheinlich angesichts der Dimension auch gar nicht gelöst werden kann. Ich hoffe, daß nun auch die Bundesmittel für dieses Projekt entsprechend fließen, dann ist, glaube ich, abzuschätzen, daß dieser Bau in drei Jahren fertig sein kann. Die Umplanung hat sich offenbar gelohnt. Ich glaube, darüber sind sich heute auch alle einig. Auch der Leiter der Strahlentherapie, Herr Universitätsprofessor Dr. Kahr, ist mit dieser Lösung sehr zufrieden, weil das eben die bessere Lösung ist. Der Anfang ist jedenfalls gemacht und im Interesse der Patienten, für die das rechtzeitige Einsetzen der Strahlentherapie oft lebenswichtig ist, muß nun seitens des Landes und des Bundes auch alles unternommen werden, um dieses Projekt bis zum vorgesehenen Termin auch fertigzustellen und in Betrieb nehmen zu können.

Und nun, meine sehr geehrten Damen und Herren, möchte auch ich, der Herr Abgeordnete Stepantschitz ist ja schon kurz darauf eingegangen, zur Frage der Anästhesiologie etwas sagen, ein Thema, das ja nach wie vor in den Medien und damit in der Öffentlichkeit eine Rolle spielt und das, und das ist meine ganz persönliche Meinung, sicher nicht zu Unrecht. Die ausreichende Versorgung und Ausstattung unserer Standardkrankenanstalten mit Anästhesisten und den entsprechenden Einrichtungen ist eben wirklich ein vordringliches Problem. Wir haben daher als ÖVP-Abgeordnete ja schon am 22. Jänner dieses Jahres hier im Landtag einen diesbezüglichen Antrag eingebracht. Wir haben dann in der Folge gemeinsam hier im Hohen Haus auch im Krankenanstaltengesetz, das wir am 20. Oktober verabschiedet haben, die ausreichende Versorgung aller Krankenanstalten mit Anästhesisten zwingend vorgegeben. Und zwar, meine Damen und Herren, zu verstehen sicher, wenn es ausgebaut ist, die Versorgung rund um die Uhr, das heißt, daß sicher überall mehr als ein Anästhesist jeweils zur Verfügung stehen muß. (Abg. Ing. Turek: „Das ist Theorie!“) Hier gibt es aber offenbar, Herr Abgeordneter Turek, mißverständliche Auslegungen scheinbar auch innerhalb des Hohen Hauses, mißverständliche Auslegungen auch seitens des Berufsverbandes. Es gibt für mich gar keinen Zweifel, daß im Bereich der ärztlichen Versorgung der Anästhesiologie heute eine große Bedeutung zukommt, und zwar über die Narkose hinaus. Sicher ist, meine Damen und Herren, daß die beste Leistung eines Chirurgen allein nicht helfen kann, wenn nicht gleichzeitig auch die beste fachärztliche Durchführung der Narkose, die fachärztliche Überwachung und Beobachtung des Patienten während der Operation und auch in der Nachsorge gesichert ist. Wir haben im Landeskrankenhaus Graz und in den Schwerpunktkrankenanstalten auf dem Gebiet der Anästhesiologie eine erstklassige Versorgung und hervorragende Fachärzte für diesen Bereich und auch die beste Ausbildung sichergestellt. Tatsache ist aber, daß es auf dem Gebiet der Anästhesiologie am Lande, das heißt in den Standardkrankenanstalten, bei uns eine echte Unterversorgung gibt, die so rasch wie möglich zu beheben ist. Das Problem kann sicher nur in

Zusammenarbeit der Rechtsabteilung 12 mit der Rechtsabteilung 1, auch hier hat der Herr Abgeordnete Stepantschitz schon auf die Erfordernisse in der Spitalsplanung hingewiesen, gelöst werden. Darüber hinaus aber, meine Damen und Herren, wird das Land Steiermark den dienstrechtlichen Wünschen des Berufsverbandes etwas entgegenkommen müssen, um Fachanästhesisten in der erforderlichen Zahl auch für unsere Krankenanstalten am Lande sicherzustellen. Der heutige Zustand ist sicher nicht befriedigend und aus der Sicht der Patienten zum Teil unzumutbar. Ich persönlich glaube, es sollten nun die öffentlichen Diskussionen einmal beendet werden und alle Beteiligten sollten sich zusammensetzen und versuchen, hier rasch eine tragfähige Lösung zu finden, denn hier, meine Damen und Herren, geht es primär um die Patienten, und ich glaube, nur das sollte zählen. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Feldgrill: Zum Worte gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Sponer. Ich erteile es ihm!

Abg. Sponer: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Hohes Haus!

Ich bin heute sehr angenehm überrascht, und ich möchte sagen, es freut mich wirklich, daß bis jetzt — das muß ich auch dazu sagen — eine sehr sachliche und verständnisvolle Diskussion in bezug Gesundheits- und Krankenhauswesen abgeführt wurde. Und wo ich mich voll und ganz anschließe, das sind die Ausführungen des Kollegen Primar Stepantschitz, der sehr aufzeigend und eindrucksvoll dargestellt hat, wo es hinführen kann, wenn verschiedene Einrichtungen, Gegenstände und Maßnahmen nicht richtig angewendet werden. Und wenn ich mich zurückerinnere an die vergangenen Jahre, so wurde das auch hier im Hohen Hause festgestellt, aber immer auf eine etwas andere Art und Weise. Und ein Beispiel, das sich heute vormittag hier abgezeichnet hat, beweist uns doch, daß auch die sogenannten Fachleute, und gerade im Krankenhaus- und Gesundheitswesen sind sehr viele Fachleute auf Grund des großen Komplexes tätig, daß die Fachleute auch nicht immer einer Meinung sind und daß es leider entweder zu sogenannten Fehlinvestitionen oder Fehllanschaffungen kommen kann. Wenn man die Ursache kennt und nicht immer einen — oder in dem Fall werden; indem wir ein beschließendes Gremium sind, alle Abgeordneten — dafür verantwortlich macht, bin ich sehr froh, daß diese Dinge heute sehr sachlich dargestellt wurden. Ich glaube, meine Damen und Herren, gerade wenn es um die Gesundheit der Bevölkerung geht, dann müssen sich die sogenannten Gutwilligen aus allen politischen Lagern zusammentun, und nur so können sinnvolle und zukunftsweisende Lösungen gefunden werden. Meine Damen und Herren, das österreichische Gesundheitswesen ist grundsätzlich ein Sozialversicherungsgesundheitswesen und ist durch ein sozialpartnerschaftliches Verhältnis zwischen Ärztekammer und Sozialversicherungsträgern gekennzeichnet. Nachdem in den letzten Stunden hier von sogenannten Jubiläen gesprochen wurde — wie gestern beziehungsweise heute bei

der Kultur — so gibt es auf diesem Gebiet heuer ein Jubiläum, nämlich 25 Jahre Allgemeines Sozialversicherungsgesetz in Österreich. In diesem für die meisten Österreicher Anwendung findenden Gesetz sind die Krankenversicherung, die Pensionsversicherung, die Unfallversicherung geregelt, und alle diese Einrichtungen sind direkt oder indirekt mit den Kranken-, Heil- und mit den Kuranstalten verbunden. Tragen natürlich auch wesentlich zur Gesundheit der Bevölkerung bei, in dem Sinne, daß, wenn jemand krank wird oder einen Unglücksfall hat, er sich nicht Sorgen machen braucht, wer wird das bezahlen, und natürlich automatisch sind diese Einrichtungen auch Partner zum Land Steiermark im konkreten Fall, weil die Verbindung zu unseren Krankenanstalten auch notwendig ist. Das Ziel unserer Politik im Gesundheitswesen, meine Damen und Herren, muß sein, mehr Demokratie in unserem System, weniger Bürokratie und mehr Transparenz für die betroffenen Menschen zu erreichen. (Beifall bei der SPÖ.)

Die medizinischen Produktionsmittel — dieser Ausdruck ist heute hier schon einmal gefallen — sind im ambulanten Bereich, was unser Bundesland betrifft — unter ambulanter Bereich ist zu verstehen die ärztliche Versorgung außerhalb der Anstalten in unseren Orten, Städten und Bezirken durch die praktischen und durch die Fachärzte — dieser Bereich ist zum überwiegenden Teil in privater, umgekehrt aber der stationäre Bereich ist wieder zum größten Teil in öffentlicher Hand. Das Land Steiermark verwaltet derzeit mehr als 9350 Krankenbetten, das sind rund 80 Prozent aller in der Steiermark aufgestellten Betten. Die Bemühungen, allen steirischen Bewohnern eine bestmögliche Krankenversorgung zu bieten, hat sowohl auf ambulanter wie aber auch auf dem stationären Sektor zu wesentlich höheren Ausgaben beziehungsweise Aufwand geführt, als es noch vor einigen Jahren der Fall gewesen ist. Diese Verteuerung oder dieser erhöhte Aufwand, meine Damen und Herren, liegt im raschen Fortschritt der hochtechnisierten Medizin, und das erfordert natürlich zwangsläufig wieder, daß der Aus- und Umbau unserer Anstalten auch entsprechend rasch durchgeführt werden muß. Und ich stehe nicht an zu verheimlichen, daß in einigen Anstalten bereits ein sehr hoher Standard zu verzeichnen ist. Ich sage auch genau so deutlich, daß es noch Anstalten in unserem Bundesland gibt, die förmlich nach einer Generalsanierung schreien. Und obwohl der Bund, meine Damen und Herren, heuer 40 Prozent der Abgänge bezahlt, darf ich sagen, daß das nach 1978 eine Steigerung um 26 Prozent beträgt. Trotz alledem wird es auch in Zukunft nicht möglich sein, mit den derzeit zur Verfügung stehenden Mitteln allen berechtigten Wünschen der Ärzte, der Patienten und des Pflegepersonals nachzukommen. Wir werden in Zukunft sicherlich gemeinsam Wege finden müssen, um hier dem gerecht zu werden, was sich eigentlich alle, die solche Anstalten benötigen, erwarten. Meine Damen und Herren, man muß andererseits auch bedenken, warum haben wir heute noch immer einen solchen Zustand, wenn ich gesagt habe, es gibt Anstalten, die förmlich danach schreien, generalsaniert zu werden. Warum haben

wir solche Zustände noch immer? Die Antwort liegt zum Teil darin, daß die überwiegende Zahl der Anstalten in einer Zeit gebaut wurde, wo die Medizin nicht so komplex war, wie wir das heute kennen beziehungsweise wurden sehr viele Anstalten als Pflegeheime für kranke und gebrechliche Menschen konzipiert. Es bedarf daher in Zukunft enormer finanzieller Aufwendungen, um dem Standard der modernen Medizin und unserer Lebensgewohnheiten gerecht zu werden. Meine Damen und Herren, auch die 4. Novelle zum Krankenanstaltengesetz, welche hier am 20. Oktober dieses Jahres einstimmig beschlossen wurde, wurde heute zitiert. Wenn man sich diesen Beschluß ansieht, so kann man eigentlich dazu sagen, daß er doch viele wesentliche Verbesserungen für die Bevölkerung unseres Bundeslandes bringt. Ich möchte sagen, daß gerade diese 4. Novelle die bedeutendste Novellierung des Krankenanstaltengesetzes auch deshalb wurde, weil der medizinische und technische Fortschritt es einfach erforderlich gemacht haben. Ich glaube, die wesentlichen und für unsere Bevölkerung wichtigen Änderungen sind, kurz aufgezählt:

1. die Typisierung der allgemeinen Anstalten;
2. erstmals, meine Damen und Herren, wurden Einzugsgebiete gesetzlich normiert;
3. die Kategorisierung der Anstalten wurde ebenfalls festgelegt. Hier können wir nun unterscheiden die sogenannten Standardkrankenanstalten, die Schwerpunktkrankenanstalten und die zentralen Krankenanstalten.

Was das für die Bevölkerung bedeutet, möchte ich sagen, sind drei wesentliche Gründe. Erstens und zweitens sind es medizinische und wirtschaftliche Gründe, die uns gemeinsam veranlaßt haben, diese Novellierung zu beschließen. Zum dritten aber glaube ich, ist es bedeutend, daß die finanziellen Mittel, die dafür zur Verfügung stehen, nun gezielter verwendet werden können und im Endeffekt doch wieder unserer Bevölkerung zugute kommen.

Noch eine sehr wesentliche Einrichtung beziehungsweise Regelung wurde in dieser Novelle getroffen, nämlich die Schaffung von Abteilungen bis höchstens 120 Betten. Wohin führt das, meine Damen und Herren? Es führt dazu, daß diese Abteilungen überschaubarer werden und ein besserer Kontakt zwischen dem Arzt beziehungsweise Patienten hergestellt werden kann. Daß das in der Vergangenheit nicht immer so war, wurde auch sehr oft von dieser Stelle aus kritisiert und besprochen. Noch etwas Wesentliches, meine Damen und Herren! Mit der Schaffung dieser neuen Abteilungen wurde auch einer Forderung der Weltgesundheitsorganisation entsprochen und Rechnung getragen. Was wir alle gemeinsam sehr gut finden, nur wissen es noch nicht alle unsere Landsleute, ist, daß mit Inkrafttreten dieser Novellierung es nur mehr zwei Gebührenklassen in den steirischen Anstalten geben wird, nämlich die allgemeine Klasse und die sogenannte Sonderklasse. Das wesentliche an diesen beiden Klassen ist, daß Pflege und Behandlung absolut gleich sein müssen. Ich glaube, darauf muß besonderer Wert gelegt werden.

Nicht nur von denjenigen, die in Zukunft diese Dinge durchführen, sondern ich glaube, es muß auch besonderer Wert gelegt werden von uns allen, die wir uns damit identifiziert haben und verantwortlich fühlen. Es gibt lediglich einen Unterschied bei diesen zwei Klassen. Das ist die sogenannte Hotelunterbringung. Das heißt, es werden, so es möglich ist, die Krankenzimmer kleiner oder mit weniger Betten bestückt sein. Aber ich sage noch einmal, die Pflege und Behandlung muß absolut gleich sein.

Meine Damen und Herren, der für die Öffentlichkeit wesentliche und meist beachtete Teil dieser 4. Novelle ist die Neuregelung der Sondergebühren. Was sieht diese Neuregelung vor? Diese Neuregelung sieht einerseits vor, daß die Umverteilung der Ärztehonorare unter den Ärzten neu geregelt wird, andererseits aber gibt es eine Erhöhung der Landesanteile bei den Ärztehonoraren. Ich glaube, noch etwas ist sehr bedeutungsvoll und hat die Öffentlichkeit vor allem in den letzten Jahren sehr bewegt, nämlich, daß es in Zukunft keine exorbitant hohen Anteile an Sondergebühren für einige wenige Ärzte mehr geben soll. Die 4. Novelle, meine Damen und Herren, wurde, wie gesagt, kürzlich hier beschlossen. Es wurde auch angedeutet, daß es sehr lange gedauert hat, bis es zum einstimmigen Beschluß dieser Novelle gekommen ist und sehr, sehr viele Parteienverhandlungen waren notwendig, um diese Vorlage zu verabschieden. Im Interesse aller Beteiligten, aber besonders im Interesse der steirischen Bevölkerung hoffe ich, und ich darf, glaube ich, sagen, hoffen wir alle, daß dieses Gesetz auch entsprechend exekutiert werden wird.

Aber noch ein Problem, meine Damen und Herren, und zwar ein besonders schwieriges Problem, das auch nicht neu ist und wiederholt hier im Hohen Hause aufgezeigt wurde, ist die ärztliche und die zahnärztliche Versorgung in unserem Bundesland. Betroffen sind leider in erster Linie die Bevölkerungsschichten, die im ländlichen Gebiet wohnen, und wo es keine attraktiven Städte oder Erholungsgebiete in der Nähe gibt. Das österreichische Bundesinstitut für Gesundheitswesen hat festgestellt, daß in der Steiermark ein Strukturbedarf von 157 praktischen Ärzten besteht. Meine Damen und Herren, dieser Strukturbedarf von 157 praktischen Ärzten heißt nichts anderes, als daß die Steiermark mit Abstand den größten Strukturbedarf auf diesem Gebiet von allen Bundesländern hat. Ich glaube, es kann nicht oft genug gesagt werden, und ich bin überzeugt, daß wir uns auch noch in Zukunft des öfteren mit diesen Problemen beschäftigen werden müssen, weil wir alle wissen, daß solche schwerwiegende Probleme nicht von heute auf morgen gelöst werden können. Aber eines möchte ich vielleicht erreichen, wenn ich darüber spreche, meine Damen und Herren, daß wir alle gemeinsam in die Zukunft blicken und nicht immer wieder Feststellungen, in denen von der Ärzteschwemme gesprochen wird, entgegennehmen müssen. Diese Ärzteschwemme ist bis heute nicht eingetreten. Sogar der höchste Funktionär der österreichischen Ärzte hat vor einigen Tagen bestätigt, daß es bis 1980 keine Ärzte-

schwemme gibt; aber ähnliche Dinge wurden gestern wieder aufgezeigt. Ich möchte vielleicht sagen, daß nicht nur im Bereich der praktischen und Fachärzte, sondern im besonderen im Bereich der zahnärztlichen Versorgung die Steiermark besonders schlecht dasteht. Zwei Vergleichszahlen, meine Damen und Herren, seien mir gestattet: Im Jahre 1960 gab es 442 Vertragszahnbehandler in der Steiermark. 20 Jahre später, 1980, sind es nur 300 Behandler, das heißt einerseits, daß vor zwanzig Jahren um 48 Prozent mehr Zahnbehandler in diesem Bundesland tätig waren, das heißt aber andererseits, daß in der Zeit von 1960 bis 1980 der Versichertenstand mit den Angehörigen um 21 Prozent gestiegen ist. Noch etwas kommt dazu, auch das ist nicht neu, auch das wurde uns kürzlich im Hause vorgelegt, das ist die starke Veralterung unter der steirischen Ärzteschaft. Meine Damen und Herren, gestern wurde gesagt, in den nächsten Jahren werden soundsovieler hundert Mediziner mit ihrem Studium fertig beziehungsweise sind soweit, daß sie in die Praxis gehen können. Teilweise wurde darauf festgestellt, daß es in der Steiermark sehr viele Medizinstudenten gibt, die aus allen Bundesländern Österreichs hierherkommen. Und zum zweiten möchte ich sagen und zu bedenken geben, daß auf Grund der Veralterung unserer steirischen Ärzte es auch in den nächsten Jahren so sein wird, daß wir nicht zu viele Ärzte in unserem Bundesland Steiermark haben werden. Ich kann nun zum Schluß sagen, meine Damen und Herren, daß die Situation, wie sie derzeit in der Steiermark ist, von allen mit offenen Augen — und ich möchte auch bitten — mit einem offenen Herzen gesehen wird, und ich möchte wirklich an alle Verantwortlichen, oder alle, die sich verantwortlich fühlen und die es auch sind, heute und hier von dieser Stelle aus den Appell richten, alles nur Mögliche zu unternehmen, damit die Steiermark nicht auch in punkto ärztlicher Versorgung an letzter Stelle der österreichischen Bundesländer steht. (Beifall bei der SPO.)

Präsident Feldgrill: Ich erteile das Wort dem Abgeordneten Pinegger.

Abg. Pinegger: Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren!

Inspiziert durch die Einleitung eines Vorredners, des Herrn Präsidenten Brandl, der die Thematik ODK im Zusammenhang mit Umweltschutz angekündigt hat, fühle ich mich dennoch oder trotzdem veranlaßt, dazu einen Kommentar abzugeben. Es wurden Jubiläen genannt. Ich möchte nur sagen, heute, meine Damen und Herren, ist für den Bezirk Voitsberg — wenn die Informationen stimmen — ein Jubeltag, denn es kam heute die Konsensfindung der Draukraftwerke AG mit der Umweltschutzgemeinschaft. Und das ist gar nicht so selbstverständlich gewesen. Wenn man diesen Weg verfolgt, der seit diesem 17. Jänner 1980 bis zum 5. Dezember 1980 — sprich Krampustag — praktisch die ganze Breite dieses Jahres erfüllt hat und auch mit Emotionen unseren Raum ausgefüllt hat, so darf man erfreut feststellen, daß es zur Klärung kam. Es ist nur zu hoffen, daß es am morgigen

Tag, meine Damen und Herren, an dem dann Unternehmensleitung, Vorstand und Aufsichtsrat der Draukraftwerke tagen werden, wieder zur einhelligen Meinungsbildung kommt. Aber ich kann mir eines nicht verhehlen — schade, der Kollege Dr. Strenitz ist nicht im Hause — aber er hat so wunderbar anklingen lassen, welche Sympathien die Sozialistische Partei oder sozialdemokratische Partei (Abg. Brandl: „Ist besser!“) — ich habe mich berichtigt — den Bürgerinitiativen gegenüber zu erbringen bereit ist. Die Botschaft höre ich, allein, mir fehlt der Glaube! Denn wenn man diese Situation im Raume Voitsberg verfolgend miterlebt, es waren nicht nur Abgeordnete dieses Voitsberger Raumes, ich darf auch sagen, es waren die Abgeordneten Dipl.-Ing. Schaller, Kollege Chibidziura, alles war dabei bei dieser erweiterten Kommission, da hat das nicht so nach dieser Bürgerfreundlichkeit geklungen. Und es haben — Gott sei Dank, daß es dieses Instrumentarium gab — der steirische Landeshygieniker Univ.-Prof. Möse und Landeshauptmann Dr. Niederl am 18. Jänner diese erste große Enquete praktisch ins Leben gerufen, und dort kam es zur Begegnung. In dieser Zwischenzeit, meine Damen und Herren, vom 18. Jänner bis zu dem gefürchteten 5. Dezember, hat ein Expertenteam gearbeitet und hat sich über Auftrag des Landeshauptmannes Dr. Friedrich Niederl und zusätzlich dann forciert von Landeshauptmann Dr. Josef Krainer als Fachteam in das Ausland begeben, in die USA, in die Bundesrepublik Deutschland und nach Japan. Und dort wurde dann endgültig jener Widerspruch auf Grund der Erkenntnisse beseitigt, der ursprünglich immer diese Thematik erfüllte, daß die Entschwefelung nicht Stand der Technik sei. Und seit dem 5. Dezember 1980 ist nun die Aussage einhellig, daß es Stand der Technik ist, daß natürlich verschiedene Variationen dieser Entschwefelung möglich sind. Und es kam dann auch zu diesem Übereinkommen, daß in einem Stufenplan diese Entschwefelung vorgenommen wird. Ich glaube, man hätte sich diesen langen mühseligen Weg des Kämpfens ersparen können. Wenn die Bereitschaft zur Konsensfindung von seiten der Baubehörde 1. Instanz — sprich Bürgermeister — da gewesen wäre und wenn man diese kleine Gemeinschaft in das Gespräch eingebunden hätte und wenn man nicht von Haus aus gesagt hätte — (Abg. Dr. Horvatek: „Sie kennen die jetzt erhobenen Forderungen auch. Reden Sie von den Arbeitsplätzen!“) Was Herr Kollege? (Abg. Dr. Horvatek: „Arbeitsplätze sind Euch offenbar egal!“) Ja, das darf ich auch anschneiden, das ist ein Stichwort, Herr Kollege. Ich habe Gelegenheit gehabt, im Rahmen des Bezirksausschusses — Herr Kollege Zoisl, du wirst es mir bestätigen — als man eine Exkursion vornahm, hat man — dort ist das Verhältnis 30 zu 2 so ungefähr, Peter Zoisl, bitte berichte mich — die Gelegenheit wahrgenommen, obgleich es nicht auf der Tagesordnung stand, von uns abzufordern, wir sollen uns einsetzen. Das war fünf Minuten vor Zwölf. Und ich muß Ihnen noch eines sagen, Herr Kollege (Abg. Dr. Horvatek: „Was ist mit den 400 Millionen, was ist mit den Arbeitsplätzen, wenn Voitsberg nicht in Betrieb geht!“), denn diese Argumentation und dieses Gegenüber-

stellen, wie es von Ihnen gepflogen wurde und draußen gepflogen wurde, diese Alternativen Arbeitsplatz und Umweltschutz, man hat gesagt, wir sind, und zwar diese Gemeinschaft, wäre gegen die Arbeitsplätze. Und so ist es auch in den verschiedenen eingleisigen . . . (Abg. Dr. Horvatek: „Haben Sie mitgestimmt?“) Wo mitgestimmt? (Abg. Zoisl: „Er hat nicht mitgestimmt!“) Aber ich habe mitgestimmt. Aber bitte, Peter Zoisl, darf ich dich berichtigen? Hallo, hallo, hallo! (Abg. Brandl: „Dann ist alles in Ordnung, wenn er mitgestimmt hat!“) Das ist die Masche. Ich habe gesagt, es gibt keine Alternative. Es gibt nur eines: Zum Arbeitsplatz ja, und zum Umweltschutz nein! (Allgemeiner Beifall.)

Und meine Lieben, bravo, denn es ist nirgends ein Standortverhältnis so eklatant gegeben wie in Voitsberg. Hier Landeskrankenhaus Voitsberg, Anrainer, nebenan ÖDK Voitsberg! Da sollen die gesund werden, die auf Grund des neben erfolgenden Auswurfes unter Umständen deswegen dort hinein kommen müssen. Aber es ist heute kein Widerspruch. Aber eines haben wir auch verfolgen müssen dabei. Es ist dort bei dieser Thematik echt dazu gekommen, meine Damen und Herren, daß sich eine interessante Sozialpartnerschaft ergeben hat. Das war die Sozialpartnerschaft Arbeiter gegen Arbeiter. Und darf ich den Betriebsratsobmann, der bei dieser Gewerkschaftsbesprechung zugegen war und sich sehr sachlich zu Wort gemeldet hat, was Sie mir heute nicht zubilligen werden. Bitte mich zu berichtigen, ich nehme es gerne in Anspruch es wiederzugeben, weil ich es so herrlich gefunden habe. Wißt Ihr was er gesagt hat? Wir verlassen uns auf Landeshauptmann Krainer und ein kleines bißchen auch auf dich, Abgeordneter Pinegger. Ich habe gesagt, ich darf ein heiliges Versprechen abgeben, daß ich mich bemühen werde, und ich habe mich bemüht, denn ich muß Ihnen sagen, anno dazumal, als zehn Jahre Landeshygieniker gefeiert wurde im neuen Kongreßzentrum, habe ich mir erlaubt, namens der Österreichischen Volkspartei Herrn Landeshauptmann eine Resolution zu überreichen, wo nicht die Frage drinnen gestanden ist, Arbeitsplatz oder Umwelt, sondern wo beides drinnen war. Arbeitsplatzsicherung, aber auch mit der Begleiterscheinung einer gesunden Umwelt. Das war die Wahrheit und das war die Ehrlichkeit (Beifall bei der ÖVP.) Ich komme zurück, lieber Peter Zoisl, ich komme zurück. Der Betriebsratsobmann, und zwar Kollege Riedl, hat so lieb dann gesagt, daß er mit dieser Gemeinschaft „Schützt den Bezirk Voitsberg“ der Ansicht ist — (Landesrat Heidinger: „Pinerl, warum schreist du so?“) Laß mich schreien! Er ist der gleichen Ansicht, meine Damen und Herren, daß nämlich die Gesundheit auch dort, weil wir ohnedies schon Grenzwerte haben, die gefährlich werden, genauso Vorrang hat, wie der Arbeitsplatz. Ich darf Ihnen in aller Stille etwas sagen, aber nicht böse bemerkt, er hat noch folgendes gesagt. Die Kostenfrage soll nicht entscheidend sein, denn bestimmte Generaldirektoren haben ihre Villen am Wörther See, in herrlicher Umgebung, und sind dieser Situation dieses Schwefelausstoßes nicht ausgesetzt. Ich

lobe mir diese Ehrlichkeit. Ich darf nunmehr von dieser Stelle aus einen herzlichen Dank sagen diesem unabhängigen Fachausschuß unter Landeshygieniker Professor Dr. Möse, ich darf auch unserem Herrn Landeshauptmann danken, der das Versprechen eingelöst hat, daß es zu keinem Baustopp in dieser Region kommt, und wir hoffen, daß morgen die Mitteilung erstattet wird, daß es weitergeht. (Abg. Preamberger: „Das ist noch nicht sicher!“) Das ist eine Annahme, ich hoffe halt, lieber Herr Kollege Preamberger. Lieber Herr Kollege Preamberger, ich glaube, auch Ihr Unternehmen ist nicht gering beteiligt bei der Erarbeitung dieser Entschwedelung in Schritten. (Abg. Preamberger: „Ich werde morgen bei der Gruppe 7 dazu sprechen!“) Das ist sehr nett. Meine Damen und Herren, ich möchte jetzt noch einem danken, dem bis heute nie gedankt wurde von dieser Stelle aus. (Abg. Ing. Turek: „Dem Landeshauptmann!“) Haben wir schon. (Gelächter. — Abg. Dr. Eichtinger: „Er hat sich durchgesetzt!“) Ich möchte noch einem danken, das ist der Mann, der die 600 Mitglieder in dieser Gemeinschaft „Schützt den Bezirk“ vertritt, ein kleiner, so wird er dargestellt, bedeutungsloser Mann. Ich finde aber dennoch, er ist sehr bedeutungsvoll. Er hat es gewagt, gegen eine Macht anzukämpfen. Ich darf ihm herzlichst von dieser Stelle aus danken und all jenen, die den Weg mitgegangen sind mit ihm. Wir sind auch ein Stück mitgegangen. Ich wage anzunehmen, daß nunmehr in unserem Raum draußen alle diesen Weg verstehend weitergehen werden. Sollte ich emotionsgeladen gesprochen haben, dann darf ich Ihnen eines sagen, es wurden so viele Emotionen Ihrerseits in unseren Raum getragen, so daß ich mich heute veranlaßt fühlte, mich zu entladen. Ich danke. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Feldgrill: Zum Abschluß der Gruppe 5 erteile ich dem Herrn Landesrat Heidinger das Wort.

Landesrat Heidinger: Hohes Haus, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich gehörte 20 Jahre dem Steiermärkischen Landtag als Abgeordneter an. Nachdem mich nun ein gütiges Schicksal, wenn Sie so wollen, aus den Höhen des Hohen Hauses in die Niederung der Regierung getragen hat, habe ich mir vorgenommen, kein Pharisäer zu sein, und das zu vergessen, was ich mir als Abgeordneter immer geschworen habe, und was mich immer geärgert hat. Es hat mich immer geärgert, daß die Regierungsmitglieder zu lange gesprochen haben und daß sie, statt zu informieren, Belehrungen ausgeteilt haben. Das möchte ich lassen. (Abg. Schrammel: „Hoffentlich!“ — Allgemeiner Beifall.) Noch kann ich nicht aufhören, so schnell geht es nicht. Meine sehr verehrten Damen und Herren, vielleicht darf ich Ihnen kurz — (Abg. Schrammel: „Die Katze kann das Mäusen nicht lassen!“) inwiefern? Das verstehe ich nicht. Aber ich werde mich bemühen, Sie zu verstehen, Herr Kollege Schrammel. Das mit den Zwischenrufen soll vorbei sein. Das führt zu nichts. Da wird es viel zu lange. Ich bitte um Verständnis dafür. Nachdem ich so kurz in diesem

Referat tätig bin, vielleicht darf ich Ihnen kurz schildern, wie sich mir das darbietet. Ich habe versucht, in kürzester Zeit all die Dinge, die in das Referat hineingehören, kennenzulernen, mit den Menschen Kontakt aufzunehmen, und da ist mir zum Beispiel folgendes aufgefallen, nachdem ich Vergleiche gezogen habe. Etwa das Krankenhaus in Judenburg im Vergleich mit dem Krankenhaus in Knittelfeld, das Krankenhaus Leoben mit dem Krankenhaus in Bruck oder das Krankenhaus Fürstenfeld mit dem Krankenhaus in Feldbach. Da habe ich mich gefragt, was ist nun der steirische Standard. Ist es Judenburg, Leoben oder Fürstenfeld oder ist es Bruck, Feldbach oder Knittelfeld. In der Gegenüberstellung dieser beiden Dinge bin ich zu der Meinung gekommen, wenn wir Leoben, Judenburg und Fürstenfeld zum steirischen Standard erheben, dann muß in allen anderen Landeskrankenanstalten, die nicht diesen Standard haben, etwas geschehen. Und beim ersten überschlagsweisen Nachrechnen bin ich darauf gekommen, daß es mit dem Geld, das heuer im Budget enthalten ist, und jenen Mitteln, die in den nächsten Jahren enthalten sein werden sowie den in den letzten Jahren enthaltenen nicht gehen wird. Ich habe daher gemeint, ich habe es auch lauthals gesagt, es müßte eine Sonderfinanzierung Platz greifen. Schauen Sie, es geht nicht nur um die Baulichkeiten nach außen, sondern es geht um eine gewisse Gerechtigkeit. Alle Steirer zahlen die gleichen Tarife, in welches Krankenhaus sie immer hineingehen beziehungsweise gebracht werden. Es ist doch eine außerordentlich grobe Ungerechtigkeit, für gleiches Entgelt unterschiedliche Leistungen. Das heißt, wir müssen den zum Teil gegebenen steirischen Standard anstreben, und ich bitte Sie daher um Verständnis dafür, daß wir mit jenen Dotationen, die heute vorhanden sind, nicht auskommen werden, wenn wir in einem zehn- bis fünfzehnjährigen Zeitraum — das glaube ich selbst nicht mehr, daß es in zehn Jahren geht — diesen „steirischen Standard“ erreichen wollen. So bitte ich, die Dinge zu sehen. Ich möchte Ihnen hier mit einem einzigen Schaubild darlegen, wie sich etwa der außerordentliche Haushalt entwickelt hat und wie sich dazu der außerordentliche Haushalt, der den Krankenanstalten zur Verfügung steht, entwickelt hat. Das Blaue ist die Entwicklung des außerordentlichen Haushaltes, das rot Angezeichnete, hat mit meiner politischen Gesinnung nichts zu tun, das sind die Dotationen im außerordentlichen Haushalt für das Krankenanstaltenwesen. Vor 20 Jahren, im Jahre 1960, war der Anteil am außerordentlichen Budget noch bei rund 58 Prozent, er ist heute bei knapp 20 Prozent. Nach dem Rechnungsabschluß 1979 betrug dieser Anteil nunmehr 17,4 Prozent. Ich möchte also Ihr Verständnis wecken, daß hier eine Umschichtung innerhalb des Budgets Platz greift. Ich rede nicht von einer Sondersteuer, ich bin ja darauf hineingefallen in der ersten Phase meiner Regierungstätigkeit, und habe auf diese Frage der Presse geantwortet. Ich wollte keine Sondersteuer. Ich habe sie nur in einer Größenordnung dargelegt. Ich will eine Umschichtung, eine Sonderfinanzierung innerhalb des Budgets. Und das ist möglich. Beweis: Wir haben heuer den Grundstein

oder die Spatenstichfeier in Deutschlandsberg gehabt. Hier entsteht ein neues Krankenhaus. Auch das ist ein Akt der Gerechtigkeit gegenüber der Region Deutschlandsberg, in der 60.000 Menschen wohnen. Wir haben gleichzeitig, und wir sind dabei, Überlegungen anzustellen, wo wir diese Krankenbetten, die in Deutschlandsberg errichtet werden, zu 80 Prozent in Graz einsparen können. Ich weiß, daß das ein ganz schwieriges Unterfangen ist, weil jeder einzelne draußen im Landeskrankenhaus sagt, ich habe noch viel, viel zu wenig Betten. Aber wir werden den Weg finden und wir werden diese 80 Prozent der Betten, 80 Prozent deshalb, da 80 Prozent der Bevölkerung von Deutschlandsberg jetzt im Landeskrankenhaus Graz aufgenommen werden, einsparen. Auch in Voitsberg und Wagna, wo die restlichen 20 Prozent sich in Anstaltspflege befinden, werden wir einsparen müssen. Dies zur Sonderfinanzierung. Zum zweiten: Die Frage des Krankenanstaltengesetzes. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben am 20. Oktober hier in diesem Hause die 4. Novelle zum Krankenanstaltengesetz beschlossen. Ein Jahrhundertgesetz, hat es der Herr Abgeordnete Präsident Piaty genannt, und trotzdem findet es nicht seinen vollen Zuspruch. Aber das macht nichts. Wir haben uns einstimmig zu diesem Gesetz bekannt. Wir haben uns einstimmig dazu bekannt, weil etwa in diesem Gesetz die Überschaubarkeit und damit auch mehr Menschlichkeit in den Krankenhäusern, wenn auch nur im Gesetzestext, aber zumindest verheißen war, umsetzen müssen es die Menschen, die in den Krankenanstalten arbeiten. Wir haben festgelegt, daß die großen Abteilungen im Hinblick auf diese 120 Betten in Departments unterteilt werden. Wir haben auch für Mehreinnahmen des Landes in diesem Gesetz gesorgt oder wollen dafür sorgen. Ich sage „wollen“, weil es noch nicht ausgestanden ist. Und trotzdem hört man, obwohl wir meinen, daß dieses Gesetz gut ist, daß es vom Bund her beeinträchtigt wird. Und hier, Herr Hofrat DDr. Stepantschitz, nicht die Wiener sind es, die Wiener werden nur dazu aufgefordert, es zu beeinträchtigen. Der Anstoß kommt aus der Steiermark, das muß man doch objektiv zugeben. Ich möchte aber dazu folgendes sagen. Wir wollen gar nicht untersuchen, wie die Dinge liegen. Eines möchte ich dazu sagen. Als wir dieses Gesetz beschlossen haben, haben wir uns etwas gedacht. Wenn wir tatsächlich irgendwo an Bundesgesetzen anecken sollten, dann könnte man es in einem Paragraphen noch einmal verändern und novellieren und neu beschließen. Aber sonst bin ich der Meinung, daß wir uns das, was wir uns vorher gedacht haben, auch heute und nachher noch weiter denken sollen. Wir sollten dieses gute Gesetz doch vollziehen, wobei es in der Vollziehung insofern Schwierigkeiten geben wird, weil ja vieles in diesem Gesetz erst den Verordnungen, die auf Grund des Gesetzes erlassen werden müssen, überlassen wird. Ich möchte hier, nachdem sich sozusagen der Widerstand formiert — erst vor wenigen Tagen haben gewisse Leute an einer Weihnachtsfeier, an der sie sonst immer teilnehmen, auf Grund dieses beschlossenen Gesetzes nicht teilgenommen, sozusagen Leute, die das

Gesetz zu vertreten hatten, brüskiert — dazu folgendes sagen: Ich habe es hier schon einmal, schon mehrmals gesagt. Ich glaube, dieses Gesetz läßt sich am besten mit den davon betroffenen Klinikern, mit den Ärzten, mit allen, die in den Krankenanstalten arbeiten und die betroffen sind, vollziehen. Aber ein Gesetzesauftrag muß auch dann vollzogen werden, wenn es Widerstand gibt. Über das Kreuz wollen wir es nicht brechen, aber vollzogen muß es werden, und ich glaube, daß Sie mich dabei, meine sehr verehrten Damen und Herren des Hohen Hauses, moralisch bestens unterstützen werden.

Und nun nur noch zu einigen Fragen, die hier von einzelnen Damen und Herren Abgeordneten aufgezeigt wurden. Zur Hauskrankenpflege, die der Herr Abgeordnete Loidl aufgezeigt hat, darf ich folgendes sagen. Wir haben schon in der letzten Landtagssitzung über diesen Teufelskreis, in dem wir uns befinden, gesprochen. Wir haben zu viele Menschen in den Krankenanstalten, weil wir auf dem Lande zu wenig praktische Ärzte haben oder die Ärzte diese Arbeit nicht mehr wollen, wir haben einfach zu wenig. Wir können die Betten nicht abbauen. Mit einem Wort, es ist ein Teufelskreis aus dem wir — wie ich meine — nur herausfinden können, wenn sich alle davon Betroffenen, Krankenkassen, Ärztekammer, Landesregierung, einmal zusammentun und einen Langzeitplan erstellen. Das läßt sich von heute auf morgen ganz bestimmt nicht über das Knie brechen. Der Herr Abgeordnete Dr. Stepantschitz hat hingewiesen, daß Bundesminister Dr. Salcher für Suchtgiftbetten oder Suchtgiftstationen 200 Millionen Schilling zur Verfügung stellt. Wir haben dieses Angebot aufgegriffen und sind derzeit bei der Objektsuche. Das heißt, wir haben ein Objekt gefunden, und wir hoffen, daß wir eine solche Suchtgiftstation mit etwa 24 Betten im Raum Gleisdorf/Graz errichten können.

Eine Frage, die hier aufgetaucht ist und die im Zusammenhang mit dem AKH in Wien besprochen wurde. Ich glaube, eines ist dabei sicherlich herausgekommen, daß die Politiker eigentlich die geringere Schuld an dem AKH-Skandal haben. Es sind die — (Abg. Ritzinger: „Die Verantwortung haben sie aber!“) natürlich hat man die Verantwortung. (Abg. Ritzinger: „So leicht kann man es sich nicht machen!“) Aber, Herr Kollege Ritzinger, jetzt muß ich Ihnen etwas sagen! Wer überschaut denn das von der technischen Seite her, wer überschaut das denn? (Abg. Ing. Turek: „Ich muß schauen, mit welchen Leuten ich mich umgebe!“) Ich werde Ihnen ein Beispiel sagen, wirklich. Ich werde Ihnen ein objektives Beispiel bringen. Schauen Sie, wir haben hier in der Steiermark den Herrn Professor Schuy mit der Überprüfung des Projektes des LKH Deutschlandsberg beauftragt. Professor Schuy hat seine Feststellungen getroffen, die aber wieder nicht — auch nicht von der Firma Siemens, sondern von anderen Leuten — unwidersprochen geblieben sind. Man kann hier nicht einfach das so leichtfertig sagen. Hier ist die politische Entscheidung, sie kann richtig und sie kann falsch sein. Wir werden aber sicherlich dafür sorgen, daß die bestmögliche begleitende Kontrolle nicht nur in Deutschlandsberg,

sondern bei allen unseren Bauten Platz greift und auch durchgeführt wird. (Allgemeiner Beifall.) Frau Kollegin Jamnegg hat zum Strahlentherapiezentrum Landeskrankenhaus gesprochen. Ich darf Ihnen sagen, was ich auch schon im Finanz-Ausschuß gesagt habe, wir sind bereits im Bauen. Wir bearbeiten derzeit den Energiekanal, und wir werden diese Arbeiten im Jahre 1981 mit einem Kostenaufwand von etwa 40 Millionen Schilling fortsetzen können. Ich wäre glücklich, wenn dies die einzige Ausgabe im Landeskrankenhaus Graz wäre, denn hier reißen sich an das Strahlentherapiezentrum die Radiologie, die Kinderchirurgie, die Pathologie, von der wir soviel Unangenehmes gehört haben. Auch hier darf ich sagen, wird morgen vormittag ein Gespräch im Hinblick auf die Gebühren stattfinden, und ich hoffe, daß wir zumindest ab 1. Jänner zu einem Übereinkommen kommen. Aber auch die Pathologie, die für mich fast unverständlichweise, obwohl sie Bundesaufgabe ist, an die letzte Stelle gereiht wurde, bedarf einer dringlichen Renovierung. Das Arbeitsinspektorat ist ständig hinterher und droht ständig mit dem Zusperrern dieses Institutes.

Nur noch ein großer Brocken, weil es sich immer wieder um das Geld dreht. Um die medizinischen Abteilungen im Landeskrankenhaus in Graz zu sanieren, bedürfte es nicht mehr und nicht weniger als etwa 500 Millionen Schilling. Ich glaube, daß mein Ruf nach besserer Dotierung gerechtfertigt ist. Natürlich, und ich sage das dazu, wird es nicht allein auf das Geld ankommen, sondern es wird auch darauf ankommen, mit welchem Geist in unseren steirischen Krankenanstalten gearbeitet wird. Trotz mancher beengter Verhältnisse in unseren Anstalten arbeiten die Schwestern, Ärzte, Pfleger, alle Menschen, die dort tätig sind, mit großer Hingabe. Ich möchte es nur anziehen. Sie werden noch einen sehr eingehenden Bericht darüber bekommen. Es wurden in den letzten Monaten in den steirischen Anstalten Patientenfragebögen ausgegeben, und bei einem ersten Erfassen der Dinge muß ich sagen, ist ein sehr positives Ergebnis in unseren Anstalten zu erwarten, und das ist sicherlich zum großen Teil auch auf die in diesen Anstalten tätigen Menschen zurückzuführen.

Und nun darf ich, schon abschließend, einigen Herren, die aus dem Landesdienst ausscheiden, traditionsgemäß herzlichen Dank aussprechen. Es ist dies der ärztliche Leiter des Landeskrankenhauses Rottenmann, Herr Primarius Dr. Wilfried Amann, der die Geschicke dieser Anstalt seit 10 Jahren in leitender Stellung beeinflußt hat. Er hat die chirurgischen Patienten des Einzugsgebietes in seiner bekannt energischen Art bestens betreut, dafür darf ich ihm in diesem Hohen Hause herzlichen Dank sagen. Des weiteren wird Herr Primarius Dr. Gerhard Gann, der seit April 1965 mit der Leitung der Frauenabteilung des Landessonderkrankenhauses für Psychiatrie und Neurologie in Graz betraut war, mit Jahresende in den dauernden Ruhestand treten. Auch ihm darf ich für seinen großen Einsatz und sein besonderes Einfühlungsvermögen, das er während all dieser Jahre gezeigt hat, herzlichen Dank aussprechen. (Allgemeiner Beifall.) Nicht zuletzt danke ich Herrn Pri-

marius Dr. Herbert Zeilinger, dem ärztlichen Leiter des Landeskrankenhauses Bad Aussee. (Allgemeiner Beifall.) Er war über 30 Jahre in diesem Hause in leitender Stellung tätig. Er hat in dieser Region in hervorragender Weise gearbeitet und den Menschen gedient. Für sein Können und für seine Einsatzbereitschaft ebenfalls herzlichen Dank.

Abschließend ist es richtig, wenn ich allen Beamten, Mitarbeitern in der Rechtsabteilung 12, aber auch in der Fachabteilung IV a, stellvertretend den beiden Herrn Hofräten, Wirkl. Hofrat Dr. Schaffer und Wirkl. Hofrat Dipl.-Ing. Robert Reiter, für die geleistete Arbeit im abgelaufenen Jahr herzlichen Dank sage. Desgleichen auch allen in unseren Anstalten tätigen Menschen herzlichen Dank. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Feldgrill: Zur Gruppe 5 liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Der Herr Abgeordnete Sponer hat das Schlußwort.

Abg. Sponer: Herr Präsident, ich verzichte auf das Schlußwort und ersuche die Damen und Herren um Zustimmung.

Präsident Feldgrill: Die Damen und Herren, die den Ansätzen und Posten der Gruppe 5 zustimmen, bitte ich um ein Händezeichen.

Die Gruppe 5 ist angenommen.

Wir unterbrechen die Sitzung bis 20 Uhr. (Unterbrechung der Sitzung von 19 bis 20 Uhr.)

Präsident: Meine Damen und Herren, wir nehmen die unterbrochene Sitzung wieder auf und kommen zur Gruppe 6, Straßen- und Wasserbau, Verkehr. Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Alexander Haas. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Haas: Herr Präsident, Hoher Landtag! Die Budgetgruppe 6 umfaßt Straßenbau, Wasserbau und Verkehr. Als Untergruppen sind ausgewiesen Bundesstraßen, Landesstraßen, Förderung der Wasserversorgung, Förderung der Abwasserbeseitigung, Wasserwirtschaftsfonds, Schutzwasserbau, Wildbachverbauung, Bauhöfe, Straßenverkehr und letztlich Luftverkehr und Flughafeneinrichtungen. An Einnahmen sind in der Gruppe 6 8.176.000 Schilling präliminiert. An Ausgaben scheinen auf 1.231.587.000 Schilling.

Namens des Finanz-Ausschusses ersuche ich das Hohe Haus um Annahme dieser Ansätze.

Präsident: Zum Worte gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Loidl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Loidl: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Zum gegenwärtigen Straßenbau in der Steiermark könnte man, ohne daß dem ernstlich jemand widerspricht, mit Superlativen Stellung nehmen, sich befriedigt wieder hinsetzen um zu hoffen, daß es so weitergeht. Ich kann mir vorstellen, daß ich Zustimmung finden würde, wenn ich das jetzt auch

tatsächlich in Anbetracht der fortgeschrittenen Zeitläute. Aber was dem einen der Steirische Herbst ist oder die Schule, das ist halt mir der Straßenbau, und ich möchte versprechen, daß ich nicht all das sagen werde, was ich mir vorgenommen habe im Hinblick darauf, daß es selten so viel Erfreuliches zu berichten gibt als am heutigen Tag, was den steirischen Straßenbau betrifft. Es ist, meine Damen und Herren, tatsächlich gigantisch, was in unserem Land gleichzeitig und mit welchem Kostenaufwand geschieht. Ich werde mich kurz fassen und einiges ganz global in Erinnerung rufen. Der Weiterbau der Pyhrnautobahn in Richtung Süden bis zur Staatsgrenze, der große Abschnitt Gleisdorf—Hartberg werden zügig vorangetrieben, ebenso intensiv wird am gesamten Packaufstieg gearbeitet. Die auf 550 Millionen Schilling aufgestockte Sonderfinanzierung der Bundesregierung für die S 6 und S 36 kommt nun zum Tragen, neben der Weiterführung der vielen begonnenen Baulose werden die Umfahrungen Knittelfeld und Niklasdorf in Angriff genommen. Der Richtungsstollen Plabutsch wird in Kürze auch vom Norden vorangetrieben, das wichtige Baulos Peggau—Friesach wird auch weitergebaut, und es wird viele Millionen kosten. Viele laufende größere und kleinere Bauvorhaben an den Bundes- aber auch an den Landesstraßen können noch genannt werden. Die Straßenbautätigkeit in unserem Lande kann vor allem aber auch deswegen als gigantisch bezeichnet werden, weil die Pyhrnautobahn-AG. allein im kommenden Jahr 1,4 Milliarden Schilling verbaut, die sie sich zum Großteil bei der Sparkasse ausborgt und schön brav Zinsen dafür bezahlt. (Abg. Dr. Heidinger: „Gott sei Dank!“) Alles in allem befinden wir uns weiterhin in einer Aufholjagd, um zu versuchen, das muß auch gesagt werden, Versäumtes aufzuholen.

Meine Damen und Herren, ich möchte der Wirtschaftsdebatte zum Kapitel 7 nicht vorgreifen, aber die überaus kritische wirtschaftliche Lage im obersteirischen Raum macht uns nun plötzlich mit aller Deutlichkeit offenkundig, wie verhängnisvoll und folgeschwer die von uns jahrzehntelang kritisierten Versäumnisse hinsichtlich des Ausbaues der verkehrsmäßigen Infrastruktur dieses wichtigen industriellen Ballungsraumes tatsächlich sind. Es ist keine Übertreibung, wenn ich sage, daß die S 6 und die S 36, das ist die optimale verkehrsmäßige Erschließung des Mur- und Mürztalles, geradezu zu einer Schicksalsfrage für diese Region geworden sind. Denn selbst wenn die bestehenden Betriebe gehalten werden können, so wird es massive Rationalisierungsmaßnahmen und damit weniger Arbeitsplätze geben. Vielleicht können größere Freisetzen durch länger andauernde Aufnahmesperren tatsächlich vermieden werden. Für die nachwachsende Jugend, welche bisher in diesen Betrieben immer wieder Aufnahme gefunden hat, müssen einfach neue Arbeitsplätze geschaffen, müssen neue Betriebe angesiedelt werden. Und es muß — wie die Dinge liegen — natürlich sehr bald geschehen. Aber welcher potente Interessent wird sich bei den gegenwärtig noch immer katastrophalen Verkehrsverhältnissen dazu bereit erklären, sich dort niederzulassen, wenn ihm woanders viel bes-

sere Bedingungen geboten werden. Und Ihr Dauerbrenner, General Motors, ist ein Beispiel dafür. Es ist eine Tatsache. (Abg. Ing. Turek: „Das ist Eure neue Argumentation seit gestern!“) Es ist eine Tatsache, daß die verantwortlichen Herren in Judenburg waren und auf Grund der Situation eben wieder umgekehrt sind. Und jeder Einsichtige, der sich vorstellt (Abg. Ing. Turek: „Natürlich hast du recht, was die Verkehrsverbindung betrifft!“), ein Investor zu sein und dort hinauf fährt, wird nicht anders handeln. Ich bin vorige Woche gefahren. Ich habe mir gesagt, wenn ich der Chef der General Motors bin, dann drehe ich unterwegs wieder um und fahre gar nicht bis Judenburg. So sind die Verhältnisse tatsächlich noch, daran gibt es doch überhaupt nichts zu deuteln. (Abg. Dr. Maitz: „Auf der Schuldigensuche seid Ihr sehr wendig!“) Ich rede jetzt nicht von Schuldigen, ich stelle die Tatsachen fest, und wer das nicht einsieht, der spricht gegen seine eigene Überzeugung. Es kann sich doch jeder überzeugen. (Abg. Ing. Turek: „General Motors wäre trotzdem gekommen. Der Kreisky will General Motors in Wien haben, weil das Wiener Werk der VEW geschlossen wird!“ — Abg. Brandl: „Das ist eine Verdrehung der Tatsachen!“ — Abg. Ing. Turek: „Weil VEW in Wien geschlossen wird, ist General Motors nach Wien gekommen. Ihr müßt Euch auf eine Sprachregelung einigen!“) Bitte, ob General Motors oder irgendein anderer, niemand ist bereit, unter diesen Bedingungen hinzugehen. Meine Damen und Herren, bis gestern hätte man solchen Interessenten verbindlich nur zusagen können, daß die S 6 von Mürzzuschlag bis St. Michael, und die Einbindung in die Pyhrnautobahn, von kleineren Abschnitten abgesehen, bis 1988 im Halbausbaufahrbar sein wird. Das gleiche gilt für die S 36 von Thalheim über Judenburg, Knittelfeld nach St. Michael, und ebenfalls wieder die Einbindung in die Pyhrnautobahn. Aber zunächst vergessen Sie nicht, daß erst die Sozialistische Bundesregierung 1971 den bedeutenden Schritt gesetzt hat und die S 6 und die S 36 als leistungsfähige, für die Region Obersteiermark, wie wir heute wissen, lebenswichtige verkehrsmäßige Infrastruktur in das Bundesstraßengesetz aufgenommen hat. Man kann gar nicht hoch genug einschätzen, was unser Bautenminister Moser in der für so große Vorhaben relativ kurzen Zeit in Bewegung setzen konnte und was Bautenminister Sekanina als dringliche und vorrangige Aufgabe übernommen hat. Ich möchte sagen, wäre nicht der plötzliche durch die Weltstahlkrise ausgelöste schwere Konjunkturerinbruch gekommen, so könnten wir objektiver- und realistischerweise nach erfolgter Aufstockung der Sonderfinanzierung auf 550 Millionen Schilling keine weiteren Forderungen erheben. Aber heute schaut die Sache schon wieder ganz anders aus. Von diesen Gesichtspunkten aus gesehen muß man die Zusage, welche der Herr Bundeskanzler gestern in Kapfenberg gemacht hat, als die bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt wohl bedeutungsvollste für den obersteirischen Raum betrachten. (Beifall bei der SPÖ.)

Der Bautenminister hat dem Herrn Bundeskanzler zugesagt, Mittel und Wege zu finden, um den Ausbau der S 6 und S 36, das heißt, die verkehrs-

mäßige Erschließung des Mur- und Mürztals, entscheidend zu beschleunigen. Meine Damen und Herren, und das sage ich jetzt in vollem Ernst und auch mit großer Freude, es soll das nahezu Unmögliche möglich gemacht werden. Die Verkehrswirksamkeit soll im wesentlichen nicht erst, wie geplant, 1988, sondern schon Ende 1983/Anfang 1984 erreicht werden. (Beifall bei der SPO.)

Meine Damen und Herren, es ist bekannt, daß der Erste Landeshauptmannstellvertreter Gross beim Herrn Bundeskanzler und bei der Bundesregierung sehr nachdrücklich darauf verwiesen hat, daß alle Bemühungen, in diesem Raum Betriebe anzusiedeln, um Arbeitsplätze zu schaffen, ohne verkehrsmäßige Erschließung von vornherein scheitern müssen. Der Bundeskanzler hat dies in seiner Rede auch ausdrücklich bestätigt. Meine Damen und Herren, jedem, der nur einigermaßen informiert ist, muß klar sein, daß dieses Vorhaben überhaupt nur unter Anstrengungen, wie sie bisher wohl noch nie abverlangt wurden, zu verwirklichen sein wird. Ich bin überzeugt, daß alle Zuständigen und damit Befästen, diese — fast möchte ich sagen — sensationelle Herausforderung gerne annehmen und diese gewaltige Leistung auch vollbringen werden. Meine Damen und Herren, sowohl die S 6 als auch die S 36 sind in St. Michael an die Pyhrnautobahn angeschlossen. Daher gewinnt der weitere Ausbau dieser Route zusätzliche aktuelle Bedeutung. Auch die offene Frage, ob sich die EWG an der Finanzierung beteiligt oder nicht. Aber auch der Semmering wird jetzt wie nie zuvor als Barriere gegen eine optimale Verkehrserschließung empfunden. Es ist von einem Basistunnel für die Bahn die Rede. Dabei erhebt sich zwangsläufig die Frage, ob nicht besser jetzt alles darauf konzentriert werden sollte, die Schnellstraße, die S 6, durchgehend in den Raum Wien vordringlich verkehrswirksam zu machen. Es ist klar, daß die bundesweite Anerkennung unserer, dieser Prioritäten nicht leicht sein wird. Aber wir können schließlich darauf verweisen, daß der Ausbau des überregionalen Straßennetzes im Westen Österreichs, in Vorarlberg, Tirol und Salzburg, bereits zu 85 Prozent vollendet ist, in Wien, Niederösterreich und Burgenland zu 42 Prozent, in Oberösterreich, Kärnten und Steiermark jedoch erst zu 38 Prozent fertiggestellt ist. Es ist zwar weitgehend wie wir wissen auch eigene Schuld durch Fehleinschätzungen und Versäumnisse. Aber die Tatsache bleibt bestehen, daß wir jahrzehntelang mit den auch von uns aufgebrauchten Mitteln der Mineralölsteuer einen beschleunigten Straßenbau in den genannten Bundesländern mitfinanziert haben. Nun, meine Damen und Herren, steht fest, daß wir in einem wirklich unerwarteten Ausmaß an der Reihe sind. Und angesichts dieses, wie ich glaube, für uns alle erfreulichen Ereignisses und auch aus Rücksichtnahme auf die Zeit möchte ich das andere, was eher kritisch wäre, für eine nächste und auch gute Gelegenheit aufsparen, und ich hoffe, daß Sie, meine Damen und Herren, alle unter dem Eindruck der von Herrn Bundeskanzler gemachten festen Zusage stehen, daß wir für den obersteirischen Raum Investitionen getätigt bekommen, die in ihrer Tragweite noch gar nicht abzuschätzen sind. (Beifall bei der SPO.)

Präsident: Abg. Dr. Heidinger hat sich als nächster Redner zu Worte gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Heidinger: Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Kollege Loidl hat sicher sehr erfreuliche Fakten für den Bundesstraßenbau in unserem Land hervorgekehrt, und ich möchte das durchaus nicht bestreiten. Ich möchte nur hoffen, daß diese Zusage des Herrn Bundesministers auch tatsächlich realisiert werden kann. Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben in den letzten Jahren tatsächlich eine beachtliche Steigerung der Ausgaben für Bundesstraßen und Autobahnen erreicht. Das soll gar nicht geleugnet werden. Es ist aber vielleicht doch ein wenig anders zu sehen, als es Kollege Loidl dargestellt hat. Die eigenen Versäumnisse sind nicht so groß und ohne die hervorragende Arbeit unserer Planungsingenieure, es war ja in den vergangenen Budgetdiskussionen die Meinung der SPO, das Geld, das der Bund hergibt, könne gar nicht verbaut werden. Das hat nie gestimmt. Diese Vorwürfe sind vollkommen zu Recht außer Streit gestellt, denn es sind für etwa 13 Milliarden Schilling laufende Baustellen und Detailprojekte vorhanden. Wenn ich auch absolut anerkennen möchte, daß gerade Herr Bautenminister Moser, und jetzt in Fortsetzung Bautenminister Sekanina zu dem stehen, was im Parlament gesagt worden ist, nämlich daß der Westen eben, Kollege Loidl hat ja Zahlen genannt, bevorzugt war. Aber genau das ist der Punkt, Herr Kollege Loidl, wo wir es gar nicht notwendig haben, an unsere Brust zu klopfen und zu sagen, wir sind schuld, sondern der Grund, warum im Westen die Straßen besser ausgebaut worden sind, war die Argumentation, dort ist der Fremdenverkehr, da kommen die Devisen, da kommen die Ausländer mit den Autos und da muß die Straße gebaut werden, weil da kommt auch die Mineralölsteuer durch die Fremden herein. Es war ja tatsächlich seinerzeit das politische Tauwetter und das Wegschmelzen des Eisernen Vorhangs gegenüber Jugoslawien doch wirklich sehr überraschend, und es dauert dann eine gewisse Zeit, bis die Planungen, und heute mehr denn je, in die Realität umgesetzt werden können. Ich zweifle nur, ich sage das auch ganz offen, ob es ein Bautenminister auf die Dauer durchhält, daß ein Drittel des Bundesbudgets, das noch frei verfügbar ist, für den Ausbau in ein Bundesland geht. Es soll mich sehr freuen, wenn es weiter so ist. Für 1981 ist es so vorgesehen, etwa 2,6 Milliarden Schilling für die Autobahnen und B- und S-Straßen mit den diversen Sonderprogrammen und 7,7 Milliarden Schilling, ist bitte im Bundesbudget nachzulesen, das gesamte Volumen des Ausbaues. Und hier muß man jetzt noch etwas sagen, und ich glaube, das werden auch Kollege Loidl und die SPO-Fraktion nicht bestreiten. Hätte das Land nicht die Vorfinanzierung der Pyhrn- und Südautobahn mit etwa 1,6 Milliarden Schilling Belastung für die Landesbudgets übernommen, dann wäre es auch nicht so weit gekommen, daß diese Bauleistung möglich geworden ist. Denn zu den 2,6 Milliarden Schilling aus dem Bundesbudget kommen ja im nächsten Jahr 1,7 Milliarden Schilling

der Pyhrnautobahn-AG. dazu, so daß wir etwa ein 4-Milliarden-Bauprogramm im hochrangigen Straßennetz haben.

Wir müssen aber ein zweites, nicht kritisierend, aber der Tatsache willen, anführen. Das Landesstraßenbudget, das immerhin für 3300 km Landesstraßen den Ausbau und die Erhaltung sicherstellen soll, konnte von 1977 bis 1981 in den letzten vier Jahren, wo sich das Bundesbudget für uns verdoppelt hat, nur von 480 auf 550 Millionen Schilling gesteigert werden. Warum? Weil wir 180 Millionen Schilling, ebenfalls wieder nachzulesen, im heurigen Jahr für die Beteiligung und für die verlorenen Zuschüsse an Pyhrn- und Südautobahn zahlen müssen. Das heißt, wir hätten sonst 730 Millionen Schilling für das flächendeckende Netz, für den Ausbau im Rahmen des zehnjährigen Straßenbauprogramms zur Verfügung. Es konnte bis jetzt noch einigermaßen — wie vorgesehen — durchgezogen werden, aber die Baupreissteigerungen der letzten Jahre lassen es wahrscheinlich und realistisch erscheinen, daß wir hier strecken müssen. Das heißt, wir haben also den flächendeckenden Ausbau unserer Landesstraßen zugunsten des hochrangigen Netzes zurückstellen müssen, weil man eben nicht alles machen kann. Das war eine Entscheidung des Hohen Hauses, der Landesregierung, des seinerzeitigen und jetzigen Landesstraßenreferenten, Landeshauptmann Dr. Krainer, und wir müssen das deutlich hervorheben! Die erfreulichen Fakten hat der Kollege Loidl gesagt. Ich brauche sie nicht wiederholen, aber ich möchte auf noch ein Kapitel eingehen. Es wird immerwieder behauptet, die Wegkosten werden von den Kraftfahrzeugen nicht bezahlt. Man kann jetzt streiten, ob die Verteilung innerhalb LKW — PKW richtig ist. Aber ich darf daran erinnern, und ich glaube, da tut man dem Herrn Bautenminister durchaus etwas Gutes, daß der Finanzminister allein aus den zirka 5 Milliarden Liter Motorentreibstoff, die jährlich in Österreich verkauft werden, 7 Milliarden Schilling Mehrwertsteuer erlöst, die nicht dem Straßenbau, sondern dem Budget zugute kommen. Und wenn im nächsten Jahr die großen Rückzahlungsraten für Tauernautobahn und, und, und kommen, dann werden nämlich von den heuer noch 7 Milliarden Schilling vielleicht noch 5 Milliarden Schilling im Bundesbudget bauwirksam überhaupt nur mehr zur Verfügung stehen. Dann kann der Herr Bundeskanzler Zusagen machen wie er will, er wird es einfach nicht finanzieren können. Ich sage das nicht boshaft, ich sage das bedauernd, und es wird, wenn nicht eine andere Finanzierungslösung für die Bundesstraßen gefunden wird, Herr Kollege Loidl, bei den Zusagen und nicht bei den Realisierungen bleiben. Die letzte Treibstoffpreiserhöhung bringt dem Finanzminister beziehungsweise dem Budget einen Mehrertrag an Mehrwertsteuer von 450 Millionen Schilling. Wir haben ja diese paradoxe Situation, da man Steuer von der Steuer zahlen muß. Ich glaube, auf das sollte man auch hinweisen.

Kollege Loidl, ein drittes Beispiel noch. Sie haben mit Recht darauf hingewiesen, daß die Infrastruktur auch für die Ansiedlung, für die Erhaltung von

Betrieben etwas Entscheidendes ist. Aber bitte nicht nur die Straßen. Da gehört auch die Schiene dazu. Das möchte ich ganz ausdrücklich sagen. Hier, eine reine Bundesangelegenheit beziehungsweise Angelegenheit des Wirtschaftskörpers Bundesbahn, sind wir Steirer noch viel, viel stiefmütterlicher behandelt bis jetzt als im Straßenbau. Wir würden dringend wenigstens eine Verbesserung unserer Verkehrsverhältnisse nach dem Westen brauchen, also von St. Michael über Selzthal nach Bischofskirchen. Eine leistungsfähige Eisenbahn, weil soundsoviel Deutsche sagen, zu Euch kann man ja überhaupt nicht kommen, das einzige ist fliegen, und wenn man das nicht kann, weil Nebel ist, dann seid Ihr eben hinter den Bergen bei den sieben Zwergen. Nachdem wir, und das unterstreiche ich, in Zukunft wieder mehr Transporte und gerade Schwertransporte auf die Eisenbahn bringen müssen, ist die Frage einer umfassenden Verkehrspolitik, wie wir es etwa auch im Modell Steiermark dargestellt haben, unerhört wichtig, und ich bekenne mich dazu. Wir haben im Modell Steiermark auch gefordert, daß der Eisenbahnbasistunnel Semmering, der in internationalen Absprachen vorgesehen ist, glaube ich, ein steirisches Anliegen und eine steirische Forderung werden sollte. Von uns allen. Der ist genau so wichtig wie der Ausbau der Schnellstraßen und der Bundesstraßen. Ich möchte damit schon zum Schluß kommen. Ich habe auch nur einige wesentliche Dinge herausgegriffen. Der Beitrag der EG für die Pyhrn, die Forderung ist ja auch bei dem Symposium, bei dem sehr eindrucksvollen Symposium in Zagreb erhoben worden, von allen, die dort waren. Daß die EG nicht vertreten war, war bedauerlich, daß man es so herausgestrichen hat, die Damen und Herren der Presse mögen mir das entschuldigen, war nicht unbedingt taktisch besonders unterstützend für unsere Forderung, daß die EG hier zahlen soll.

Und noch einen Punkt darf ich nur am Rande anmerken. Auch die Mautfrage sollte von der Steiermark mit dem gleichen Nachdruck vertreten werden, wie das etwa die Tiroler jetzt mit der Brenner-Maut getan haben. Es muß hier zu einer Lösung kommen, die nicht dazu führt, daß der Wirtschaftsverkehr nur halbherzig und sehr zögernd die Route der Pyhrnautobahn zwischen Friesach und St. Michael annimmt. Ich darf abschließend allen Damen und Herren, in erster Linie sind es ja Herren, die in der Straßenverwaltung, ob leitend, ob mitarbeitend oder auch nur als Straßenwärter tätig sind, danken und hoffen, daß wir in der gemeinsamen Aufbauarbeit am steirischen Straßenwesen so gut weiterkommen, wie Kollege Loidl und ich es uns wünschen. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Der Herr Abgeordnete Lind hat sich als nächster zum Worte gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg. Lind: Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich melde mich nun zum wiederholten Male zum Südautobahnbau zum Wort und werde auch so lange darum kämpfen, bis der Bau dieser Auto-

bahn vollzogen ist. Wenn mir auch mein Kampf nicht immer nur Freunde gebracht hat, sondern auch Gegner, vor allen Dingen dort, wo es um Grundbesitzer geht, die Grundstücke zur Verfügung stellen müssen, aber diesen sei besonders gedankt und auch um das Verständnis gebeten. Es hat die Südautobahn besondere Bedeutung und heute fordere ich nicht nur, sondern spreche auch von Erfolg. Und das ist erfreulich. Es zeichnet sich ein Fortschritt ab und vor allen Dingen hat das Land Steiermark dankenswerterweise große Verpflichtungen und Aufgaben übernommen und große Opfer gebracht. Es sind Aufgaben, die eigentlich Bundes-sache wären. Es wurden Bundesaufgaben übernommen und auch erfüllt, speziell in bezug auf die Mitfinanzierung, aber auch auf die Planungsarbeiten und auf die Durchführung. Ich möchte das besonders zum Ausdruck bringen. Daß natürlich die Verkehrsverhältnisse auf der Wechselstraße, aber auch auf allen übrigen Straßen, sei es auf der Pack oder ganz gleich wo, nicht mehr den Erfordernissen entsprechen, und daß der Ausbau der Südautobahn besondere Bedeutung hat, glaube ich, brauche ich hier nicht mehr zum Ausdruck bringen. Die Gefährdung, die gegeben ist, gerade auch auf der Wechselstraße, die Verkehrsunfälle, die sich ereignen, es sind bis zu 1000 Fahrzeuge stündlich, die in Verkehrsspitzen durch Hartberg fahren. Ein untragbarer Zustand. Die Südautobahn mit der besonderen wirtschaftlichen Bedeutung, aber auch mit verkehrstechnischer Bedeutung, hat eine Reihe von Aufgaben zu erfüllen. Und wir erwarten uns auch einen wirtschaftlichen Aufschwung und die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Gerade das Pendlerwesen wird man zwar nicht verhindern, aber zumindest lindern können. Und wenn man vom Pendler spricht, so muß man sagen, daß gerade heute die Sozialistische Partei alles unternimmt, um die Pendlerfrage nicht zu lösen. Denken wir, mein Kollege Loidl hat das zum Ausdruck gebracht, an General Motors. In unserem Raum war nie die Rede davon. Ich glaube, es wäre sicher möglich gewesen, in der Oststeiermark dieses Werk anzusiedeln, und es wären auch die erforderlichen Arbeitskräfte und Fachkräfte vorhanden gewesen. Man hat es unterlassen, hat es nie getan, hat nicht mit uns verhandelt und hat sich sofort auf den Wiener Raum festgelegt. Das sei hier ganz besonders zum Ausdruck gebracht.

Die Pendlerfrage ist natürlich auch eine Energiefrage und auch ein familienpolitisches Problem, meine sehr verehrten Damen und Herren! Sogar die Entsiedelung verschiedener Gebiete erfolgt dadurch, daß man den Pendlern nicht die geeigneten Arbeitsplätze an ihre Wohnstätten bringt beziehungsweise sie schafft. Die Verhältnisse, die sich zur Zeit im obersteirischen Raum anbahnen, meine sehr geehrten Damen und Herren, die gibt es bei uns schon längst. Unsere Pendler haben dies leider schon zur Kenntnis genommen, weil sie eben keine Unterstützung von Seiten der Bundesregierung finden. Tausende Familien wurden eigentlich schon damit zerstört. (Abg. Brandl: „Primitiver geht es nicht mehr!“) Bringen wir mit der Autobahn bei gutem Willen und Förderung von Seiten der Bun-

desregierung die Arbeitsplätze zu den Arbeitnehmern, bitte zu den Arbeitnehmern, und nicht die Arbeitnehmer zu den Arbeitsplätzen. (Beifall bei der ÖVP.) Meine sehr geehrten Damen und Herren, nicht mit Pendlerbeihilfen, dieses Angebot ist die Ohnmacht der sozialistischen Regierung, kann man dieses Problem lösen, sondern mit gutem Willen der Bundesregierung und aller Verantwortlichen, die bereit sind, Arbeitsplätze zu schaffen und die Schaffung zu finanzieren, um das Pendlerproblem zu lindern und nicht zu lösen, das muß ich sicher zum Ausdruck bringen. (Abg. Loidl: „Nicht erst seit 1970. Seit eh und je gibt es sie!“) Ich hoffe doch, daß man hier neue Wege beschreitet, und daß man auch den oststeirischen Raum besser mit Betrieben besiedeln wird und daß man das Pendlerproblem mit gutem Willen zu lösen versucht.

Nun bitte zur Südautobahn selbst. Vor wenigen Tagen konnte die Umfahrung von Gleisdorf eröffnet werden. Ein Bauabschnitt, der 227 Millionen Schilling gekostet hat. Die Autobahnumfahrung wird dazu beitragen, daß der Verkehr, der aus dem Raume Feldbach kommt, nicht mehr durch Gleisdorf fließen muß. Diese Umfahrung wird voraussichtlich im kommenden Jahr bis zur Fürstenfelder Bundesstraße verlängert werden und auch diesen Verkehr aufnehmen können. Auch in den übrigen Bauabschnitten der Südautobahn zwischen Hartberg und Gleisdorf gehen die Bauarbeiten zügig voran, so daß mit einer Verkehrsfreigabe nach 1983, hoffe ich, zu rechnen sein wird. (Abg. Brandl: „Ist eh alles gut. Er jammert aber wieder!“) Alle diese Aktivitäten werden im oststeirischen Raum sehr begrüßt, weil sie hoffen lassen, daß die Wechselbundesstraße doch in absehbarer Zeit vom Durchzugsverkehr befreit wird. (Abg. Dr. Strenitz: „Deswegen bauen wir sie ja!“) Und was die Stadt Hartberg selbst betrifft, so hat die Fertigstellung dieses Bauabschnittes natürlich einen Pferdefuß. Und das ist der Zubringer. Hier muß ein klares Wort über die Weiterführung der Südautobahn im burgenländischen Bereich zwischen Allhau und Friedberg gesprochen werden. Nur ein rascher und zeitgerechter Weiterbau kann die Verkehrsbelastung, die mit der Freigabe des Autobahnabschnittes Hartberg/Gleisdorf auf Hartberg zukommt, in tragbaren Grenzen halten. Unter rasch verstehe ich eine Verkehrswirksamkeit bis Friedberg ebenfalls bis 1983. Es wäre sicher nicht im Sinne einer Finanzierungsbeilegung der Steiermark gelegen, wenn die Solidaritätsaktion zum raschen Weiterbau der Südautobahn an der burgenländischen Grenze enden würde, und die Hartberger noch Jahre hindurch den gesamten Verkehr mit der Autobahn zur Wechselbundesstraße und umgekehrt in der Stadt zu tragen hätten. Es würde auch die Südautobahn unwirksam werden. Denn, wer einmal bis Hartberg fährt und dann nicht kreuzungsfrei in die Autobahn einfahren kann, der wird die alte Wechselstraße benutzen und sich nicht in die Gefahr begeben, die Südautobahn auf unmöglichem Wege zu erreichen. Ich möchte dies mit besonderer Deutlichkeit unterstreichen, denn wir würden uns sicherlich zu wehren wissen. Diese Adresse ist an den Bund

gerichtet. Hier bedarf es einer klaren Zeitangabe des Bautenministeriums, das den durchgehenden Ausbau zu koordinieren hat, zumal dieser von Herrn Bautenminister Sekanina erst bis Ende 1986 in Aussicht gestellt wurde. Ich möchte dazu in Erinnerung rufen, daß die Steiermark den raschen Ausbau der Südautobahn bereits 1975 mit einer Vielzahl von Finanzierungsmodellen betrieben hat, die ebenfalls auf eine rasche Fertigstellung ausgerichtet waren. Ich möchte noch einmal deutlich sagen, daß auf dem Zubringer im Raume Hartberg, für den ein bereits fertiges Detailprojekt vorliegt, nur dann verzichtet werden kann, wenn ein rascher Weiterbau der Südautobahn bis Friedberg erfolgt. Andernfalls müßten die Hartberger den zeitgerechten Ausbau dieses Zubringers, und wenn es sein muß, auch mit drastischen Maßnahmen, verlangen. Der Bau der Autobahn sollte aber eine weitere Verbesserung der Wechselbundesstraße — (Abg. Ing. Turek: „Mit Deiner Texasbrigade!“) jawohl, mit der Texasbrigade — vorwiegend im Abschnitt zwischen Hartberg und Gleisdorf nicht ausschließen. (Abg. Brandl: „Bürgermeister sitzen auf der Straße!“) Bitte? (Abg. Brandl: „Auch Bürgermeister sitzen auf der Straße!“) Das schaffen wir auf unsere Art. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ.) Es ist erfreulich, daß der Knoten Baumschulgasse Hartberg ausgebaut wurde und daß die Ortsdurchfahrten Kaindorf und Hirnsdorf baulich verbessert werden. Was diese Bundesstraße noch braucht, sind Kriechspuren, für die bereits seit Jahren baureife Detailprojekte vorliegen, und zwar Kriechspuren in den Bereichen Schildbach, Bankelwirt, Hirnsdorf und Pischelsdorf und im Abschnitt der Ortsdurchfahrt Kaindorf. Ein besonderes Problem stellt auch die Westeinfahrt von Schildbach dar. Ich möchte darauf hinweisen, daß diese Einfahrt im Zusammenhang mit der geplanten Betondeckensanierung in verkehrsmäßiger Hinsicht unbedingt verbessert werden muß. Wenn auch eine starke Verkehrsverlagerung auf die Autobahn eintreten wird, so bleibt immer noch der gesamte Regionalverkehr und auch der Arbeitspendlerverkehr auf der Wechselbundesstraße. Dringend notwendig ist auch der weitere Ausbau der Arbeiterbundesstraße im Abschnitt Rothleiten—St. Johann, und der Ausbau der Steinamanger-Bundesstraße im Abschnitt Haideggendorf—Sinnersdorf. In diesem Abschnitt ist die Haideggbrücke im Bahnhofsbereich bereits im Bau, und ich hoffe, daß in Kürze auch die weiteren Brückenobjekte und der Erdbau ausgeschrieben werden, damit dieser Straßenabschnitt endlich mit dem seit Jahren ausgebauten Teilstück auf der burgenländischen Seite zusammengeschlossen werden kann.

Was die Landesstraßen betrifft, so konnte im heurigen Jahr der Ausbau des Abschnittes Pöllau—Winzendorf nahezu fertiggestellt werden. Hier haben wir eigentlich ganz erfreuliche Meldungen zu verzeichnen. Auch im Abschnitt Großhartmannsdorf—Neustift sind die Brückenbauten voll im Gange, und ich hoffe, daß im kommenden Jahr 1981 mit den Erd- und Oberbauarbeiten begonnen werden wird. Diese beiden Bauabschnitte werden zusammen rund 80 Millionen Schilling kosten. Erfreulicherweise wurden auch im heurigen Jahr wie-

der zahlreiche Regenerierungen an Landesstraßen im Bezirk Hartberg durchgeführt. Zu erwähnen sind die Maßenbergstraße, die Eichbergstraße, Elsenauerstraße und die Ortsdurchfahrten Waldbach-Sankt Johann bei Herberstein und Strallegg. Für diese Regenerierungen müssen insgesamt 30 Millionen Schilling aufgewendet werden. Dringende Anliegen für die Zukunft sind der Ausbau der Pernerleiten auf der Limbachstraße, der weitere Ausbau der Hartberger Straße im Abschnitt Bierbaum—Fürstenfeld, der Ausbau der Vorauer Straße im Abschnitt Rohrbach und die Dinnersdorfer Straße im Abschnitt Winzendorf—Kaindorf. Vor allem aber bitte die Fertigstellung der Südautobahn.

Das Land Steiermark hat Wort gehalten und hat sich wirklich bemüht. Wir erwarten diese Aufgeschlossenheit auch von seiten des Bundesministeriums und des Bautenministers. Ich danke dem Herrn Landeshauptmann mit seinen Mitarbeitern im Büro und in der Landesbaudirektion. Ich bin fest davon überzeugt, daß gerade diese Bautätigkeit, die vorwiegend ist, besonders zur Erhaltung der Arbeitsplätze beiträgt und viele neue Arbeitsplätze schafft und sichert. Ich danke für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Zum Worte gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Neugebauer. Ich erteile es ihm.

Abg. Neugebauer: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich tue mir eigentlich bei meiner ersten Rede verhältnismäßig schwer, denn der Kollege Loidl hat sehr vieles vorweggenommen, was ich eigentlich auch sagen wollte. Es ist dem obersteirischen Industrieraum durch die Nachricht gestern in Kapfenberg, die S 6 und die S 36 kurzfristig auszubauen, echt ein gewisser Optimismus zugeflossen, den man einfach nicht bestreiten kann. Es ist nur zu hoffen, daß die neuen Bauvorhaben, die verhältnismäßig schnell über die Runden gekommen sind, auch menschenfreundliche Objekte sein mögen. Ich denke hier als Brucker an die „Stelzenstraße“, die sich quer durch unsere schöne Stadt zieht. Sie ist, als wir sie im Gemeinderat diskutiert haben, eindeutig abgelehnt worden. Nach den damaligen gesetzlichen Möglichkeiten gab es keinen Einspruch. Mittlerweile hat sich das ja geändert. Die Umweltfreunde und Umweltschützer können hier gewiß ordnend eingreifen, was wir Freiheitliche eigentlich immer sehr unterstützt haben. Hat es doch gerade im Straßenbau die erste große Bürgerinitiative gegeben mit politischen Konsequenzen für die Stadt Graz, fast bis in den Bund hinein. Sie wissen, glaube ich, was ich meine, wir sind sehr zufrieden damit. (Abg. Dr. Strenitz: „Im Bund nur vorübergehend!“) Ich hoffe zuversichtlich, meine Damen und Herren, daß durch den Straßenbau auch die österreichische Spitzenposition an Toten und Verletzten zurückgeht. Ist doch Österreich mit Griechenland, möchte ich fast sagen, ex aequo an erster Stelle im OECD-Raum bei tausend PKWs mit 27 Verletzten und bei den Toten, wieder bezogen auf tausend PKW, verzeihen Sie mir die statistische Zahl, bei 0,87 an zweiter Stelle. Der Straßenbau hat eine humane

und soziale Bedeutung. Deutlicher wird diese ungeheure Zahl, wenn man die Unfälle in einem Zeitraum von zehn Jahren betrachtet. Es gibt dann im gesamten OECD-Raum in zehn Jahren 1,1 Millionen Verkehrstote und 52 Millionen Verletzte. Eine gigantische Zahl. Nirgendwo hat der Mensch es verstanden, eine Maschine zu bauen, ich sage absichtlich Maschine, wo die Straße zum Fließband wird. Das Auto, vom griechischen Wort „selbst“, schön wäre es, wenn es selbst führe, wird oft zum Unglück vieler Menschen. Und das faszinierende an der Straße ist es ja auch, daß sie Ausgangspunkt und Endpunkt zugleich ist. Ich als Gewerbetreibender habe mich von klein auf für das Straßennetz und auch für die ganze Verkehrswirtschaft sehr interessiert. Deswegen heute die Wortmeldung. Wenn wir 3,9 Milliarden Schilling an Bundes- und Landesmitteln kurzfristig in den Straßenbau hineinfließen lassen, so entsteht ein gewisser Optimismus, den wir im obersteirischen Industrieraum wirklich notwendig brauchen. Mit dem Straßenbau wird auch die Wirtschaft belebt, die Gasthäuser und so weiter, es entstehen wieder neue Impulse, die man nicht so ohne weiteres vom Tisch wischen kann. Ich glaube, es ist auch völlig egal, wer gute Taten setzt, wichtig ist, daß sie geschehen. (Beifall bei der FPÖ und ÖVP.) Genauso wäre zu hoffen, daß die E 6 und die E 36 durch das Mürztal und Murtal ein neuer Anfang für die Obersteiermark werden, dazu wünsche ich ihr aus vollem Herzen Glück auf! (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Der Herr Abgeordnete Kanduth hat sich zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg. Kanduth: Herr Präsident! Hohes Haus!

Bevor ich zur 6. Gruppe etwas sage, darf ich mir als Ennstaler Abgeordneter und im besonderen als Admonter erlauben, dem Herrn Landesrat Jungwirth ein herzliches Dankeschön zu sagen, daß die Landesausstellung „Musik in der Steiermark“ in Admont durchgeführt wurde. 75.000 Menschen sind nach Admont gekommen, um diese Ausstellung zu besichtigen. 10.000 Menschen haben sich die Konzerte, die in einer Vielzahl angeboten wurden, angehört. Es ist damit auch die Kultur in der Frage Musik näher an unsere Leute herangetragen worden. Ich danke dir sehr herzlich dafür und möchte dazusagen, man darf dabei auch nicht den wirtschaftlichen Aspekt, der damit zweifellos verbunden war, übersehen.

Und nun, meine Damen und Herren, aber doch zur Straße, zur Pyhrnautobahn. Seit Jahrzehnten in ganz Europa eine gefürchtete Straßenverbindung von Nord nach Süd. Ich möchte aber auch in aller Deutlichkeit sagen, daß Fortschritte im Ausbau dieser Pyhrnautobahn nicht zu übersehen sind. Vor allem der Gleinalmtunnel, die Fertigstellung bis Traboch, bringt uns Obersteirern nicht nur eine wesentliche Zeitverkürzung, wenn man in die Landeshauptstadt muß, sondern was ich noch viel höher einschätze ist, daß es ein großes Stück weniger Gefahren auf dieser Straße gibt. Und wenn man bei jeder Gelegenheit — und beim Budget ist eine solche Gelegenheit — trotzdem für einen schnelleren

Ausbau dieser Straße plädiert, dann hängt es nur damit zusammen und vor allem damit zusammen, daß die Unfallsziffern in den letzten Jahren erschreckend ansteigen. Wenn wir im Jahre 1979 noch 1364 Unfälle mit 19 Toten gezählt haben auf der Strecke Trautenfels—Liezen, Liezen bis zum Schoberpaß — das sind rund 50 Kilometer —, so waren das im Jahre 1980 bereits 1388 Unfälle mit 28 Toten, wobei besonders die Sommermonate die höchsten Unfallsziffern aufweisen. In der Zeit von Juni bis Mitte August sind in diesem Jahre allein auf dieser Strecke 381 Unfälle mit 14 Toten gezählt worden. Vor allem ist hier der Bereich Liezen—Tregelwang gefürchtet und gefährdet. Nachdem es bis zur Fertigstellung dieser Teilstraße noch Jahre dauert, möchte ich vor allem deshalb darauf aufmerksam machen, daß die Einbindung der Pyhrnautobahn in die Bundesstraße bei Au — also östlich von Trieben — zu großen Problemen führen wird. Ein Überqueren der heutigen Bundesstraße für die Landwirte mit Wirtschaftsgütern oder gar Viehbetrieben ist fast nicht mehr denkbar; obwohl es in diesem Bereich noch zu kurzzeitigen Verkehrsstörungen kommt, weil im Ort Trieben selbst noch eine Ampelregelung vorhanden ist. Wenn diese Umfahrung Trieben aber fertiggestellt ist, fällt auch diese kurzzeitige Verkehrsstörung weg. Ich möchte heute schon sagen, daß dieses zu größeren Gefahren führen wird. Auch deshalb, weil die notwendigen Unterführungen heute schon bei der Bundesstraße fehlen. Es ist sicherlich zu prüfen und ernstlich zu prüfen, ob die Autobahn nicht bis Tregelwang fortgesetzt und dort erst in die Bundesstraße eingebunden werden soll. Es wäre auch für die Pendler von Gaishorn und Tregelwang ein großer Vorteil, denn sie könnten dann ihre Arbeitsplätze ohne Auffahrt beziehungsweise Kreuzung der Autobahn erreichen. Wie gefährlich dieses kurze Stück Tregelwang—Trieben ist, zeigt auch die Unfallsziffer, sind doch in den letzten Jahren fünf Pendler bei Unfällen ums Leben gekommen. Es ist aber auch bei dieser Frage die Kostenfrage zu sehen. Die Einbindung bei Au kostet — so wird jetzt und heute gesagt — zwischen 50 und 70 Millionen Schilling. Und das alles letztlich nur für einige Jahre. Ich glaube doch, daß man sich hier etwas überlegen sollte. Ich möchte aber auch ganz kurz zur Ennstal-Schnellstraße noch einiges sagen. Die Strecke Trautenfels—Liezen, wo die Schnellstraße geplant ist, in diesem Teilbereich, der 13 Kilometer umfaßt, sind im Jahre 1979 302 Unfälle gezählt worden mit sieben Toten. Und im Jahr 1980, bis zum 1. Dezember dieses Jahres, 371 Unfälle mit fünf Toten. Ich glaube, daß man aus diesen Zahlen auch die Dringlichkeit des Ausbaues dieser Schnellstraße in diesem Teilbereich sehen muß. Sicherlich ist hier auf die Wünsche der Wirtschaft, auf die Landwirtschaft, Rücksicht zu nehmen. Und neben dem Bau einer Schnellstraße sind zweifellos parallel dazu die Wirtschaftswege und auch die notwendigen Unterführungen zu machen. Für die Landesstraßen darf ich für unseren Bereich feststellen, daß die seinerzeit gemachten Zusagen voll eingehalten wurden, und ich darf dir, Herr Landeshauptmann, dafür ein herzliches Dankeschön sagen. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Als nächster Redner hat sich der Herr Abgeordnete Hammer gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Hammer: Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Der Herr Kollege Heidinger war so freundlich, das Stichwort zu liefern. Vor einem Jahr haben wir eine heftige Auseinandersetzung gehabt, der Herr Landeshauptmann und ich, wegen der Prähichlsüdrampe. Er ist in seiner bewährten rhetorischen Dampfwalzenart über mich darüber gefahren, aber ich muß sagen, dieser Konflikt hat uns beiden nicht geschadet. Die Prähichlsüdrampe wird zügig weitergebaut. Ich lebe auch noch, also war diese Auseinandersetzung ein Erfolg. (Allgemeiner Beifall.)

Meine Damen und Herren! Aber trotzdem liegt mir die Verkehrsaufschließung unseres Raumes sehr am Herzen, und ich wünsche mir, daß in Zukunft auch der Anschluß nach Oberösterreich entsprechend fortgesetzt wird, denn wenn der Rhein-Main-Donaukanal zum Tragen kommt, wird es notwendig sein, daß die Steiermark mit ihren Verkehrsverbindungen darauf gerüstet ist, denn er wird wesentlich auf die wirtschaftliche Situation in unserem Lande Einfluß nehmen. Im Raum des unteren Ennstales — und da bin ich sicherlich im Einvernehmen mit meinem Kollegen Kanduth und dem Kollegen Schwab — ist es notwendig, die Verkehrsverbindungen Richtung Oberösterreich auszubauen, weil wir hier den Anschluß an das oberösterreichische Industriegebiet brauchen, und Sie kennen die Situation dort, wie schwierig es ist, hier Betriebe hinzubringen. Ein Betrieb, die Papierfabrik in Weißenbach, wurde jetzt leider Gottes endgültig geschlossen. Und wenn wir nicht Betriebe hinbringen können, dann müssen wir doch diesen Leuten die entsprechenden Verkehrsvoraussetzungen schaffen, damit sie zumindest auspendeln und noch in diesem Gebiet wohnen bleiben können. Das möchte ich zum Kapitel Straßen sagen in Anbetracht der fortgeschrittenen Stunde.

Meine Damen und Herren, in dieses Kapitel gehört aber auch noch der Wasserbau. Lassen Sie mich dazu noch einige Worte sagen, denn Wasser — glaube ich — wird in unserer Zukunft ein immer wichtigerer Faktor im gemeinsamen Zusammenleben. Und Wasser ist nicht mehr die Sache eines einzelnen, sondern sie geht alle und vor allem die Allgemeinheit an. Hier werden sehr viele und großartige Leistungen erbracht in der Erschließung dieser Wasserreserven und in der Zuführung dieser Wasserreserven.

Einige zentrale Wasserverbände wurden bereits installiert, und ich glaube, es ist notwendig, daß man sich Gedanken macht, wie wir zu einem zentralen Wasserverband für die gesamte Steiermark kommen können, einen zentralen Wasserverband, in dem aber diese kleinen, regionalen Wasserverbände bestehen bleiben, damit nicht eine anonyme Großgesellschaft des Landes hier entsteht und diese Dinge für die Gemeinden überschaubar bleiben. Ich könnte mir vorstellen, wenn man auch heute

noch nicht die Aktualität dieses Problems der Trinkwasserversorgung überall erkannt hat, aber bei einem größeren Tankwagenunfall könnte es doch sein, daß Grundwasservorkommen sehr wesentlich beeinflußt werden und nicht mehr genießbar sind. Ich glaube, dann wird es nicht möglich sein, einfach mit Tankwagen Wasserzufuhr zu organisieren und damit die Trinkwasserversorgung der Bevölkerung zu sichern, sondern hier wird es notwendig sein, auf Grund von Umschaltmöglichkeiten diese Leitungen wieder instandzubringen, damit eine ausreichende Versorgung mit gutem Trinkwasser möglich ist. Pionierarbeit leistet hier sicherlich der Wasserverband Hochschwab-Süd, der ja gegenüber dem Wiener Raum eine sehr wichtige und wesentliche Abgrenzung geschaffen hat, denn ansonsten wäre der Einfluß der Wiener Wasserwerke in unseren steirischen Raum doch sehr bedenklich geworden und hätte unsere Möglichkeiten sehr wesentlich eingeschränkt. Ich hoffe nur, daß es zu einer weiteren Wasserverbandsgründung Hochschwab-West kommen möge, wo man die anderen Gemeinden im unteren Ennstal zusammenfassen sollte, um hier einen neuen Verband zu schaffen, damit man sich die dort liegenden Wasserreserven sichern kann. Das wäre mein Beitrag zu diesem Kapitel. Ich bitte Sie um Verständnis und danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Der Herr Abgeordnete Pinegger hat sich zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg. Pinegger (Abg. Sponer: „Jetzt bist du schon entladen!“): Meine Damen und Herren, Hohes Haus!

Ich habe mich bereits gezähmt. Es ist auch keine Ursache. Ich darf vielleicht gerade diese Straßenbauproblematik einleiten mit einem Dank, der, hört und staunt, jetzt auch an den Bund gerichtet ist. (Abg. Sponer: „Bravo!“ — Abg. Dr. Strenitz: „Pinegger nimmt, Pinegger gibt!“) Herr Landeshauptmann hat diese gute Beziehung zu Bauenminister Moser anno dazumal hergestellt und hat auch jetzt diese Beziehungen zu Bauenminister Sekanina angeknüpft. Der Ausbau der Südautobahn, geschätzte Damen und Herren, ist für den Wirtschaftsraum der Weststeiermark von eminent wichtiger Bedeutung. Jeder, der diesen Raum kennt, mit all den Sorgen, wird mir beipflichten, und es ist durch den Kollegen Hammer angeklungen, daß durch diese Wasserstraße Rhein-Main-Donaukanal wir bedroht werden, daß potente Betriebe auf Grund eines noch nicht vollends erschlossenen Raumes absiedeln. Wir haben ja genügend Beispiele der Ansiedlungen dort, die ein Absiedeln unter Umständen weiter für uns herantreten werden. Erst jüngst wurde unter Beisein von Bauenminister Sekanina und Landeshauptmann Josef Krainer in seiner Eigenschaft als Straßenreferent an der steirisch-kärntnerischen Grenze der Kalchbergtunnel durchgeschlagen und somit praktisch die Verbindung in das Lavanttal hinein geschaffen. Es besteht also berechtigte Hoffnung, daß noch bis zum Jahre 1982 (Abg. Sponer: „Wieso so spät!“) die 40 km von Mooskirchen in das Lavanttal verkehrswirksam werden und die Hoffnung der Entlastung der B 70, Packer Bundes-

straße, dadurch eintritt. Was natürlich die Fragen des Anschlusses des weststeirischen Zentralraumes zur Autobahn in Form eines direkten Zubringers oder über eine leistungsfähig ausgebaute B 70 in Richtung Auffahrt Mooskirchen anlangt, sind in jüngster Zeit Trassenstudien durchgeführt worden, was den zentralen Zubringer anlangt, ich möchte das bemerken, auf die Ballungszentren Voitsberg — Köflach — Bärnbach. Und diese Trassenstudien und Kostenrechnungen werden durchgeführt (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Das tut uns eh selber weh!“) und bilden sicher die Grundlage für ein im Anschluß zum Tragen kommendes Konzept. Besondere Priorität neben dieser Erarbeitung eines Projektes, eines direkten Zubringers zur Autobahn, ist der forcierte Ausbau der B 70 von Mooskirchen nach Köflach. Hier wurde bereits im Teilabschnitt Kremserberge begonnen. Ich habe mich gerade über den Ausbau dieses Teilabschnittes sehr gefreut. Und gefreut habe ich mich als Bürgermeister, denn gerade durch diesen Ausbau wurde eine kleine Gemeinde, Stallhofen, bekannt, weil sie über Umleitungstafeln angekündigt wurde. Ich habe anlässlich einer bescheidenen Gleichfeier den Ingenieur gebeten, Sorge zu tragen, daß die Tafeln vielleicht auch später da bestehen bleiben. Es war nur ein Spaß. (Allgemeine Heiterkeit.) Meine Damen und Herren, es kam jüngst zu einem Einvernehmen, und das ist auch wieder sehr hoffnungsvoll. Das ist Landesplanung, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, und zwar im Einvernehmen mit der Stadtgemeinde Voitsberg, war nicht immer einfach, der GKB und dem Pumpenwerk Bauer und auch der ODK, wurde die Umfahrung Voitsberg, die eine Notwendigkeit darstellt, abgesprochen. Ich beglückwünsche sicher auch den Bürgermeister der Stadt Voitsberg mit seinem gesamten Gemeinderatsteam, daß sie anno dazumal sagten, die Stadtdurchfahrt, diese herrlich verbreiterte, sei die Generallösung. Wenn ein Bürgermeister so schlau ist, verdient er echt die Bewunderung. Ich grüße den Bürgermeister von Voitsberg. (Abg. Dr. Strenitz: „Wir werden es ihm ausrichten!“) Das war keine Generallösung. (Abg. Dr. Strenitz: „Er wollte einen schönen Hauptplatz haben!“) Jetzt zeichnet sich diese Generallösung in der Form ab, daß wir Voitsberg, nachdem die Verschönerung geschehen ist, echt umfahren. Aber ich pflichte dem bei, ich freue mich über diese wunderschöne Bergstadt Voitsberg. Diese Trassenführung wurde einvernehmlich so abgesprochen, daß, ohne diese dort wirklich für uns bedeutenden Betriebe in ihren Arbeitsmöglichkeiten einzuschränken, eine gedeckte Unterführung, also eine Tieflage, hier vorgesehen ist. Das Projekt ist bereits dem Bauenministerium zur Genehmigung vorgelegt. In Entsprechung des § 4 des Bundesstraßengesetzes tritt, so hoffen wir, 1981 das Begutachtungsverfahren in Kraft, das heißt es wird so (Abg. Ing. Turek: „Eingeleitet!“) Ich danke.

Es muß also hier, meine Damen und Herren, zusätzlich auch noch gefordert werden, daß von der Autobahnabfahrt im Raum Mooskirchen, wo wir uns dann in Richtung Kremserberge bewegen, das ist Krottendorf-Gaisfeld, dieser Ausbau forciert wird, nicht umfahren, alles können wir nicht um-

fahren. Die Verbindung vom obersteirischen Raum in unseren weststeirischen Raum hat leider Gottes durch ein Tauschgeschäft Bund — Land, Sobothstraße — Gaberlstraße, für uns, was den Ausbau anlangt, sehr lange gedauert. Aber wie die Weststeirer ja gutmütig sind, haben wir nicht demonstriert (Abg. Loidl: „Geduldig!“), sondern wir haben uns jetzt gefreut, daß ein Teilabschnitt, zumindest Salla—Puffing, ausbaumäßig in Angriff genommen wurde. Parallel wird es auch notwendig sein, daß dort in diesem Köflacher Industrieraum, der in Richtung Gaberl hin sich ausdehnt, auch die Umfahrung Krennhof bewerkstelligt wird. Es ist dies keine Umfahrung eines Ortes, sondern es ist eine Umfahrung, wenn ich es darlegen will, von Industriebetrieben, und ich darf sie kurz nennen, die Formenfabrik Sensenwerk, das Kalk- und Schotterwerk, das ja sicher eine bedeutende Rolle spielen wird dann in Zukunft zur Kalkgewinnung für die Entschwefelung, daß dort also diese Industrieanlagen, diese Werksanlagen geschont bleiben.

Es ist auch weiter zu hoffen und es wird dieser Wunsch deponiert, daß auch die Umfahrung Köflach, so weit sie die B 70 betrifft, ist sie ja bewerkstelligt, aber als Anschlußstück in weiterer Folge dann zur ausgebauten Gaberlstraße fertiggestellt wird.

Im Umland des weststeirischen Zentralraumes müssen auch zahlreiche Landesstraßen leistungsfähiger ausgebaut werden. Die L 315, ich darf sie als erste nennen, weil sie sich durch meine Gemeinde bewegt, die Stübinggrabenstraße ist im Abschnitt Södingberg—Geistthal so weit baulich — sagen wir — vollendet, daß die Brücken stehen und geschätzter Herr Landeshauptmann, namens des Bürgermeisters am Fuße der Gleinalm, auch eines sozialistischen Bürgermeisters von Södingberg, wir sind uns da ja einig, darf ich sehr bitten, Herr Landeshauptmann, daß das Erdbaubüro in Richtung Geistthal nicht nur nach Möglichkeit — ich bitte sehr herzlich, darum — 1981 zur Ausschreibung kommt. Die L 343, Hirscheegger Straße, wo bereits mit den Bachverlegungen begonnen wurde, ist ebenso vorzudringlich. Hier sind Fremdenverkehrsbestrebungen in diesem Raum. Wir können uns dort glücklich schätzen, wir können dort schon von zwei Saisons sprechen, Sommer und Winter. Wenn diese Ader dort in diese Liftregion gebaut wird, dann ist auch dort die Möglichkeit gegeben. Die L 341, Kainacher Straße, da ist der Abschnitt Afling—Kainach, ich bitte 1981 nach Möglichkeit in Angriff zu nehmen. Auch dort haben wir Schotterwerke, Marmorbrüche, die ständig der Belastung ausgesetzt sind, daß sie im Winter — oder besser gesagt — in der Tauwetterperiode Gewichtsbeschränkungen zur Kenntnis nehmen müssen und so quasi zur Arbeitsniederlegung schreiten müssen. Nicht zu übersehen, meine Damen und Herren — oder besser gesagt —, bitte ich die zuständigen Stellen des Landes, ist auch der wichtige Landesstraßenzubringer aus dem Raume Ligist zum Autobahnanschluß am Steinberg.

Lassen Sie mich abschließend sagen, wenn das vom Bund erfüllt (Abg. Loidl: „Alles!“) wird und wenn unter Umständen auch das Land hier mitträgt,

dann wird eines nicht wahr werden für unseren Betrieb, und ich zitiere. Aber ich darf Euch noch einiges sagen, der darf auf Grund dessen, was ich jetzt sage, nicht mehr so schnell nach Voitsberg kommen, ich zitiere Nußbaumer, der hat im „Profil“ geschrieben. (Abg. Zdarsky: „Nußbaumer?“) Ja, Nußbaumer, Staatssekretär Nußbaumer, liebe Frau Präsident!

Er hat geschrieben, daß der Industrieraum Voitsberg sich aus seiner Sicht zu einem Industriefriedhof entwickelt. Wir glauben nicht daran, sondern wir hoffen, daß im Zusammenwirken der Kräfte, sprich Bund, Land und auch im Zusammenwirken der Gemeinden, die in diesem Raum Verantwortung tragen, diese Situation zugunsten der weststeirischen Bevölkerung im Bergbaubezirk und im Industriebezirk Voitsberg geklärt werden kann. Danke! (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Feldgrill: Zum Worte gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Ing. Stoisser. Ich erteile es ihm.

Abg. Ing. Stoisser: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Abgeordneter Hammer hat es schon gesagt, zur Infrastruktur gehören nicht nur die Straßen, die ja im Blickfeld stehen, denn heute möchten alle Autofahrer gerne auf ordentlichen Straßen fahren. Das Wasser aber ist eigentlich schon eine Selbstverständlichkeit. Man dreht den Hahn auf, das Wasser ist da. Man geht auf ein stilles Örtchen, schon ist alles weg. Und die Überflüsse der Wohlstandsgesellschaft werden in einen Kübel verpackt und Heinzelmännchen bringen sie weg. Das ist alles Selbstverständlichkeit. Man merkt erst etwas, wenn es nicht funktioniert. Daß aber hier sehr viel geschieht, möchte ich Ihnen nun an Hand der Tätigkeit im Bundesland Steiermark aufzeigen. Für die Planung der Wasserversorgung haben wir ein Referat für wasserwirtschaftliche Rahmenplanung unter Hofrat Dr. Bernhard. Und hier wird sehr wertvolle Arbeit geleistet. Nach zwölfjähriger Arbeit wurde die Hochschwabuntersuchung abgeschlossen, mit dem Schwerpunkt, daß für die gesamte Steiermark der Wasserbezug gesichert werden kann und daß Gebiete, die wenig Wasser haben — zum Beispiel die südöstliche Steiermark — von dort und auch von den übrigen Quellgebieten in der Steiermark das Wasser dauernd beziehen könnten oder zumindest den Spitzenbedarf von dort bekommen könnten. Man ist dabei, eine Wasserversorgungs-GesmbH Hochschwab zu gründen, und das Ziel ist ein Verbundnetz, zu dem das Grazer Wasserwerk, der Wasserverband Grazer Umland, die Leibnitzerfeld-WasserGesmbH, die Grenzland-Südost und der Versorgungsring Südweststeiermark kommen sollen. Im Jahre 1981 werden die Untersuchungen in den Eisenerzer Alpen und im Toten Gebirge und im Oberen Murtal weiter fortgesetzt. Für diese großartige Arbeit sind 4,1 Millionen Schilling in der Post 0022 vorgesehen, und der Referent hofft, daß er damit das Auslangen findet. Bisher haben die Arbeiten für den Hochschwab allein 11 Millionen Schilling gekostet. Nun, was ist auf Grund dieser

Untersuchungen schon geschehen? In den Jahren 1970 bis 1980 wurden 150 Einzelversorgungen, 245 Wasserversorgungsanlagen, 256 Abwasseranlagen, Kanalisation und Kläranlagen, sechs regionale Abfallbeseitigungsanlagen im Gesamtbetrag von 5,4 Milliarden Schilling errichtet. Das Land allein hat dazu verlorene Baukostenanteile in der Höhe von 1,35 Milliarden Schilling beigetragen. In diesem Jahr sollen noch weitere 87 zentrale und kommunale vollbiologische Kläranlagen und weitere Kanalabschnitte für 850 Einwohnergleichwerte fertig werden. Davon sind allein 54 an der Mur und weitere 38 Abwasserverbände arbeiten an verschiedenen Abschnitten und dazu noch 23 Wasserverbände. Der Wasserwirtschaftsfonds genehmigt und fördert sehr viel, so daß der Anteil des Landes heuer schon um 140 Millionen Schilling im Rückstand ist. Das Land Steiermark kommt also mit der Zuteilung des Wasserwirtschaftsfonds nicht mit. Und das ist eine sehr unangenehme Angelegenheit, denn die Wasser- und Abwasserverbände und Gesellschaften m. b. H. werden vom Wasserwirtschaftsfonds dazu verhalten, entsprechende Termine einzuhalten. Und wenn Anteile davon, die Eigenmittel oder der Anteil des Landes fehlen, ist das schwer möglich. Nicht verbrauchte Fondsmittel können nicht anderweitig verwendet werden, sondern sie verfallen und kommen dann nicht mehr in die Steiermark. Noch ärger wird es bis zum Ende des Jahres 1981, denn bis dorthin würde der Landesanteil nach dem jetzigen Schlüssel — etwa 30 Prozent Landesanteil nicht rückzahlbar, 50 bis 60 Prozent Wasserwirtschaftsfonds und 10 bis 20 Prozent Eigenanteil — 300 Millionen Schilling betragen, 90 Millionen Schilling sind aber nur im Voranschlag. Man muß aber dazusagen, daß das Land beim jetzigen Finanzausgleich und bei der jetzigen Budgetsituation nicht in der Lage ist, diese 210 Millionen Schilling mehr aufzubringen. Hier müßte die Forderung sein, daß der Wasserwirtschaftsfonds seine Darlehenshöhe von 50 Prozent, wie er sie jetzt meistens gibt, erhöht. Bitte, zur Erklärung, der Wasserwirtschaftsfonds wird von den Ländern und aus Teilen der Mehrwertsteuer gespeist. Hier sind also Anteile des Bundes, des Landes und auch der Gemeinden. Es ist also recht und billig, wenn ein Land nicht mehr in der Lage ist, seinen verlorenen Baukostenzuschuß zu leisten, daß der Wasserwirtschaftsfonds seine Darlehensanteile entsprechend erhöht. Sonst können wir den so notwendigen Wasserbau in Zukunft nicht weiter fortsetzen.

Die Bauvorhaben für 1981 wären an Wasserversorgungsanlagen 62 mit insgesamt rund 1,2 Milliarden Schilling, Abwasseranlagen sind weiterhin noch 110 Abschnitte in Arbeit, die 2,9 Milliarden Schilling Baukosten ausmachen, das heißt diese werden im nächsten Jahr begonnen, die sollen nicht fertiggestellt werden, aber es werden durchschnittlich 600 bis 700 Millionen Schilling im Jahr verbaut.

Auch für die Müllentsorgung sind weitere 115 Millionen Schilling vorgesehen, so daß das, was nächstes Jahr begonnen wird, etwa 4,2 Milliarden Schilling ausmacht. Zum Müll wäre zu sagen, daß die regionale Müllentsorgung bestens im Anlaufen ist, daß fünf geordnete Deponien in Betrieb sind, und

zwar in Halbenrain, in Dürnberg, in Untertiefenbach, in Judenburg und Hartmannsdorf. Drei geordnete Deponien sind geplant, und zwar für Deutschlandsberg, Spielberg und Leoben. Zwei Müllklärschlammkompostieranlagen sind bereits in Betrieb, und zwar in Allerheiligen für den Mürzverband und in Aich für die Expositur Gröbming, und zwei weitere sollen 1981 fertiggestellt werden, und zwar Frojach-Katsch und Liezen. Zum Wasser gehören aber auch noch die Flüsse und dazu der Schutzwasserbau. Auch hier wurden gewaltige Mittel in den letzten Jahren verbaut. Es entstehen durch die Anrainer Wasserverbände, die in mehrjährigen Ausbauten versuchen, in ihren Gebieten die Flüsse zu bändigen und möglichst Hochwässer zu vermeiden. Die Fachabteilung III a oder Zivilingenieure machen die Planung, und die weitere Betreuung geschieht auch durch diese Abteilung. Es sollen weiterhin die Talböden genutzt werden können und somit hochwasserfrei gehalten werden. In der Mittel-, Ost- und Weststeiermark sowie im Ennstal gilt dieser Schutz landwirtschaftlichen Gebieten, während in der übrigen Obersteiermark auch Siedlungen und Industriegebiete geschützt werden müssen und sollen. Es sollen in Zukunft auch Gefahrenpläne erstellt werden, und die Gemeinden sollten auf Grund dieser Hochwassergefahrenpläne bei der Erstellung ihrer Flächenwidmungspläne achten, daß in Zukunft nicht weiterhin in hochwassergefährdeten Gebieten Hochbauten entstehen und die Besiedlung und Verkehrswege in diese gefährlichen Talböden kommen. Im Zehnjahresbauprogramm wurden besonders gefährdete Gebiete geschützt an den Bundesflüssen Enns, Kainach, Mur und Raab, und an Interessentenbächen wurde in den letzten acht Jahren beinahe eine Milliarde Schilling verbaut. Trotzdem hat es aber heuer wieder Katastrophenhochwasser gegeben, besonders zur Zeit des 8. und 13. Oktober, und zwar Hochwässer in der West- und Oststeiermark. Es wurden hier Straßen für Stunden überflutet, Häuser und Bewohner wurden evakuiert, Schäden an Kulturen, Gebäuden und Straßen sind entstanden und die Zerstörung von Gewässerläufen. Man könnte eigentlich sagen, wofür das viele Geld. Es ist aber so, und das kann ich aus eigener Erfahrung aus dem Leibnitzer Gebiet sagen, daß diese Hochwasserschutzbauten sehr wohl ihre segensreichen Wirkungen gezeigt haben. Es hat sich nur eines gezeigt, daß sich aus den Anfängen des Schutzwasserbaues, wobei nach sehr theoretischen Werten die Flußprofile entworfen wurden, daß diese nicht entsprechen. Seit etlichen Jahren hat man ein neues Verfahren auch auf Grund der Beobachtung der letzten Hochwässer entwickelt. Wo diese neuen Verfahren berücksichtigt wurden, hat es eigentlich wenig oder gar keine Schäden gegeben. Es müßten auf Grund der letzten Hochwässer 16 Millionen Schilling für Verklausungen, Uferereinbrüche verwendet werden, und für vorbeugende Maßnahmen weitere 334 Millionen Schilling, wobei wieder das Land 96 Millionen Schilling dazuzahlen muß. Auf Grund der letzten Hochwässer hat sich gezeigt, daß diese 334 Millionen Schilling notwendig wären. In den letzten fünf Jahren wurden insgesamt über 800 Millionen Schilling verbaut, wobei das Land 249 Millionen Schilling, die Inter-

essenten 153 Millionen Schilling bezahlt haben, den Rest von 479 Millionen Schilling zahlte der Bund. Es wurden dabei 750 Hektar Land geschützt. Für die Zukunft wäre die Fortsetzung der Baumaßnahmen an allen Gewässern notwendig. Ich wiederhole es noch einmal, diese Gefahrenzonenpläne und die Errichtung von Rückhaltebecken und die Erhaltung der ausgebauten Flußverbauten wäre notwendig. Für 1981 wären für diese weiteren Baumaßnahmen 200 Millionen Schilling erforderlich, wobei das Land wiederum 55 Millionen Schilling dazuzahlen soll. Als Bürgermeister, Mandatar und Obmann eines Abwasserverbandes und Eigentümervertreter in einer Wasser-Ges. m. b. H. ist es mir aber auch ein Bedürfnis, wenn ich zu diesem Kapitel spreche, mich bei allen Herren zu bedanken, die hier den Mandataren in der Gemeinde und den einzelnen Bewohnern bei der Bewältigung dieser Probleme behilflich sind. In erster Linie dem Referenten Landeshauptmann Krainer, dann bei der Wasserversorgung und Abwasserversorgung Hofrat Gangl, beim Schutzwasserbau Hofrat Haas und bei der Planung Hofrat Dr. Bernhart mit ihren Mitarbeitern. Gemeinsam, glaube ich, werden wir in den Gemeinden mit den gewissenhaften Beamten und mit dem Referenten in der Landesregierung und den zuständigen Herren im Bund die angeführten Verhältnisse für die Steirer in Zukunft noch verbessern. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Der Herr Abgeordnete Ofner hat sich zum Worte gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg. Ofner: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wenn ich mich heute noch einmal zu Wort melde, so nicht, um in die große Straßenbaudebatte einzugreifen, da gibt es sicherlich viel prominentere Sprecher, die sich schon sehr lange mit dieser Materie beziehungsweise mit diesem Gebiet befaßt haben, sondern ich möchte in ganz kurzen Umrissen die Probleme und Wünsche des Bezirkes Murau aufzeigen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe im vorjährigen stenografischen Bericht nachgelesen und mit Erstaunen festgestellt, daß in der Budgetdebatte über die Straßenprobleme des Bezirkes Murau mit keinem Wort gesprochen wurde, und ich muß sagen, auch heute nicht. Es gibt hier sicherlich den Anschein, als gäbe es in diesem Bezirk keine Probleme beziehungsweise als sei alles in bester Ordnung. So aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist es jedoch nicht. Jeder, der den Bezirk Murau kennt, weiß, daß er einer der größten Problembezirke der Steiermark ist, daß er einer der finanzschwächsten und mit einer sehr starken Abwanderungsrate gekennzeichneter Bezirk ist. Daß weit über 50 Prozent der unselbständigen Erwerbstätigen in andere Bezirke auspendeln müssen, rundet das Bild nur noch mehr ab. Manche Menschen dieses Gebietes müssen jeden Tag bis zu 100 Kilometer zur Arbeit fahren bis St. Michael oder Leoben und opfern dabei viele Stunden. Vor allem die Kosten bis zur Arbeitsstelle bringen große Probleme mit sich. Diesen Zustand, meine sehr geehrten Damen und Herren,

finde ich zutiefst menschenunwürdig und für die Bevölkerung auf die Dauer nicht zumutbar. Das ganze Problem liegt darin, daß es keine mittleren und größeren Betriebe im Bezirk Murau gibt, und man muß ehrlich sein, auf Grund der Randlage und auf Grund der Straßenverhältnisse wahrscheinlich in nächster Zeit auch keine zu erwarten sind, außer es wird im Straßenbau für den Bezirk Murau mehr getan. Mit großem Erstaunen muß ich feststellen, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß die Schnellstraße S 36 nur bis Pöls geplant ist und nicht gedacht ist, sie in den Raum Murau beziehungsweise wenigstens nach Scheifling zu führen. Ich glaube, man kann den Bezirk Murau mit seinen großen Problemen nicht noch mehr bestrafen, indem man ihn links liegen läßt oder großräumig umfährt. Ich möchte daher alle Verantwortlichen, besonders den Herrn Landeshauptmann als zuständigen Referenten bitten, daß diese S 36 von Judenburg weiter in den Bezirk Murau, vor allem in das Raumordnungsgebiet, Industriegebiet Scheifling geführt wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Fremdenverkehr ist in unserem Bezirk der wichtigste Wirtschaftszweig, und er hat auf Grund großer Bemühungen schon recht gute Ansätze gezeigt. Der Straßenbau, glaube ich, ist dazu aber als wichtigstes Element anzusehen. Darum würde es äußerst notwendig sein, daß die Bundesstraße B 96 von Scheifling bis Tamsweg als gut ausgebaute Zubringerstraße zur Tauernautobahn in Funktion treten könnte. Das heißt, daß man deutsche Gäste nicht nur durch dementsprechende Hinweistafeln, sondern auch durch ausgebaute Straßen in den Bezirk Murau bringen könnte.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ein alter berechtigter Wunsch der Bevölkerung des Bezirkes Murau ist es aber auch, daß die Landesstraße 513 von Teufenbach nach Mariahof ausgebaut wird. Denn diese Straße stellt ein sehr wichtiges Verbindungsstück zwischen dem Oberen Murtal und dem Raum Neumarkt dar. Diese Lambach-Pichlstraße, mit einer Steigung eines Teilstückes von etwa 18 bis 20 Prozent, ist nicht nur für die Fahrzeuge eine arge Belastung, sondern auch für die Menschen, die dieses 3,26 Kilometer lange Stück täglich benutzen müssen. Mit diesem Ausbau könnte der Bevölkerung, aber auch der Wirtschaft in diesem Gebiet sehr geholfen werden. Ein diesbezüglicher Antrag ist von den sozialistischen Abgeordneten am 24. April 1979 eingebracht worden.

Ein Problem, das mich noch sehr bewegt, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist die Umfahrung von Neumarkt. Dieses im Planungsstadium befindliche Projekt hat sicherlich schon sehr große Reaktionen negativer aber auch positiver Art in der Bevölkerung hervorgerufen. Umfangreiche Erhebungen und Studien sind dabei durchgeführt worden. Doch kaum zur Zufriedenheit und Beruhigung der betroffenen Bevölkerung von Neumarkt. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Diese Notwendigkeit der Umfahrungsstraße wird wohl von den wenigsten bestritten, jedoch müßte es möglich sein, durch eine Höherverlegung der projektierten Straße den Abbruch einiger schöner

Häuser zu ersparen. Weiters würde eine Immissionsbelastung für die Bevölkerung dieser Ortschaft um wesentliches gemildert werden. Denn es sollte bei so einer wichtigen Planung nicht nur die Umfahrung sondern auch die Weiterführung der Trasse gesehen werden. Das heißt, daß das gesamte Teilstück von Neumarkt bis Wildbad Einöd in die Planung miteinbezogen werden sollte. Denn dieses Teilstück war schon immer für die bekannte B 17 die schwierigste und unfallsreichste Strecke. Es wird sich auch mit dem sehr kostspieligen Ausbau der bekannten hohen Brücke mit einem Kostenpunkt von etwa 70 Millionen Schilling nicht viel ändern. Darum eine Bitte, sehr geehrter Herr Landeshauptmann, dieses Problem schon bei der Planung zu beachten und einzubeziehen, damit man sich spätere kostspielige Abbruch- und Umbauarbeiten erspart. Dankeschön! (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident: Der Herr Abgeordnete Dr. Maitz hat sich noch zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Maitz: Verehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Zum Abschluß dieser Debatte möchte ich Sie einige Minuten nur auf eine Tatsache hinweisen und Sie bitten, dafür einzutreten. Es geht um Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit der Schulkinder im Straßenverkehr. Wer von uns kennt nicht die Sorge der Mütter und Väter, wenn die Kinder im Straßenverkehr zu Fuß unterwegs sind, um ihren Schulweg zu absolvieren. Im Zusammenwirken zwischen Gemeinden, der Landes- und der Bundesstraßenverwaltung sind eine Reihe von guten Beispielen gesetzt worden, um diese Sicherheit des Schulkindes auf seinem Weg von und zur Schule zu verbessern. Ich nenne nur einige Beispiele: In der Landeshauptstadt Graz ist ein Ausbauprogramm für gesicherte Übergänge, vor allem durch Druckknopfanlagen, gesetzt worden. Es gibt etwa sechs neue Anlagen allein aus dem Jahre 1980. Oder der Ausbau von Gehsteigen im Einzugsgebiet von Schulen. Hier ist die besondere Hilfe der Landesstraßenverwaltung hervorstreichend, denn im Landesstraßennetz von Graz sind zehn solche Bereiche neu für die Schulkinder gesichert worden. Als drittes Beispiel aus der Stadt Graz das Rad- und Fußwegenetz, das im heurigen Jahr beschlossen wurde und das der Förderung des nicht motorisierten Verkehrs dient. Das Rad- und Fußwegenetz, das in Graz in diesem Jahr beschlossen wurde, und das in Gang gesetzt wurde, um eine Andritzer Route, die Hauptplatz-Route und die Ring-Route für Radfahrer neu befahrbar zu machen. Das ist sicher auch gerade für die etwas älteren Schüler, es werden ja schon ab zehn Jahre die Fahrradprüfungen in der Stadt Graz abgenommen, eine sehr interessante Möglichkeit, einen sicheren Schulweg zu absolvieren. Aber auch in den übrigen steirischen Gemeinden gibt es im Zusammenwirken zwischen den Gemeinden, der Landes- und Bundesstraßenverwaltung sowie aus Schulbauförderungsmitteln und Bedarfszuweisungen einige gute Beispiele. Ich nenne nur Pöllau, den Umkehrplatz für Schulbusse. Dort können die Kinder dann von der Schulbusstation zur Schule ohne Überquerung einer Straße gehen. In

Mooskirchen ein ähnlicher Vorgang, oder in Hausmannstätten der Gehsteig, der den Schulweg entlang der Landesstraße sichert. In Preding ist ein Projekt in Arbeit, ein Gehweg zum Schulzentrum. Und noch eine Reihe von Übergängen und Druckknopfampeln, die in aller Stille zwischen — wie gesagt — den Gemeinden, der Landes- und der Bundesstraßenverwaltung zu diesem wirklich wesentlichen Problem der Schulwegsicherung in Gang gesetzt wurden. Die Bitte an Gemeinde, Land und Bund ist, jene Maßnahmen verstärkt fortzusetzen, um Schulkindern im Verkehr ein noch größeres Maß an Sicherheit zu geben. Ein Dank ist auch an das Kuratorium für Verkehrssicherheit, Gendarmerie und Polizei zu richten, aber auch an alle, die als freiwillige Helfer ihre schützende Hand über die Kinder halten und sie auf ihrem Schulweg leiten und beaufsichtigen. Ein Appell an uns alle, an alle Autofahrer ist mir zum Schluß gestattet: Verhalten wir uns gegenüber fremden Kindern im Straßenverkehr so, wie wir es uns für unsere eigenen Kinder wünschen, dann kann dieses schwierige Problem im Zusammenwirken der öffentlichen Stellen und unserer eigenen Verhaltensweise sicher noch etwas besser bewältigt werden. Ich danke sehr für Ihre Aufmerksamkeit! (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Herr Landeshauptmann Dr. Krainer hat das Wort.

Landeshauptmann Dr. Krainer: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es ist bemerkenswert, wenn man die gesamte Budgetdebatte bisher verfolgt hat, wie sehr sie sich auch immer wieder unterscheidet von denen der Jahre vorher. Immer wieder gibt es verschiedene Höhepunkte, besondere Phasen der Konfrontation, auch unterschiedlich, und zuweilen meint man, die Sache müßte überhaupt ganz anders gemacht werden. Wahrscheinlich geht es jedem Mitglied des Hohen Hauses so und ganz sicherlich auch der Presse. Nichtsdestotrotz glaube ich, ohne hier einer Vorstellung das Wort zu reden, die zu sehr einer Petrifizierung solcher Strukturen das Wort redet (Abg. Zinkanell: „Versteinerung!“), sehr viel schöner gesagt, ich danke dir, Herr Abgeordneter! Ich danke dir! Auch wenn man das nicht will, so glaube ich, ist doch eines zu sagen. Wir sollten einen Weg suchen, diese Elemente der Landtagsdebatte, von denen wir glauben, daß sie der Sache wirklich zuträglich sind, im wesentlichen so zu belassen, aber doch auch neue Wege zu versuchen. Es mag eine Art Kommunikationsproblem gewesen sein zwischen den Klubs, daß die Vorstellungen, die mein Klub entwickelt hat, im Zusammenhang mit dem Versuch einer Erneuerung, einer schrittweisen Erneuerung der Budgetdebatte auf der anderen Seite des Flusses nicht angekommen sind. Ich glaube, es wäre gut, wenn wir uns heute vornehmen, oder morgen oder wann immer, daß wir ernstlich die Zeit zwischen dieser und der nächsten Budgetdebatte dazu auch nützen sollten, gemeinsam einen Weg zu suchen, die Debatte, sagen wir ruhig auch in gewissen Punkten zu vitalisieren, zu verlebendigen, Herr Ökonomierat, ich hätte mir ge-

dacht, daß du mir das übersetzt. (Abg. Zinkanell: „Ich werde es nicht mehr tun!“) Ich verstehe. Das war nicht sehr freundlich von dir. Wir sollten auf der anderen Seite doch den Versuch unternehmen, neue Wege zu gehen, selbst wenn wir nicht mit Sicherheit vorher sagen können, daß sie tatsächlich zu einer Verbesserung des ganzen Verfahrens führen. Ich glaube, wir sollten es versuchen, und ich glaube, da besteht auch im wesentlichen eine Übereinstimmung. Für das Kapitel 6 jedenfalls freue ich mich, festzustellen, daß außerordentliche Disziplin gewahrt wurde, gemessen an dem, was zum Teil vorher war, insbesondere, ich will das nicht qualifizieren oder klassifizieren, auch im zeitlichen Ablauf. Wir haben gestern am Abend zwei Stunden sozusagen gewonnen gehabt. Die sind dann im Laufe des Tages verloren gegangen, und wenn ich mich an Ihre Disziplin halte, die Sie gehalten haben, dann, glaube ich, haben wir einen Gleichstand erreicht, wenngleich mir der Herr Präsident Feldgrill früher vorgerechnet hat, daß wir auf jeden Fall, wenn wir zum selben Zeitpunkt, aufhören wie das letzte Mal, um eine halbe Stunde später dran sind, weil wir morgen erst um halb neun Uhr beginnen und voriges Jahr um acht Uhr begonnen haben. Das gilt aber nicht nur für diese quantitative Seite und sozusagen für die Form dieser Diskussion, sondern ich glaube, man kann es ehrlich auch sagen, für den Inhalt. Es ist sogar ein liebliches Element der älteren und früheren Straßendebatten wieder zutage getreten, es gibt wieder Sänger (Abg. Brandl: „Es gibt wieder Straßensänger!“), Adolfo der Erste hat in einer sehr schönen Tonlage dieses Lied angestimmt, wir werden versuchen, ob ein Duett daraus wird, in der Antwort. In jedem Fall hat das die Sache durchaus auch belebt, und der Herr Abgeordnete Ofner, der ja neu in diesem Hause ist, hat auch einfach alles umfaßt. (Abg. Ing. Turek: „Steirische Breite!“ — Abg. Brandl: „Die ganze Breite!“) Seid umschlungen Millionen, kann man nur sagen. Und wie der Abgeordnete Loidl dem Kollegen Pinegger gesagt hat, war das alles? Könnte es nicht ein bißchen mehr sein? Das würde ich auch in die andere Richtung sagen. Aber es ist gar kein Zweifel, daß das eine Gelegenheit ist, einfach einmal in einem Rundumschlag alles mitzunehmen, was es im Bezirk überhaupt gibt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, nichtsdestotrotz möchte ich ganz kurz einen Blick werfen, wie ich das eigentlich auch jedes Jahr getan habe, auf die allgemeine Konjunktursituation und dann einen kurzen Einblick geben in die Baukonjunktur, bevor ich mich einigen konkreten Problemen zuwende. Ich habe wie immer, Herr Abgeordneter Horvatek, daß Ihnen nichts abgeht, auch meine schönen Schaubilder machen lassen. (Abg. Doktor Horvatek: „Ich freue mich!“) Herzlichen Dank für die Arbeit meiner Herren. Es ist sehr deutlich erkennbar, was verbal nicht so zu verdeutlichen wäre. Nur keine Berührungsangst. (Abg. Dr. Horvatek: „Haben wir nicht!“) Eines ist erkennbar aus einem solchen Überblick, deutlicher erkennbar als verbal, ich habe es auch im Bericht des Wirtschaftsforschungsinstitutes hier, daß die Entwicklung des

Wachstums von 1980 auf 1981 in dieser offiziellen Prognose vom September noch von Zuwachs von 0,9 Prozent redet, im Wachstum, heuer sind wir bei 3,4 Prozent und bei den Verbraucherpreisen von 5,5 Prozent redet, heuer sind wir bei 6,4 Prozent, während die allerneueste Revision dieser Prognose von einem Nullwachstum redet und von einem etwas höheren Anteil der Inflation. Wie sich die Dinge entwickeln werden, wird man im Laufe des Jahres wirklich endgültig sehen. So wie bisher haben Prognosen nicht immer auf den Prozentpunkt gestimmt, aber im wesentlichen hat die Tendenz gestimmt, und es ist nur das hier auch zu sehen, was fast in allen Wortmeldungen zum Ausdruck gekommen ist. Beklagend feststellend in jedem Fall also so. Die Situation im Bereich der Bauwirtschaft, wenn ich das kurz aufzeigen kann, verhält sich so, daß wir beim Bauproduktionswert, also dem Umsatz, in der Veränderung gegenüber dem Vorjahreswert in Prozenten hier im österreichischen Verlauf der Kurve insbesondere. Wenn wir das Jahr 1980 hernehmen, wir haben die Arbeit bis Ende August vorliegen, ist eine ganz deutliche Reduktion festzustellen; schon im Sommer ein deutlicher Abfall, der sich Gott sei Dank in der Steiermark nicht eingestellt hat. Diese schwarze Kurve ist die steirische Kurve. (Allgemeine Heiterkeit. — Abg. Dr. Horvatek: „Das sind die roten Bauarbeiter, die wichtig sind!“) Und jetzt keine Fehlinterpretation. Ich werde mich im Detail gleich dazu äußern. Jedenfalls haben wir hier einen Wert von 10,3 Prozent im August und hier einen Wert von 0,4 Prozent. Es ist dabei bemerkenswert, festzustellen, daß der Vergleich der Bauaufwendung pro Kopf — (Abg. Sponer: „Das ist schön.“ — Abg. Dr. Strenitz: „Rot ist die Basis!“) Sie werden gleich sehen, wie man das auch anders interpretieren kann. Sie haben hier die Bauaufwendungen 1980 pro Kopf der Bevölkerung nach politischen Bezirken gegliedert, ich habe sie auch jedes Jahr mitgehabt. Insgesamt läßt sich feststellen, daß der Anteil der öffentlichen Mittel in der Steiermark, das ist der rote Teil, heuer 47 Prozent beträgt, voriges Jahr 48 Prozent, und daß der Anteil der privaten Bauaufwendungen voriges Jahr 52 Prozent und heuer 53 Prozent ausmacht, also fast überhaupt keinen Unterschied zeigt. Insgesamt aber die Veränderungen vor allem vorliegen, wenn Sie vergleichen mit dem Jahr vorher im Bezirk Graz-Umgebung und im Bezirk Leibnitz, wie auch im Bezirk Murau und im Bezirk Knittelfeld. Das läßt im Grunde auch in einer sehr detaillierten Interpretation keinen allzubreiten Spielraum, außer den, festzustellen, daß in einem Jahr hier und im anderen Jahr dort entweder von den privaten oder den öffentlichen mehr investiert wurde. Man könnte, wenn man sehr plangläubig wäre, meinen, daß es hier auch eine regionalpolitische Steuerungsmöglichkeit gibt. Die Faktizität zeigt, daß diese Steuerungsmöglichkeit relativ bescheiden ist nach unseren Erfahrungen. Der Grund für den Unterschied zwischen der Bundesentwicklung und der Landesentwicklung ist ein sehr einfacher, und er wird vor allem auch meinen Freund, den Herrn Abgeordneten Loidl, bestätigen, in dem, was er im letzten Punkt gesagt hat. Nämlich die überdurchschnittlich gute Umsatzentwicklung von

Baugewerbe und Bauindustrie, die der Produktionswert in der Steiermark anzeigt, ist in erster Linie auf die Tätigkeit im Tiefbau zurückzuführen. Und es ist gar kein Zweifel, meine sehr geehrten Damen und Herren — das muß ich hier auch anmerken, es hat kein anderer bisher getan, es hat auch keiner zu dem Thema gesprochen — wir haben eine Baupreissteigerung im Straßenbau, die bei 24 Prozent liegt, meine sehr geehrten Damen und Herren! (Abg. Dr. Strenitz: „Woran liegt das?“) Das bedeutet, daß ein beträchtlicher auch realer Zuwachs in der Entwicklung, gespeist durch Budgets privater und öffentlicher Haushalte, zu kämpfen hat mit einem Preisauftrieb, der den realen Baufortschritt natürlich beträchtlich reduziert. Es ist nicht unsere Aufgabe in erster Linie, hier Fragen zu stellen, wie eine solche Entwicklung verstetigt werden könnte, denn das ist ja eine der Erklärungen, daß im Laufe der Jahre gerade in der Bauindustrie und im Baugewerbe eine so wenig stabile und kontinuierliche Entwicklung vorlag, daß immer wieder die Bemühung besteht, neben den Gesetzen des Marktes, sprich: Angebot und Nachfrage, die insbesondere in einer Situation zum Tragen kommen, in der im Grunde genommen ein relativ großes Angebot da ist, eine Verstetigung des Angebotes herbeizuführen. Wir haben gerade mit dem früheren Bautenminister Moser mehrmals über dieses Problem diskutiert. Es ist in den letzten Monaten und Jahren natürlich etwas in den Hintergrund getreten. Und meine sehr geehrten Damen und Herren, es besteht auch gar kein Zweifel darüber, daß diese Entwicklung in der Steiermark, die insbesondere seit dem Jahre 1978 eingesetzt hat, und damit muß ich mich angesichts dessen, was heute und auch gestern gesagt wurde, ich hätte dem Kollegen Horvatek doch geraten, vorher mit dem eigenen Bautensprecher ein privates Gespräch zu führen (Abg. Dr. Horvatek: „Immer wieder!“), so komme ich nicht umhin, das hier öffentlich abzuhandeln, zum Teil, aber das gehört sich wohl so. Wir haben diese Entwicklung insbesondere seit 1978, diese erfreuliche, deshalb — und das ist ganz eindeutig nachzuweisen und das hat der Herr Abgeordnete Heidinger in seiner kurzen Stellungnahme auch sehr klar dargestellt — weil wir im Übergang von 1977 auf 1978 mit dem Beitrag des Landes Steiermark, und zwar alle miteinander, wenn auch die Verhandlungen schwierig waren bis dorthin, mit diesem großen Opfer aus dem Landestopf eine Entwicklung haben einleiten können, die zu einer Steigerung insbesondere auch des Budgets des Bundes bei den Hochleistungsstraßen in der Steiermark unmittelbar geführt hat. Ich möchte Ihnen das kurz auch deshalb sagen, Herr Kollege Horvatek, weil das Lied von den historischen Versäumnissen, das ist in der Verstaatlichten genau so anstimmen wie im Straßenbau — (Abg. Dr. Horvatek: „Ein richtiges ist!“) Schön, jetzt sind wir genau dort! Diese Reaktion bestätigt mir das! Meine Damen und Herren! 35 Jahre ist diese Zweite Republik alt, und in der Verstaatlichten hat davon vier Jahre und das nicht allein, obwohl es eine Alleinregierung der ÖVP von 1966 bis 1970 gegeben hat, die Volkspartei wirklich das Sagen gehabt. (Abg. Dr. Horvatek: „In der Alpine-Montan-Gesell-

schaft!") Sonst nur die sozialistische Partei dieses Landes, zuerst mit Waldbrunner, dann mit Pittermann und jetzt zehn Jahre schon mit Kreisky, meine sehr geehrten Damen und Herren! (Beifall bei der OVP. — Abg. Dr. Horvatek: „Das ist eine Polemik!“ — Abg. Dr. Strenitz: „Die OVP kann die Alpine nicht verleugnen!“) Jetzt ist es Polemik. (Abg. Premberger: „Seit zehn Jahren sind Sie in der Steiermark für die Straßen verantwortlich!“) So ist es, ich werde Ihnen auch das erklären! Und meine sehr geehrten Herren, ein zehnjähriges Jubiläum wurde in einer sehr charmanten Weise hier gestern ausgerufen, muß ich wirklich bestätigen. In einer sehr charmanten Weise aus dem Munde des Herrn Abgeordneten Kirner. Aber entweder oder. Entweder sind wir dafür verantwortlich oder wir sind nicht dafür verantwortlich! Sie müssen sich entscheiden in dieser Frage. (Abg. Loidl: „Wir sind seit 10 Jahren verantwortlich!“) Und ich sage Ihnen eines! Es geht eine ganz klare Rechnung, und die werde ich — (Klingelzeichen) Ich nehme an, daß er das nicht mir zugedacht hat, der Herr Präsident! (Allgemeine Heiterkeit.) Meine Herren, darf ich Ihnen kurz einige Ziffern liefern. Es kommt leider noch ärger im letzten Teil. Aber bitte, ich bereite Sie langsam darauf vor. Meine Herren! (Abg. Sponer: „Herr Landeshauptmann, ist das die neue Welle?“) Hören Sie zu! Wir haben hier die Entwicklung des Bundesstraßenbudgets in der Steiermark. Ich habe Ihnen gesagt, der wirkliche Zuwachs — und die, die sich auskennen, wissen es auch — der große Zuwachs beginnt 1978. Da war der Sprung von 1,2 Milliarden Schilling 1977 auf 1,5 Milliarden Schilling 1978. Dann sind wir 1979 auf 2 Milliarden, 1980 auf 2,4, und wir werden 1981 nach dem bisherigen Stand der Verhandlungen nicht den großen Zuwachs haben, den wir voriges Jahr hatten, aber immerhin von 2,4 auf 2,6 Milliarden Schilling insgesamt ansteigen. Das ist ein Plus von 6 Prozent. Wie liegt die Sache in der Mürz- und Murfurche? Und so sehr ich mich freue, wenn das stimmt, was gestern gesagt wurde. (Abg. Loidl: „Stimmt!“ — Abg. Brandl: „Was der Herr Bundeskanzler sagt, das stimmt!“) Ja, ich habe zwei Versionen gehört. Die eine Version war, der Herr Bundeskanzler habe zugesagt, die zweite Version war, und die ist, glaube ich, authentisch, weil sie der Kollege Gruber auch selbst gehört hat, und er hat sie mir heute erzählt, die zweite war, der Herr Bautenminister Sekanina hat gesagt, er würde in der Lage sein innerhalb von drei Jahren. (Abg. Hammer: „Sind zwei Sozialisten. Wird sicher passen.“ — Abg. Dr. Strenitz: „Koordiniert, Kreisky Sekanina!“) Freunde, das meine ich ja, genau das meine ich. Aber jetzt hören Sie genau zu! Kollege Premberger, ein realistischer Betriebsrat! 1974 Mürz-Mur-Furche 27 Millionen Schilling, 1975 55 Millionen, 1976 — du weißt das genau — 65 Millionen, 1977 65 Millionen, 1978 90 Millionen und, erst nachdem wir die 1,5 Milliarden Schilling gegeben haben für eine reine Bundesaufgabe, die uns natürlich, wie es der Kollege Heidinger ausgeführt hat, im Landesstraßenbau fehlen, selbstverständlich fehlen, aber die wir deshalb eingesetzt haben, weil wir der Überzeugung sind, daß das die vorrangigen großen Straßenbauaufgaben des

Landes sind. Deshalb haben wir die Sonderdotierung von 400 Millionen Schilling ermöglicht. (Abg. Doktor Horvatek: „Aber Herr Landeshauptmann, das ist seit 1945 eine Bundesaufgabe!“) Und genau das wollte ich, Herr Kollege, von Ihnen hören. Nichts anderes wollte ich hören. Genau das ist es. (Abg. Dr. Horvatek: „In den fünfziger und sechziger Jahren ist nichts passiert, habe ich gestern gesagt!“) Ich sage noch einmal entweder oder. Entweder ist es eine Bundesaufgabe, na bitte, dann wissen wir auch, wer zuständig ist, oder es ist keine. Wenn Sie sagen, Herr Kollege Horvatek, beruhigen wir uns beide. (Abg. Dr. Horvatek: „Auch von 1945 bis 1970 waren Sie zuständig im Land und im Bund!“) Hören Sie wenigstens zu. Wenn Sie dann sagen und Herr Landeshauptmann, so ähnlich hat das gelaute. Wie war das mit dem Baufortschritt von Bruck nach Graz? Ich werde Ihnen das auch noch schnell vorlesen, ist nämlich natürlich auch eine Bundesstraße, bitteschön. Ich lese es Ihnen vor. (Abg. Dr. Horvatek: „Die Planung hat gehapert!“) Für den gesamten Schnellstraßenzug der Brucker Schnellstraße sind alle baureifen Projekte längst fertig. (Abg. Dr. Horvatek: „Wann sind sie fertig?“) Die bauliche Fertigstellung dieses Schnellstraßenzuges, die noch zirka 600 Millionen Schilling erfordert, ist ausschließlich eine Frage der ausreichenden Finanzierung. Jetzt sage ich Ihnen noch etwas. Die hat es vorher gar nicht gegeben. Sie gibt es ja erst seit 1971. Fragen Sie den Kollegen Loidl. (Abg. Dr. Horvatek: „Ich habe gesagt, seit 1969!“) Deshalb habe ich ja gemeint, er wird Ihnen das gerne sagen. Eine S-Straße gibt es seit dem Bundesstraßengesetz 1971, hat gerade der Abgeordnete Loidl mit großem Vergnügen verkündet. Stimmt ja auch. Da sind ja ausschließlich Sie verantwortlich für die Zeit oder Ihre Herren. (Abg. Premberger: „Aber früher ist auch nichts gemacht worden!“) Ich sage Ihnen noch etwas, nur damit ich aufkläre, daß die Sache so billig nicht geht bei so einem begabten Mann wie Sie es sind, meine sehr geehrten Freunde.

Ich sage Ihnen in der Sache noch etwas, ich zitiere Ihnen dann auch die Raachbrücke als Draufgabe, wenn Sie wollen. Sie wurde bei den Budgetverhandlungen 1981, die wir im steirischen Entwurf vorgesehen hatten, aus rein budgetären Gründen vom Bautenministerium gestrichen. (Abg. Sponer: „Wann waren die Grundverhandlungen?“) Und jetzt sage ich Ihnen noch etwas, Herr Kollege! Jetzt muß ich Ihnen sagen, ich habe mich gestern mit Ihnen so lange auseinandergesetzt. Hören Sie in diesen Fragen auch zuerst einmal zu, denn Sie haben meine Schlußfolgerung noch nicht gehört. Ich sage Ihnen etwas, und das war trotzdem eine richtige Entscheidung, damit wir uns ganz verstehen. Das ist ja das Problem beim Straßenbau, und nicht nur beim Straßenbau, in der Setzung der Prioritäten, wenn wir ehrlich miteinander reden, ob schwarz, rot oder blau, daß wir zu einer Zeit begonnen haben den Gleinalmtunnel auszubauen mit der Pyhnautohahnaktiengesellschaft, damals hat sie noch Gleinalm-autobahnaktiengesellschaft geheißen, in der in der Furche von Bruck nach Graz etwas getan werden mußte, das heißt in beide Straßenzüge relativ viel investiert werden mußte. Der Freund Feldgrill ist

mein Zeuge, weil ich im Jahre 1972 mit ihm damals oben war, der sich seit Jahren für diese Straße eingesetzt hat, als Frohnleitner. Was ist auf dem Gebiet nicht in den letzten Jahren wirklich viel Positives weitergegangen. Ich kann wirklich nur annehmen, daß Sie diese Strecke nicht sehr oft fahren, denn sonst müßten Sie sogar wissen, daß der Brückenbau, die Umfahrung von Peggau, sehr weit fortgeschritten ist, auch der Erdbau in Angriff genommen ist und daß wir 1982 anschließen werden bei der A 9, meine sehr geehrten Damen und Herren. Ein weiteres in diesem Zusammenhang, damit wir die Sache komplett abhandeln, und das ist auch wichtig. Der Vergleich 1977/1979 zeigt uns folgendes in der Verkehrsentwicklung. Wir haben in Röthelstein eine Zählstelle. Dort haben wir im Jahre 1979 42 Prozent weniger Verkehr gehabt als im Jahre 1977, weil 1978 der Gleinalmtunnel eröffnet wurde. Daher halte ich die Entscheidung des Bautenministeriums für durchaus gerechtfertigt, weil wir selbstverständlich auch Wünsche äußern, die in der Priorität nicht absolut oberste Dringlichkeit haben, so wie das heute auch im Hohen Hause und in der Debatte selbstverständlich geschehen ist, es weiß doch jeder der Herren, die da gesprochen haben, wie das liegt mit der Priorität in ihrem eigenen Bezirk, in diesem, in jenem und im dritten Straßenzug. Ich stehe dazu. Ich stehe auch nicht an, zu sagen, daß ich sehr oft öffentlich gesagt habe, daß ich dem Herrn Bautenminister Moser und dem Herrn Bautenminister Sekanina sehr dankbar dafür bin, daß es ihnen mit uns zusammen gelungen ist, gerade eben seit dem Jahre 1978 den Straßenbau so entscheidend in der Steiermark voranzubringen. Machen wir uns doch nicht kleiner als wir sind als Steirer miteinander, meine sehr geehrten Damen und Herren. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich möchte Ihnen auch folgendes sagen, weil der Herr Abgeordnete Loidl mich noch kurz angesprochen hat in dieser Frage. Wir haben für das kommende Jahr so viele Möglichkeiten, die weit über das hinausgehen, was uns der Bund auch beim besten Willen zur Verfügung stellen können. Wenn wir allein beginnen mit der Umfahrung Knittelfeld, mit der Umfahrung Niklasdorf, wenn wir mit den Abschnitten begannen, Langenwang—Krieglach-Ost, Bruck—Oberaich, Herr Kollege Neugebauer, Leoben—St. Michael, Knittelfeld-Ost—St. Lorenzen und der Umfahrung Zeltweg, das sind nämlich unter anderem fixfertige, genehmigte Projekte, von denen wir insgesamt zwölf Milliarden-Schilling-Projekte zur Verfügung haben, etwa sieben in Bau, etwa fünf jederzeit zu beginnen, dann kann gar nicht genug Geld in dieses Land kommen, und angesichts der bauwirtschaftlichen Situation im übrigen Österreich wird uns das keinerlei Schwierigkeiten auch in der bautechnischen Bewältigung eintragen. Vorausgesetzt auch, und das füge ich ganz fairerweise hinzu, daß die Genehmigungen im Ministerium so schnell kommen, wie beim Tanzenbergtunnel. Da kennen sich die Eingeweihten auch aus, da brauche ich nicht mehr dazu sagen. Wenn das überall so ist, dann freuen wir uns sehr und können nur hoffen, daß so viel Geld wie nur möglich für den steirischen Straßenbau hereinkommt. Wirklich nur um es zu kom-

pletieren, meine Herren, diese Raachgeschichte. Sie erinnern sich, ich habe hier eine Antwort gegeben im Landtag auf eine Anfrage und festgehalten damals, daß ich das für einen Mutwillensakt halte, um so mehr deshalb, weil wir eine Planung zur Verfügung hatten und haben, die eine solche Sprengung nicht nötig gemacht hätte. Sie ist am 8. November erfolgt in der Kompetenz der Phyrnautobahn-Aktiengesellschaft, das ist die Verantwortung des dortigen Vorstands, und die Aussendung vom 11. Juli 1980 hat gelaute: Bautenministerium: Die Murbrücke in Raach werde nicht mutwillig gesprengt, wie Landeshauptmann Dr. Krainer in einer Anfragebeantwortung im Landtag formuliert hat, sondern lediglich umgebaut. (Abg. Premsberger: „Hättet sie aus Stahl gebaut!“) Du hast vollkommen recht! Nur, was will ich Ihnen denn damit sagen. Das Problem liegt auch in so spektakulären Causen. Dort, wo sich die Entwicklung gerade auch auf diesem Sektor in der Planung überschlägt, und jeder, der die Gratkorn-Problematisierung kennt, weiß, daß das ein ausdrücklicher Wunsch der Gratkorn-Bevölkerung und der Gemeinde gewesen ist, die alte Trasse hinaus zu verlegen und eine neue Trasse zu bauen. (Abg. Loidl: „Die Brücke wurde vorher gebaut!“) Na eben, das ist ja der Grund! Du, Sepp! Das ist ja der Grund, daß sie vorher gebaut wurde, zu einer Zeit, wo eine ganz andere Planung bestanden hat. Nur, ich will ja damit nichts anderes sagen, als daß es sich die Herren wirklich zu leicht machen und offenkundig mit der Problematik auch gar nicht genügend auseinandersetzen.

Darf ich eine Sache noch kurz ansprechen. Ich bin ja in einigen Punkten auch direkt gefragt worden. Kanduth: Frage Gaishorn—Tregelwang. Wir haben nicht darüber geredet, so sonderbar das ist. Ich halte das für einen sehr sinnvollen Vorschlag. Wir werden uns beim Bund sehr bemühen, denn es ist ein Detailprojekt vorhanden, daß 1982 mit dem Bau begonnen wird. Denn es handelt sich hier um eine Frage der Verkehrssicherheit, natürlich auch um einen Vorteil im Verkehrsfluß. Ich werde das gerne unterstützen. Trautenfels—Liezen, Liezen bis Selzthal, Knoten der A 9, ist bekanntlich im Bau, wird 1982 fertig sein. Wir streben eine Vorziehung der Umfahrung Stainach an. Leider ist der Paragraph 4 noch nicht in Anwendung gekommen von seiten des Bautenministeriums. Ich hoffe aber, daß das in Kürze gelingen kann. Es ist überhaupt kein Zweifel, und das war auch der Unterton dieser Ausführung des Abgeordneten, die dann auch bei Maitz wieder gekommen ist, daß die Verkehrssicherheit auf vierspurigen Schnellstraßen oder Autobahnen in der Relation 1 : 7 größer ist als auf einer B-Straße, 1 : 7 nach einer Faustregel. Und es ist insbesondere — und das darf ich gleich in diesem Zusammenhang hier feststellen — ganz sicher notwendig und das war bisher nicht meine Kompetenz, und ich kann sie auch jetzt nur als Vorsitzender der Landesregierung wahrnehmen, ich bin mir aber der Kooperation der gesamten Regierung sicher, wir werden dem Aspekt „Verkehrssicherheit“ einen ganz deutlichen Vorrang geben müssen, und ich werde gleich zu Beginn des Jahres eine große Konferenz einberufen, damit wir mit aller Macht das Bewußtsein in

der Öffentlichkeit wieder ansprechen, um einen Schritt in der Hinsicht weiterzukommen. (Allgemeiner Beifall.)

Es ist nur eine private Anmerkung von mir in dem Sinne, als daß ich das gerne auch weitergebe. Ich kann mir zum Beispiel überhaupt nicht vorstellen, daß man nicht bereit ist, die Gurtenpflicht gesetzlich zu verordnen — (Abg. Zdarsky: „Null Promille!“) zum Beispiel kann ich mir nicht vorstellen. Ich glaube, daß wir hier wirklich massive Vorstöße unternehmen müssen. Und ich kann mir denken, daß die Ärzte des Hohen Hauses oder auch die Frau Präsident Zdarsky, die selbst im Krankendienst tätig ist, uns sehr traurige, dramatische und schreckliche Berichte geben könnten, über Unfallfolgen, die nicht eintreten würden, wenn bestimmte Voraussetzungen ernster und massiver dargestellt und auch durchgesetzt würden. Ich möchte das ganz entschieden unterstreichen, und ich danke sehr für diesen Hinweis, der gerade auch heute hier in diesem Hohen Haus gekommen ist.

Abgeordneter Hammer: Wir sind uns ganz und gar einig. Altenmarkt—Essling, Detailprojekt seit Jahren genehmigt. Derselbe Vorgang. Immer wieder aus dem Programm gestrichen. Wir wollen Altenmarkt umarbeiten auf ein Sparprogramm, damit die Aufnahme ins Bauprogramm eher erreicht werden kann. Ich bin ganz Ihrer Meinung, ich kenne die Gegend dort bestens. Meine Frau stammt im übrigen auch von dort, also wir kennen so wie sie die Problematik. Unsere Abgeordneten, die aus dieser Gegend stammen und auch alle, die dort einmal gefahren sind, das muß man doch ganz ehrlich sagen. Dasselbe gilt für St. Gallen, Eisenzieher. Dort haben wir die erste Brücke ausgeschrieben, und beim Erb, das ist eine Landesstraße, bauen wir weiter.

Pinegger: Autobahnzubringerstudie ausgearbeitet, vor drei Jahren dem Ministerium vorgelegt, will wirklich nicht polemisieren. Wir haben bisher keine Äußerung. Trotzdem haben wir mit dem generellen Projekt begonnen. (Abg. Zinkanell: „Das war damals nur eine Skizze!“) Ich sage Ihnen auch warum. Es ist auch nicht abgesprochen. Weil die Mittel nicht reichen. Weil der Bautenminister Moser wußte und auch der Bautenminister Sekanina sehr genau, ebenso wie wir, weiß, daß das alles zugleich nicht möglich ist. Auch beim Einsatz weit höherer Mittel ist es nicht möglich. Aber wir werden vorbereitet sein, Pinegger, für den Tag, da so etwas wirklich nötig und nach einer Kosten-Nutzen-Rechnung auch präsentiert ist. Södingberg—Geisthal Erdbau wird 1981 ausgeschrieben. Stampf—Hirschegg wird 1981 ausgeschrieben. Kainacher Straße wird 1981 ausgeschrieben. Auch ein Stück nach dem anderen. Wir haben dort schon relativ viel machen können.

Stoisser: Im Grunde genommen eine Bestätigung unserer Bemühungen hinsichtlich Trinkwasser, Abwasser, Müll. Was übrigens auch der Abgeordnete Brandl in seinem Zusammenhang heute sehr überzeugend dargelegt hat. Auch in der Frage des Schutzwasserbaues haben wir in den letzten Jahren und besonders auch heuer wirklich durchschlagende Erfolge dieser Bemühungen registrieren können.

Gott sei es gedankt. Alle kennen Sie Gebiete, die wir vor drei, vier, fünf Jahren noch besucht haben, die selbstverständlich unter Wasser gewesen wären, hätten wir nicht in der Zwischenzeit mit unseren Bemühungen doch einen sehr beachtlichen Fortschritt erzielt. Auch die Frage des naturnahen Wasserbaues, die hier angeschnitten wurde, ist Gott sei Dank, wie das bei Denkschulen immer wieder einmal ist — inzwischen zum Allgemeingut geworden, und wir können annehmen, daß auch hier eine erfreuliche Entwicklung eingeleitet wurde.

Abgeordneter Ofner: Ich möchte Ihnen ausdrücklich sagen, daß zum Beispiel das Land Steiermark und insofern war Ihre Aussage etwas undifferenziert, so sehr ich generell Ihre Problematik anerkennen möchte, eine Landesstraßenumfahrung von Murau gebaut hat. Wir haben viele, viele Straßen im Bezirk Murau übernommen und staubfrei gemacht, damals waren Sie noch nicht im Landtag. Die Herren Abgeordneten Ritzinger und Prandkh haben sich um die Sache sehr bemüht. Wir haben jede dieser Straßen auch selbst besichtigt. Es war ein großer Teil von Gemeindestraßen, die wir übernommen haben. Und nicht nur übernommen, sondern die wir auch ausgebaut haben. B 96, Umfahrung Stadl, Umfahrung Predlitz, B 96 Laßnitz—Murau, Bundesstraßen, im Detailprojekt vorhanden, nicht im Programm. Laßnitz—Murau haben wir den Vergabeantrag in Wien, wir hoffen, daß er bald positiv beschieden wird. Neumarkt—Mariahof ist die Brücke in Bau, der Erdbau wird 1981 ausgeschrieben, ein Problem, das uns seit vielen Jahren, selbst aus eigener Anschauung bestens bekannt ist; ist nur eine Unterstreich unserer Problematik. Was die Umfahrung Neumarkt anlangt: Sie wissen das selbst sehr wohl, und alle, die die Gegend ein wenig kennen, wenn wir den Umweltschutz ernsthaft beachten wollen, und das wollen wir, dann sind gewisse Verfahren nötig. Es ist der Herr Professor Möse eingeschaltet. Er hat positiv beurteilt, daß ausreichende Lärmschutzmaßnahmen vorgesehen werden. Wenn Sie anderer Meinung sind, Herr Kollege, ich bin gerne zu jedem Gespräch bereit, auch zu einem Gespräch mit dem Herrn Professor Möse, aber wir müssen in der Frage zu einer Übereinstimmung kommen. Je länger wir in solchen Fragen nicht zu einem Abschluß kommen, um so später wird gebaut. Ich möchte gar nicht sagen, daß sich die Wiener darüber freuen, aber natürlich ist in einer Zeit, in der das Geld überall knapp ist, kein Bedürfnis vorhanden, es insbesondere dort sozusagen auf die hohe Kante zu legen, wo an Ort und Stelle keine Übereinstimmung erzielt wurde. Wir haben das lange genug zum Beispiel hier in Graz erlebt. Sie wissen das. Jahrelang, immer wieder Diskussionen. Ich habe gerade heute mit dem Baumeister Stettin ein Gespräch geführt, er ist über das ärgste im ersten Teil hinweg, Gott sei Dank, ist bereits tief im Berg, im Plabutsch. Es wird selbstverständlich Probleme geben, gar keine Frage. Hoffentlich sind sie nicht so groß, als daß sie unsere Techniker nicht bewältigen können. Im Grunde genommen habe ich Vertrauen, gerade auch zu dieser Firma, aber ich möchte das als Beispiel erwähnt haben, weil eine ähnliche Situation auch in der Ausein-

andersetzung um die Trassenvarianten natürlich nicht dazu führt, daß wir rasch zu einem Ergebnis kommen. Jetzt noch ein kurzes Wort, und ich habe mich an das gehalten bisher, was ich Ihnen versprochen habe, das ist eigentlich eine Bombe, würden Journalisten sagen, die sich auskennen. Ich möchte sie sozusagen einmal herlegen. (Abg. Dr. Schilcher: „Das ist ein Jubiläum!“) Nein, eben nicht, sondern ich möchte hoffen, daß wir miteinander, auch in der Regierung und dann auch im Landtag, uns erstens damit intensiv auseinandersetzen, ist auch gestern ein Wunsch des Abgeordneten Strenitz gewesen, daß wir Gutachten so behandeln und daß wir uns dann fragen, kann das so sein, und wenn das so ist, daß wir uns gemeinsam bemühen, es zu ändern. Ich habe dem Institut für Finanzwissenschaften und Infrastrukturpolitik an der Technischen Universität Wien einen Auftrag gegeben und habe diese Studie am 5. Dezember bekommen. Projektleiter waren die Herren Dr. Rüschi und Dr. Schönbeck, und es ist der Versuch unternommen, ich möchte Ihnen das nicht im Detail vorlesen, aber die Hauptfrage, welche Stellung nimmt die Region Steiermark in der öffentlichen Bundesmittelaufbringung und Verteilung ein. Konkret wird von der steirischen Bevölkerung mehr oder weniger an Steuern, Gebühren und Transfers aufgebracht als in die Steiermark in Form des Finanzausgleiches, der Leistungen des Bundessektors und der Sozialversicherungsträger, zurückkommt. Mit anderen Worten werden sämtliche Aufbringungen der steirischen Bevölkerung den Zuteilungen in Konten gegenübergestellt, aus denen dann ablesbar ist, ob mehr öffentliche finanzielle Mittel in die Steiermark hineinfließen, als über ihre Landesgrenzen abfließen, sprich ob und in welchem Maße öffentliche Mittel zugunsten oder zuungunsten der Steiermark verteilt werden. Die kurze Antwort lautet: Die Steiermark wird bei Bundesleistungen in den letzten Jahren stark benachteiligt. Von allen untersuchten Jahren, ich habe sofort den Auftrag gegeben, eine Komplettierung dieser Studie durchzuführen, zeigt sich, daß 1969, fragen Sie mich nicht, welcher politischen Gruppierung diese Herren, die die Studie gemacht haben, angehören, ich sage das ausdrücklich vorher. Im Jahre 1969 waren die Bundesleistungen mit 5,2 Prozent am höchsten. Sie sind 1975 auf 13,9 Prozent abgesunken, mit anderen Worten, nicht bedarfsgerecht eingestuft, im Jahre 1978 betrug der Steiermarkanteil an den Bundesleistungen 14,2 Prozent. Der Bevölkerungsanteil der Steiermark ist aber 15,8 Prozent nach dieser Rechnung, die Differenz von 1,6 Prozent bedeutet in einem einzigen Jahr, das habe ich selber nicht für möglich gehalten, rund 5,7 Milliarden Schilling weniger Bundesleistungen für die Steiermark. Das heißt in einem auf zehn Jahre hochgerechneten Betrag 40 Milliarden Schilling weniger Bundesmittel für die Steiermark als durchschnittlich im übrigen Österreich.

Ich habe die Sache, ich sage es ausdrücklich, mit dem Vorbehalt hergelegt — (Abg. Sponer: „Lassen wir sie liegen!“), daß wir sie gründlich untersuchen, daß wir die Komplettierung dieser Studie abwarten,

bis wir zu einer endgültigen Festlegung auch kommen. Nur eines sage ich heute bereits, ohne daß ich das Gebot der Seriosität auch nur die Spur verletzen würde, selbst wenn es nicht 40 Milliarden Schilling sind, selbst wenn es nicht 5,7 Milliarden Schilling in diesem Jahr sind, sondern weniger, darf ich Sie heute schon bitten, daß wir gemeinsam, das ganze Haus und auch die Regierung, die Forderung vertreten, den Zustand zu ändern (Beifall bei der ÖVP). Ich bitte Sie schon heute um diese Solidarität.

Meine Damen und Herren, es ist eine ganz eigenartige Erfahrung, die ich seit dieser Pressestunde gemacht habe, daß mich zig Leute anreden, auch Fachleute, nicht zu reden von den Briefen, die ich bekommen habe, die offenbar nicht gewußt haben, daß das Landesbudget nicht einmal 6 Prozent des Bundesbudgets ausmacht. Daß das die eigentlichen Relationen sind. Da bitte ich Sie wirklich auch um Ihre steirische Gesinnung, meine Damen und Herren. Wir haben gerade in diesen Fragen, es wird ja morgen noch ein Budgettag sein, oft miteinander geredet, hier und auch unter vier Augen und auch in kleineren Kreisen, wir sind nur stark in dieser Frage, wenn wir gemeinsam gehen.

Darf ich mich abschließend bedanken, bei meinen Herren des Ressorts, bei dir, Herr Landesbaudirektor, für deine umsichtige Führung der Baudirektion, besonders auch bei dir, Hofrat Theußl, für dein vehementes Engagement für die steirischen Straßen, das ist auch in Zagreb wieder ganz deutlich geworden, und allen Damen und Herren Vorständen und Mitarbeitern in den einzelnen Referaten und Abteilungen. Ich möchte einen besonderen Dank sagen dem Herrn Hofrat Dipl.-Ing. Ernst Gangl, der mit Ende des Jahres in den dauernden Ruhestand treten wird. (Allgemeiner Beifall.) Es ist eine gute Gepflogenheit des Hohen Hauses, das zu tun. Sie haben gerade in dem Bereich, der heute auch hier besprochen wurde, der als ein ganz entscheidender Bereich auch für die Entwicklung der Zukunft angesprochen wurde, Ihren Dienst für dieses Land geleistet. Ich danke Ihnen sehr herzlich dafür. Und ich möchte mich in Abwesenheit auch bei Herrn Wirkl. Hofrat Dipl.-Ing. Heinrich Boschanig bedanken, dem Leiter des Baubezirksamtes Graz, der (Allgemeiner Beifall) schon seinerzeit zusammen mit Hofrat Haas bei der großen Hochwasserkatastrophe in der Breitenau so erfolgreich tätig gewesen ist und der diese Aufgaben gerade auch im Baubezirksamt in Graz wahrgenommen hat. Auch mit ihm verlieren wir einen Beamten der besten alten Schule. Ich darf bitten, daß dem Herrn Hofrat dieser Dank auch übermittelt wird. Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit! (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Der Herr Abgeordnete Haas hat das Schlußwort:

Abg. Haas: Ich verzichte auf das Schlußwort und wiederhole meinen eingangs gestellten Antrag auf Annahme der Ansätze der Gruppe 6.

Präsident: Meine Damen und Herren! Wenn Sie den Ansätzen und Posten der Gruppe 6 Ihre Zustimmung erteilen, dann bitte ich Sie um ein Händeziehen.

Die Gruppe 6 ist angenommen.

Die Sitzung ist unterbrochen bis morgen, 8.30 Uhr. (Unterbrechung der Sitzung um 22.30 Uhr — Wiederaufnahme am 12. Dezember 1980 um 8.30 Uhr.)

Präsident Zdarsky: Sehr geehrte Damen und Herren! Ich darf Ihnen einen schönen guten Morgen wünschen, und ich hoffe, Sie sind gestärkt für die letzte Runde. Wir setzen die Sitzung fort. Wir kommen zur Gruppe 7, Wirtschaftsförderung.

Gruppe 7: Wirtschaftsförderung

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Franz Kollmann. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Kollmann: Frau Präsident! Hohes Haus!

Die Gruppe 7 behandelt die Wirtschaftsförderung in den Bereichen Land- und Forstwirtschaft, Energiewirtschaft, Fremdenverkehr, Handel, Gewerbe und Industrie. Zur Untergruppe der Landwirtschaft zählen unter anderem auch der land- und forstwirtschaftliche Wegebau, der landwirtschaftliche Wasserbau, die Belange der Strukturverbesserung in der Landwirtschaft, die Elektrifizierung und Mechanisierung in der Landwirtschaft, die Besitzfestigung, die land- und forstwirtschaftlichen Interessensvertretungen sowie Jagd und Fischerei. Die Gesamteinnahmen wurden mit 100,141.000 Schilling präliminiert, die Ausgaben stehen mit 461,168.000 Schilling zu Buche.

Der Finanz-Ausschuß hat sich mit diesen Ansätzen eingehend befaßt, sie beraten, und ich darf im Namen des Finanz-Ausschusses um Annahme dieser Ansätze bitten.

Präsident Zdarsky: Im Einvernehmen mit den Obmännern der in diesem Hause vertretenen Parteien schlage ich vor, die Spezialdebatte der Gruppe 7 zu teilen. Und zwar in den ersten Teil Landwirtschaft, in den zweiten Teil Fremdenverkehr und in den dritten Teil Wirtschaftsförderung. Wir haben das bereits im Vorjahr so gehandhabt. Wird dagegen ein Einwand erhoben? Das ist nicht der Fall.

Wir beginnen mit dem ersten Teil der Gruppe 7 Landwirtschaft. Zum Worte gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Buchberger. Ich erteile es ihm.

Abg. Buchberger: Frau Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Wenn wir gestern und vorgestern hier im Hohen Hause die Diskussion, betreffend den Voranschlag 1981, miterleben konnten, und der eine oder andere von uns — auch ich selbst — schon über zehn Jahre diese Möglichkeit hatte, so muß man sagen, daß auf allen Sektoren im Bereich der Wirtschaft, der Landwirtschaft, in allen anderen Bereichen auch, sich eine sehr positive Aufwärtsentwicklung feststellen läßt. Und wenn wir von der Sicht der Landwirtschaft

her gesehen die Entwicklung seit dem Jahre 1945 und später bis zum heutigen Tage verfolgen, können wir auch das gleiche behaupten. Wenn wir uns zurückerinnern an die damalige Zeit, hätte es sich niemand von uns träumen lassen, daß wir seit den letzten Jahren in der Lage sind, nahrungsmittelmäßig den Tisch des Volkes zu decken. Bei einigen Produktionsgebieten sind wir sogar in der Lage, Exporte tätigen zu können. Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist bei Gott nicht so, daß dies in allen Ländern dieser Erde festzustellen ist, im Gegenteil. Es gibt nur wenige Länder in Mitteleuropa oder in Teilen Amerikas, wo man sagen kann, daß sie in der Lage sind, nicht nur den Tisch des eigenen Volkes zu decken, sondern darüber hinaus auch in der Lage sind, Exporte zu tätigen. In weiten Bereichen dieser Welt — das wissen wir auch, und das hat gerade vor kurzem der Chef der EVO, der Ernährungsorganisation der UNO, festgestellt — sind derzeit 300 bis 500 Millionen Menschen dieser Welt nahe dem Hungertod. Und rund eine Milliarde Menschen kann sich nie satt essen. Diese Zahlen werden sich bis zum Jahre 2000 noch erhärten. Daraus ist ersichtlich, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß gerade auch die Landwirtschaft hier in Österreich und auch in der Steiermark von sich behaupten kann, daß die Entwicklung, die vor mehr als 30 Jahren eingeleitet worden ist, richtig war. Ich darf in dem Zusammenhang noch ein Beispiel anführen, und da denke ich immer wieder an die Entwicklung in Polen, die wir seit der letzten Zeit miterleben dürfen, daß an und für sich dieses Aufbegehren der Polen nicht etwa in erster Linie darauf zurückzuführen ist, daß sie von Tag zu Tag oder rund um die Uhr ihrer persönlichen Freiheit beraubt sind oder sich nicht frei in ihrem Sinne bewegen können, daß der entscheidende Faktor dieses Aufbegehrens dahingehend bestand, daß eben nicht die Möglichkeit gegeben war, die Bevölkerung dieses Landes mit den notwendigen Nahrungsmitteln zu versorgen. Das war der Urbeginn dieser Entwicklung in Polen. Und daher können wir aus der Sicht Österreichs behaupten, daß wir uns auf dem richtigen Weg befinden, daß wir nicht nur in der Lage sind, den Tisch des Volkes zu decken, quantitativ mit den notwendigen Nahrungsmitteln, sondern was von entscheidender Bedeutung ist, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß diese Nahrungsmittel, die von der heimischen Landwirtschaft in Österreich produziert werden, nicht nur mengenmäßig entsprechend zur Verfügung gestellt werden, sondern auch qualitätsmäßig mit allen Ländern in Konkurrenz treten können. Es hat vor einigen Tagen wieder ein Vortrag gemeinsam mit der Presse und den Bauern stattgefunden, wo die Möglichkeit gegeben war, auch den Vertretern der Medien zu zeigen, wie und in welcher Form die Nahrungsmittel bei uns in Österreich produziert werden. Das betrifft die Frage der Düngung, das betrifft die Fragen der Schädlingsbekämpfung und das betrifft natürlich auch die Fragen der Fütterungsmethoden und dergleichen. Ich darf Ihnen eines sagen, daß wir aus der Sicht der Landwirtschaftskammer immer interessiert sind, daß auch in diesen Fragen laufend die notwendigen Kontrollen durchgeführt werden. Der Herr Landeshygieniker Professor Möse hat uns

xmal bestätigt, daß die Produkte, die von uns erzeugt werden, sei es auf dem Obstsektor oder auch auf dem Fleischsektor, in jeder Hinsicht als einwandfrei zu bezeichnen sind.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir werden auch heute die Gelegenheit wahrnehmen, zwar etwas verspätet, aber im Laufe des Mittags, Ihnen wiederum eine Kostprobe hochqualitativer Äpfel auf den Tisch zu legen. (Allgemeiner Beifall.) Ich darf Ihnen eines sagen, Sie brauchen, wenn Sie diese Äpfel kredenzt bekommen, sie nicht waschen oder — wenn besonders Vorsichtige unter Ihnen sein sollten — sie auch nicht schälen, sondern Sie können die Äpfel so essen. (Abg. Ing. Turek: „Ich werde ihn aber vorsichtshalber schälen!“) Der Apfel wird Ihnen nicht schaden, Sie werden keine Magenbeschwerden bekommen oder darüber hinaus mit verschiedenen Konsequenzen rechnen müssen. Was den Apfel betrifft, man weiß ja nie. Ist seinerzeit schon gewesen. Aber wir wollen uns mit diesen Dingen nicht in Vergleich stellen. Damit wollten wir unter Beweis stellen, daß wir gerade auf die gesunde Nahrungsmittelproduktion besondere Bedeutung legen. Wir haben uns auch von der Kammer für Land- und Forstwirtschaft mit den biologischen Landbauern in Verbindung gesetzt, weil wir der Meinung sind, daß sicherlich auch diese Frage nicht zu übersehen sein wird. Wir sind so weit gegangen, daß wir einen praktizierenden Landwirt in der Steiermark, der so quasi die führende Persönlichkeit der biologischen Landbauern ist, auch hauptberuflich in die Kammer übernommen haben, damit er beratend auf seine Mitberufskollegen einwirkt, um den Kontakt zu den Förderungsstellen und Beratungsstellen der Kammer herzustellen. So glaube ich, daß wir auch auf diesem Gebiet mustergültig agiert haben, um unter Beweis zu stellen, daß wir auch dem biologischen Landbau unsere besondere Bedeutung zumessen.

Darüber hinaus, meine sehr verehrten Damen und Herren, sind wir aus der Sicht der Landwirtschaft interessiert, die notwendigen Nahrungsmittel nicht nur quantitativ, sondern im besonderen auch qualitativ zur Verfügung zu stellen. Wir legen besonderen Wert auch darauf, um nur eine dritte Frage in dem Zusammenhang zu erwähnen, daß wir von unserer Sicht her gesehen, besonderes Interesse dafür zeigen und bemüht sind, in Zukunft zu versuchen, den Arbeitsmarkt auf dem gewerblichen und industriellen Sektor zu entlasten. Wir haben in den letzten Jahrzehnten immer wieder versucht, vor allem was die kleinbäuerlichen Strukturen betrifft, darauf hinzuweisen, einen zweiten Beruf zu erlernen oder zu ergreifen. Wir werden das auch in Zukunft so halten. Wir meinen, daß wir mit besonderer Aufmerksamkeit die Dinge verfolgen sollen, daß wir trachten müssen, auch im ländlichen Bereich zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen oder die jetzt noch bestehenden Arbeitsmöglichkeiten im bäuerlichen Bereich aufrecht zu erhalten. Wir müssen aber in dem Zusammenhang sagen, daß wir in der letzten Zeit miterleben mußten, vor allem was das Außenhandelsdefizit von der agrarischen Sicht her betrifft, daß wir in dieser Frage momentan scheinbar nicht zurande zu kommen in der Lage sind.

Vor allem deshalb, weil wir meinen, daß gerade jene Importe agrarischer Produkte, die wir im Inland selbst zu erzeugen in der Lage wären, nach wie vor in großen Mengen stattfinden, obwohl wir die notwendigen Devisen bei Gott nicht zur Verfügung haben. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir könnten nicht nur mithelfen, die notwendigen Devisen einzusparen, sondern hätten zusätzlich die Möglichkeit, Arbeitsplätze direkt im bäuerlichen Bereich zu schaffen. Wir wissen, und Sie kennen ja auch diese Formel, daß 100 Millionen Schilling Agrarimporte ungefähr 600 Arbeitsplätze bedeuten. Wenn wir wissen, daß in der heutigen Zeit schon die Außenhandelsdefizite für agrarische Produkte eine Höhe von 15 Milliarden Schilling erreichen und wir in der Lage wären, 50 Prozent von dem selbst durch die heimische Landwirtschaft zu produzieren, so können wir rechnen, welche Möglichkeiten noch im agrarischen Bereich offen wären, um zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen. Nicht nur, wie gesagt, um Devisen einzusparen, sondern auch, um die Arbeitsplatzmöglichkeit im ländlichen Bereich zu erweitern. Was das in der gegenwärtigen Zeit bedeutet, das weiß man auch, wo wir gerade in der Mürz-Mur-Furche die größten Schwierigkeiten haben, um die gegenwärtigen Arbeitsplätze zu erhalten. Ich sage Ihnen noch eines, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß gerade wir von der Sicht der Landwirtschaft her größtes Interesse haben, daß die Arbeitsplatzsicherung in allen Bereichen, auch für die Zukunft gesichert bleibt (Allgemeiner Beifall.), weil wir genau wissen, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß wir nur dann mit entsprechenden Absätzen von agrarischen Produkten rechnen können, wenn der Arbeitnehmer in der Industrie und im Gewerbe entsprechende Verdienstmöglichkeiten hat. Wenn er das hat, meine sehr verehrten Damen und Herren, dann ist er in der Lage, in der Früh ein Schweinsbrat zu essen, zu Mittag ein Schnitzel und dergleichen und das notwendige Achterl Wein dazu. Wenn er aber die Verdienstmöglichkeiten nicht hat, dann sind halt Sparmaßnahmen eine Frage der Notwendigkeit. Wie gesagt, wir legen besonderen Wert darauf, und ich darf in dem Zusammenhang auch erwähnen, daß wir gerade in den südsteirischen Bereichen, das betrifft die Ost-, Süd- und Weststeiermark, in den klimatisch äußerst günstigen Regionen, die Möglichkeiten hätten, vieles von dem zu produzieren, was wir gegenwärtig importieren. Ich darf Ihnen sagen, gerade in diesen strukturschwachen Gebieten dieser Regionen wird es notwendig sein, daß wir uns besonders um sie bemühen. Ich sage das auch mit Nachdruck, weil wir die Schwierigkeiten und Probleme dieser vielen kleinen Bauern in diesen Regionen kennen. Wir registrieren immer wieder mit Dankbarkeit, daß vom Land Steiermark und auch vom Bund, auch in den letzten Jahren schon, entsprechende Förderungsmittel zur Verfügung gestellt worden sind. Wir haben auch mit besonderer Freude registriert, daß das Land Steiermark auch für die nächsten fünf Jahre wiederum bereit wäre, die Grenzlandförderungsmittel um zusätzlich 15 Millionen Schilling aufzustocken. Wir bedauern aber in dem Zusammenhang, daß der Bund bis dato nur eine Zusage gemacht hat, um

zusätzliche 5 Millionen Schilling aufzustocken. Wir bräuchten diese Mittel, meine sehr Verehrten, um die Infrastruktur zu verbessern. Es hilft nichts, wenn wir laufend die notwendigen Forderungen erstellen, wenn wir nicht wissen, ob wir das zu finanzieren in der Lage wären. Daher wird es notwendig sein, nach wie vor auch künftighin beim Herrn Bundesminister vorstellig zu werden, um uns auch von dort her die notwendigen Förderungsmittel sicherzustellen. Wenn wir diese Mittel zur Verfügung haben, und wenn wir auch in Zukunft, und das wird notwendig sein, eine aktivere Import- und Exportpolitik auf dem Agrarsektor betreiben, dann bin ich der Überzeugung, daß wir in der Lage sein werden, auch im agrarischen Bereich zusätzliche Arbeitsplätze zu sichern und darüber hinaus die Infrastruktur, das Leben in diesen Regionen durch die notwendigen Förderungsmaßnahmen gezielt verbessern zu können.

Ich weiß, meine sehr Verehrten, und das sage ich auch als Bauer — ich habe vor einigen Jahren die Möglichkeit gehabt, den Erzberg zu besuchen, bewußt zu besuchen. Der ehemalige Abgeordnete Willi Schön war so freundlich, das vorzubereiten und zu organisieren. Er hat in seiner Vitalität den Erzberg vor Augen geführt, und es ist uns dort von der bäuerlichen Sicht her wiederum bewußt geworden, daß wir vieles mit den Bergleuten und mit der eisenverarbeitenden Industrie gemeinsam haben — von der Urproduktion her. (Abg. Premberger: „Mit viel Fleiß!“) Und daher, meine sehr Verehrten, das Verständnis dafür, daß wir von der Landwirtschaft her diesen Menschen auch für die Zukunft unser besonderes Augenmerk zuwenden wollen, auch was die Sicherung der Arbeitsplätze betrifft. Und wenn auch von dort her die notwendige Unterstützung für die Probleme und für die Fragen der Agrarpolitik uns entgegengebracht wird, bin ich der Überzeugung, daß wir in Österreich, mustergültig für viele andere Länder, in der Lage sind, die notwendige Produktion zu sichern und den Tisch des Volks zu decken und auch eine positive Entwicklung für die Landwirtschaft möglich sein wird. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Zdarsky: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Haas. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Haas: Frau Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Der Bericht zur Lage der steirischen Land- und Forstwirtschaft, der sogenannte „Grüne Bericht“, der schon vorgestern zu Beginn unserer Landtagssitzung behandelt und genehmigt worden ist, befaßt sich in diesem Jahr mit besonderer Ausführlichkeit mit Fragen der steirischen Milchwirtschaft. Gestatten Sie, daß ich das auch mit einigen Anmerkungen in dieser Landwirtschaftsdebatte zur Gruppe 7 tue. In diesem „Grünen Bericht“ wird nicht nur die Bedeutung der Milchwirtschaft für unser Land herausgestrichen, es wird auch sehr ausführlich eingegangen auf die Auswirkungen, die die letzte Milchmarktordnung des Jahres 1978 ausgelöst hat. Auswirkungen nicht nur auf die Milchproduktion an sich, sondern auch Auswirkungen in regionaler

und struktureller Hinsicht, in der Weise etwa, daß wir weitere starke Anlieferungsrückgänge im süd- und oststeirischen Raum haben, so daß viele Molke-reibetriebe dieses Gebietes kaum mehr in der Lage sind, ihre Anlagen auszulasten, Probleme haben, ihren Personalstand zu halten. Und auf der anderen Seite, im alpinen, im obersteirischen Raum, doch eine stetige weitere Verlagerung hin zur Milch. Ich glaube, von der agrarpolitischen Gesamtschau her gesehen, eine durchaus vernünftige und wünschenswerte Entwicklung. Wie man, glaube ich, überhaupt feststellen muß, daß sich diese Milchmarktordnung 1978 alles in allem als ein ordnungspolitisches Instrument gut bewährt hat, sich als brauchbar erwiesen hat, trotz all der Härten und Opfer, die es für viele Bauern gegeben hat und immer noch gibt. Wir würden uns nur wünschen, daß dieses ganz adrette und brauchbare Fuhrwerk mit Namen „Milchmarktordnung“ auch vom Herrn Landwirtschaftsminister, der gewissermaßen oben am Kutschbock sitzt, mit dem notwendigen Gefühl und dem notwendigen Verständnis gelenkt und kutschiert wird, mit Gefühl und Verständnis für jene, die gewissermaßen an die Deichsel dieser Marktordnung gespannt sind, nämlich für die Milchbauern. Und sehen Sie, meine Damen und Herren, gerade dieses Verständnis müssen wir beim Herrn Landwirtschaftsminister leider immer wieder vermissen. Jedenfalls war heuer im Sommer nicht sehr viel davon zu bemerken, als er seine Abänderungsvorschläge zur Marktordnung auf den Tisch gelegt hat. Diese Vorschläge hätten bedeutet: Erstens einmal, daß durch Abschaffung des allgemeinen Absatzförderungsbeitrages — das hat sich ja sehr gut angehört — aber dennoch die Last der Exportfinanzierung vor allem auf die Schultern jener Bauern gewälzt worden wäre, die mit ihrer Richtmenge nicht zurechtkommen, die sie überliefern müssen. Das hätte für jene Bauern einen Abzug in der Größenordnung von 3,50 Schilling bedeutet. Wenn man nun weiß, daß der Durchschnittspreis pro Liter Milch etwa bei 3,90 Schilling liegt, können Sie sich ausrechnen, wieviel dem einzelnen verblieben wäre. Das heißt, jenen, die Milch der zweiten Qualität abgeliefert haben, wäre so gut wie überhaupt nichts verblieben. Die hätten sogar zur angelieferten Milch noch Geld hinzuzahlen müssen. Es ist Gott sei Dank gelungen, diesen Vorschlag — vielleicht sollte man besser sagen diesen Anschlag — abzuwehren. Wobei ich überhaupt sagen möchte, daß es ja nicht das erste Mal gewesen ist, daß der Herr Landwirtschaftsminister versucht hat, hier die Bauern zur Kasse zu bitten. Ich darf in Erinnerung bringen, daß immer noch ein Verfahren beim Verfassungsgerichtshof in Wien gegen den Landwirtschaftsminister läuft, weil unserer Auffassung nach der Minister im ersten Milchwirtschaftsjahr 1978/79 den Bauern zu Unrecht über 100 Millionen Schilling abgeknöpft hat. (Abg. Zinkanell: „Es ist dir bekannt, daß dann mehr zu zahlen ist, daß das Gegenteil eintritt!“) Ja, das versucht uns der Herr Landwirtschaftsminister einzureden und jongliert hier mit allen möglichen Zahlen herum. (Abg. Zinkanell: „Das ist errechenbar!“) Wir sind sehr zuversichtlich, Kollege Zinkanell, was die Entscheidung angeht. Wir sind hier

sehr optimistisch und hoffen, daß es bald zu dieser Entscheidung kommt, die ja schon seit Monaten angekündigt ist. Jedenfalls, glaube ich, wird es dem Minister nicht gelingen, uns mit diesen Zahlenspielerereien, die er hier aufführt, zu verwirren oder einzuschüchtern. (Abg. Zinkanell: „Zahlenspielerereien sind das keine!“) Wir werten das eher als ein Indiz dafür, daß er zunehmend nervös wird und sich seiner Sache immer weniger sicher ist. So verstehen wir das.

Lassen Sie mich noch von einem weiteren Vorschlag sprechen. Auch hier würde ich fast den Begriff „Anschlag“ verwenden wollen. Nämlich den Vorschlag, die Qualitätsbestimmungen um 1000 Prozent — bitte schön —, ich wiederhole, um 1000 Prozent zu verschärfen für die Bauern. Das hätte die Reduzierung der Keimzahl von einer Million auf 100.000 Einheiten bedeutet. Lassen Sie mich dazu folgendes sagen: Wir alle miteinander, Konsumenten, Handel, Molkereien und auch die bäuerlichen Produzenten sind im höchsten Maße daran interessiert, gute Qualität anzubieten, weil man nur gute Qualität auch gut absetzen kann. Das ist gar keine Frage. Und es ist auch selbstverständlich, daß wir uns den steigenden Qualitätsnormen, wie wir sie im EWG-Raum feststellen müssen, anzupassen haben, weil wir auch künftig im Export bestehen wollen; gar keine Frage. Nur eine Verschärfung der Qualitätsbestimmungen um das Zehnfache, ohne daß hier, das, was verständlich gewesen wäre, diese Forderung von seiten der Konsumenten oder des Handels gekommen wäre, sondern vom Landwirtschaftsminister her beantragt, eine Verschärfung um das Zehnfache wäre ganz sicher von den Bauern als eine Schikane verstanden worden. (Abg. Zinkanell: „Ein schrittweises Vorgehen!“) Bitte? (Abg. Zinkanell: „Ein schrittweises Vorgehen. Das ist dir genauso bekannt, wie mir!“) Ja, der Vorschlag, das dürfte dir auch bekannt sein, Herr Kollege Zinkanell, hat gelautet, mit 1. Jänner 1981 diese Verschärfung durchzuführen. Und das wäre eben eine Verschärfung um 1000 Prozent für die Bauern gewesen, die den Bauern Einkommenseinbußen im Ausmaß von einigen Hundert Millionen Schilling gebracht hätte. Es ist dann, Gott sei Dank, dank des Verhandlungsgeschickes unserer bäuerlichen Vertreter gelungen, einen Kompromiß zu erzielen, der einen schrittweisen Übergang zu den Qualitätsnormen der EWG, wie sie nun ab 1. Jänner 1981 in der Deutschen Bundesrepublik Gültigkeit haben, zu erreichen.

Lassen Sie mich auch ein Wort sagen zu den Anschuldigungen, die im Zusammenhang mit den Unregelmäßigkeiten, die es in zwei westösterreichischen Molkereibetrieben bedauerlicherweise gegeben hat, zumal diese Anschuldigungen sehr pauschal gegen die gesamte österreichische Milchwirtschaft und Molkereiwirtschaft zum Ausdruck gebracht werden. (Abg. Zinkanell: „Das ist nicht richtig. Es sind die Betroffenen, die gemeint waren. Nicht pauschal! Davon ist keine Rede!“) Herr Kollege Zinkanell, da muß ich dich sofort korrigieren. Ich nehme an, du hast genauso wie ich das Organ des Herrn Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft in Händen, das heißt ich habe es gestern

bekommen, die „Agrarwelt“, die ja bekanntermaßen in der sozialistischen Vorwärtsdruckerei hergestellt wird und zur Zeit ja sehr im Gespräch ist. (Abg. Laurich: „Das ist schon wieder, ein Vorwurf!“) In dieser „Agrarwelt“ wird in großen Lettern von Unregelmäßigkeiten in der österreichischen Molkereiwirtschaft berichtet. Das ist eine unstatthafte Verallgemeinerung, Kollege Zinkanell. Das geht nicht an. (Abg. Zinkanell: „Nicht die Molkereiwirtschaft, sondern in der Molkereiwirtschaft!“) Das ist unseriös. Ich bin auch der Meinung, ich betone das, daß, wenn es solche Dinge gegeben hat, und ganz offenbar hat es sie gegeben, daß Millionenbeträge (Abg. Zinkanell: „117!“) an Ausgleichsbeiträgen und Exportstützungen von diesen beiden Molkereien vermanipuliert worden sind, daß hier mit aller Schärfe vorzugehen ist und daß die Verantwortlichen zur Verantwortung gezogen werden; gar keine Frage. Nur sind wir sehr dagegen und verwehren uns in aller Entschiedenheit dagegen, daß eine Pauschalverdächtigung ausgesprochen wird, die die gesamte Molkereiwirtschaft in Österreich trifft, wie das von seiten des Organs des Herrn Bundesministers geschehen ist. Man kann doch nicht alle in einen Topf werfen, weil es da zwei schwarze Schafe gibt. Das wäre genauso, wenn wir sprechen würden von einem Skandal in der österreichischen Bauwirtschaft, weil es einen Bauringskandal gegeben hat oder einen AKH-Skandal nach wie vor gibt. Ich möchte noch einmal zum Ausdruck bringen, daß wir selbst im höchsten Maße daran interessiert sind, daß es derartige Dinge nicht gibt und daß solche schwarzen Schafe ausgemustert werden. Darum ist es auch so gewesen, daß es landwirtschaftliche Prüforgane, Organe der Hartkäseexportgesellschaft waren, die diese Dinge aufgedeckt haben. Der stellvertretende Generalsekretär der Präsidentenkonferenz, Dr. Korbelt, hat diese Sachen zur Anzeige gebracht. Im Falle von Oberösterreich war es jemand aus dem Molkereibereich selbst, weil wir im höchsten Maße an Sauberkeit in unseren eigenen Reihen interessiert sind. Wenn der Herr Minister von mehr Kontrolle spricht und eigene Kontrollorgane hier einstellen will, bitteschön, wird uns in keiner Weise stören, und alle jene nicht, die in der Molkereiwirtschaft ihre Arbeit ordentlich versehen und die Abrechnungen auch gewissenhaft durchführen. Wir sind, und ich darf das noch einmal betonen, aus eigenen Stücken interessiert, solche Dinge abzustellen und werden auch in Zukunft dafür zu sorgen wissen.

Da schon von Kontrolle die Rede ist, lassen Sie mich auch noch von einem Bereich sprechen, den Präsident Buchberger bereits angezogen hat, von einem Bereich, in dem mehr staatliche Kontrolle sehr wünschenswert wäre, nämlich im Bereiche der Agrareinfuhren. Es ist schon die Rede gewesen, daß wir ein gigantisches Agrarhandelsdefizit haben. Ich glaube, im Oktober haben wir bereits die Hochwassermarkte von 10 Milliarden Schilling überschritten, und in diesem Zusammenhang ist es für mich völlig unverständlich, wenn es zu einer, und ich sage das sehr betont, Begünstigung ausländischer Ware gegenüber der inländischen kommt. Diesen Vorwurf müssen sich die staatlichen Stellen unseres Landes

gefallen lassen. (Abg. Zinkanell: „Dazu ist voriges Jahr so ausführlich geredet worden!“) Nur geschehen ist nichts, geredet ja. Es gibt Anträge, es gibt Vorschläge, nur geschehen ist nichts. (Abg. Zinkanell: „42 Prozent Deckungsquote gegenüber 29 Prozent in Eurer Zeit!“) Geschehen ist nichts, das möchte ich feststellen. (Abg. Zinkanell: „Besser ist es geworden!“) Schauen Sie, das österreichische Lebensmittelrecht ist dafür bekannt, daß es die strengsten Verbraucherschutzbestimmungen ganz Europas hat. Es ist auch bekannt, daß die Landwirtschaft, das Gewerbe, die ganze Nahrungsmittelindustrie diesen Bestimmungen unmittelbar unterworfen ist, daß es laufende Kontrollen gibt. Die sind sicher nicht immer sehr angenehm. Aber das ist gut so, das ist gut so im Interesse der österreichischen Konsumenten. Es ist nur nicht gut, daß es diese Kontrolle, diese Aufsicht, für ausländische Einfuhrware so gut wie überhaupt nicht gibt. (Abg. Zinkanell: „Eine Reihe von Vorschriften!“) So gut wie überhaupt nicht gibt. Es gibt diese Kontrolle für Eipräparate und neuerdings auch für Kalbfleischimporte; auf Grund eines Vorfalles in der letzten Zeit wird Kalbfleisch auf Hormonrückstände untersucht. Das ist bitte aber auch schon alles. Alles andere kommt ungehindert und unkontrolliert auf den österreichischen Markt, zum Teil mit verschiedenen Zusatzstoffen, mit verschiedenen Konservierungsmitteln versehen, die nach dem österreichischen Lebensmittelrecht auf das strengste untersagt sind. Das meine ich, wenn ich von einer unverständlichen Begünstigung ausländischer Ware gegenüber der inländischen spreche. Und das in einer Zeit, wo das Agrarhandelsdefizit explodiert, das in einer Zeit, wo wir ständig von gesunder Ernährung schreiben und reden. Lassen Sie mich zum Schluß kommen und sagen, daß wir erwarten, daß die Vorschläge, die von seiten der Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern, nicht einmal, sondern dutzendmale vorgetragen worden sind, nämlich die Vorschläge nach strengerer Importkontrolle, die Vorschläge nach einer Erweiterung der Liste jener Waren, die dieser Kontrolle unterzogen werden sollen, aufgenommen werden. Hier meinen wir, daß das auch für Fleisch, Fleischwaren, für pflanzliche und tierische Fette und Öle, für Gemüsesäfte, für Fruchtsäfte, für Dessertwaren aus dem Milchbereich gelten soll. Schauen Sie, wir haben allein dort einen Zuwachs der Einfuhren von 20 Prozent in diesem vergangenen Jahr gehabt. Alles Produkte, die wir selbstverständlich auch in der Lage wären, im eigenen Land herzustellen, die uns aber meistens verboten werden auf Grund des Lebensmittelrechtes, auf Grund des Einspruches des Herrn Professor Petuelli. Aber niemand verwehrt die Einfuhr dieser gleichen Produkte und den Verkauf dieser selben Produkte hier am österreichischen Markt. Darum möchte ich noch einmal zum Ausdruck bringen: Wir erwarten, daß es in Zukunft weiterhin nicht zweierlei Maß gibt zum Schaden des österreichischen Konsumenten und auch zum Schaden der österreichischen Wirtschaft. Wir erwarten auch, daß der Herr Gesundheitsminister, der dafür zuständig ist, die notwendigen Verordnungen herausgibt, um in Zukunft eine wirkungsvollere Importkontrolle durchführen zu können. Ich glaube, meine Damen

und Herren, daß das über die Parteigrenzen hinweg ein gemeinsames Anliegen von uns allen sein müßte. Ein gemeinsames Anliegen nicht nur im Hinblick auf diese alarmierende Agrarhandelsbilanz, sondern vor allem im Hinblick auf mehr Schutz des österreichischen Konsumenten vor Gesundheitsschädigung und Täuschung, und sicherlich auch im Hinblick auf eine einwandfreie Nahrungsmittelversorgung, die nach wie vor am sichersten und gesündesten durch die heimische Landwirtschaft gewährleistet ist. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Zdarsky: Zum Worte gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Zinkanell. Ich erteile es ihm.

Abg. Zinkanell: (Abg. Ing. Turek: „Er hat ein ganzes Paket vorbereitet!“) Wenn schon denn schon. Der Kollege Turek sagt, ich habe ein Packerl Redeunterlagen. Wenn auf der anderen Seite fünf zur Landwirtschaft reden, dann muß ich das Recht haben, doch auch einige Zeit dafür in Anspruch zu nehmen. Ich hoffe, es dauert Euch nicht zu lange. Ich werde es möglichst abwechslungsreich machen. Bevor ich mich mit agrarpolitischen und milchwirtschaftlichen Problemen befasse und darauf eingehe, möchte ich vorerst einmal zwei Positionen des Landesbudgets herausstreichen, weil ich glaube, daß das Budget halt auch nicht ganz untergehen sollte. Und zwar die Untergruppe 71 „Grundlagenverbesserung in der Land- und Forstwirtschaft“ weist einen Erfolg für 1979 von 107 Millionen Schilling aus. Der Voranschlag 1980 hat 106 Millionen Schilling vorgesehen und für 1981 sind nur mehr 102 Millionen Schilling veranschlagt, also von 107 auf 106 und 102 Millionen Schilling. Die Untergruppe 74 „Sonstige Förderung der Land- und Forstwirtschaft“ hat im Jahre 1979 einen Erfolg von 228 Millionen Schilling ausgewiesen. Der Voranschlag 1980 hat gelaute auf 186 Millionen Schilling und für 1981 sind 198 Millionen Schilling vorgesehen. Diese 198 Millionen Schilling sind zwar um zwölf Millionen Schilling mehr als 1980, aber immerhin doch auch um 30 Millionen Schilling weniger als 1979. Und von den 198 Millionen Schilling für 1981 gehen allein an die Landwirtschaftskammer für Personalerfordernisse 90 Millionen Schilling. Das sind um 12 Millionen Schilling mehr als der Erfolg 1979 ergab. Ich habe die Prozentverhältnisse für 1979 und 1981 ausgerechnet. Im Jahre 1979 haben die Personalerfordernisse für die Landwirtschaftskammer 34 Prozent vom Gesamtaufwand der Untergruppe 74 ausgemacht, in der sie plazierte sind, und im Jahre 1981 sind es immerhin schon 46,8 Prozent. Eine beachtliche Steigerung. Die 90 Millionen Schilling Personalaufwand sind fast viermal so viel als der in der gleichen Untergruppe aufscheinende gesamte steirische Bergbauernflächenzuschuß für 11.279 Bergbauern, wie er für 1981 mit 24 Millionen Schilling veranschlagt ist. Auch wenn man beim Bergbauernflächenzuschuß den Erfolg 1979 heranzieht, und zwar 31 Millionen Schilling, so ist der Personalaufwand immer noch dreimal so hoch. Und da im Gegensatz zum steigenden Personalaufwand die Zahl der zu betreuenden Betriebe sinkt, müßte, ohne die Serviceleistung für die Bauern zu reduzieren, eigentlich eine Umwidmung eines Teiles der

Personalmittel möglich sein, und zwar eine Umwidmung im Rahmen der Untergruppe 74 zugunsten des erwähnten Bergbauernflächenzuschusses (Beifall bei der SPÖ und FPÖ.) Die kleinen Betriebe bekommen von den 24 Millionen Schilling (Abg. Buchberger: „Im Hauptausschuß können wir darüber reden!“) Moment, Herr Präsident Buchberger. Die kleinen Betriebe bekommen von den 24 Millionen Schilling bisher nur einen ziemlich bescheidenen Betrag. Und ich zitiere dazu das Organ der Landwirtschaftskammer, „Die Landwirtschaftlichen Mitteilungen“ vom 1. Dezember, also jüngster Zeit, 1980, Sie berichten über die steirische Bergbauernausgleichszahlung, und zwar wörtlich: „Die Mindestprämie liegt demnach für einen 3-Hektar-Betrieb mit vier Registerpunkten bei 454 Schilling. Und die Maximalprämie für einen 15-Hektar-Betrieb mit zehn Registerpunkten beträgt 5679 Schilling. Dazwischen gibt es je nach Betriebsgröße und je nach Punktezahl alle möglichen Zwischenbeträge. In jenen Fällen, wo der Einheitswert 300.000 Schilling übersteigt, wurde nur der halbe Förderungsbeitrag ausbezahlt.“ Meine Damen und Herren, Sie hören, die Mindestbergbauernzahlung des Landes liegt bei 454 Schilling. Das ist wirklich wenig. Als die sozialistische Bundesregierung im Jahre 1972 die Bergbauerndirektzahlung als ersten Versuch mit 300 Schilling angefangen hat, wurde dieser Betrag vom gesamten Bauernbund als lächerliches Tabakgeld abgetan und verspottet. Ich darf dazu jetzt bemerken, die Bundesregierung ist inzwischen bei einem Bergbauerndirektzuschuß von 5000 Schilling beziehungsweise 6000 Schilling angelangt und wird im Jahre 1981 den Betrag weiter erhöhen. (Beifall bei der SPÖ.) Im Jahr 1980, in diesem Jahr, hat der Bund an die steirischen Bergbauern der Zonen 2 und 3, vor allem der Zone 3 (Abg. Aichhofer: „Tabakgeld! In der Schweiz 16.000 Schilling, wir sind bei 6000 Schilling!“), Tabakgeld ist das keines mehr! 6000 Schilling Tabakgeld! Was sind dann 454 Schilling, Kollege Aichhofer?

Bei 6000 Schilling in Österreich durch den Bund! (Abg. Aichhofer: „Davon kann keiner leben!“) Dann muß man aber wirklich umrechnen, was in diesem Verhältnis die 454 Schilling sind. (Abg. Dr. Strenitz: „Er verwechselt Bund mit Bauernbund!“) Ich darf aber dazu noch sagen, daß der Bund für die steirischen Bergbauern der Zone 2 und 3 und insbesondere der Zone 3, 47 Millionen Schilling ausgelegt hat gegenüber den veranschlagten 24 Millionen Schilling des Landes. Ich bespottete die 454 Schilling nicht, aber ich meine, daß da ein Weg gefunden werden sollte, diese Untergrenze anzuheben. Ich schlage daher vor, zu prüfen, ob nicht bei den Personalerfordernissen für die Landwirtschaftskammer einige Millionen Schilling eingespart und auf die Bergbauernausgleichszulage umgewidmet werden könnten. Und noch etwas dazu. Nachdem die Großbetriebe mit über 300.000 Schilling Einheitswert nicht auf die reduzierte Bergbauernflächenprämie von rund 2800 Schilling, könnten diese Betriebe in einem Solidaritätsakt, auf die für sie unerhebliche Zuwendung verzichten und der so eingesparte Betrag der Bergbauernausgleichszahlung zugeschlagen werden. Mit zwei bis drei

Millionen Schilling Einsparung beim Personalaufwand und bis zu einer Million von den zwei Millionen von den Großbetrieben, also mit rund drei bis vier Millionen Schilling könnte ein Viertel bis zu einem Drittel der 11.279 bergbäuerlichen Betriebe um 1000 Schilling mehr bekommen. Das heißt, es ließe sich auf diese Art die bisherige Untergrenze von 454 Schilling auf einen Sockelbetrag von rund 1500 Schilling anheben und damit verdreifachen. Kollege Aichhofer, würdest Du mit diesem Vorschlag einverstanden sein? (Abg. Aichhofer: „Ich habe nicht zugehört!“) Entschuldige! Aber ich glaube, das müßte man ernsthaft überlegen. (Abg. Buchberger: „Im nächsten Hauptausschuß reden wir darüber!“) Gut, das ist eine Rede, Herr Präsident Buchberger! Im nächsten Hauptausschuß darüber reden, ob man nicht auf diese Weise vorgehen könnte. Es wäre insofern sehr wünschenswert, weil dadurch die öffentliche Hand gar nicht zusätzlich belastet würde.

Und ich möchte sagen, meine Damen und Herren — ich hätte beinahe gesagt, liebe Freunde, aber ich würde sagen, das wird zumindest zum Teil akzeptiert werden — (Abg. Feldgrill: „Das sind wir!“) das freut mich, Herr Präsident! Über diesen Vorschlag ernsthaft zu reden, das hätte, glaube ich, für die Bergbauern wirklich keinen Sinn. Keinen Sinn, nur einen parteipolitischen Zweck hat eine der neuen Varianten der Bauernbundangriffe gegen die Bundesregierung und Minister Haiden, nämlich, daß den Bergbauern der Exportzuschuß weggenommen wird. Das ist heute noch nicht gesagt worden, ich weiß nicht, ob es noch jemand bringen sollte. Es ist aber in den bauernbündlerischen Aussendungen ununterbrochen kritisiert worden und dazu muß etwas gesagt werden. Weil der Bauernbund weiß, daß die Exportzuschüsse häufig nicht den Bergbauern zukommen, sondern in die Taschen der Händler geflossen sind. In einer solchen Angelegenheit hat es im Frühjahr dieses Jahres in Krems sogar einen Prozeß gegeben, und man ist weiter solchen Mißbräuchen nicht nur in Niederösterreich sondern auch in anderen Ländern, insbesondere im Burgenland auf der Spur. Diese Dinge sind auch dem Bauernbund nicht unbekannt. Er weiß, daß der Landwirtschaftsminister den Bergbauern diese Exportförderung nicht wegnehmen will, sondern es ihnen auf eine andere und sicherere Art und Weise zukommen lassen will. Und zwar auf dem Weg über eine zusätzliche Erhöhung des Bergbauerndirektzuschusses. Dort wissen sie, daß sie das auch sicher bekommen und nicht, daß es abgezweigt wird. (Beifall bei der SPÖ.) Der Bauernbund, dem auch diese Absicht bekannt ist, stellt die Behauptung der Wegnahme nur auf, um den Minister Haiden zu diskreditieren. (Abg. Ing. Turek: „Er stellt nicht nur die Behauptung, sondern auch die Haare auf!“) Die Haare auch, ja manchmal, ganz richtig. Das gleiche spielt sich ab beim Datenschutz, meine Damen und Herren! Auch darüber ist heute noch nicht geredet worden von der Bauernbundseite her, aber es wird heftig kritisiert, und es kann nicht einfach untergehen. Es ist klar, daß zum Beispiel für den Bergbauerndirektzuschuß, der natürlich auf Namen gehen

muß, aber auch bei anderen Förderungsmaßnahmen, entsprechende Daten unerläßlich sind und daß man in Anonymität nicht persönlich zuweisen kann. Trotzdem wettet Bauernbunddirektor Riegler im Parlament (Abg. Marczik: „Ist ein guter Mann!“), daß mit dem LF-Bis, mit dem Land- und Forstwirtschaftlichen Betriebsinformationssystem der Bauer zum „gläsernen Bauern“ gemacht wird. In der Zeitung der Kammer, die ich heute schon einmal zitiert habe, liest sich das so: „Die Anonymität und die Verschwiegenheitspflicht in der Agrarstatistik ist in Gefahr. Durch ein vom Ministerium aufgebautes LF-Bis soll auch eine Datenbank entstehen, die weiter über das Notwendige zur Förderung hinausgeht. Dadurch wird eine Bespitzelung der Bauernhöfe möglich. Die Bauernhöfe werden gläsern“.

Meine Damen und Herren, die Aussage Bespitzelung ist wirklich eine böartige Unterstellung, umso mehr, als der ÖVP-Bauernbund innerhalb und außerhalb der Landwirtschaftskammern sicher darüber informiert ist, daß bereits Landwirtschaftsminister Schleinzer die Notwendigkeit einer ausreichenden Datensammlung erkannt und daher auch eingerichtet und verwendet hat. (Abg. Neuhold: „Laßt die Toten ruhen!“) Weiters werden für die Erstellung des Grünen Berichtes des Bundes, insbesondere bei den Bereisungen in den Bundesländern, Daten von den vorbereitenden Landwirtschaftskammern zur Verfügung gestellt, die kaum mehr detaillierter sein könnten. (Abg. Ing. Turek: „Was die Kammer darf, darf ein anderer nicht!“ — Abg. Brandl: „Das ist ein Unterschied!“) Da hast du recht, Kollege Turek, das ist richtig. Was da Recht ist, ist lange nicht auf der anderen Seite Recht. Schließlich wurden von den Landwirtschaftskammern und den Bezirkskammern Hofkarten angelegt, die so ins einzelne gehen, daß natürlich von Anonymität keine Rede sein kann. Die Sache mit der Datenbank wäre auch für den Bauernbund völlig klar und überzeugend, wenn der Landwirtschaftsminister ein Bauernbundfunktionär und nicht ausgerechnet ein Sozialist wäre. (Abg. Buchberger: „Das ist Zentralismus!“) Das hat mit Zentralismus nichts zu tun, sondern mit Hilfe, Herr Präsident Buchberger! (Abg. Ing. Turek: „Bisher wurden die schwarz durchleuchtet, jetzt werden sie rot durchleuchtet!“) Es werden Unterlagen gesammelt, um besser helfen zu können, zielführender helfen zu können, Kollege Turek. So wie hier ist es auch mit der Bauernbundpropaganda bei allen Angelegenheiten der Landwirtschaft. Der Präsident Buchberger hat sich heute, wie das in den letzten Jahren immer gehalten wurde, zurückgehalten, es ist sehr großzügig gesprochen worden und weitgehend sachlich. Aber beim Kollegen Haas hat es schon wieder wesentlich anders geklungen. Ich muß noch einmal sagen, ich habe das, glaube ich, schon einmal erwähnt, daß man das nicht machen kann, daß wir da nicht mitgehen können. Wenn man hier im Landtag wie ein Lamperl tut und draußen ununterbrochen ein ganzes Jahr lang die Sozialisten im Bereich der Landwirtschaft zur Sau machen möchte. Entschuldigen Sie schon diesen etwas derben Ausdruck. (Beifall bei der SPÖ.) In allen Angelegenheiten der

Landwirtschaft wird das praktiziert. (Abg. Buchberger: „Das Zur-Sau-Machen muß ich schärfstens zurückweisen!“) Entschuldige vielmals, zum „Schwein“. Wir wollen das hochdeutsch ausdrücken. (Abg. Ing. Turek: „Zum Landschwein!“) Ich habe nicht gesagt Landschwein. Aber darf ich dazu sagen, es ist erstaunlich und beachtenswert, daß trotz dieser massiven negativen Beeinflussung noch die weit überwiegende Zahl der Bauern sich mit ihrem Beruf, wie das festgestellt werden konnte, zufrieden erklären. Das kann nur deswegen so sein, weil die Fakten einer positiv zielstrebigem Agrarpolitik des Landwirtschaftsministers und der Bundesregierung einfach nicht hinwegdiskutiert werden können. Ich erinnere in diesem Zusammenhang nur an die Debatte über die neue Milchmarktordnung, Kollege Haas. Von Präsident Minakowsch vorerst in einer echten Überzeugung als europäische Pioniertat begrüßt, ich habe das schon zu anderer Zeit einmal gesagt, wurde sie damals vom Bauernbund in Grund und Boden kritisiert. Heute hat das auch bei Dir deutlich anders geklungen. Da nun aber nicht mehr zugedeckt werden kann, daß das neue System funktioniert, trotz veranlaßter Umstände mit 60.000 plus 30.000 Milchmengenänderungsanträgen, jetzt fängt der Bauernbund schön langsam an, die neue wirklich europaweit anerkannte Milchmarktordnung als seine Erfindung darzustellen. (Abg. Brandl: „Immer das gleiche!“) Die Bemühungen des Landwirtschaftsministers um die Rohmilchqualität, Kollege Haas, von der du gesprochen hast, nehmen anscheinend genau den gleichen Verlauf. Die undankbare Aufgabe, bei den Milchproduzenten um Verständnis für die vorerst nicht gerade angenehmen Maßnahmen zu werben, die überläßt man dem Minister und erschwert seine Arbeit noch durch unsachliche Kritik, statt sich zusammenzusetzen und im Interesse der österreichischen Milchwirtschaft, und damit auch der steirischen Milchbauern, die zweckmäßigste Methode des Übergangs auf die neue Keimzahlfeststellung zu suchen. (Abg. Haas: „Herr Kollege Zinkanell, kommen Sie einmal zu einer Bauernbundversammlung!“) Dieser Übergang läßt sich nicht vermeiden, Kollege Haas, wir müssen ja mit den anderen mit, und es wird später, so wie jetzt die neue Milchmarktordnung, allgemeine Zustimmung finden, weil es einfach nicht anders geht.

Noch ein Beispiel unsachlicher, schädlicher, nicht konstruktiver Kritik ergibt sich bei der Frage der Förderung des Schweineabsatzes. Davon ist heute noch nicht gesprochen worden, aber ich bringe es auch mit herein. Das zyklische Auf und Ab des Preises ist für den Landwirt sehr unangenehm und belastend. Mit einem leicht zu verschmerzenden geringen Abzug bei hohen Erzeugerpreisen, die leider Gottes verhältnismäßig selten sind, könnte eine oft sehr schmerzliche Preiseinbuße beim nächsten Schweineberg spürbar gemildert oder sogar vermieden werden. Der Vorschlag ist vom Landwirtschaftsminister gekommen und ist deswegen vom Bauernbund abgelehnt worden. (Abg. Buchberger: „Das sind andere Gründe!“) Wenn es nicht eine ganze Reihe sonstiger triftiger Sachgründe geben

würde, würden allein diese Beispiele, wie der Bauernbund die Probleme Schweinezyklus, Qualitätsverbesserung der Rohmilch, Datenbank und Bergbauernförderung behandelt und in seiner Presse einschließlich der Kammerzeitungen darstellt und durch diese falschen Darstellungen zu agrarwirtschaftlich falschen und Fehlentscheidungen hinführt, allein diese Beispiele würden den Landwirtschaftsminister zwingen, eine eigene Informationsschrift des Ministeriums herauszugeben. Auch dazu muß ich ein paar Worte sagen, um mich nicht allenfalls noch einmal zu Wort zu melden. Einer Zeitschrift, in der die Dinge sachlich, fachlich so dargestellt werden, wie sie wirklich sind. (Abg. Haas: „Mit 10 Millionen Schilling auf Kosten der Bauern!“) Weil nun der Minister dieser seiner Pflicht nachgekommen ist (Abg. Dr. Maitz: „SPO-Propaganda!“) und bei der Ausschreibung vorschriftsmäßig dem Billigstbieter, dem Vorwärtsverlag, den Auftrag gegeben hat (Abg. Dr. Maitz: „So geht Ihr vor!“), ist das ein neuerlicher Anlaß für den Bauernbund, den Minister heftig zu attackieren und ihm Finanzierung der SPO vorzuwerfen. Ich weiß nicht, ob es noch kommt, oder ob sie nun, weil ich selber davon spreche, darauf verzichten, das könnte möglich sein. Aber man muß das hier auch behandeln und klarstellen. Zu diesem Vorwurf hat der Minister entschieden erklärt, daß nur das Geld für die geleistete Druckarbeit an den Verlag erbracht wird und kein Schilling zur SPO geht. (Abg. Dr. Maitz: „Wem gehört denn der Vorwärtsverlag?“) Das wird für die Arbeit bezahlt, aber es wird nichts abgezweigt. Wenn die Bezahlung, meine Damen und Herren, der Druckarbeit Parteienfinanzierung wäre, dann hätte die OVP beziehungsweise der Bauernbund viele Millionen Schilling erhalten, die im Laufe der Jahre, auch noch nach 1970 bis jetzt, dem OVP-nahen Agrarverlag vom Landwirtschaftsminister für Druckaufträge bezahlt wurden. (Abg. Dr. Maitz: „Die OVP ist nicht Eigentümer!“) Da habe ich mir ja vorsorglich etwas mitgenommen, um Ihnen vorzulesen, wem der Agrarverlag gehört. (Abg. Dr. Maitz: „Nicht der Österreichischen Volkspartei!“) Da ist aus dem „Trend“ eine Notiz. Darf ich das vorlesen: „Ähnlich sorgenfrei wie der Wirtschaftsverlag lebt der österreichische Agrarverlag, der Bücher, Geschenkartikel produziert, sowie so spannende Fachblätter wie der ‚Pflanzenarzt‘ und ‚Besseres Obst‘ auf den Zeitungsmarkt wirft. Seine 1,2 Millionen Stammkapital sind über acht Treuhänder unschwer dem niederösterreichischen Bauernbund zuzuordnen“, Kollege Maitz. (Abg. Brandl: „Was ist das?“ — Beifall bei der SPO.) Das ist eine Information eines Wirtschaftsblattes. Ich glaube nicht, daß Sie es besser wissen. (Abg. Hleschitz: „Jetzt hat es dem Schrammel die Rede verschlagen!“) Ich kann mir das nicht gut vorstellen. (Abg. Ing. Turek: „Man muß nicht alles glauben!“) Da hast du recht, vor allem nicht das, was in der Bauernbundzeitung steht. Das sollte man nicht alles glauben. Aber jedenfalls sind vom Ministerium Druckaufträge dort hinübergekommen. Der unbegründete Vorwurf der Parteienfinanzierung ist ja auch nur ein Vorwand, die sogenannte Ministerzeitung, wie sie auch heute schon apostrophiert wurde die Agrarwelt (Abg. Brandl: „Sehr gute

Zeitung!“ Abg. Haas „Gehört sicher der SPO. Ist eine SPO-Propagandazeitung!“) — der Kollege Brandl hat sie hier bei der Hand, vorhin habe ich gesehen, der Herr Landesrat Koiner hat sie auch bei sich liegen, sie wird ja auch erfreulicherweise hier gelesen — der Vorwurf ist nur ein Vorwand, diese Ministerzeitung (Abg. Buchberger: „Wird auch von uns bezahlt!“) zu verdammen. Die wirkliche Ursache des „schwarzen Zorns“ ist erstens, daß der Druckauftrag nicht an die eigenen Freunde im Agrarverlag gegangen ist, und zweitens, daß nun nicht nur der Bauernbund, sondern auch der Minister die Möglichkeit hat, die österreichischen Bauern zu informieren, und zwar sachlich und nicht parteipolitisch. (Beifall bei der SPO.) Dazu darf ich sagen, daß erfreulicherweise ja der Vorwurf der parteipolitischen Information bei der sogenannten Ministerzeitung, bei der „Agrarwelt“, nicht einmal vom Bauernbund erhoben wurde. Nur passen tut es Ihnen nicht. Auf diese Weise wird es nämlich für den Bauernbund natürlich etwas schwieriger, die Bundesregierung, den Landwirtschaftsminister und die Sozialisten allgemein als Bauernfeinde hinzustellen. Offensichtlich darum hat Bauernbunddirektor Riegler auch bereits das größte Geschütz aufgefahren, das es verbal noch gibt — wir haben gestern ein bißchen ausgebessert, „verbal“ ist ja einem jeden bekannt — was es verbal noch gibt. Er hat den Minister bezichtigt, daß er, wörtlich jetzt aus der „Kleinen Zeitung“ vom 3. November 1980, „daß der Minister die andere Seite, die Bauern, vernichten wolle“. Meine Damen und Herren! Da war kein „vielleicht“ oder „es sieht so aus“ dabei, sondern die kategorische Behauptung: Der Landwirtschaftsminister will die Bauern vernichten. Dieser Ausspruch über diesen Minister, der sich mit größtem Ernst und Nachdruck erfolgreich für die Landwirtschaft eingesetzt hat, ist meines Erachtens ungeheuerlich. (Abg. Dr. Eichtinger: „Wo ist das gesagt worden?“) Wo das gesagt worden ist? Beim Landesbauerntag ist das gesagt worden. (Abg. Dr. Eichtinger: „Wo hat er sich eingesetzt?“) Das kommt auch noch, wo er sich einsetzt. Und das ist ja den Bauernbündleuten bestens bekannt, weil sie ja auch den Vorteil davon haben. Ich möchte nur dazu noch sagen, meine Damen und Herren, es ist sehr zu bedauern, daß bei dieser Veranstaltung des Bauernbundes Dipl.-Ing. Riegler von den Spitzenfunktionären des Steirischen Bauernbundes nicht auf die Grenzen aufmerksam gemacht worden ist, die selbst für einen noch so gehässigen Mann des Bauernbundes in unserer österreichischen Demokratie zu beachten wäre. (Beifall bei der SPO.) Kollege Buchberger, Herr Landesrat, mir tut es leid, daß Sie nicht gesagt haben, „da hast du über das Ziel geschossen“. Das ist nicht in Ordnung, denn „Bauern vernichtet“ zu sagen, das müßte man sich gründlich überlegen. (Abg. Buchberger: „Der Riegler ist die Gutmütigkeit selber!“) Mit dem Vorwurf „Bauernvernichter“ sollte sich der Direktor Riegler gegen jene Stellen wenden — Herr Kollege Haas hat es schon anklingen lassen —, gegen jene Stellen wenden, die, wie in diesen Milchskandal in Linz und Vorarlberg nicht nur den Bund, sondern auch die Bauern um viele Millionen, in den zwei genannten

Fällen allein um 117 Millionen Schilling, geschädigt haben. (Abg. Buchberger: „Da können wir nichts dafür!“) Oder gegen jene Händler, die Bergbauern um die Zuschüsse brachten, und denen — wie ich vorher schon erwähnt habe — der Prozeß gemacht werden mußte. Auch der Herr Bauernbunddirektor Riegler weiß, daß zusätzlich zu den laufenden positiven agrarpolitischen Aktivitäten des Landwirtschaftsministers zwei Spitzenleistungen herausragen. (Abg. Haas: „Um Gottes willen!“) Das ist zum einen die neue Milchmarktordnung, von der wir schon gesprochen haben, an die sich 25 Jahre lang niemand herangetraut hat, (Abg. Haas: „Wenn das gekommen wäre, was der Minister konzipiert hat, wäre es eine Katastrophe!“) und die — wie ich schon gesagt habe — europaweites Interesse findet. Und zum zweiten das große Bergbauernsonderprogramm mit einem Volumen von vorerst 4 Milliarden Schilling! (Beifall bei der SPO.) Trotz der schwierigen Budgetsituation ist es dem Landwirtschaftsminister gelungen, der Landwirtschaft auch heuer wieder einen höheren Betrag als im Vorjahr zu sichern. Allein für die Förderungsmaßnahmen des „Grünen Planes 1981“ stehen über 1,8 Milliarden Schilling zur Verfügung. Das Bergbauernsonderprogramm ist mit 777 Millionen Schilling dotiert. Das ist eine Steigerung von 42 Millionen Schilling gegenüber dem heurigen Jahr. Das Grenzlandsonderprogramm umfaßt 85 Millionen Schilling für Beihilfen und 30 Millionen Schilling für Agrarinvestitionskredite. Auch das steirische Grenzland findet darin seine Berücksichtigung. 1979 wurden 1259 steirische Betriebe gefördert, das ist mehr als in jedem anderen Bundesland gefördert wurde. Das sollte auch dazu gesagt werden. Ich könnte Ihnen die genauen Ziffern an Hand meiner Unterlagen noch sagen. Die Bundesausgaben für die Landwirtschaft insgesamt ergeben für 1981 im wirtschaftlichen Bereich 8,5 Milliarden Schilling. Daß ein solcher enormer Betrag auch einer Kontrolle bedarf, müßte außer Frage sein. Es ist daher unverständlich — heute noch nicht hier im Hause, aber draußen ununterbrochen —, wenn nicht sogar peinlich, daß der Bauernbund so heftig gegen die Bundesprüfungskommissionen vorgeht und auftritt. Der Landwirtschaftsminister hat meines Erachtens nicht nur das Recht, sondern sogar die Pflicht, den richtigen Lauf der Gelder, für die er verantwortlich ist, bis zum Empfänger möglichst zu verfolgen. (Beifall bei der SPO. — Abg. Dr. Maitz: „Und bei der Arbeiterkammer?“ — Abg. Ileschitz: „Ich kann doch den Bauernbund nicht mit der Arbeiterkammer vergleichen!“ — Abg. Pörtl: „Der Bauernbund war nicht eingeladen!“) Der Bauernbund war selbstverständlich eingeladen, meine Damen und Herren! Kollege Pörtl! Der Bauernbund war selbstverständlich eingeladen. (Abg. Dr. Maitz: „Bei der Arbeiterkammer würde ich vorschlagen, eine Prüfungskommission einzusetzen!“) Ja, da gibt es auch nicht diese Zuwendungen mit 8,5 Millionen Schilling insgesamt. Der Bauernbund war selbstverständlich eingeladen, bei der Bundesprüfungskommission mitzutun, er hat es abgelehnt. Eine Beschwerdekommission bei den Landwirtschaftskammern einzurichten, wie es der Bauernbund als sogenannten Kompromiß vorgeschlagen hat, würde

sicher nicht den Sinn der Kommission treffen, da doch die Landwirtschaftskammern selbst mit Aufgaben befaßt sind, die geprüft werden sollten. (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Ihr sitzt ja auch im Hauptausschuß der Kammern!“ — Abg. Brandl: „Hauptausschuß ist nicht Präsidium. Das ist ein Unterschied!“ — Landeshauptmann Dr. Krainer: „Ihr habt es nicht geschafft. Ihr habt zu wenig Stimmen gehabt!“ — Abg. Ing. Turek: „Das würde den Bock zum Gärtner machen!“) Könnte man auch sagen. Es ist etwas hart ausgedrückt, aber zutreffend, Herr Kollege Turek!

Meine Damen und Herren! Es wäre eine echte Unterlassung, nicht auch die Aufwendungen des Bundes für die bauerliche Sozialversicherung zu nennen. Es sind 7,5 Milliarden Schilling gegenüber etwas über 800 Millionen Schilling im Jahre 1969. (Beifall bei der SPO.) Man kann auch bei einer sehr strengen Prüfung nicht sagen, daß der Bund die Landwirtschaft vernachlässigen würde, im Gegenteil! Daß im Jahre 1979 durch schlechte Wetterverhältnisse die Getreideernte ausgelassen hat, das kann man dem Landwirtschaftsminister nicht zur Last legen. Genau so wenig, wie man ihn für die besonders gute Getreideernte des Jahres 1980 loben könnte. Leider hat allerdings in diesem Jahr die steirische Landwirtschaft durch schwere Unwetter großen Schaden erlitten. Den Betroffenen gilt nicht nur unser Mitgefühl, sondern sie sollen auch entsprechende Hilfe bekommen. Es ist dabei allerdings darauf zu achten, daß nicht einzelne auf Kosten der Allgemeinheit bevorzugt erscheinen. (Abg. Brandl: „Sehr richtig!“)

Hohes Haus! In der Überzeugung, daß die land- und forstwirtschaftlichen Ansätze im Landesbudget den bauerlichen Familien und Nebenerwerbslandwirten helfen, ihre vielfachen Aufgaben der Ernährungssicherung und der Erhaltung des Kulturlandes durchzuführen, werden wir Sozialisten selbstverständlich diesen Ansätzen zustimmen. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPO und FPÖ.)

Präsident Zdarsky: Zum Worte gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Chibidziura. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: Sehr geehrte Frau Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich habe im Vorjahr versucht, Ihnen ein bißchen über die Ideen der freiheitlichen Agrarpolitik hier vorzubringen. Ich kann heuer schon etwas mehr in die Materie eingehen. Ein paar Gedanken zur agrarischen Situation. Spätestens seit dem Ölschock 1973 vollzieht sich weltweit ein heilsames Umdenken. Die Wachstumsfetischisten beginnen langsam zu begreifen, daß das sogenannte Wirtschaftswachstum Grenzen hat und die Technik und die Chemie allein nicht alles machen können. Ohne praktische Konsequenzen waren die fundierten Warnungen des Klubs von Rom geblieben und ohne nennenswerte Resonanz die Aussagen eines Herbert Krull. Nachdem gestern und vorgestern schon so viel zitiert wurde, möchte ich auch Krull zitieren: „Über 60 Jahre Kommunismus im Osten

und 30 Jahre Wirtschaftswunder im Westen haben genügt, den Menschen die totalitäre Ideologie einzuhämmern, die es je gab, die Lehre vom ständigen Wirtschaftswachstum. Unter die Sklaverei bis am Ende der idiotischen Ideologie haben sich Gewerkschaftsfunktionäre ebenso begeben, wie Unternehmer, Arbeiter, Beamte, südamerikanische Militärdiktatoren, ebenso wie skandinavische Demokratien, kommunistische Parteien, wie solche, die sich christlich nennen. An der Beschleunigung der teuflischen Spirale werkeln Oppositionsführer ebenso verbissen wie Regierungschefs. Und ihre geleiteten Volksmassen spenden gerade dann Beifall, wenn sie ihrem eigenen Untergang wieder ein Stückchen nähergebracht werden.“ Soweit Herbert Krull.

Warum diese Gedanken zur Landwirtschaft heute? Weil zur Zeit ein Großteil von Experten, aber auch Politiker unsere fragliche Wohlstandsgesellschaft an der Kopfhaut von Autos, in der Landwirtschaft nach Menge der eingesetzten Traktoren rechnet und mißt und man stolz ist, daß immer weniger Tüchtige in der Landwirtschaft immer mehr Verbraucher ernähren können. Erst wenige Einsichtige erkennen, daß der Weg des Gesundshrumpfens in der Landwirtschaft der Ausdruck einer verfehlten Wirtschaftspolitik ist und war, natürlich auch. Die Arbeitskraft wurde durch Maschinen, Geräte und Kapital ersetzt, die Verschuldung der Betriebe hat einen nicht mehr zu überbietenden Grad erreicht, und weil der Einsatz von Betriebsmitteln vielfach den Nutzeffekt aus dem Verkauf der Erzeugnisse übersteigt, ist es so, daß man vor einer schier ausweglosen Situation steht. Beistütungen dienen in erster Linie der Konsumgesellschaft und nicht direkt dem Bauern und sind höchstens als Ausdruck eines schlechten Gewissens zu werten. Der Bauer ist zum Proletarier der Industriegesellschaft geworden. Den Bauern dafür verantwortlich zu machen, wäre falsch. Diese Gesellschaft zwingt ihn auf Kosten der Bodengesundheit auf Produktionsmethoden auszuweichen, die mehr Wert auf die Quantität legt und sehr oft die Qualität in den Hintergrund tritt und eben noch immer die Kriterien der Qualität fehlen. Den Bauern einen Vorwurf zu machen, wäre sicherlich völlig verfehlt. Das tragische dabei ist die Ausbeutung der Böden, die existenzbedrohende Verschuldung und die Arbeitsüberlastung der bäuerlichen Familien, die bis an die physische Grenze reicht, und daß sich die Situation der Landwirtschaft von Jahr zu Jahr eigentlich verschlechtert. Ein Mann der Steiermärkischen Landwirtschaftskammer hat gesagt, auch wenn wir wissen, daß zum Beispiel ein jahrelanger Anbau von Mais ohne Fruchtfolgen zum Abbau der Bodenqualität führt, aber man zwingt uns dazu. Die Bauern können sonst nicht mehr existieren. Auch das Argument, die Landwirtschaft müsse immer mehr und mehr und billiger produzieren, damit der Hunger in der Welt bekämpft werden kann, ist nichts als eine fromme Lüge. Tatsache ist, daß die westliche Welt im Überfluß erstickt, der Hunger in der dritten Welt eher steigt. Und die Interventionsvernichtungen in der EWG für Obst, Gemüse, Südfrüchte et cetera sind allgemein

bekannt und beweisen, daß auch dort die Agrarpolitik der Zwänge und Ausweglosigkeit betrieben wird. Über die Spezialisierung wurden bereits viele Initiativen gesetzt und unseren kleinstrukturierten Betrieben eine Überlebenschance gegeben. Sicher hat hier die Landwirtschaftskammer für diese Produkte, besonders wenn sie exportorientiert waren, wie zum Beispiel Kren oder schwarze Johannisbeeren, vorgeschlagen, daß bei Preiszusammenbrüchen diese Preise abgesichert werden sollen. Eine Initiative, die seitens von uns Freiheitlichen voll unterstützt wird und am Beispiel der schwarzen Johannisbeeren gezeigt werden soll, wo eben 1700 Betriebe Beeren im Wert von 100 Millionen Schilling erzeugen. Diese Beeren werden fast zur Gänze exportiert. Im Jahre 1980, also heuer, hat Polen den Johannisbeermarkt in Europa total ruiniert, so daß heuer die Erlöse der Beerenbauern je Kilogramm zirka fünf Schilling unter den Gesteungskosten liegen werden. Ähnlich war es auch im Vorjahr beim Kren, und hier hat Agrarpolitik einzusetzen. Hier muß den Bauern geholfen werden.

Und nun ein kurzer Blick auf den Grünen Bericht des Jahres 1979. Der Endrohertrag der Land- und Forstwirtschaft konnte um 7,5 Prozent auf 11,5 Milliarden Schilling gesteigert werden, doch war das lediglich auf den hohen Holzanteil beziehungsweise auf das Schadholz zurückzuführen. Es entfallen nämlich 30 Prozent des gesamten Endrohertrages auf Holz und nur 18 Prozent auf die Schweinehaltung, 15 Prozent auf die Rinder- und Kälbererzeugung und 14,4 Prozent auf die Milchproduktion. Die Holzpreise beziehungsweise die Mengenproduktion von Holz spielt für die Rohertrags- und Einkommensgestaltung in der Steiermark in diesem Jahr eine überaus große Rolle. Nun etwas zu den Agrarindizes. Gesamtösterreichisch sah es 1979 mit den Agrarindizes besorgniserregend aus. Der Betriebsausgabenindex stieg nämlich um 2,3 Prozent, 1978 um 3,1 Prozent. Demgegenüber sank der Index der bäuerlichen Produktionspreise um 2,1 Prozent. Das heißt hier gab es auch Differenzen zwischen den pflanzlichen Erzeugnissen von plus 0,4 Prozent, tierische Produkte hatten Einbußen von 3,7 Prozent und die forstlichen Produkte plus 9,9 Prozent. Und die sogenannten Austauschrelationen haben sich gegenüber 1978 beträchtlich verschlechtert. Im einzelnen sah die Entwicklung folgendermaßen aus: Die Austauschrelationen der Agrarerzeugnisse verschlechterten sich gegenüber den Betriebsmitteln insgesamt um 3,4 Prozent, den Fremdlöhnen um 7,2 Prozent, den Investitionsausgaben 6,4 Prozent, den Gesamtausgaben gegenüber um 4,5 Prozent. Und wenn man von der Produktivität spricht, da hört man immer gerne, daß man sagt: „Ja, das wird alles durch die Produktivität aufgefangen“. Man redet von Produktivitätsverbesserungen, wodurch die dramatische Verschlechterung der Austauschrelationen aufgefangen werden kann. In Wahrheit muß der Bauer diese Produktivität kaufen, und zwar in Form von sündteuren Maschinen, Geräten, Dünger, Saatgut und so weiter. Und die Ergebnisse der steirischen Buchführungsbetriebe: Von insgesamt 2817 österreichischen

Buchführungsbetrieben befinden sich lediglich 472 — also 21 Prozent — in der Steiermark. Sie verteilen sich auf folgende Produktionsgebiete: Südöstliches Flach- und Hügelland 186, Alpenostrand 200, Hochalpengebiet 86. Langfristig entwickeln sich die steirischen Betriebe einkommensmäßig mehr oder minder unter dem Bundesmittel. 1979 lagen die Betriebe in der Steiermark um 11 Prozent im südöstlichen Flach- und Hügelland, um 3 Prozent am Alpenostrand, um 19 Prozent im Hochalpengebiet unter dem Bundesmittel. Die absoluten Zahlen, Bundesmittel, landwirtschaftliches Einkommen je Familienarbeitskraft 1979 72.400, das ist gegenüber 1978 ein Minus von rund 6 Prozent, real sind es aber 9,4 Prozent. Nun südöstliches Flach- und Hügelland 64.200, Alpenostrand 70.500, Hochalpengebiet 58.800. Ein Jahr sagt vielleicht noch nichts aus, weil eben hier auch Einkommensunterschiede in verschiedenen Jahren da sind. So habe ich mir die Mühe gemacht, einen dreijährigen Durchschnitt herauszunehmen, um vielleicht dies besser untermauern zu können. Die Einkommenslage sieht folgend aus: Bundesmittel 73.200, nordöstliches Flach- und Hügelland 60.800 in der Steiermark, das sind, wenn man die 73.200 als 100 Prozent nimmt, 83 Prozent. Der Alpenostrand mit 61.400, also 84 Prozent. Hochalpengebiet 52.300, also 72 Prozent. Das heißt im Flach- und Hügelland liegt die Steiermark um 17 Prozent unter dem Bundesmittel, am Alpenostrand um 16 Prozent und im Hochalpenbereich 28 Prozent unter dem Bundesmittel. Das Fazit: Auch im mehrjährigen Durchschnitt weisen die steirischen landwirtschaftlichen Betriebe gegenüber dem Bundesmittel einen deutlichen Einkommensabstand auf. Nun die langfristige Entwicklung, 1966 bis 1979 stieg das landwirtschaftliche Einkommen je Familienarbeitskraft folgend: Produktionsgebiet südöstliches Flach- und Hügelland, nominell 8 Prozent, real 2,4 Prozent. Bitte zu beachten, 1966 bis 1979 real 2,4 Prozent. Im Alpenostrand 9,4 Prozent nominell, real 3,8 Prozent. Im Hochalpengebiet 8,1 Prozent nominell, real 2,6 Prozent. Im Bundesmittel nominell 9 Prozent, real 3,2 Prozent. Das heißt, die prozentuellen Zuwächse hielten mit den Bundesmitteln durchaus mit, sowohl nominell als auch real, zumindest bei den Betrieben am Alpenostrand. Doch die schlechte Ausgangslage der steirischen Betriebe trägt dazu bei, daß sie auch nach zwei Jahrzehnten Grünem Plan und nach drei beziehungsweise vier Jahren Steirischem Landwirtschaftsförderungsgesetz im unteren Einkommensfeld verharren. Mit anderen Worten: Die traditionelle Agrarpolitik — und hier sind Bund und Land gleich — ist nicht in der Lage, am Einkommensabstand zu den anderen Berufen etwas grundlegend zu verbessern. Die Monateinkommen in den steirischen Betrieben, Einkommenszuwächse des Jahres 1979 werden vielleicht immer so dargestellt mit dem Gesamteinkommen. Und nun auch hier ein Vergleich: Während im Bundesmittel ein Einkommensrückgang von nominell 6 Prozent, real von 9,4 Prozent zu verzeichnen war, konnten in der Steiermark vor allem à conto der guten Holzpreise und des enormen Schadholzanfalles, auf Grund dieser Katastrophe, muß man sagen, pro-

zentuelle Einkommenszuwächse registriert werden, und zwar: Im südöstlichen Flach- und Hügelland rund 6 Prozent nominell auf 5300 Schilling je Familienarbeitskraft, am Alpenostrand rund 23 Prozent auf 5900 Schilling je Familienarbeitskraft, im Hochalpengebiet rund 20 Prozent auf 4900 Schilling je Familienarbeitskraft. Und was verwunderlich ist, ist die Argumentation mit dem Zauberwort „Gesamteinkommen“. Dieser Begriff wurde leider vom Grünen Plan der Bundesregierung kritiklos übernommen. Er entstammt ganz tief aus der agrarpolitischen Trickkiste. Und zwar ist man ganz ehrlich auf diesen Einkommensschmäh hingefallen. Wäre diese Argumentation nämlich zulässig, müßte man bei den Arbeitnehmern auch den sogenannten „Pfusch“ — nämlich die innerbetrieblichen Zusatzvereinbarungen und so weiter was es noch alles gibt — dazurechnen, die meist in der offiziellen Einkommensstatistik nicht aufscheinen. (Abg. Brandl: „Ein Pfusch ist eine innerbetriebliche Angelegenheit!“) Nun ein Wort zur Disparität. (Abg. Ing. Turek: „Du hast schlecht zugehört, er hat ja aufgezählt!“) Aber, Herr Kollege Brandl, kommst zu mir, ich kläre Dich auf! Das ist das wenigste! Das durchschnittliche Arbeitnehmerinkommen in der österreichischen Industrie betrug 1979 brutto 12.600 Schilling monatlich. Wo liegen im Vergleich dazu die steirischen Bauern mit dem landwirtschaftlichen Einkommen, ebenfalls brutto gerechnet. Aus der Grafik 1943, Grüner Plan, wenn Sie vielleicht nachschauen wollen, geht hervor, daß am Alpenostrand nur die 100 bis 200 Hektar großen Grünlandwirtschaften und die Grünlandwaldwirtschaften und im Hochalpengebiet die 100 bis 200 Hektar großen Grünlandwaldwirtschaften dieses obige Arbeitnehmerinkommen erreichen oder knapp überschreiten können. Das sind in Summe aber lediglich 51 Betriebe oder 11 Prozent aller steirischen Buchführungsbetriebe. Im Klartext: Ein Neuntel aller steirischen Betriebe erreichen den Paritätslohn, den wir Freiheitlichen seit vielen Jahren, zum Beispiel in unserem Agrarprogramm aus dem Jahre 1974, verankert haben. Bedauerlich ist, daß manche VP-Funktionäre auch heute noch der Ansicht sind, daß der Paritätslohn eine Illusion ist. Aber ich glaube, daß hier auch ein Umdenken bereits einsetzt. Wenn man das Nettoerwerbseinkommen der Bauern vergleicht mit dem Nettolohn der Arbeitnehmer, so erreichen dann 89 der steirischen Betriebe das Paritätseinkommen, das sind aber immer erst 19 Prozent aller steirischen Bauern. Ich wiederhole, es sind sämtliche Nebeneinkünfte der Bauern bereits berücksichtigt. Selbstverständlich ohne Kinderbeihilfe.

Und nun zur Landesagrarförderung. Die Gesamtausgaben des Budgets betrugen 1979 15,8 Milliarden Schilling, für die Landwirtschaft waren es 538 Millionen Schilling, das ist ein Agraranteil von 3,4 Prozent, 1978 waren es 3,6 Prozent und 1980 3,5 Prozent. Vielleicht noch ein Wort zur Bergbauernförderung. 1979 flossen vom Land in die Bergbauernförderung in Form der sogenannten Ausgleichszahlungen beziehungsweise Bewirtschaftungsprämien 24 Millionen Schilling, und der

Kollege Zinkanell hat das ja auch schon angezogen, daß es 11.020 Bergbauern waren, die in den Genuß kamen. Das sind ungefähr die Hälfte aller steirischen Bergbauern. Nachdem ja immer die Bauernbündführung gerne darauf hinweist, welch ein Körbeldgeld der Minister Haiden in Wien an die Bergbauern austeilte und rechnet bis auf die letzte Stunde die Groschen aus, welch lächerlicher Betrag herauskommt zum Beispiel nur die Agrarische Rundschau aus dem November 1980, wo eben Diplomkaufmann Ernst Scheiber in einem Kommentar das vorrechnet, und schließlich und endlich ist ja der Herr Diplomkaufmann Ernst Scheiber Geschäftsführer des tiefschwarzen Vereines Gesellschaft für Land- und Forstwirtschaftspolitik. Nun wie schaut es aus mit der steirischen Bergbauernförderung. Daraus errechnet sich ein durchschnittlicher Zuschuß von 2177 Schilling jährlich oder sechs Schilling pro Tag. Legt man eine 68-Stunden-Woche zugrunde, wie dies ja statistisch erhoben wurde, so wird ein Stundenzuschuß von sage und schreibe 60 Groschen geleistet. Mit anderen Worten, die Bergbauernförderung des Landes Steiermark ist um nichts besser und ebenso kläglich wie Haidens großzügiges Bergbauernprogramm, meine Herren. Landesrat Koiner und Minister Haiden können sich die Hand reichen und sagen: Auch wenn es wenig ist, so schafft es doch Abhängigkeit und das wollen wir ja beide. (Abg. Dr. Heidinger: „Das sagt aber der Chibidziura. Das stellen wir fest. Das ist kein Faktum, das ist subjektiv!“ — Abg. Dr. Eichinger: „Sehr subjektiv!“) Eine Feststellung! Räume ich ein. Ein paar Worte zu den Keimzellen. Der Herr Abgeordnete Haas ist leider nicht mehr da. Wohl, er ist ja da. Wenn eine Keimzellenherabsetzung auf Null stattfinden soll, so haben ... (Unverständlicher Zwischenruf. — Abg. Ing. Turek: „Deswegen sind wir da. Ist ein zugelassenes Instrument!“) Eine Herabsetzung ist dem Bauern im Prinzip ja egal. Es macht ihm nichts aus. Diese Mehrarbeit muß ihm noch abgegolten werden. (Abg. Haas: „Die Herabsetzung des Preises!“) Die Herabsetzung des Preises kann nicht sein, denn Mehrarbeit muß auch abgegolten werden, und um das geht es hier. (Abg. Haas: „Das wäre schön!“) Vielleicht noch ein Wort zur Zufriedenheit. (Abg. Dr. Heidinger: „Am besten Wilhelm Busch zitieren!“) Sie haben zitiert, daß ein hoher Prozentsatz der Bauern mit ihrem Los zufrieden sind. Sie sind vielleicht deswegen zufrieden, weil sie in einer ausweglosen Situation sind und es einfach hinnehmen und sagen, es geht eh nicht anders.

Noch ein Wort zum Schweineberg. Es ist bedauerlich, wenn man feststellen muß, daß ein Bauer ein Schwein sechs Monate füttern muß und zum Schluß ihm gerade der Erfolg einer einzigen Baumeisterstunde übrig bleibt, denn mehr als 200 Schilling erwirtschaftet ein Schweinebauer aus einem Stück Schwein nicht. Was soll erreicht werden? Ich glaube, Extreme sollen abgebaut werden im Dienste der Bodenfruchtbarkeit, der Produktionsmethoden, und diese sollen so entwickelt werden, daß sie überschaubar und kontrollierbar sind. Vor allen Dingen soll man auch die fremde Energie einsparen helfen. Das ist die Aufgabe der Land-

wirtschaft neben allen anderen Dingen, wie Ernährungssicherung, Landschaftspflege und andere mehr. Aber was wir als politische Vertreter tun können und sollten, ist das, daß wir uns nicht nur in Hilfsmaßnahmen erschöpfen sollen, wenn Unwetter und Preiszusammenbrüche bäuerliche Existenzen gefährden. Das ist notwendig, ganz klar. Wir sollten uns mehr konstruktiv in die Probleme der Landwirtschaft einschalten und hier in erster Linie auf den betriebswirtschaftlich kalkulierten Preis für den Bauern kommen. Hier hätte ich eine Bitte an die Presse, sich vielleicht doch mehr mit diesen Problemen der Bauern zu beschäftigen, daß auch die Meinungsbildung in jenen Bereichen stattfindet, die zur Zeit die erdrückende Mehrheit sind, das sind die Arbeitnehmer.

Eines fehlt uns vielleicht noch. Im Bericht über die TKV wurde uns zugesagt, daß diese Monopolstellung beziehungsweise diese Verordnung geändert wird, und hier geht die Bitte an den Herrn Referenten, dies bald zu tun. Der Bauer ist mehr als Lebensmittellieferant und nicht mit den Maßstäben der industriellen Produktion zu messen. Ihm ist das wertvollste Gut, der Boden, anvertraut, der allein mit der Kraft der Sonne Wachstum bringt. Es muß, wollen wir weiter bestehen, eine Bauernpolitik geben, die über den Parteien steht. Es muß alles getan werden, daß der Bauer seiner Scholle treu bleibt, indem wir mithelfen, daß er wirtschaftlich abgesichert wird, und daß er getrost seinen Kindern den Rat geben kann, auch Bauer zu werden. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Feldgrill: Zum Worte gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Brandl. Ich erteile es ihm.

Abg. Brandl: Hoher Landtag, sehr geehrte Damen und Herren!

Die Land- und Forstwirtschaft wird in der Regel in einem Atemzug genannt, und ich meine, daß dabei die Forstwirtschaft zu Unrecht etwas beiseite gestellt wird und vor allem in den Diskussionen, auch in den Diskussionen der Beratungen des Voranschlages hier in diesem Hohen Hause vernachlässigt wird. Und dies, obwohl die Wald- und Holzwirtschaft in Österreich eine sehr große Rolle spielt und außerdem einkommenspolitisch für die Waldbauern eine ganz große Bedeutung hat. Ich will versuchen, für ganz kurze Zeit der Forstwirtschaft den ihr gebührenden Platz hier einzuräumen. Die Steiermark hat bekanntlich fast eine Million Hektar Wald, ganz genau 971.739 Hektar. Der Waldanteil der Steiermark gegenüber Österreich beträgt 26,2 Prozent. Sie hat daher den höchsten Waldanteil aller Bundesländer. Wenn man in Kategorien einteilt, dann sind etwas über 50 Prozent Kleinwald gleichzustellen mit Bauernwald und darüber hinaus dann die restlichen Prozente größere Forstbetriebe und die österreichischen Bundesforste. Es ist eindeutig festzustellen, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß sich die österreichische Forstwirtschaft im Aufwind befindet. Seit 1978 sind ganz beachtliche Holzpreiserhöhungen zu verzeichnen, worüber wir uns freuen. Dies sagen

auch die Zahlen aus dem Grünen Bericht der Steiermark aus 1979, und wir können hier feststellen, daß die Entwicklung weitergegangen ist. Der Gesamtholzeinschlag in der Steiermark beträgt 3,144.000 Festmeter. Und hier ist festzustellen, daß der Preis des Nadelblochholzes im Jahre 1979 pro Festmeter um 170 Schilling gestiegen ist und daß 1980 zumindest die gleiche Erhöhung zu verzeichnen ist. Vereinfacht gesagt, die Preissteigerung 1979 und 1980 des Sägerundholzes hat sich von rund 1000 Schilling auf rund 1400 Schilling — beim Sägerundholz, ich sage das ausdrücklich — bewegt. Das ist immerhin eine Preissteigerung von 40 Prozent. Wenn wir heute immer wieder feststellen müssen, daß uns die Frage der Energie in vielen anderen Bereichen Schwierigkeiten bereitet, so muß man eigentlich für die österreichische und damit auch für die steirische Forstwirtschaft sagen, daß die Forstwirtschaft aus dieser Energiekrise gewisse Vorteile ziehen wird, daß es sehr beachtliche Entwicklungsmöglichkeiten in der Verwertung des Holzes zu Energie bereits gibt und daß vorauszusehen ist, daß wir unsere Waldreserven, unsere Holzreserven, die absolut in gewissen Bereichen vorhanden sind, wahrscheinlich in der nächsten Zukunft noch besser nützen können. Vor kurzem wurde eine Holzbilanzstudie vom Jahre 1926 bis zum Jahre 1978 herausgegeben. Eine sehr interessante Aufzählung, weil daraus eine längerfristige Entwicklung zu ersehen ist. Diese Holzbilanzstudie hat der Bundesholzwirtschaftsrat in Auftrag gegeben und herausgegeben, und ich darf Ihnen daraus einige wenige, aber interessante Zahlen nennen. Der Blochholzpreis im Jahre 1926 hat 27 Schilling pro Festmeter betragen. Er ist dann in der Zeit der Weltwirtschaftskrise 1932/33 auf 15 Schilling abgesunken. 1980 als Gegenüberstellung können wir einen Blochholzpreis von 1400 Schilling verzeichnen. Also ein Preis, der fünfzigmal höher ist als er im Jahre 1926 gewesen ist. Wenn ich den Vergleich jetzt anstelle, beispielsweise bei der Milch, dann war es damals so, daß pro Liter Milch rund 50 Groschen bezahlt wurden und daß das in Gegenüberstellung jetzt zur heutigen Situation mit einem Milchpreis von rund 10 Schilling nur eine zwanzigfache Erhöhung ist. Wir sehen also, sehr unterschiedliche Entwicklungen. In der Zeit damals war es ja so, ich kann mich noch erinnern, daß ein Liter Milch, ein Viertel Wein und eine Forstarbeiterstunde, was der Forstarbeiter in einer Stunde für seine Arbeit bekommen hat, ungefähr gleich hoch gewesen sind. Aus dieser Studie ist auch der Brennholzverbrauch in Österreich sehr deutlich zu ersehen. 1926 haben wir noch einen Brennholzverbrauch von 2,602.000 Raummeter gehabt. 1978, durch die ganze Entwicklung, vor allem auch die technische Entwicklung, die Umstellungen, ist dieser Brennholzverbrauch auf 636.000 Raummeter zurückgegangen, und es ist jetzt wieder festzustellen, daß es aller Voraussicht nach zu einer gewissen, wenn auch nicht mehr zu dieser großen, Trendumkehr kommen wird, und daß auch das eine Chance für die österreichische Forstwirtschaft sein wird.

Und jetzt, meine sehr geehrten Damen und Herren, noch ein anderes Problem. Ich meine das Verhältnis Wald — Wild, und ich stelle die Frage, wie es hier in der Steiermark aussieht. Wie weit unser Wald vom Wild beschädigt wird, wie weit hier der wertvolle Rohstoff Holz durch Schäl- und Verbißschäden des Wildes vernichtet wird. Und ich glaube, meine Damen und Herren, daß man diese Fragen nicht nach dem Gefühl beantworten kann, weil hier sehr unterschiedliche Meinungen herauskommen würden. Der Forstmann beurteilt dies anders, als es der Jäger beurteilt. Aber auch hier sehr eindeutige Zahlen aus der österreichischen Forstinventur, die hier sehr umfangreiche Untersuchungen gemacht hat und wo die Zahlen auf dem Tisch liegen. Die Schäl- und Verbißschäden — und ich beziehe mich hier auf das Land Steiermark, weil ja die österreichische Forstinventur auf gegliedert ist nach den einzelnen Bundesländern — haben in der Zeit von 1961 bis 1970 rund 7 Millionen Vorratsfestmeter betroffen. In der Zeit von 1971 bis 1975, bis dorthin wurden die Untersuchungen gemacht, haben sich diese Schäl- und Verbißschäden von rund 7 Millionen auf knapp 10 Millionen Festmeter erhöht. Das, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist eine sehr gefährliche Entwicklung, wenn ich das hier sagen möchte. Es ist auch die Aufgliederung interessant, wie jetzt diese Schäl- und Verbißschäden in den einzelnen Besitzarten zu verzeichnen sind. Am geringsten hier — das ist nur auf die Steiermark beschränkt, in anderen Bundesländern ist es wesentlich anders — sind die österreichischen Bundesforste mit 14 Prozent Zuwachs, dann der Kleinwald, der bäuerliche Wald mit 17 Prozent, und am stärksten betroffen sind die Betriebe, Privatbetriebe über 200 Hektar mit 58 Prozent. Also im Durchschnitt im arithmetischen Mittel eine Erhöhung in dieser kurzen Zeitspanne von 40 Prozent. Und das, meine sehr geehrten Damen und Herren, glaube ich, soll uns zu denken geben. Ich darf hier eine grundsätzliche Feststellung treffen. Wir alle zusammen wissen, und wir alle zusammen wollen, daß Wald und Wild gleich beachtet und gleich betrachtet werden. Wir wollen nicht einen Wald ohne Wild. Wir wollen aber andererseits auch nicht einen Wald, an dem durch einen zu hohen Wildbestand ernste Schäden für unsere gesamte Volkswirtschaft entstehen. Wir wollen mit einem Wort gesagt ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Wald und Wild herstellen, wobei unbedingt klarzustellen ist, daß der Wald gegenüber dem Wild Vorrang hat. Denn die Schäl- und Verbißschäden haben eine sehr langfristige Auswirkung. Hier ist eine Veränderung nicht so rasch möglich, wie bei vielen anderen Entwicklungen. Der Wald hat eine Umtriebszeit von 100 Jahren, also eine Zeit, die weit über eine Generation hinausgeht, und ein Wald, der in einem starken Ausmaß geschält ist, der kann nicht repariert werden, wie irgendein anderes Produkt. Dort hat man langfristige Millionenschäden, Milliarden-schäden, auf ganz Österreich bezogen. Wir haben hier die entscheidende Frage der Kompetenzen zu beachten. Das möchte ich auch sagen. Die Forstwirtschaft ist Bundeskompetenz, die Jagdwirtschaft ist

Landeskompetenz. Es war eine sehr wesentliche Frage bei den Beratungen des Forstgesetzes, die in der Mitte der siebziger Jahre erfolgt ist, wie man hier versuchen kann, zu einem besseren, ausgewogeneren Verhältnis zwischen Wald und Wild zu kommen. Es war von vornherein klar, daß es nicht möglich ist, eine Kompetenzänderung zu machen. Die Länder haben darauf bestanden, daß sie die Jagdwirtschaft in ihrer Kompetenz behalten, es müßte ja ansonsten eine Verfassungsänderung vorgenommen werden. Es ist jedoch, weil diese Frage eine sehr wesentliche Rolle weit in die Zukunft hinein spielt, dann zum Abschluß der Beratungen des Forstgesetzes zwischen den beiden großen politischen Parteien vereinbart worden, daß versucht wird, nach Artikel 15 a der Bundesverfassung Vereinbarungen anzustreben zwischen dem Bund und den einzelnen Ländern, also diese Staatsvertragsvereinbarungen, die es ermöglichen, daß hier in einer vernünftigen Absprache, in einer vernünftigen Regelung dann das geschieht, was mangels der Kompetenzen gesetzlich nicht möglich ist. Wir haben, meine sehr geehrten Damen und Herren, einen solchen Antrag im Landtag eingebracht, weil wir glauben, daß es in der Steiermark genauso notwendig ist wie in den anderen Bundesländern, beispielsweise in Kärnten, wo dies schon geschehen ist, daß es zu weiteren vernünftigen Absprachen zwischen den forstlichen Interessen vom Lande her gesehen, kommen sollte. Hängt auch sehr eng mit der Vergabe von Förderungsmitteln zusammen. Uns geht es darum, das Möglichste auf diesem Gebiet zu tun, denn wir müssen, meine sehr geehrten Damen und Herren, alle zusammen zur Kenntnis nehmen, daß ja der Wald vielfältige Aufgaben erfüllt. Er ist nicht nur die wertvolle Rohstoffquelle des Holzes, und das Holz wird bekanntlich auch in Zukunft seinen Bestand haben, es ist kein so veränderbares Produkt wie Plastik und viele andere Dinge. Die Studie über den künftigen Verbrauch der ganzen Welt an Holz sagt sehr deutlich aus, daß wir es hier mit steigendem Holzverbrauch zu tun haben. Der Wald wird im verstärkten Ausmaß auch wieder Energieträger. Er ist eine notwendige Voraussetzung für unseren Wasserhaushalt genauso wie für die Luftreinigung. Er bietet uns vor allem im Hochgebirge den Lawinenschutz, was auch unbedingt notwendig und wichtig ist. Der Wald ist ganz entscheidend in unserer Erholungslandschaft, wobei er natürlich zwangsläufig für den Fremdenverkehr eine sehr, sehr große Bedeutung hat. Es hat vor einiger Zeit ein Schweizer Forstmann meiner Meinung nach zu Recht gesagt, daß der Wald das natürliche Nervensanatorium einer allmählich verrückt werdenden Welt ist. Ich glaube, diese Worte, wenn sie zum Schluß auch etwas extrem sind, kann man absolut unterstreichen. So gesehen, meine sehr geehrten Damen und Herren, haben wir eine große Verpflichtung für unsere Generation, auch für die kommenden Generationen zu sorgen, daß der Wald in der Grünen Mark gut und verantwortungsbewußt gestaltet und auch für die Zukunft erhalten wird. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Feldgrill: Zum Worte gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Neuhold. Ich erteile es ihm.

Abg. Neuhold: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Unser Hauptbudgetredner, Kollege Schaller, sowie Präsident Buchberger haben bereits in ihren Ausführungen unter anderem kurz die Grenzlandförderung gestreift. Da ich selbst aus einer Grenzlandregion komme und mir die Probleme der Grenzlandbevölkerung sehr am Herzen liegen, darf ich mich etwas weiter mit diesen Problemen und auch mit dieser segensreichen Einrichtung beschäftigen. Es ist die Grenzlandförderung jene Förderung, die seit ihrer Einführung im Jahre 1958 über Initiative des damaligen Landeshauptmannes Krainer wertvolle wirtschaftliche Impulse in das steirische Grenzland ausgestrahlt hat. Es waren immerhin rund 2,5 Milliarden Schilling an Landesmitteln, die so dem steirischen Grenzland seit 1958 zugute gekommen sind, und haben diese Maßnahmen und diese Förderungen wesentlich zur Strukturverbesserung in unserer Grenzlandregion und auch zur Arbeitsplatzsicherung beigetragen. Es scheint mir besonders erwähnenswert, daß im Rahmen des Grenzlandsonderprogramms, also einer reinen Agrarförderung, in den letzten fünf Jahren zu je 15 Millionen Schilling vom Land und vom Bund dotiert, daß durch dieses Sonderprogramm bereits 541 km an Gemeindestraßen, Güter- und Hofzufahrtswegen hergestellt werden konnten und davon 40 Prozent bereits staubfrei gemacht wurden. Weiters wurden im Rahmen dieses Sonderprogramms Grenzlandbeihilfen für die Errichtung und Erhaltung von Einfamilienhäusern gewährt, wodurch allein in den letzten Jahren 1275 landwirtschaftlichen Betrieben entscheidend geholfen werden konnte. Auch die Förderung der schon oftmals hier in diesem Hohen Haus zitierten Sonderkulturen, wie Obst- und Weinbau, Kren, Hopfen und Tabak, sicherten die Existenzgrundlage für die beachtliche Zahl von 2426 bäuerlichen Familienbetrieben und schuf damit zugleich auch viele neue landwirtschaftliche Arbeitsplätze in den letzten fünf Jahren. Auch das, verehrte Damen und Herren, ist Arbeitsplatzsicherung, noch dazu eine sichere und verlässliche und auch eine indirekte Unterstützung des Pendlerproblems, da dadurch vielen Pendlern das Los, doch etwas erleichtert wird. Ich darf hier besonders herzlich danken für die Bereitschaft des Landes Steiermark, die Grenzlandförderung, beginnend ab nächstem Jahr, um weitere 15 Millionen Schilling, auf 30 Millionen Schilling aufzustocken (Beifall bei der ÖVP und FPÖ.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist Verwirklichung steirischer Politik und das ist auch Verwirklichung der Vorsätze im Modell Steiermark. Umso bedauernswerter, meine sehr verehrten Anwesenden, ist es, daß die Bundesregierung beziehungsweise der Herr Bundeskanzler und der Herr Landwirtschaftsminister bisher dieser geforderten Erhöhung um weitere 15 Millionen Schilling durch Bundesmittel nicht zugestimmt haben. Ich kann es dem Hohen Hause nicht ersparen, daß ich eine gewisse Chronologie der Termine und

Bemühungen zur Verlesung bringe, die unternommen wurden, um hier gemeinsam mit dem Bund und dem Land Steiermark eine so große Initiative mit eigentlich verhältnismäßig bescheidenen Mitteln doch wieder neu zum Tragen zu bringen. Es war am 12. September 1979 eine Vorsparche einer steirischen Delegation unter Führung von Landeshauptmann Dr. Niederl und Landesrat Dr. Krainer beim Bundeskanzler mit der Bitte um Verlängerung des Grenzlandförderungsprogramms um weitere fünf Jahre, um Gebietserweiterung und Aufstockung der Mittel, was wohl eine selbstverständliche Voraussetzung ist, damit eine Gebietserweiterung, bezogen auf den Bezirk Hartberg, durchgeführt werden kann. Am 7. März 1980 ein Schreiben von Landeshauptmann Niederl an Bundeskanzler Kreisky mit der Bitte um Verdoppelung des Bundes- und Landesbeitrages je Grenzlandsonderprogramm von 15 auf 30 Millionen Schilling. Am 4. Juli 1980: Landeshauptmann Krainer erneuert in seiner Regierungserklärung den Vorschlag zur schon genannten Verdoppelung und erörtert dieses Thema auch bei seinem Antrittsbesuch beim Bundeskanzler. 21. Juli 1980: Brief des Landeshauptmannes an den Bundeskanzler, in dem er neuerlich die Verdoppelung urgiert. 9. Oktober 1980: Grenzlandbürgermeister und Abgeordnete sprechen beim Landeshauptmann Dr. Krainer beim Sprechtag in Leibnitz vor, und der Landeshauptmann wiederholt in einem Brief an den Bundeskanzler den Vorschlag zur Verdoppelung. Und endlich am 28. Oktober 1980 die erste Reaktion seitens des Landwirtschaftsministers, der erstmals aber statt der beantragten 15 Millionen Schilling nur 5 Millionen Schilling in Aussicht stellt. (Abg. Zinkanell: „Zusätzlich!“) Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir werden diese Forderung der analogen Erhöhung um 15 Millionen Schilling weiterhin mit Nachdruck vertreten, zumal schon der Regierungserklärung des Herrn Bundeskanzlers Kreisky von 1970 für die Grenz- und Randgebiete folgendes zu entnehmen war — ich zitiere wörtlich: „ein breiter Gürtel des Wohlstandes und der Prosperität versprochen wurde“. Wir verstehen darunter etwas anderes. Und es ist daher in diesem Zusammenhang echt bedauerlich, meine sehr verehrten Damen und Herren. Man hat 2,5 Milliarden Schilling für das Automotorenwerk in einem Gebiet, das, wie schon immer erwähnt wurde, eigentlich keinen Arbeitsplatzmangel hat, eingesetzt. Man hat 10 Millionen Schilling für diese Agrarwelt (Abg. Zinkanell: „Für die Agrarpolitik!“), für diese Zeitung, damit getarnte sozialistische Agrarpolitik besser unter die Bauern komme, weil scheinbar die mündliche Überlieferung nicht immer in Ihrem Sinne funktioniert, man hat AKH-Millionen, aber man hat nicht 15 Millionen Schilling für die zusätzliche Grenzlandförderung. Meine sehr Verehrten, das gibt uns zu bedenken, wir werden dies unseren Bauern in unseren Grenzlandregionen auch deutlich genug sagen. (Abg. Zinkanell: „Das macht Ihr ohnedies!“) Herr Abgeordneter Zinkanell, damit eines klargestellt ist: Uns stört nicht, wo diese Zeitung gedruckt wird. Uns stört, daß sie mit Förderungsmitteln des Landwirtschaftsministeriums be-

zahlt wird (Abg. Zinkanell: „Das hat mit den Förderungsmitteln nichts zu tun, das ist Information!“), zum Unterschied von unserer Ständeszeitung „Neues Land“, die von unseren Mitgliedsbeiträgen bezahlt wird. Ich möchte dies klarstellen und betonen. (Beifall bei der ÖVP. — Abg. Zinkanell: „Eine sehr wichtige Information für die Land- und Forstwirtschaft!“ — Heiterkeit bei den Abgeordneten der ÖVP.) Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn man die Weigerung oder Nichtzustimmung zu den 15 Millionen Schilling bedenkt (Abg. Zinkanell: „Ein großes Budget für weniger Leute!“), darf es einen ja eigentlich nicht wundern, nämlich das Agrarförderungsbudget am Bundesvoranschlag in Prozentanteilen gesehen, beträgt für das Jahr 1981 nur mehr 0,55 Prozent. Es waren immerhin im Jahre 1970 1,8 Prozent, das möchte ich hier klargestellt wissen, und dies für 9,2 Prozent Berufstätige in der Landwirtschaft. Und dies bei einem Einkommensrückgang, wie wir es auch heute schon gehört haben, der Landwirtschaft für das Jahr 1979.

Nun, meine sehr Verehrten, noch einige Daten bezogen auf die Grenzlandbezirke: Das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf der Arbeitsbevölkerung beträgt in Radkersburg zum Beispiel nur die Hälfte des österreichischen Durchschnittes. Dieser Bezirk liegt damit an letzter Stelle aller österreichischen Bezirke. Von den 83 vergleichbaren österreichischen Bezirken liegt Feldbach an 81., Deutschlandsberg an 77., Leibnitz an 75. und Fürstenfeld an 74. Stelle. Analog dazu verhält sich das Volkseinkommen je Beschäftigten. Die steirischen Grenzlandbezirke liegen rund 50 Prozent unter dem österreichischen Durchschnitt. Und daher legen wir sosehr Wert auf diese erhöhte Grenzlandförderung. Noch eine weitere Anmerkung dazu: Die im Auftrag der Steiermärkischen Landesregierung, Raumplanungsabteilung für unser Bundesland, detaillierte ÖROK-Prognose rechnet bis Mitte der achtziger Jahre in den steirischen Grenzlandregionen mit rund 25.000 fehlenden Arbeitsplätzen. Bei 100.000 dort Beschäftigten ist dies ein Viertel aller Arbeitskräfte, die in diesem staatspolitisch so wichtigen Grenzraum keinen Arbeitsplatz finden werden. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das sind keine rosiggen Aussichten. Wir glauben aber dennoch, daß wir sie gemeinsam, wenn wir uns dieser Probleme annehmen, bewältigen werden können. Und nochmals — deshalb legen wir so großen Wert auf die Grenzlandförderung. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das steirische Grenzland ist ja an und für sich ein gesegnetes Land. Es wächst hier in diesen Regionen an Agrarprodukten alles, was man sich in der Palette landwirtschaftlicher Produkte überhaupt in Gesamtösterreich denken kann. Die Menschen leben deswegen aber nicht leichter. Und gerade die Pressevertreter und Vertreter der Landeskammer haben bei der letzten Pressefahrt gesehen, daß es viele und hauptsächlich Kleinbetriebe sind, die an den Südhängen kleben, die Obst- und Weinbau betreiben, die Sonderkulturen betreiben und die es nicht leicht haben, und die aus dem eigenen Einkommen bestimmt nicht ihre Existenz für die Zukunft finden können, aber trotz-

dem und vielleicht umso mehr mit Herz und Hand dabei sind, dieses Stück Heimat zu erhalten. Dieses Grenzland war auch oftmals eine blutige Grenze. Präsident Wallner berichtet in seinem Tagebuch, genannt „Meine Erinnerungen“, daß er erschüttert war im Jahre 1945, daß vom Gebiet um Wenigzell bis über Fürstenfeld, Felzbach, hinunter nach Radkersburg es 3300 bäuerliche Betriebe waren, die komplett ausgebrannt, ausgeplündert und zum restlichen Teil schwer zerstört waren. Ich glaube, wir müssen daher und sind es diesen Menschen schuldig, alles tun, damit diese Grenze noch lebendig bleibt, und daß wir sie auch in Zukunft erhalten können. Die Grenzlandbevölkerung hat aus eigener Kraft vieles vollzogen. Sie hat sich den Produktionsmöglichkeiten, den Markterfordernissen angepaßt und den außerlandwirtschaftlichen Verdienstmöglichkeiten, soweit diese vorhanden sind. Es sind kleine und mittelständische Gewerbe- und Wirtschaftsbetriebe, die bei uns noch immer die beste Arbeitsplatzsicherung garantieren, und daher kann mit verhältnismäßig bescheidenen Förderungsmitteln die positive Arbeitsmarktlage verbessert werden und erhalten bleiben. Unternehmen wir daher gemeinsam alles, damit uns dieses steirische Grenzland mit seinen Menschen erhalten bleibt. Damit können wir wenigstens indirekt auch — ich habe es schon erwähnt — manchen Pendlern helfen. Ich danke hier ganz besonders unserem Landeshauptmann Dr. Krainer für seine persönlichen Bemühungen um die Weiterführung der Grenzlandförderung und um die Aufstockung für die nächsten fünf Jahre. Und ich hoffe und ersuche, daß dies früher oder später auch die derzeitige Bundesregierung mitmachen und nachvollziehen wird. Ich danke! (Beifall bei der ÖVP und FPÖ.)

Präsident Feldgrill: Zum Worte gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Pränckh. Ich erteile es ihm.

Abg. Pränckh: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Nach einem Parteienübereinkommen wurden heuer die Förderungen wieder einmal um 20 Prozent gekürzt. Diese Maßnahme ist leider nötig geworden, weil wir alle, ich lege Wert auf die Feststellung „alle“, in den letzten Jahren ganz wesentlich über unsere Schuhgröße hinaus gelebt, konsumiert und Geld ausgegeben haben. Ich glaube aber, daß wir uns dann auch alle an diese Kürzungen halten müssen, und ich glaube, daß es unkollegial ist, wenn immer wieder in den letzten Tagen versucht wird, den Anschein zu erwecken, ich gebe zu, daß das sicher werbewirksam, pressewirksam, vielleicht sogar auch wählerstimmenwirksam ist, wenn man den Anschein erwecken will, jetzt hauen wir ordentlich auf die Pauke, das sind ziemlich miese Knaben auf der Regierungsbank, die das Geld nicht ausgeben wollen. (Abg. Zinkanell: „Das ist aber deine Feststellung!“) Ich stehe gerne dazu, daß der Eindruck erweckt werden soll, meine sehr Verehrten. Liebe Kollegen, gerade von der linken Seite unseres Reiches, ich

bin in den letzten Stunden und gestern kaum hinausgegangen, und ich habe mir fast alle Wortmeldungen von Anfang bis Ende angehört. (Abg. Zinkanell: „Wir auch!“) Es ist mir dabei aufgefallen, das stehe ich nicht an zu sagen, daß auch Forderungen immer wieder von unserer Seite erhoben wurden, trotz dieses Parteienübereinkommens, aber die nahezu penetrante Gehässigkeit, mit der solche Forderungen und solche Vorwürfe an die Regierung von Ihrer Seite gekommen sind, halte ich nicht für angetan, um die Glaubwürdigkeit der politisch Verantwortlichen in diesem Lande zu heben. (Beifall bei der ÖVP. — Abg. Zinkanell: „Kannst du präzisieren, welches penetrante Forderungen waren?“) Das mußte ich eingangs erwähnen. (Abg. Brandl: „Wer hat das gesagt?“ — Abg. Zinkanell: „Wer hat eine penetrante Forderung gestellt?“ — Abg. Brandl: „Heraus damit!“ — Abg. Zinkanell: „Das sind Verdächtigungen!“) Meine Herren! Na, na, na, nicht Verdächtigungen. Meine sehr verehrten Herrn Kollegen! Jawohl, sehr interessant. Viele Ihrer Redner haben vorgestern, Moment, sind Sie am Rednerpult oder ich, Herr Präsident, ich bitte! Meine Herren! Redner haben darauf hingewiesen, daß sie das stenographische Protokoll der vorjährigen Budgetdebatte sehr eifrig gelesen haben. (Abg. Brandl: „Das ist nicht penetrant!“) Habe ich gesagt, daß Lesen penetrant ist, Herr Kollege? (Gelächter) Sie wollen mir Dinge unterstellen. Ich glaube, und davon werden wir auch in Zukunft ausgehen müssen, wenn wir unsere Demokratie und die Glaubwürdigkeit ihrer Vertreter wieder ins rechte Licht rücken wollen, daß wir zu solchen Parteienübereinkommen stehen. (Beifall bei der ÖVP. — Abg. Brandl: „Wer hat etwas gesagt? Wer war gehässig?“ — Präsident Feldgrill: „Lassen Sie den Redner fortfahren!“) Herr Kollege Brandl! Jawohl! (Abg. Zinkanell: „Wer hat eine penetrante Forderung gestellt?“ — Abg. Brandl: „Wer hat es gesagt?“) Für mich war es penetrant. Wenn Sie es unbedingt hören wollen, unter anderem der Herr Kollege Sponer. Die Art, wie er die Förderung der Rettungsdienste und deren Erhöhung erhoben hat und sich gegen die Kürzungen. (Abg. Zinkanell: „Was hat der Marczik gesagt?“ — Glockenzeichen des Präsidenten.) Ich danke, Herr Präsident. Meine Herren, aufgeben werden wir es müssen, wenn es in dem Ton der Leierkasteninformation weitergeht. Herr Kollege Zinkanell, fast wie jedes Jahr bei den Kapiteln der Landwirtschaft haben wir halt gewisse Meinungsverschiedenheiten. (Abg. Zinkanell: „Das müßte nicht sein!“) Ich denke schon, auch das ist nötig. Ihr Generalredner hat gesagt, Konfrontation heißt nicht Feindschaft. Die Konfrontation suchen auch wir, wenn es um grundsätzliche Dinge geht. Wenn Sie von der Budgetwahrheit etwas halten und wenn Sie hier ein Loblied auf die Bergbauernförderung gesungen haben, ich freue mich darüber, daß Bund und Land sich bemühen. Ich möchte aber hier doch wieder ganz kurz in Ihre Erinnerung zurückrufen, daß wir die Relation des Bundesbudgets zum Landesbudget nicht außer Acht lassen sollen. Mehr brauche ich dazu nicht zu sagen. (Abg. Zinkanell: „Bei den

Bergbauern schaut es für den Bund recht günstig aus!") Bei den Steuereinnahmen auch. (Beifall bei der OVP.) Eine Ihrer wesentlichsten Forderungen war, die Vertreter des Bauernbundes, die ja immerhin über 80 Prozent der österreichischen Bauern vertreten, mögen sich mit dem Herrn Minister zusammensetzen und seine guten Vorschläge goutieren, absprechen und dann einer positiven Erledigung für die Landwirtschaft zuführen. (Abg. Zinkanell: „Sehr richtig!") Herr Kollege, wunderbar, aber da habe auch ich eine Forderung. Dann müßte der Herr Landwirtschaftsminister, bevor er seine Richtlinien in der sozialistischen Parteizentrale empfängt, sich mit den bäuerlichen Vertretern zusammensetzen, um wenigstens vor dem Hinauslassen seiner großartigen Vorschläge die Ansichten der Bauern zu hören. Dann werden wir uns ohne weiteres zusammensetzen können. Anders nicht. (Abg. Zinkanell: „Eines kann ich Dir sicher sagen. Der Landwirtschaftsminister holt sich keine Richtlinien von der SPO-Zentrale. Er ist ein tüchtiger Mann!") Es ehrt Sie ungemein, daß Sie sich so vor ihn stellen. (Abg. Dr. Dorfer: „Es gibt gewählte Bauernvertreter, die er anhören sollte!" — Abg. Zinkanell: „Das tut er auch!") Ich sehe, Herr Kollege, wir kommen langsam zum Konsens. (Allgemeine Heiterkeit.) Meine sehr Verehrten, warum stehe ich hier. (Abg. Zinkanell: „Wahrscheinlich, weil du mit uns streiten willst!") Auch das, meine Herren. Der Herr Kollege Brandl hat bedauert, daß der Forstwirtschaft nicht genügend Raum gelassen wird bei den Budgetberatungen, so wie es ihrer Bedeutung zukommt. Da stimme ich hundert Prozent mit Ihnen überein. Ich komme dann im einzelnen noch darauf zu reden. Sie haben sich dann in dankenswert klarer Weise erfreut darüber geäußert, daß die Blochholzpreise unter anderem in den letzten zwei Jahren um jeweils hundert Schilling angestiegen sind. Das freut mich auch ungemein, weil ich auch hie und da ein paar Festmeter zu verkaufen habe. Bloß muß ich dazu etwas sagen, meine sehr Verehrten, und ich werde auch dazu einige Vergleiche bringen. Ich konnte nicht umhin, schon einmal daran zu erinnern, daß so viele Ihrer Kollegen bei Ihren Wortmeldungen gesagt haben, sie haben die Protokolle des letzten Jahres so genau studiert. Herr Kollege Brandl auch hier, was Sie über Wald, Wild und Wildschadensansichten und Einsichten geäußert haben, deckt sich fast genau mit dem, was ich voriges Jahr hier gesagt habe. Da stimme ich wieder voll mit Ihnen überein. Aber auch hier muß man ein bißchen zurechtrücken. Das ist logisch, wenn man schaut, wo wir sitzen. Wenn Sie im berechtigten Ton der Besorgnis die Verteilung der Wildschäden gemessen an den Waldbesitzverhältnissen in der Steiermark erläutert haben, hundert Prozent richtig, bloß, warum die geringsten Wildschäden bei den Bundesforsten? Weil sie in der Steiermark am wenigstens Waldfläche besitzen. Warum ein, Gott sei Dank, geringer Prozentsatz von Schälsschäden im bäuerlichen Kleinwald? (Abg. Brandl: „Ein Zuwachs ist es!") Weil sich der bäuerliche Kleinwald zum Großteil in Gebieten befindet, wo das leider, da gebe ich

Ihnen Recht, überhegte Rotwild nicht so viel zu nagen hatte, weil es noch nicht bis dorthin vorgegangen ist. Wenn die höchsten Schadensanfälle im größeren Waldbesitz stattgefunden haben, auch das ist erklärbar, weil eben dort durch die Struktur die ursprünglich erträgliche Besiedlungsdichte des Rotwildes durch falsche Maßnahmen überhöht wurde. (Abg. Brandl: „Richtig!") Aber auch das muß man dazusagen. (Abg. Preamsberger: „70.000 bis 100.000 Schilling für einen Hirsch!" — Abg. Brandl: „Das ist sehr gefährlich!") Bitte, Herr Kollege, auch so etwas soll es geben. Soll es aber ebenfalls in andersstrukturierten Gesellschaftsformen geben. Und auch dieses Geld wird ja nicht in Briefkastenfirmen in Liechtenstein deponiert, sondern meistens wieder in Österreich in Umlauf gebracht. Als Bürger der Grünen Mark habe ich gestern in einer kleinformatischen Zeitung gelesen, „Grüne Mark, arme Mark" und ein großes Fragezeichen. Meine sehr Verehrten, gibt es keinen Techniker, der mir den Apparat heraufzieht? (Allgemeine Heiterkeit. — Abg. Preamsberger: „Die Reparatur ist im Budget nicht vorgesehen!") Danke, vielleicht kann ich einen kleinen Hirsch verkaufen, dann werde ich es dem Land refundieren!

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Viele von Ihnen werden diesen Artikel gelesen haben, und ich glaube, daß es dazu unbedingt notwendig ist, eben wie auch Herr Kollege Brandl gesagt hat, die Bedeutung der Forstwirtschaft etwas näher zu betrachten. Wenn man alle Hauptredner unisono gehört hat, so war der Grundtenor „Arbeitsplätze erhalten". Die österreichische Forstwirtschaft und die ihr nachfolgenden Wirtschaftsbetriebe und Institutionen beschäftigen immerhin nach einer Information des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft derzeit eine Viertel Million Menschen in unserem Lande. Was das bedeutet in einer Zeit, wo sehr viele unserer Mitbürger um die Sicherheit ihrer Arbeit zumindest bangen müssen, wird einem immer deutlicher. Mehr als die Hälfte der steirischen Landesfläche wird vom Wald bedeckt, und auf dieser Fläche werden jährlich rund drei Millionen Festmeter Holz geerntet. Diese Nutzung ließe sich ohne weiteres um 25 Prozent erhöhen, was wiederum bei einer ungefähren Bewertung von einem zusätzlichen Einschlag von einer Million Festmeter gegenüber 3000 Arbeitsplätzen ausgedrückt werden kann, wenn die Voraussetzungen geschaffen sind. (Abg. Sponer: „Wenn!") Danke, aber ich habe es hier auch stehen, aber wir kommen schon zurecht! Nun, Nachbarn wären wir ja fast. Aber meine sehr Verehrten, diese zusätzliche Nutzung wäre in Österreich, ohne ans Kapital des Waldes zu greifen, möglich. Ohne die Substanz im geringsten zu gefährden. Im Gegenteil, Vornutzungen wären eine zusätzliche Möglichkeit von Einnahmen, und auch eine Erhöhung des Endertrages würde sich damit erreichen lassen. Wie wäre dies möglich, und welche Voraussetzungen müßten wir dafür der Forstwirtschaft schaffen? Es war in den letzten drei Jahrzehnten zum Beispiel trotz großer Anstrengungen der Forstwirtschaft und trotz günstiger Förderungsmöglichkeiten nicht möglich, das Forstwegenetz im benötig-

ten Ausmaß fertigzustellen. Trotz des Baues von 35.000 Kilometern haben wir bei einer Fortführung des Wegebauprogramms im forstlichen Bereich noch zwei Jahrzehnte Arbeit vor uns, um das zu bewältigen. Ganz ähnlich sieht es bei der Aufforstung von Grenzertragsböden und Odland aus, welche in forstliche Kultur genommen werden können. Auch hier konnten in den letzten 30 Jahren nur knapp 50 Prozent der Flächen aufgeforstet oder rekultiviert werden. Wenn das in manchen Gebieten nicht bald erfolgt, werden diese Flächen weiter verunkrauten, veröden und keiner Nutzung zuzuführen sein. Ganz ähnlich ist es auch mit der Mechanisierung in der Forstwirtschaft. Das dürfte heute immer noch eine der wenigen Arbeitsparten sein, wo unverhältnismäßig viel menschliche Kraft dahintersteckt. Um in der Steiermark den derzeit möglichen technischen Stand in der Forstarbeit zu erreichen, wäre der Einsatz des gesamten Kapitals einer Jahresschlägerung — also von rund drei Millionen Festmetern — nötig. Wenn Sie das bedenken, meine sehr Verehrten — der Brandl schüttelt den Kopf —, das sind Zahlen, die zum Teil aus dem Bericht des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft entnommen sind. (Abg. Brandl: „Nur zum Teil!“) Ich weiß sehr genau, was ich sage. Der andere Teil kommt von anderen Quellen. (Abg. Sponer: „Von welchen Quellen?“) Was das an Kapitaleinsatz bedeutet und was hier an Rückstand aufzuholen ist, ist schwer deutlich zu machen. Und nun, wie könnte es anders sein, komme ich wieder in Berührung mit den Ausführungen des Kollegen Brandl. In einer Zeit, wo die ganze sogenannte Industriegeellschaft von einer Energiekrise geschüttelt wird und wo manche Götzen, die bisher auf unserem Altar im strahlenden Licht gestanden sind, zu taumeln und zu wackeln beginnen, in so einer Zeit — (Abg. Brandl: „Olgötzen!“) jawohl, die Olgötzen — stehen, wachsen und vermodern zum Teil in unseren Wäldern Energiereserven, die wir ohne weiteres einsetzen könnten. Zu diesem Einsatz wäre aber — wie gesagt — ein ergänztes Forstwegenetz, ein weiteres Inangriffnehmen und weiteres Verbessern der forstlichen Nutzungsmöglichkeiten Voraussetzung. Und ich glaube, daß über diesen Energieträger Holz die Zukunft der Forstwirtschaft und der gesamten Wirtschaft Aufgaben stellen wird, die gewaltig sind. Wie sieht es nun mit den Möglichkeiten dazu aus, wie ist die Ertragslage in der Forstwirtschaft? Wir haben gehört, in den letzten zwei Jahren hat der Rundholzpreis jeweils um rund 100 Schilling zugenommen. Er sei — nach Kollegen Brandl — bei 1400 Schilling pro Festmeter. Ich bin leider kein Landeshauptmann und habe daher leider nicht so schöne Schaubilder, aber kleine habe ich hier. Meine sehr Verehrten, wenn der Kollege Brandl sagt, wir liegen derzeit bei 1400 Schilling (Abg. Brandl: „Sägerundholz 3 al!“), jawohl Sägerundholz! Das gibt es mitunter, das sind aber die Spitzenpreise. Der Durchschnitt nach den letzten Erhebungen liegt ungefähr bei 1200 Schilling. (Abg. Brandl: „Ein bißchen höher!“) Und das, meine sehr Verehrten, ist ungefähr das, was wir im Jahre 1974 hatten. Es ist zu klein,

Sie können es nicht lesen, Sie müssen gestatten, daß ich es eingehend erläutere. Die Entwicklung der Forstfacharbeiterlöhne und des Blochholzpreises von 1958 bis 1979, das ist halt leider, wie in so vielen Bereichen der Land- und Forstwirtschaft, sind uns die Löhne, die wir den Forstarbeitern, aus den schon geschilderten Gründen, weil das eine der schwersten Arbeiten ist, die es heute noch zu bewältigen gibt, gerne gönnen. (Abg. Brandl: „Die Technisierung muß man auch beachten!“) Jawohl, die sie sich redlich verdienen müssen. Da wird im Akkord gearbeitet und kaum noch in der Schichtarbeit. Die sind uns halt wesentlich davongeklettert. Das hat natürlich seine Auswirkungen auf die Ertragslage. Ich möchte ganz kurz darauf hinweisen, wie es denn bei den Bundesforsten aussieht. (Abg. Lind: „Gut!“ — Abg. Brandl: „Nicht immer!“) Das war etwas vorlaut, Herr Kollege. Was soll es. Im langjährigen Schnitt, wenn man die nötigen Investitionen ins Kalkül zieht, war der Erfolg der forstwirtschaftlichen Nutzung beim Nullpunkt, hat in den besten Jahren, immer die nötigen Investitionen einkalkuliert, die Hundert-Schilling-Grenze pro Festmeter gerade erreicht. Bei den Bundesforsten hat es gewaltige Abgänge gegeben. In den letzten Jahren ist es etwas besser, wenn man aber auch dort wieder die Investitionen einrechnet, wird es kaum anders sein. (Abg. Brandl: „Wo ist die Nutzlast für die Bauern eine große Belastung?“) Der arme Bund. Dann gebt den Wald den Bauern, die fangen auch etwas an damit. (Abg. Brandl: „200 Millionen Schilling, viel Geld!“) Kollege Brandl, ich habe so viele Zahlen da. Ich war schon in der Schule kein Rechengenie, wenn ich euch das alles herunterlese, wird es ein bißchen langweilig. Es ließe sich vieles nachweisen, was nicht nur durch bauerliche Servitute die Bundesforste an den Rand wirtschaftlich roter Zahlen oder tief hineinbringt, in den letzten Jahren. Ich habe schon gesagt, die zusätzliche Nutzung von etlichen Millionen Festmetern Holz könnte bis zu 18.000 Arbeitsplätze in Österreich bringen. Und wenn Sie, Herr Kollege Horvatek, in Ihrer Generalrede ein Loblied auf die Bundesregierung gesungen haben, und wenn einer Ihrer Redner dann noch unseren steirischen Schilcher gerügt hat, weil er die zehn Jahre Jubiläum Regierung Kreisky vergessen hat im Kranz der Jubiläen zu erwähnen, dann muß ich dazu sagen, nein nicht, jeder wird versuchen, seine Melodie zu singen und das seiner Partei zu interpretieren. (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Zu hoch geht Ihr hinauf!“) Von der Forstwirtschaft gesehen höre ich da, von der Seite, ein unwilliges Raunen im steirischen Walde, das auch über die steirischen Grenzen, über ganz Österreich, zu hören sein wird. (Abg. Brandl: „Gehört durchforstet!“) Meine sehr Verehrten, gestern wurde ein Schlußstrich unter eine zehnjährige Finanzpolitik der Katastrophen gezogen. Das ist nicht mehr abzuleugnen. Was ist dem Herrn Finanzminister, den man als das große Genie zehn Jahre lang gelobt hat, eingefallen? (Abg. Ing. Stoisser: „In die eigene Tasche!“ — Abg. Brandl: „Moment!“ — Weitere unverständliche Zwischenrufe.) Herr Präsident, tun Sie etwas, daß ich etwas sagen

kann. (Abg. Dr. Horvatek: „Wir brauchen keine parlamentarische Justiz unter dem Deckmantel der Immunität!“) Meine sehr verehrten Damen und Herren! Was bleibt für die österreichische Forstwirtschaft nach zehn Jahren Hannes Androsch? (Abg. Brandl: „Weit mehr als vorher!“) Steuern, weit mehr Steuern als vorher, Herr Kollege Brandl. Und diese Steuern zahlt jeder Bürger, nicht nur die Forstwirtschaft. Alle werden zur Kasse gebeten. (Abg. Brandl: „Rede keinen Blödsinn!“) Die Einheitswerte werden laufend hinaufgesetzt. Meine sehr Verehrten, warum kann nicht im benötigten Ausmaß investiert und modernisiert werden? Weil das Kapital dazu fehlt, weil das Kapital in den Staatssäckel rinne muß, um dort die nötigsten Schuhkoppler zu veranlassen. Weil man sonst so wie die Bloßfüßigen herumlaufen würde. (Abg. Brandl: „So unerträglich ist die Steuerlast nicht für die Forstwirtschaft. Das ist dramatisiert!“) Herr Kollege Brandl. Sie sagen, unerträglich ist sie nicht. Danke, habe ich es gesagt? (Allgemeine Heiterkeit. — Abg. Brandl: „Etwas wäre noch drinnen!“) Ich habe gesagt, daß sie sehr hoch ist, aber ich danke Ihnen für den Hinweis. Sie scheinen also der Ansicht zu sein, es kann noch ärger kommen. Dann werden wir auch noch in fünfzig Jahren auf Rohöl und Energieimporte angewiesen sein, weil wir unsere Energiereserven nicht nutzen können, weil das Kapital fehlt für die nötigen Investitionen. Eine wirtschaftlich relativ einfache Rechnung. (Abg. Brandl: „Um wieviel ist das Brennholz gestiegen in der letzten Zeit?“) Warum steigt es denn so? Ich lasse mich noch gerne auf nähere Diskussionen ein. (Abg. Hammer: „Jetzt haben wir die Ölscheichs, dann haben wir die steirischen Fichtenscheichs!“) Da muß ich Ihnen schon wieder widersprechen, Herr Kollege. Vielleicht ist Ihnen bekannt, wie die Strukturverhältnisse in der Steiermark sind. Es überwiegt der bäuerliche Waldbesitz. Erst dann kommen die größeren Waldbesitzer von 200 Hektar aufwärts, und ich glaube, ich hoffe zumindest, sagen wir so, daß es mir gelungen ist, die Bedeutung der Forstwirtschaft, natürlich überein mit dem Kollegen Brandl, doch etwas klarzumachen.

Und nun zu einem anderen Kapitel, das eng mit der Forstwirtschaft verbunden ist, die österreichische Papier- und Plattenindustrie, die fortlaufende Verarbeitung von Produkten aus unseren Waldflächen. Es vergeht kaum ein Tag, an dem man nicht in der steirischen Presse ein Pro und Kontra für Pöls, für Niklasdorf, vor einigen Monaten, leider heute schon nicht mehr, für Weißenbach hören konnte und lesen mußte. Meine sehr verehrten Anwesenden und liebe Kollegen! Der Betrieb der Pölser Fabrik ist in unserer Gegend gewachsen und ist gerade für die Forstwirtschaft ein so wichtiger Partner (Abg. Brandl: „Richtig, bestreitet niemand!“), daß ich unbedingt sagen muß, es ist fast unverständlich, daß heute mit leichtem und schwerem Geschütz von allen Richtungen, und nicht nur aus den übrigen Bundesländern, gegen die Errichtung des neuen Werkes in Pöls geschossen wird. (Abg. Ing. Turek: „Von der Konkurrenz!“) Jawohl. Auch von der Konkurrenz.

(Abg. Brandl: „Nur!“) Nicht nur. (Abg. Brandl: „Papiermafia!“) Sie werfen mir so schöne Worte zu, aber ich benütze sie ja nicht, sonst steigt die Fieberkurve wild hinauf. Eines der wohl lächerlichsten Argumente gegen eine Neuerrichtung des Pölser Werkes ist folgendes: Die Fremdenverkehrsregion Pöls würde geschädigt. (Abg. Sponer: „Wer sagt das?“) War so nachzulesen. Wer Pöls und die Menschen dort kennt, der wird wissen, warum Pöls heute in Schwierigkeiten ist, weil die Umweltbelastung leider in der herkömmlichen Form der Produktion und des Betriebsablaufes eben sehr hoch geworden ist und aus solchen und ähnlichen Gründen, wie wir es ja immer wieder erleben, geändert werden muß. Von einer Fremdenverkehrsregion Pöls zu reden in dem Zusammenhang, halte ich — und vielleicht gestatten Sie mir den harten Ausdruck — schlicht und einfach für eine Gemeinheit. Das ist keine Fremdenverkehrsregion, wenn auch dort sicher Fremdübernachtungen in weiterem Raum stattfinden. Aber das als Argument gegen die Errichtung zu verwenden, ganz egal, von wo es kommt, ist eine Gemeinheit. (Abg. Ing. Turek: „Vor allem von Herrschaften, die sich sonst keine Sorgen um den Fremdenverkehr machen!“) Richtig! (Abg. Erhart: „Die Raiffeisengruppe ist als erste ausgestiegen!“) Ja, Herr Kollege, wer aussteigt und wer einsteigt, das entscheiden ja bei uns die Finanzgewaltigen. Ich habe schon vorhin erwähnt, ich war nie ein Rechenkünstler! (Abg. Hleschitz: „Wer sind die?“ — Abg. Dr. Dorfer: „Nur keinen Zwang!“) Moment! (Mehrere unverständliche Zwischenrufe.) Jawohl, wir bekennen uns zur freien Wirtschaft, aber ich glaube, daß gerade die Frage des Pölser Werkes für uns alle hier eine steirische Aufgabe ist, meine sehr Verehrten. (Allgemeiner Beifall.) Im gesamten Gebiet der Obersteiermark gibt es heute Krisensituationen, wenn man es so sagen will, und da werden wir uns die Chance entgehen lassen, daß ein Werk, das modern und neu errichtet werden soll, aus kleinlichen Bedenken und Konkurrenzneid uns mies gemacht wird, hier werden wir uns sehr schnell und klar einig werden, was hier zu geschehen hat. Da gibt es keine andere Frage.

Und nun gestatten Sie mir vielleicht doch auch ein paar Sätze zum Naturschutz im weitesten Sinne. Ich wurde von verschiedenen Seiten gebeten, hier etwas zu sagen, und es entspricht auch meiner Einstellung. Wir wissen alle, daß Naturschutz heute quasi auf der grünen Welle gewaltig mitzureden hat und nicht wegzudiskutieren ist. Wenn aber schon grüne Welle, dann gehen wir zurück. Wenn wir heute noch eine unberührte Natur haben wollten und haben könnten, dann hätten die Herren Naturschützer, so wie es heute oft verlangt wird, vor der Besiedlung durch die Bajuwaren ihre Vorstellungen deutlich machen müssen. Das ist nicht mehr möglich, jawohl. (Abg. Premberger: „Und die Menschheit dürfte sich nicht so vermehren!“ — Allgemeine Heiterkeit.) Das ist nicht mehr möglich, also haben wir uns an den Gegebenheiten unserer Zeit zu orientieren. (Abg. Brandl: „Sehr richtig!“) Meine sehr Verehrten, die Forstwirtschaft und ebenso die Landwirtschaft haben durch viele

Jahrhunderte und über viele, viele Generationen hinweg dieses Land gestaltet und erhalten. Gerade die Forstwirtschaft hat bisher nahezu kostenlos ihre Urproduktionsfläche, den Waldboden, für verschiedene Funktionen zur Verfügung gestellt. Nahezu kostenlos! Und heute will man ihr dafür Hand- und Fußschellen anlegen. In allen Bereichen, wo immer es geht, brechen heute sogenannte „Grüne“ nahezu in militanter Formation auf und wollen hier Beschränkungen haben auf allen Gebieten. (Abg. Preamberger: „Die bereiten uns auch Sorgen!“) Bravo! Sehen Sie, meine sehr Verehrten, auch hier wird es nötig sein, den erträglichen und nötigen Konsens zu finden. Mehr will ich dazu nicht sagen. (Abg. Karrer: „Nicht einmal Schwammerl suchen darf man mehr gehen!“) Hat niemand etwas dagegen, soviel Sie wollen! Aber, Herr Kollege, wieder ein Stichwort! „Schwammerl suchen!“ (Abg. Brandl: „Wildschäden!“) Herr Präsident, ich fürchte, wir werden die Diskussion um einen Tag verlängern müssen! (Allgemeine Heiterkeit. — Präsident: „Bis 30. Dezember!“) Dann wird der Forstwirtschaft der ihr zukommende Platz eingeräumt sein, zumindest in den Protokollen. Schwammerl suchen, Wildschäden! Meine sehr Verehrten! Durch die Öffnung des Waldes, durch das neue Forstgesetz und durch die selbstverständliche Freude unserer Mitbürger, die in Ballungszentren leben, sich in der freien Natur zu bewegen, sind auch hier Probleme aufgetreten, die sowohl die Forstwirtschaft, vor allem auch die Jagdwirtschaft betreffen. Auch hier müßte man in Fortführung der Wünsche so vieler einiges ändern. Ich glaube, viel mehr brauche ich nicht dazu zu sagen. (Abg. Preamberger: „Die Jäger!“) Das ist ein alter Stand und eine alte Interessensgemeinschaft, älter als alle anderen, denn die ersten Menschen waren Jäger (Beifall bei der ÖVP.) Meine sehr Verehrten! Nun hoffe ich, ans Ende zu kommen, wenn Sie mich lassen. Wenn ich weitere Stichworte bekomme, wird es nicht möglich sein. Wenn die Forstwirtschaft ihren Verpflichtungen wie bisher nachkommen soll und wenn sie die zusätzlich auf sie zukommenden Erwartungen erfüllen soll — und vielleicht ändert sich etwas, ich weiß es nicht, der Finanzminister geht in Kürze, es kommt wahrscheinlich ein anderer — dann brauchen wir dazu eine der Forstwirtschaft freundlicher gesinnte Finanzgesetzgebung, sonst wird es nicht möglich sein, diese Aufgaben zu erfüllen. (Abg. Buchberger: „Brandl müßte Finanzminister werden!“) Und zurückkommend auf den Artikel „Grüne Mark — arme Mark“, möchte ich Sie alle bitten, schauen wir dazu (Abg. Zinkanell: „So arm sind wir auch nicht!“ — Abg. Buchberger: „Das ‚arme‘ weglassen!“) jawohl —, daß die Grüne Mark eine glückliche und sichere Mark bleibt, daß dieser Artikel ad absurdum geführt wird. Und zuletzt möchte ich allen steirischen Waldbesitzern danken für ihre bisherige Bereitschaft, die Forstwirtschaft in einer ordentlichen und nachhaltigen Form zu betreiben und Ihnen allen danke ich für Ihre Aufmerksamkeit. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Der Abgeordnete Karl Lackner hat sich zum Worte gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg. Lackner: Herr Präsident! Meine Kolleginnen und Kollegen!

Jetzt ist zwischendurch einmal die Stille des Waldes durchbrochen worden, wie wir dies bemerkt haben. Aber wenn man so auf den Kalender sieht, müssen wir feststellen, daß mit Riesenschritten wieder ein Jahr zu Ende geht. Und mit diesem Kalenderjahr geht auch ein Bauernjahr zu Ende. Ein Bauernjahr, welches leider gezeichnet war von Katastrophen, von Hagel, von Sturm, von Hochwasser. Die Bergbauern sind größtenteils von diesen Ereignissen verschont geblieben. Aber trotzdem stehen sie im Windschatten. Der Winter wollte heuer kein Ende nehmen. Die Weidezeit, die Alping ist auf drei bis vier Wochen hinausgezögert worden. Die Futtermittel sind aufgebraucht worden, es mußten Notverkäufe am Vieh getätigt werden, was natürlich zu einem katastrophalen Verdienstentgang führte, der nicht mehr gutzumachen ist. Es gibt noch ein weiteres Sorgenkind für die Bergbauern. Der Prandkh hat es ganz kurz angeschnitten, das neue Forstgesetz. Der Wald ist für jedermann geöffnet, und alle dürfen ernten, was dort drinnen wächst. Es ist bedauerlich, daß man gerade dem Bergbauern, der 1000 Meter und darüber hinaus lebt und existiert, daß man ihm das einzige Obst, was da oben wächst (Abg. Brandl: „Jetzt kommst du nicht mehr mit. Er hat Dich geschlagen!“) Was sagt du? Ich bin schwerhörig von Beruf, ich verstehe das nicht! (Allgemeine Heiterkeit. — Abg. Laurich: „Die Löwingerbühne ist nichts dagegen!“ — Abg. Hleschitz: „Auf das Holz kann man sich auch nicht mehr verlassen!“) Auf das Holz schon, aber der Mechanismus, da ist irgend ein Architekt dabei gewesen, der ein falsches Schrauberl hineingegeben hat, oder der Peltzmann fehlt mit einem Eisenschlägel, damit man da etwas Besseres machen könnte.

Was aber ein besonderes Problem für die Bergbauern ist, ist die Frage der Erschließung der Güterwege, der Hofzufahrtswege. Es wurden im heurigen Jahr und in den vergangenen Jahren von seiten der Landesregierung beachtliche Leistungen erbracht, und zwar durch das Güterwegesonderprogramm. Ich glaube, das ist einsame Spitze in der Steiermark überhaupt. Aber trotzdem bleibt die Erhaltung auf dem Rücken der Bauern liegen. Kein anderer Mensch braucht sich um diese Dinge zu kümmern. Der nimmt sein Auto und fährt dorthin, wo er hinfahren will oder muß, trägt mit dem Benzin, das er verbraucht, seinen Beitrag aus der Mineralölsteuer für den Bau der Straßen bei. Der Bauer tut das ganz genau gleich, auch er trägt seinen Beitrag, ja darüber hinaus noch viel mehr, weil er mit seinen Maschinen, mit Erntemaschinen, mit Traktoren und mit den Standmotoren, auch Treibstoff braucht und die Straße gar nicht benutzen kann und trotzdem Mineralölsteuer zahlt. Ich glaube, es wäre daher gerechtfertigt, wenn der Bund aus den vielen Güterwegen und durch den Fremdenverkehr noch zusätzliche Devisen einnimmt, daß man auch dem Bergbauern für die Erhaltung aus der Mineralölsteuer Mittel zur Verfügung stellt, damit ihm diese Last genommen wird. Nachdem du, Sepp, mit dem Herrn Minister gut befreundet

bist, sag ihm einen schönen Gruß von den steirischen Bergbauern, und er soll sich dafür besonders verwenden, daß zu der Bergbauernhilfe auch Mittel aus der Mineralölsteuer für die Bauern vom Bund gegeben werden. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Ich bitte Sie um ein wenig Geduld, bis die Stabilität des Rednerpultes so weit wieder in Ordnung ist, daß Sie vor unliebsamen Überraschungen bewahrt bleiben.

Zum Wort gemeldet hat sich Frau Präsident Zdarsky. Ich erteile es ihr.

Präsident Zdarsky: Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich wage es. Es ist schon sehr viel über Umweltschutz gesprochen worden. Ich glaube, daß man auch zu einem Kapitel ein paar Worte sprechen müßte, das auch zum Umweltschutz gehört. Das ist der Tierschutz. Für manche Menschen erscheint es eine Zumutung, in einer Zeit, in der viele Menschen keinen Schutz haben, verfolgt werden oder in tiefstem Elend leben, vom Tierschutz zu sprechen. Aber Not und Elend, Verfolgung hat es immer gegeben. Aber schon im Altertum hat es auch eine Fülle von Strafen bei Tierquälerei gegeben. Der Schutz der Tiere, die zu unserer Umwelt gehören, gilt auch heute mit als eine verpflichtende Aufgabe unserer Gesetzgebung. Einer Gesetzgebung eines Landes mit Kultur und Tradition. Zivilisation wird durch die Technik bestimmt. Kultur aber durch die Geisteshaltung. Die Beziehungen der Menschen zu Tieren sind in den verschiedensten Entwicklungsstufen menschlicher Kulturen nicht einheitlich gewesen. Aber im altösterreichischen Recht sind aus der Zeit Maria Theresias Anordnungen und Bestimmungen bekannt und aus den rechtlichen Regelungen über Tierquälerei aus dem vorigen Jahrhundert kommt schon die Grundauffassung zutage, daß einer Verletzung des Sittlichkeitsgefühls der Bevölkerung vorgebeugt werden müsse. Der Schutz des Tieres erfolgte zu dieser Zeit um des Menschen willen. Außerdem sollte der Verrohung und Entartung des Charakters entgegengewirkt werden. Ich glaube, letzteres entspricht auch heute noch in gewissem Sinne dem Erziehungsprinzip. Deshalb empfinde ich es auch persönlich, ich möchte sagen als kleingeistig, wenn man Tierschutz als lächerlich oder auch nicht wichtig abtun will. Seit dem vergangenen Jahrhundert sind einige Bestimmungen und gesetzliche Vorschriften für die verschiedensten Gebiete, zum Beispiel das Schlachthofwesen oder für die Viehmärkte, getroffen worden. Der Bundesgerichtshof erklärte am 16. Dezember 1936 die Angelegenheiten des Tierschutzes als Landessache, soweit sie nicht in andere Kompetenzen fallen. Aber erst 1967 wurde durch eine Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes der Weg für eine strafgerichtliche Verfolgung frei.

Und nun, meine sehr geehrten Damen und Herren, liegt wieder ein Entwurf eines Steiermärkischen Tierschutzgesetzes vor, in dem viele Verbesserungen zum Schutze der Tiere vor Quälereien

und Mißhandlungen enthalten sind. Vielleicht wäre es aber vor Einbringung in den Landtag möglich, Änderungen anzubringen. Vor allem scheint mir, daß die Übergangszeit von zehn Jahren für Geflügelhaltung in Käfigen viel zu lange ist. Zehn Jahre in der heutigen Zeit in der sich so viel ändert, sind als Übergangszeit eine sehr lange Zeit. Es gäbe sicher noch viele weitere Punkte, über die gesprochen werden sollte. Sehr geehrte Damen und Herren, auf einen Aspekt im Tierschutz möchte ich im besonderen hinweisen. Eine Verminderung tierquälerischer Handlungen ist nicht allein durch Verschärfung von Strafandrohungen zu erreichen. Das Augenmerk sollte auch auf Maßnahmen außerhalb des Bereiches des Strafrechtes oder des Verwaltungsstrafrechtes zu richten sein. Solange eben Unwissenheit und mangelnde Erziehung, Frustrationen und letzten Endes ungenügende Aufklärung im menschlichen Leben Aggressionen und Handlungen bewirken, solange werden Menschen, Tiere oder auch Gegenstände ein Objekt dieser Aggressionen, der Gewalttätigkeit und der Lieblosigkeit sein. Die Tierquälerei darf daher nicht als isoliertes Problem angesehen werden. Wenn es möglich wäre, Aggressionen zu verhindern oder mehr Menschlichkeit zu üben, so würde dies gleichzeitig zur Lösung der Frage der Tierquälerei beitragen. Insofern ist es ein gesellschaftliches Problem, bei dem alle mithelfen könnten, es zu lösen. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Der Herr Abgeordnete Pörtl hat sich zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg. Pörtl: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Der Herr Abgeordnete Zinkanell hat in voller Erwartung eine laufende Steigerung dieser Agrardebatte sich erhofft, und sie ist voll eingetreten, besonders beim Kollegen Brandl. Er hat aber auch sehr gezielt, ich möchte fast sagen ein bißchen aggressiv die Aussagen des Bauernbundes zitiert und einige markante Begriffe in den Raum gestellt. Wenn man aber die Ursachen für solche Aussprüche gegenüberstellt, daß in der Landwirtschaft je Familienarbeitskraft im Jahre 1979 auf Grund einer Studie des Grünen Berichtes ein Minus von 14,1 Prozent Tatsache ist, dann ist es auch möglich, daß solche Aussprüche von einer Interessensvertretung und von einer politischen Vertretung wirklich auch vertretbar sind. Ich kann mich noch sehr gut erinnern an die Jahre 1966/70, wo wir öfters als Ausbeuter bei verschiedenen Diskussionen erwähnt wurden. (Abg. Zinkanell: „Bauernvernichter hat keiner gesagt!“) Es wurden auch böartige Unterstellungen ausgesprochen. Ich sage überhaupt nichts dazu. Ich sage nur eine Tatsache. Eine Tatsache ist, daß die Agrarwelt an einen Zeitungsverlag vergeben wurde, bei dem zu 100 Prozent der Forumverlag Gesellschafter ist. Dieser Forumverlag ist wieder zu 100 Prozent von einem Gesellschafter namens Vorwärts-AG. abgedeckt, und die Vorwärts-AG. gehört eigentlich der SPÖ. Das ist eine Tatsache. Mehr brauche ich nicht zu sagen, das sind keine böartigen Unterstellungen.